

## 1223 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

# Bericht

## des besonderen Ausschusses

zur Vorberaterung des Volksbegehrens zwecks Erlassung eines Bundesgesetzes betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) (1183 der Beilagen)

### I. EINLEITUNG

Am 24. Feber 1982 wurde beim Bundesministerium für Inneres ein Antrag auf Einleitung des Verfahrens zu einem Volksbegehren für ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) samt Begründung eingebracht. Der Antrag war gemäß § 3 Abs. 3 des Volksbegehrensgesetzes von den erforderlichen Mitgliedern der Landtage von Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien unterfertigt und machte als Zustellungsbevollmächtigten im Sinne des § 3 Abs. 4 lit. b den Wiener Stadtrat Dr. Günther Goller sowie als seinen Stellvertreter den damaligen Landtagsabgeordneten Walter Zimper namhaft. Damit waren die im Volksbegehrensgesetz vorgeschriebenen Voraussetzungen für die Einleitung des Verfahrens gegeben und daher dem Antrag gemäß § 5 Abs. 1 zweiter Satz stattzugeben. Zugleich wurde vom Bundesminister für Inneres gemäß § 5 Abs. 2 die Eintragungsfrist für die Zeit von Montag, dem 10. Mai, bis einschließlich Montag, dem 17. Mai 1982, festgelegt.

Die Hauptwahlbehörde stellte am 27. Mai 1982 auf Grund des Eintragungsergebnisses fest, daß ein Volksbegehren im Sinne des Art. 41 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes vorliegt und verlaubarbte das Ergebnis am 29. Mai 1982 im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ wie folgt:

Bundesministerium für Inneres  
Hauptwahlbehörde

Zl. 8210/24-IV/6/82

Gemäß § 16 Abs. 1 des Volksbegehrensgesetzes 1973, BGBl. Nr. 344, in der Fassung der Bundesge-

setze BGBl. Nr. 116/1977 und BGBl. Nr. 233/1982 hat die Hauptwahlbehörde in ihrer Sitzung vom 27. Mai 1982 auf Grund der Berichte der Bezirkswahlbehörden folgendes Ergebnis der Eintragungen für das Volksbegehren betreffend die Erlassung eines Bundesgesetzes betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) ermittelt:

Bundesland	Stimm- berech- tigte	Anzahl der gültigen Ein- tragungen	Stimm- beteili- gung in %
Burgenland	196 247	40 606	20,69
Kärnten	375 478	54 945	14,63
Niederösterreich	1 012 172	290 916	28,74
Oberösterreich	864 984	252 457	29,19
Salzburg	296 654	86 650	29,21
Steiermark	829 602	217 220	26,18
Tirol	382 847	126 401	33,02
Vorarlberg	183 697	78 719	42,85
Wien	1 148 708	213 648	18,60
Österreich	5 290 389	1 361 562	25,74

Da nach den obigen Ermittlungen der Antrag auf Erlassung eines Bundesgesetzes betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) von mehr als 100 000 Stimmberechtigten gestellt wird, hat die Hauptwahlbehörde festgestellt, daß ein Volksbegehren im Sinne des Art. 41 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes vorliegt.

Wien, am 27. Mai 1982

1209

Der Bundesminister für Inneres als Vorsitzender  
und Hauptwahlleiter:

Lanc

Da innerhalb der im § 18 Abs. 1 des Volksbegehrensgesetzes vorgesehenen Vierwochenfrist nach dem Tage der Verlaubarung das von der Hauptwahlbehörde festgestellte Ergebnis des Volksbegeh-

rens nicht von dem hiezu berechtigten Personenkreis wegen Rechtswidrigkeit des Verfahrens beim Verfassungsgerichtshof angefochten wurde, hat die Hauptwahlbehörde das Volksbegehren samt Begründung dem Nationalrat am 28. Juni 1982 zur Behandlung vorgelegt.

Der Nationalrat setzte in seiner Sitzung vom 30. Juni 1982 zur Vorberatung des Volksbegehrens einen Sonderausschuß gemäß § 32 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes ein, dem 21 Mitglieder, und zwar von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Braun, DDr. Gmoser, Dr. Gradenegger, Dr. Gradischnik, Hesoun, Ing. Hobl, Mondl, Ing. Nedwed, Peck, Schemer und Dr. Veselsky, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Burgstaller, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Heinzinger, Dr. Höchtl, Dipl.-Ing. Riegler, Dr. Schüssel, Steinbauer und Ingrid Tichy-Schreder sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dr. Frischenschlager, angehörten.

## II. VOLKSBEGEHREN

Das Volksbegehren enthält folgenden Gesetzentwurf:

### **Bundesgesetz vom XXXXXX betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### Artikel I

Für das geplante zusätzliche Konferenzzentrum bei der UNO-City sind keine Bundesmittel zur Verfügung zu stellen.

Die eingesparten Beträge sind der Wohnbauförderung und der Sicherung von Arbeitsplätzen in allen Bundesländern zuzuführen.

#### Artikel II

Das Nähere bestimmen besondere Bundesgesetze.

#### Artikel III

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Außerdem war das Volksbegehren wie folgt begründet:

In ganz Österreich ist man der Überzeugung, daß ein zusätzliches Konferenzzentrum bei der UNO-City nicht notwendig ist. Sogar sozialistische Politiker haben sich dagegen ausgesprochen. Nun soll das Projekt Konferenzzentrum mit Kosten von 7,5 Milliarden Schilling gegen den Willen der

Österreicher doch verwirklicht werden. Ein klares Nein dazu ist notwendig. Schon aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft sind in dieser schwierigen Zeit Beträge dieser Größenordnung für wichtigere Maßnahmen wie etwa im Wohnbau oder zur Sicherung von Arbeitsplätzen einzusetzen. Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in den Landtagen aller Bundesländer haben daher ein Volksbegehren eingeleitet, um den Staatsbürgern die Möglichkeit zu geben, ihr Nein zum Konferenzpalast klar zu sagen und die Regierung doch noch zur Vernunft zu bringen.

- Österreich ist zur Errichtung eines zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City nicht verpflichtet. Die UNO-City ist bereits jetzt mit Konferenzräumen bestens ausgestattet. Dazu kommen die Möglichkeiten der Wiener Hofburg, deren Modernisierung unvergleichbar billiger ist als ein Neubau.
- Der geplante Konferenzpalast würde 7,5 Milliarden Schilling kosten. Dazu kommen Betriebskosten mit über 350 Millionen Schilling jährlich, das bedeutet eine Million Schilling Steuergeld pro Tag.

Um 7,5 Milliarden Schilling kann man 12 000 Wohnungen bauen und in ganz Österreich 20 000 Arbeitsplätze dauerhaft sichern oder gar neu schaffen.

Ein klares Nein zum Konferenzzentrum bei der UNO-City bedeutet auch ein Ja zur Förderung des Wohnbaues und ein Ja zur Sicherung von Arbeitsplätzen in allen Bundesländern.

## III. GANG DER VERHANDLUNGEN

Zur Vorberatung des Volksbegehrens (1183 der Beilagen) hat der Nationalrat in seiner Sitzung vom 30. Juni 1982 einstimmig einen besonderen Ausschuß im Sinne des § 32 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes eingesetzt.

Gemäß § 46 Abs. 4 zweiter Satz des Geschäftsordnungsgesetzes hat das Plenum des Nationalrates in seiner Sitzung vom 1. Juli 1982 diesen Ausschuß einstimmig beauftragt, seine Arbeiten auch während der tagungsfreien Zeit fortzusetzen.

In der konstituierenden Sitzung dieses Sonderausschusses am 1. Juli 1982 wurden zum Obmann der Abgeordnete Dr. Veselsky, zum Obmannstellvertreter der Abgeordnete Steinbauer und zum Schriftführer der Abgeordnete Dr. Frischenschlager jeweils einstimmig gewählt.

Der Ausschuß hat in dieser konstituierenden Sitzung vom 1. Juli 1982 einstimmig beschlossen, zur Vorbehandlung dieses Volksbegehrens einen Unterausschuß einzusetzen, dem von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Braun, Hesoun, Ing. Nedwed, Schemer und Dr. Veselsky (Obmannstellvertreter) sowie von der Österreichischen Volkspartei die

Abgeordneten Burgstaller, Dipl.-Ing. Riegler, Steinbauer (Obmann) sowie Ingrid Tichy-Schreder und von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dr. Frischenschlager (Schriftführer) angehörten.

Außer in seiner konstituierenden Sitzung am 1. Juli 1982 hat dieser Unterausschuß das Volksbegehren am 13. und 20. Juli, 24. August sowie 7., 14. und 23. September 1982 vorbehandelt, wobei in der letzten Sitzung des Unterausschusses beschlossen wurde, die Vertraulichkeit der Beratungen gemäß § 35 Abs. 5 der Geschäftsordnung aufzuheben.

Hiebei wurden in der Sitzung vom 13. Juli 1982 die Themenkomplexe umrissen und ein Plan für den Gang der Verhandlungen vereinbart. Am 20. Juli 1982 wurde zunächst der Text des Volksbegehrens diskutiert. Daran anschließend wurde die derzeit geltende Rechtslage für das Österreichische Konferenzzentrum unter Beteiligung der Sachverständigen Univ.-Prof. Dr. Fischer, Dr. Kier und Univ.-Prof. DDr. Wenger behandelt.

Am 19. August 1982 wurde der Unterausschuß vom Obmann gemäß § 40 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu einer Besichtigung der Baustelle des Österreichischen Konferenzzentrums beim Donaupark und daran anschließend zu einer Besichtigung des Konferenzzentrums in der Wiener Hofburg eingeladen.

Am 24. August 1982 wurde die Vorgeschichte zur Entstehung des Österreichischen Konferenzzentrums, insbesondere an Hand der Ministerratsbeschlüsse vom Feber 1967 und Juni 1967 und des Statements von Botschafter Dr. Haymerle im Gouverneursrat der IAEO sowie mehrerer Dokumente der Internationalen Atomenergieorganisation — Gouverneursrat und eines Dokuments der UNIDO unter Beiziehung des damaligen Außenministers Dr. Lujo Tončić-Sorinj sowie des damaligen Staatssekretärs Dr. Carl Bobleter und des damaligen österreichischen Gouverneurs der IAEO Dr. Heinrich Haymerle als Sachverständige, erörtert. In dieser Sitzung waren außerdem Dr. Volker Kier sowie der Abgeordnete zum Nationalrat Prof. Dr. Ermacora als Sachverständige beigezogen.

In der Sitzung am 7. September 1982 wurden die Alternativen zu dem gegenwärtig im Bau befindlichen Projekt des Österreichischen Konferenzzentrums beim Donaupark, wie zB der Ausbau des Messepalastes in Verbindung mit der Wiener Hofburg, unter Beiziehung der Sachverständigen Arch. Dr. Peter Philipp Czernin, Komm. Rat Vizepräsident Carl Hans Schönbichler sowie Dozent Dr. Ing. Walter Ender und des Direktors der Wiener Kongreßzentrum Hofburg Betriebsgesellschaft m.b.H. Ernst Stock besprochen. Weiters wurden in dieser Sitzung Aspekte des Konferenztourismus sowie dessen Entwicklung in der Zukunft besprochen.

Am 14. September wurden unter Beiziehung des Bundesministers für Finanzen Dr. Herbert Salcher Aspekte der Finanzierung besprochen. Weiters nahm an dieser Sitzung der Vorstandsdirektor der Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien-AG, Dr. Michael Auracher, teil, der zu Alternativen des im Bau befindlichen Konferenzzentrums im Donaupark und Fragen der Betriebskosten befragt wurde.

Weiters wurden Teilbereiche der durch den Betrieb des neuen Konferenzzentrums zu erwartenden Wirkung insbesondere an Hand der Ausführungen des Dr. Eduard Walterskirchen vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, der dieser Sitzung als Sachverständiger beigezogen wurde, diskutiert.

In der Sitzung am 23. September wurden Fragen der Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Arbeitsplatzsicherung durch den Bau des Österreichischen Konferenzzentrums im Donaupark unter Beiziehung der Sachverständigen Dr. Kier, Dr. Walterskirchen, Dr. Wörgötter, Dr. Schmoranz — zum Teil an Hand der von den drei Vorgenannten vorgelegten Studien —, Dipl.-Ing. Hutschinski und Wippel behandelt.

Außerdem wurden in dieser Sitzung gemäß § 35 Abs. 5 GO die Vertraulichkeit der gesamten Unterausschußberatungen aufgehoben.

An den Unterausschußberatungen nahmen Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen, des BKA-Verfassungsdienstes und des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten teil.

Der Unterausschußobmann stellte am Ende der Beratungen des Unterausschusses zusammenfassend fest, daß über das Volksbegehren kein Einvernehmen erzielt werden konnte und dem Vollausschuß dementsprechend Bericht erstattet werden wird.

Im Sinne des § 40 Abs. 1 hat der Unterausschuß verschiedene Ressorts bzw. Institutionen um die Einleitung von Erhebungen ersucht. In Entsprechung dieser Ersuchen wurden folgende Unterlagen dem Unterausschuß zur Verfügung gestellt:

Auf Grund eines Antrages des Abgeordneten Hesoun beschloß des Ausschuß in seiner Sitzung vom 30. September 1982 mit Mehrheit, zum überwiegenden Teil diese Unterlagen, sofern sie als Anlagen bezeichnet sind, dem Ausschußbericht anzuschließen:

- Kopien der Ministerratsbeschlüsse vom Feber 1967 und Juni 1967 (einschließlich GOV/INF/174 vom 20. März 1967/englisch), Statement von Botschafter Haymerle im Gouverneursrat der IAEO . . . . . Anlage 3/1;

- Board of Governors, Angebot an IAEO, GOV/1225 vom 15. Juni 1967/englisch ..... **Anlage 3/2;**
- Board of Governors, GOV/INF/174/Add.1 vom 8. Juni 1967/englisch ..... **Anlage 3/3;**
- Industrial Development Board, ID/B/14 vom 11. April 1967/englisch (Statement von Staatssekretär Dr. Bobleter vor der UNIDO am 11. April 1967) .... **Anlage 3/4;**
- Unterlage „Der Ständige Amtssitz der Organisation (GOV/1215; GOV/INF/147, 147/Add.1)“ Original samt teilweiser BKA-Übersetzung ..... **Anlage 5;**
- Übersicht über die Herstellungskosten für das Österreichische Konferenzzentrum einschließlich Parkdeck 3 und Verkehrsanlagen sowie Übersicht der bereits vergebenen Aufträge .... **Anlage 4;**
- Vertrag für Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien vom 16. Juni 1973 samt Änderungen vom 30. Oktober 1975, 11. Mai 1976, 8. Jänner 1980 und 14. Feber 1980 ..... **Anlage 4 A;**
- Veranstaltungen der Wiener Kongreßzentrum-Hofburg Betriebsges. m. b. H. für 1979 bis inklusive 1983 .... (**entspricht Anlage 5/4;**)
- Rede von Botschafter Dr. Haymerle vor dem Board der IAEO am 15. Juni 1967 in Englisch samt autorisierter Übersetzung des BKA dieser Rede (**lediglich autorisierter Übersetzung des BKA**) ..... **Anlage 4 B;**
- Autorisierte Übersetzung des BKA des Memorändums des Generaldirektors der IAEO (GOV/1215) ..... **Anlage 4/4;**
- Kostenschätzung des Architekten Dipl.-Ing. Dr. Czernin für multifunktionales Zentrum Messepalast ..... **Anlage 5/3;**
- Verzeichnis der im Wiener Kongreßzentrum Hofburg durchgeführten Veranstaltungen von 1978 bis inklusive 1983 samt Teilnehmerzahl ..... **Anlage 5/4;**
- Konferenztourismus-Nachfragesituation, Ing. Mag. rer. soc. oec. Dr. Walter A. Ender ..... **Anlage 6/1;**
- Auszug eines Gutachtens über den Vorentwurf für das Internationale Konferenzzentrum Wien vom 13. Dezember 1971 von E. Stock ..... **Anlage 6/2;**
- Brief von Stadtrat Nittel an Sektionschef Waitz wegen Verkehrssituation Messepalast .... **Anlage 6/3;**
- Vergleichende Studie über die regionalen Beschäftigungsauswirkungen öffentlicher Bauprogramme von o. Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy (Wirtschaftsberater der Steiermärkischen Landesregierung) vom Jänner 1982 . **Anlage 6/4;**
- Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen in Österreich vom Feber 1982 von Gerhard Munduch und Ingo Schmoranz . **Anlage 6/5;**
- Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung von F. Breuss — E. Walterskirchen über Wirkungen des Beschäftigungsprogramms . **Anlage 6/6;**
- Beschäftigungswirkungen des Konferenzzentrums von Helmut Frisch — Andreas Wörgötter, Technische Universität Wien ... **Anlage 6/7;**
- Studie 1 und 2 über das Österreichische Konferenzzentrum von Arthur D. Little, Beurteilung der ökonomischen Basis eines Einkaufszentrums und eines Hotels im Rahmen des IAKW von Wist, Bedarfs- und Ertragsstudie für ein neues Hotel in der UNO-City vom Österreichischen Verkehrsbüro sowie ein Schreiben von Herrn Godofredo Figueroa, in welchem zum Entwurf des Österreichischen Konferenzzentrums Stellung genommen wird;
- Schreiben des Bundesministers für Finanzen Dr. Salcher vom 15. September 1982 betreffend Gesamtkosten des Amtssitz- und Konferenzzentrumsprojekts samt Kostenaufgliederung ..... **Anlage 7;**
- Bericht des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 21. August 1982 über die zwei Großkonferenzen der Vereinten Nationen im Sommer 1982 ..... **Anlage 7 A;**
- sowie
- wichtige Ergebnisse der WIFO-Studie „Beitrag zur Schätzung der Umwegrentabilität des Wiener Internationalen Kongreßzentrums“ ..... **Anlage 7/1;**

- Außerdem die im Vollausschuß vom 30. September 1982 vom Abgeordneten Hesoun eingebrachte Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung: Beitrag zur Schätzung der Umwegrentabilität des Wiener Internationalen Konferenzentrums von Mag. Dr. Egon Smeral vom September 1982 .....

**Anlage 8.**

Nicht dem Ausschußbericht angeschlossen sind jene Unterlagen, bei denen keine Anlagenbezeichnung steht. Sie bildeten aber auch Grundlage der Verhandlungen des Unterausschusses.

In der Sitzung des Vollausschusses vom 30. September 1982 nahm der Ausschuß den Bericht des Unterausschußobmannes Abgeordneten Steinbauer über die Beratungen des Unterausschusses entgegen, der über kein einvernehmliches Ergebnis berichten konnte.

Hierauf wurde das Volksbegehren (1183 der Beilagen) vom Ausschuß unter Berücksichtigung der Beratungen im Unterausschuß neuerlich in Verhandlung genommen. Als Ergebnis der Beratungen ist zu den Schwerpunkten der Diskussion folgendes zu berichten:

**I. Zur Frage der Einhaltung österreichischer Zusagen zum Bau des Konferenzentrum**

In den Erläuternden Bemerkungen zum Volksbegehren ist davon die Rede, daß Österreich zur Errichtung eines Konferenzentrums **nicht** verpflichtet sei, weil die UNO-City schon jetzt mit Konferenzräumen hinreichend ausgestattet sei.

Diese dem Volksbegehren zugrundeliegende Annahme hat sich im Zuge der Ausschußberatungen als nicht zutreffend herausgestellt.

Bei der Beschlußfassung über das 1972 beschlossene IAKW-Finanzierungsgesetz ließ sich der Nationalrat von Überlegungen leiten, die Außenminister Tončić-Sorinj bereits am 21. Feber 1967 in einem Vortrag an den Ministerrat zum Ausdruck gebracht hat.

Tončić-Sorinj führte damals folgendes aus:

„Eine der wesentlichen Zielsetzungen der Bundesregierung ist es, Österreich im internationalen Denken immer stärker zu verankern und damit die Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes zu festigen. In der Erkenntnis, daß die Niederlassung internationaler Organisationen ebenso wie die Abhaltung großer internationaler Konferenzen diesen Bestrebungen entgegenkommt, war es seit jeher die Politik der Bundesregierung, alle sich in dieser Hinsicht ergebenden Möglichkeiten zu nutzen. Es liegt auch in der Funktion des neutralen Staates, als Ort der Begegnung zu dienen.

Der erste große Erfolg in dieser Hinsicht war die Niederlassung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien.“

Im weiteren führte Tončić-Sorinj zur Schaffung eines UN-Zentrums folgendes aus:

„Um aus der Errichtung der UNIDO und der IAEO für Österreich — sowohl vom politischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus — den größtmöglichen Nutzen für die Zukunft zu ziehen, erscheint das Konzept der Errichtung eines UN-Zentrums einschließlich eines Konferenzgebäudes als die zweckmäßigste Lösung.“

Im weiteren führte er aus:

„Angebot für die Beistellung definitiver Amtssitze für UNIDO und IAEO: Unter Zugrundelegung des Konzeptes eines UN-Zentrums schlage ich vor, der UNIDO bzw. IAEO folgendes Angebot der Bundesregierung für die Errichtung definitiver Amtssitze zu unterbreiten:

1. Die Republik Österreich ist bereit, die für definitive Amtssitze der UNIDO und IAEO erforderlichen Amtsgebäude (Sekretariatsgebäude) einschließlich der funktionell bedingten Sitzungsräumlichkeiten auf einem ihr von der Gemeinde Wien übereigneten Baugrund auf dem Gelände des Donauparks im Rahmen eines UN-Zentrums auf ihre Kosten zu errichten. Bei der Planung und Errichtung dieser Amtssitzgebäude durch die Republik Österreich wird das von der UNIDO bzw. IAEO zu erstellende Raum- und Funktionsprogramm zugrunde gelegt werden. Eine Frist für dessen Vorlage und hernach für die Fertigstellung der Amtsgebäude wird einvernehmlich festzusetzen sein, wobei an eine Errichtungsdauer von höchstens vier Jahren gedacht ist.

Die Republik Österreich wird die in ihrem Eigentum verbleibenden Amtssitzgebäude der UNIDO bzw. IAEO für die Dauer von 99 Jahren zur Benützung als Amtssitz überlassen.“

„7. Die Amtssitzerrichtung für UNIDO bzw. IAEO im Rahmen des geplanten UN-Zentrums auf dem Gelände des Donauparks gestattet es, der UNIDO und IAEO folgende weitere Vorteile unverbindlich in Aussicht zu stellen:

- a) Schnellverbindung des UN-Zentrums mit dem Stadtzentrum und dem Flughafen.
- b) Ausreichende Parkmöglichkeiten auf dem Areal des UN-Zentrums.
- c) Bei der Planung der Amtssitzgebäude kann auf deren mögliche Erweiterung Bedacht genommen werden.
- d) Im Rahmen dieses UN-Zentrums könnte auch die Errichtung von eigenen Anlagen der UNIDO und IAEO (zB Labors) auf deren Kosten ermöglicht werden.
- e) Im Rahmen des geplanten UN-Zentrums wären auch die Voraussetzungen für die Errichtung eines allenfalls erforderlichen leistungsfähigen Konferenzgebäudes gegeben.“

Wenige Monate später beschäftigte sich der Ministerrat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Klaus neuerlich mit dieser Materie. Staatssekretär Dr. Bobleter berichtete am 20. Juni 1967 dem Ministerrat über die endgültige Unterbringung der IAEO und der UNIDO im UNO-Zentrum im Donaupark folgendes:

„Der Gouverneursrat der IAEO hat am 15. Juni 1967 das Angebot der Bundesregierung für die Errichtung des ständigen Hauptquartieres der Organisation im Rahmen des UNO-Zentrums im Donaupark einstimmig angenommen.

In den diesem Beschluß vorausgegangenen Verhandlungen mit den Vertretern der einzelnen Mitgliedstaaten sowie dem Generaldirektor der IAEO, Eklund, war die Annahme des österreichischen Angebotes ua. vor allem davon abhängig gemacht worden, daß Österreich im Rahmen des geplanten UNO-Zentrums auch die entsprechenden Konferenzräumlichkeiten zur Verfügung stellt.“

Staatssekretär Bobleter setzte fort:

„In der österreichischen Erklärung vor dem Gouverneursrat wurde daher im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen und dem Herrn Bundesminister für Bauten und Technik folgender Passus aufgenommen:

- a) Die Bundesregierung wird im Rahmen des in Aussicht genommenen Konferenzentrums auch Konferenzräumlichkeiten errichten, die den Anforderungen der Generalkonferenz der IAEO entsprechen;
- b) entsprechende Konferenzsäle werden daher auch in die Planung des UNO-Zentrums von vornherein einbezogen werden;
- c) mit dem Bau der Konferenzsäle wird nach Fertigstellung der beiden Amtsgebäude der IAEO und UNIDO begonnen werden.

Die Errichtung eines Konferenzentrums war bereits in dem Vortrag an den Ministerrat Zl. 133 949-10/67 in Aussicht genommen worden. Abgesehen von der Forderung der im Rahmen des UNO-Zentrums unterzubringenden internationalen Organisationen nach leistungsfähigen Konferenzräumlichkeiten, die auch den Anforderungen von Generalversammlungen bzw. Jahreskonferenzen entsprechen, kann heute bereits auch von einem allgemeinen Bedarf nach einem weiteren Konferenz- und Kongreßzentrum neben der Hofburg gesprochen werden. Im Endausbau soll es dieses Zentrum ermöglichen, in Wien internationale Staatenkonferenzen großen Ausmaßes abzuhalten.

Nachdem das österreichische Angebot auf Errichtung eines endgültigen Sekretariatsgebäudes für die UNIDO bereits anlässlich der ersten Sitzung des Verwaltungsrates der UNIDO in New York im April angenommen worden ist, ermöglicht nun der am 15. Juni getroffene Beschluß des Gouverneursrates der IAEO die Inangriffnahme der konkreten Planungsarbeiten für das gegenständliche Projekt.“

Die Präzisierung des Angebots der Österreichischen Bundesregierung erfolgt am 15. Juni 1967 in einem Vortrag des damaligen österreichischen Gouverneurs der IAEO, Botschafter Dr. Haymerle, vor den Boards der IAEO.

„Im Dezember 1966 beschloß die Generalversammlung der Vereinten Nationen, Wien zum Sitz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung zu machen. Durch diesen Beschluß wurden die zuständigen österreichischen Stellen vor zwei Alternativen gestellt: Sie konnten versuchen, für die UNIDO irgendwo in der inneren Stadt einen Amtssitz bereitzustellen, wodurch die beiden Organisationen vollkommen getrennt an verschiedenen Stellen Wiens untergebracht gewesen wären. Ihre großen Sitzungen hätten folglich im ‚Kongreßzentrum‘ in der Hofburg stattgefunden, das schon jetzt für die wachsende Kongreßtätigkeit in Wien langsam zu klein wird. Dies war die Alternative Nummer 1.

Es gab aber auch noch eine andere Möglichkeit: Die Schaffung eines UNO-Zentrums auf einem geeigneten Gelände in Wien, das nicht zu weit von der Inneren Stadt entfernt liegen durfte und doch hinreichend erweiterungsfähig sein mußte, um die Sekretariatsgebäude der Organisation und der UNIDO sowie ein großes und modernes Konferenzzentrum aufzunehmen, das in Zukunft auch andere internationale Organisationen und Konferenzen anziehen sollte. Durch eine solche Lösung könnte die Rolle Österreichs als neutrales Land und die Funktion Wiens als Stätte internationaler Begegnungen unterstrichen und verstärkt werden.“

Botschafter Dr. Haymerle machte im Laufe seiner Ausführungen schließlich folgende Mitteilung:

„Wenn, wie wir hoffen, nach der UNIDO nun auch die IAEO mit dem Donaupark als Standort für ihren ständigen Amtssitz einverstanden ist, dann bin ich von meiner Regierung **beauftragt**, das **Angebot** Österreichs hinsichtlich der Errichtung eines Konferenzentrums folgendermaßen **näher zu präzisieren**:

- a) Die Bundesregierung wird im Rahmen des geplanten Konferenzentrums die für die Bedürfnisse der Generalkonferenz der IAEO geeigneten Konferenzräume errichten.
- b) Derartige geeignete Konferenzräume werden also von allem Anfang an in die Planung des UNO-Zentrums einbezogen werden.
- c) Der Bau dieser Konferenzräume wird nach Fertigstellung der Sekretariatsgebäude für die IAEO und die UNIDO erfolgen.“

In den Beratungen des Unterausschusses wurde deutlich, daß diesem Angebot Botschafters Haymerles Beratungen in der Regierung vorausgegangen sind. Alle sachlich zuständigen Minister waren über die Details dieses Angebots informiert.

Auf Grund dieser im Unterausschuß behandelten Dokumente aus dem Jahre 1967 kommt der Aus-

schuß zum Schluß, daß die damalige Bundesregierung sehr wohl dezidierte Zusagen gegenüber den internationalen Organisationen gemacht hat, die eine wesentliche Geschäftsgrundlage für die Errichtung des UNO-Sitzes im Donaupark bedeuten.

Die Unterzeichner des Volksbegehrens sind somit durch dessen Initiatoren nur unvollständig informiert und damit irreführend worden. Der Ausschuß vertritt die Auffassung, daß die Österreichische Bundesregierung die damals gegebenen Zusagen nicht ableugnen oder ignorieren kann, sondern einzuhalten hat, was durch den Bau des Konferenzentrums nach Fertigstellung der Büroräumlichkeiten erfolgt.

Die Auffassung, daß eine Verpflichtung zur Errichtung des Konferenzentrums besteht, vertreten übrigens auch die ÖVP-Abgeordneten Dr. Eduard Moser, Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Dr. König im Minderheitsbericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller mit der Übertragung der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien an die IAKW-AG zusammenhängenden Vorgänge der aus dem Jahre 1975 stammt. Darin heißt es (Seite 85, 1688 der Beilagen aus der XIII. GP.) ua.:

„Wien als Sitz der Vereinten Nationen neben New York und neben Genf hätte nur dann Gewicht, wenn die Bundeshauptstadt zugleich imstande wäre, Staatenkonferenzen größeren Ausmaßes abzuhalten. Mit der Aufblähung der Delegationen werden wohl Konferenzen im Zentrum Hofburg nur schwer zu bewältigen sein, aber dies nicht auf die Dauer möglich sein.“

Weiters führten die ÖVP-Abgeordneten in diesem Minderheitsbericht aus dem Jahre 1975 durchaus zutreffend aus:

„Nach unserer Auffassung ist die Verbindung von Wien als UN-Sitz oder als Sitz von Sekretariats-einheiten und Wien als Konferenzstadt mit einem der Bedeutung der Bundeshauptstadt angemessenen **Konferenzzentrum untrennbar verbunden**. Die Kostenexplosion beim Amtssitzbau hatte zur Folge, daß die Regierung das Konferenzzentrum aus der Planung ausgeklammert hat. Damit veranschlagt sie im Augenblick zwar weniger Kosten, doch widerspricht dieser Vorgang den ausdrücklich erklärten Interessen der Stadt Wien.“

Schließlich stellen die ÖVP-Abgeordneten die Verpflichtung zur Errichtung des Konferenzentrums mit folgenden deutlichen Worten fest:

„Das Zentrum war ein wesentlicher Teil des sogenannten Schmitz-Slavik-Abkommens von 1967, in dem, nachdrücklich zum Ausdruck gebracht ist, daß es sich bei dem internationalen Konferenzzentrum um ein Vorhaben des Bundes handelt (Beilage 99). Im Art. XIII des Syndikatsvertrages vom Mai 1971 verpflichtet sich der Bund

daher, das Konferenzzentrum als Bundesgebäude zu errichten.“

Der Ausschuß gelangt daher zu dem Ergebnis, daß eine solche Verpflichtung eingehalten werden muß.

## II. Zu den Alternativen

In vielen Äußerungen und auch in der Begründung des Volksbegehrens wurde der Eindruck erweckt, daß durch einen Ausbau der Hofburg eine dem Bau des Konferenzentrums gleichwertige Lösung geschaffen werden könnte. Dies hat sich im Zuge der Ausschußberatungen als unzutreffend erwiesen.

Zur Rolle der Hofburg als Konferenzzentrum stellt der Ausschuß folgendes fest:

Das Konferenzzentrum Hofburg soll auch nach der Fertigstellung des Konferenzentrums am Donaupark erhalten und betrieben werden. Die Hofburg stellt aber aus einer Reihe von Gründen keine praktikable Alternative zum im Bau befindlichen Konferenzzentrum dar.

Die Kapazitäten der Hofburg reichen nicht aus, um internationale Großkonferenzen — vor allem Arbeitskonferenzen, die eine Vielzahl von Neben- und Büroräumlichkeiten benötigen — durchzuführen. Auf Grund der baulichen Gegebenheiten und der Erfordernisse des Denkmalschutzes besteht in der Hofburg keine Möglichkeit für eine weitgehende Erweiterung der Kapazitäten.

Eine Erweiterung der Kapazitäten durch Einbeziehung des Messepalastes wurde bereits im Jahr 1979 aus verkehrstechnischen Gründen vom damaligen amtsführenden Stadtrat für Straße, Verkehr und Energie Heinz Nittel abgelehnt. Stadtrat Nittel hat in einem Brief an Sektionschef Waitz (Bundesministerium für Finanzen) lange vor dem Beginn der Auseinandersetzungen um den Bau des Konferenzentrums folgendes erklärt:

„Der Druck des ruhenden Verkehrs auf die öffentlichen Straßenflächen im Nahebereich des Messepalastes ist bereits so groß geworden, daß die Überwachung der Halteverbote und sonstigen Parkbeschränkungen durch die Bundespolizei nur mehr begrenzt wirksam durchgeführt werden kann. Da im Rahmen der verstärkten Überwachung der Straßen des bevorzugten Straßennetzes (Burggasse, Neustiftgasse, Lastenstraße, Linke und Rechte Wienzeile) und durch das Beschleunigungsprogramm für die Innere Mariahilfer Straße der Parkraumangel in diesem Stadtgebiet in noch höherem Maße zutage treten wird, kann vom Standpunkt der Verkehrsorganisation die Einrichtung eines Verkehrserregers in diesem Ausmaß bei der derzeitigen Verkehrslage nicht zugestimmt werden.

Selbst bei rascher Realisierung des Garagenkonzeptes im Einzugsgebiet der Inneren Stadt werden

in der Umgebung des Messepalastes keine öffentlichen Straßenflächen für das längerfristige Abstellen von Kraftfahrzeugen freigegeben werden können. Die noch zu errichtenden Garagenstellplätze werden aber bereits zur Deckung des derzeitigen Parkraumbedarfes zur Verfügung stehen müssen. Dies wird auch durch die vor kurzem veröffentlichte generelle Verkehrskonzeption für Wien belegt.

Ich darf Sie daher ersuchen, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Einrichtung eines derartigen Verkehrserregers unbedingt vermieden wird.“

Architekt Dipl.-Ing. Dr. Czernin legte dem Unterausschuß in dessen Sitzung vom 7. September 1982 eine Kostenschätzung betreffend ein „Konferenzzentrum Messepalast“ vor. Die Gesamtkosten seines Projektes würden auf Basis 1982 ausschließlich der Finanzierungskosten 1,24 Milliarden Schilling betragen (ohne Bauvorbereitungskosten, Abgaben und Umsatzsteuer).

Im Verlauf der Befragung Dr. Czernins stellte sich heraus, daß sein Konzept nicht die Verwirklichung eines Konferenzentrums bedeuten würde, sondern lediglich eines „multifunktionalen“ Zentrums, das zwar für die Abhaltung verschiedenster Veranstaltungen geeignet wäre, nicht aber für die regelmäßige Veranstaltung internationaler Großkonferenzen. Die Gründe dafür sind ähnliche wie die, die internationale Arbeitskonferenzen in der Hofburg ausschließen. Schließlich spricht sowohl gegen die Hofburg als auch gegen den Messepalast die in den Zusagen aus dem Jahr 1967 enthaltene Feststellung, die Österreichische Bundesregierung würde nach Abschluß des Baues der Bürotrakte ein Konferenzzentrum **in räumlicher Verbindung** mit dem Bürotrakt errichten.

Auch der gegenwärtige Direktor der Hofburg, Stock, hat in einem Gutachten über den Vorentwurf für das Internationale Konferenzzentrum Wien vom 13. Dezember 1971 das gegenwärtig in Realisierung befindliche Konferenzzentrum positiv beurteilt. Stock vertritt in diesem Gutachten die Auffassung, „daß der neutrale Status Österreichs und die geographische Lage Wiens bedingen, daß eine große Anzahl internationaler Organisationen ihre Tagungen in Wien abhalten. Der Ideen- und Erfahrungsaustausch hier ist ein positiver Beitrag zur friedlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen. Das internationale Kongreßwesen hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung genommen. Der Grund hierfür liegt in der Gesamtentwicklung des Tourismus und in der ständig steigenden Anzahl der internationalen Vereinigungen und Organisationen. Mit der Errichtung von Saalgruppe A des Konferenzentrums Wien können wir einen größeren Teil vom internationalen Kongreßgeschäft nach Wien bringen“.

In den Beratungen des Unterausschusses erklärte Stock, daß er auch heute noch zu den Aussagen seines damaligen Gutachtens steht. Er vertrat die

Ansicht, daß das neue Konferenzzentrum nicht als Konkurrenz zur Hofburg, sondern als sinnvolle Ergänzung und Erweiterung der Konferenzkapazitäten der Stadt Wien zu sehen ist.

Der Ausschuß vertritt die Auffassung, daß nicht nur aus historischen Gründen — wegen der Zusagen aus den sechziger Jahren — die Errichtung des Konferenzentrums notwendig ist, sondern daß es einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Stellung Österreichs in der Welt von morgen leisten kann.

Nur durch die Bereitstellung eines leistungsfähigen Konferenzentrums hat Wien die Chance, seine Stellung als drittes UN-Zentrum zu festigen und auszubauen.

Das Konferenzzentrum wird Österreich die Möglichkeit eröffnen, große Serviceleistungen anzubieten und damit seine Funktion als Mittler besser als bisher wahrzunehmen.

### III. Beschäftigungswirkungen

In der Begründung zum Volksbegehren wird ausgeführt, daß „ein klares Nein zum Konferenzzentrum bei der UNO-City ... ein Ja zur Sicherung von Arbeitsplätzen in allen Bundesländern“ bedeutet.

Daraus müßte geschlossen werden, daß ein Ja zum Konferenzzentrum, also der Bau des Konferenzentrums, ein Nein zur Sicherung der Arbeitsplätze bedeuten würde.

Auch mit dieser Behauptung sind die Unterzeichner des Volksbegehrens irregeführt worden. Aus den Ausschußberatungen hat sich neuerlich eindeutig ergeben, daß vom Bau des Konferenzentrums ein starker, breitgestreuter Beschäftigungsimpuls ausgeht.

Aus den dem Unterausschuß vorgelegten Gutachten über die Beschäftigungswirkungen der Errichtung des Konferenzentrums geht hervor, daß mit jährlichen Beschäftigungswirkungen von 1 500 bis 2 000 Beschäftigten zu rechnen ist. Dieser Effekt kommt zustande, weil von der Errichtung des Konferenzentrums nicht nur primäre Beschäftigungseffekte auf die Bauwirtschaft ausgehen, sondern auch branchenmäßig und regional breitgestreute sekundäre Beschäftigungseffekte. Von keinem der vom Unterausschuß gehörten Sachverständigen wurden Beschäftigungseffekte in dieser Größenordnung grundsätzlich in Frage gestellt. Soweit in der Öffentlichkeit Zahlen genannt wurden, die weitaus darunter liegen, beruhen diese Zahlen auf einem Mißverständnis der vom Institut für Höhere Studien und vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegten Studien.

Der Ausschuß stützte seine Auffassung auf die von Prof. Helmut Frisch und Andreas Wörgötter

(Technische Universität Wien) und von Fritz Breuss und Ewald Walterskirchen (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) vorgelegten Gutachten, die als Anlage dem Ausschussbericht angeschlossen sind.

Frisch und Wörgötter kommen in ihrer Studie zu folgenden Ergebnissen:

„Der Bau des Konferenzzentrums wird über den Zeitraum 1982/86 insgesamt 9 347 Jahresarbeitsplätze (Mann – Jahre) schaffen. Für die geplante Bauzeit von 4½ Jahren werden dadurch durchschnittlich pro Jahr 2 077 Personen zusätzlich Beschäftigung finden. Von diesen gesamten zusätzlichen Arbeitsplätzen werden 6 766 als primärer Beschäftigungseffekt bei direkt beauftragten (4 548) und indirekt mit Zulieferungen befaßten Firmen (2 218) vor allem in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Baunebengewerbe, Dienstleistungen, Maschinen und Stahlbau und Holzverarbeitung anfallen.

Aus dem Einkommen dieser zusätzlich Beschäftigten ergibt sich über den Multiplikatorprozeß ein sekundärer Beschäftigungseffekt von 2 581 Arbeitsplätzen für den gesamten Konsumgüterproduktionsbereich der österreichischen Wirtschaft.“

Ferner führen Frisch und Wörgötter aus:

„Zusammenfassend kann daher auf Grund dieser Berechnungen festgestellt werden, daß die Errichtung des Konferenzzentrums gerade in der jetzigen Konjunktursituation, in der sich die Arbeitslosenzahlen in der Bauwirtschaft gegenüber dem Vorjahr verdoppelt haben, einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung leistet.“

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Breuss und Walterskirchen in ihrer im Rahmen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung erstellte Studie.

Das Konferenzzentrum wird aber nicht nur durch seinen Bau, sondern auch durch seinen Betrieb einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung des hohen Beschäftigungsniveaus in Österreich leisten. Die dem Unterausschuß bereits am 23. September 1982 in einer Zusammenfassung vorgelegte Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung „Beitrag zur Schätzung der Umwegrentabilität des Wiener Internationalen Konferenzzentrums“ lag in vollem Umfang auch dem Ausschuß in seiner Sitzung vom 30. September 1982 vor. Diese Studie ergänzt die früheren Studien über die Beschäftigungswirkung der Errichtung des Konferenzzentrums durch Aussagen über die Beschäftigungswirkungen des Betriebs des Konferenzzentrums.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung kommt zu dem Ergebnis, daß der Betrieb des Konferenzzentrums zu einem zusätzlichen Ausgabenvolumen der Konferenztouristen von

jährlich 720 bis 760 Millionen Schilling führen wird. Die Beschäftigungseffekte der touristischen Auslandsnachfrage sind nach Ansicht des Instituts wegen des niedrigen Importgehalts und des hohen Dienstleistungsgehalts außerordentlich hoch. Unter den vom Institut getroffenen Annahmen bezüglich der Zahl der Konferenzteilnehmer bedeutet das zusätzliche Ausgabenvolumen die Sicherung bzw. die Schaffung von 3 000 bis 3 300 Arbeitsplätzen.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung kommt in dem zitierten Gutachten hinsichtlich der allgemeinen Beschäftigungseffekte der touristischen Auslandsnachfrage zu folgendem Resultat:

„Die von der durchschnittlichen touristischen Auslandsnachfrage ausgehenden Beschäftigungseffekte sind stärker als die vom privaten Konsum, den Warenexporten oder den Investitionen ausgehenden Impulse. Die Anwendung der Input-Output-Analyse ergab rein rechnerisch einen Beschäftigungsmultiplikator von 4,2 dh anders ausgedrückt, daß eine Milliarde Gesamtausgaben im Ausländerfremdenverkehr im Durchschnitt 4 200 unselbständige und selbständige (erwerbstätige) Personen beschäftigen. Verschiedene Berechnungen auf der Basis unterschiedlicher Verbrauchsstrukturen im Konferenztourismus lieferten Beschäftigungsmultiplikatoren, die vom Multiplikator der Normalvariante nur unwesentlich abwichen.“

#### IV. Finanzierung

In der Frage der Finanzierung wurden im Zuge der Ausschuß-Beratungen folgende Klarstellungen getroffen:

Die Finanzierung des Baues des Konferenzzentrums beruht auf das am 27. April 1972 vom Nationalrat einstimmig beschlossenen IAKW-Finanzierungsgesetz (Bundesgesetz vom 27. April 1972 betreffend die Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien). Dieses Bundesgesetz sagt unter anderem:

„§ 1. Der Bund hat die Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des als Bundesgebäude zu errichtenden Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien einer Aktiengesellschaft zu übertragen.

§ 2. (1) Der Bund hat der Aktiengesellschaft die Kosten der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung (einschließlich des Personal- und Sachaufwandes) und Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien... in unmittelbar aufeinanderfolgenden Jahresteilbeträgen... zu ersetzen, soweit diese Kosten nicht durch eigene Einnahmen der Aktiengesellschaft abgedeckt werden können.“

Bereits in der Fassung vom 27. April 1972 wurde im IAKW-Finanzierungsgesetz der vom Bund zu

leistende Kostenersatz für die einzelnen Jahre detailliert festgelegt. Das IAKW-Finanzierungsgesetz wurde 1975 und 1979 novelliert. Der Bau und die Finanzierung des Konferenzzentrums erfolgt gegenwärtig auf der Basis der gültigen Fassung dieses Gesetzes.

Die Behauptung, der Bau des Konferenzzentrums erfolge ohne jedes entsprechende Finanzierungskonzept, ist folglich unrichtig.

Die gegenwärtigen Bemühungen der Bundesregierung zielen vielmehr darauf ab, die Aufwendungen Österreichs für den Bau des Konferenzzentrums noch weiter zu reduzieren. Der Ausschuß begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, eine Finanzierungsmöglichkeit zu finden, die — durch ausländische Beteiligungen — die budgetären Belastungen noch niedriger hält als jene, die im Gesetz vorgesehen ist.

Zu den zu erwartenden **Betriebskosten** stellt der Ausschuß folgendes fest:

In der Begründung des Volksbegehrens wird behauptet, das Konferenzzentrum würde jährliche Betriebskosten von über 350 Millionen Schilling verursachen.

In den Beratungen des Ausschusses hat sich dafür kein wie immer gearteter Anhaltspunkt ergeben. Die Zahl von 350 Millionen Schilling ist eine neue Propagandabehauptung und wird von keiner seriösen Kostenrechnung gestützt.

Tatsächlich dürften die Betriebskosten des Konferenzzentrums nach vorliegenden Schätzungsziffern zwischen 50 und 150 Millionen Schilling jährlich liegen, je nach dem Grad der Kapazitätsauslastung. Diesen Betriebskosten sind aber einerseits die zu erwartenden Einnahmen gegenüberzustellen, andererseits die in der Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung nachgewiesenen zusätzlichen Einnahmen aus dem Konferenztourismus. Es ist daher mit einem hohen Maß an Umwegrentabilität zu rechnen. Im übrigen hat die Bundesregierung veranlaßt, daß einer international renommierten Beratungsfirma ein Auftrag erteilt wurde, ua. eine genaue Betriebskostenschätzung durchzuführen. Ein erstes Ergebnis wird Ende Oktober 1982 vorliegen.

#### V. Zusammenfassung

Auf Grund der angeführten Dokumente und der Stellungnahmen der Sachverständigen im Zuge der

Ausschußberatungen ergeben sich folgende Gesichtspunkte:

1. Die zuständigen Organe der Republik Österreich haben in den sechziger Jahren gegenüber internationalen Organisationen in einer eindeutigen Form den Bau des Konferenzzentrums in Aussicht gestellt. Es gibt zum Bau des Konferenzzentrums keine Alternative, die den damals gemachten Zusagen entsprechen würde.

2. Der Bau des Konferenzzentrums schafft während seiner Errichtung zirka 2 000 **zusätzliche** Arbeitsplätze, während seines Betriebs über 3 000 **zusätzliche** Arbeitsplätze. Auch aus beschäftigungspolitischen Gründen wäre es falsch, den Bau des Konferenzzentrums einzustellen.

3. Die in der Begründung des Volksbegehrens genannte Zahl von 350 Millionen Schilling Betriebskosten ist falsch. Berechnungen ergaben, daß die zu erwartenden Betriebskosten nur einen Bruchteil dieses Betrages ausmachen werden. Ein hohes Maß an Umwegrentabilität ist gegeben.

4. Die Finanzierung des Konferenzzentrums ist auf der Basis des IAKW-Finanzierungsgesetzes gesichert. Eine weitere Entlastung des Budgets des Bundes wird durch die gegenwärtig in Gang befindlichen Verhandlungen angestrebt.

An der Debatte im Ausschuß hatten sich die Abgeordneten Steinbauer, Dr. Ermacora, Braun, Dr. Frischenschlager, Burgstaller, Ing. Nedwed, DDr. Gmoser, Ingrid Tichy-Schreder und Bergmann sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher und der Ausschußobmann Abgeordneter Dr. Veselsky beteiligt.

Bei der Abstimmung fand der in der Vorlage enthaltene Gesetzentwurf nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit.

Das im Sinne des § 42 Abs. 4 der Geschäftsordnung abgegebene abgeordnete Gutachten der Abgeordneten Steinbauer, Burgstaller, Ingrid Tichy-Schreder und Dipl.-Ing. Riegler ist diesem Bericht angeschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des besonderen Ausschusses samt den darin bezeichneten Anlagen zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1982 09 30

Mondl

Berichterstatter

Dr. Veselsky

Obmann

1223 der Beilagen

11

Anlage 3/1

Unterlagen für die Sitzung des Unterausschusses vom 20. Juli:

- Kopien der Ministerratsbeschlüsse vom Februar 1967 und Juni 1967
- Statement von Botschafter Haymerle im Gouverneursrat der IAEO

## Bundeskanzleramt

Geschäftszahl Zahl: ..... 2286 — Pr.M/67 .....	Vorzahl 1533 — Pr.M/67	Genehmigungs-, Dringlichkeits-, Verschußvermerk				
Miterledigte Zahlen	Nachzahl					
	Bezugszahlen					
Gegenstand Errichtung der definitiven Amtssitze der UNIDO und der IAEO im Rahmen eines UN- Zentrums		Frist	zu betreiben am			
		<table border="1" style="width: 100%; height: 20px;"> <tr> <td style="width: 33%;"></td> <td style="width: 33%;"></td> <td style="width: 33%;"></td> </tr> </table>				
		neue Frist				
<table border="1" style="width: 100%; height: 20px;"> <tr> <td style="width: 33%;"></td> <td style="width: 33%;"></td> <td style="width: 33%;"></td> </tr> </table>						

Zur Einsicht vor Genehmigung, Abfertigung, Hinterlegung

1. Herrn Bundeskanzler
2. Herrn BM für Ausw. Angel.
3. Herrn BM für Finanzen
4. Herrn BM für Baut. u. Techn.
5. Herrn Staatssekr. im BM für Ausw. Angel.
6. Leiter der Abt. 1 b i. H.

Der Ministerrat hat in der Sitzung am 21. Feber 1967 nach dem Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Zl. 133.949-10/67, betr. Errichtung der definitiven Amtssitze der UNIDO und der IAEO im Rahmen eines UN-Zentrums, mit der Feststellung antragsgemäß beschlossen, daß zu allen Besprechungen und Verhandlungen ein Vertreter des Bundeskanzleramtes einzuladen ist.

(Vgl. Pkt. 19 des Beschl.Prot. 34)  
(Siehe Pkt. 11 der TO)

Einlegen!

21. Feber 1967

Geschäftszeichen <hr/>	Reing. _____ Vergl. _____ Begl. _____ Best. 22. Feber 1967
Grundzahl 1171 — Pr.M/67	

12

1223 der Beilagen

Zl. 133.949-10/67  
 Errichtung der definitiven  
 Amtssitze der UNIDO und  
 der IAEO im Rahmen eines UN-Zentrums

Wien, im Februar 1967

### Vortrag an den Ministerrat

Eine der wesentlichen Zielsetzungen der Bundesregierung ist es, Österreich im internationalen Denken immer stärker zu verankern und damit die Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes zu festigen. In der Erkenntnis, daß die Niederlassung Internationaler Organisation ebenso wie die Abhaltung großer Internationaler Konferenzen diesen Bestrebungen entgegenkommt, war es seit jeher die Politik der Bundesregierung, alle sich in dieser Hinsicht ergebenden Möglichkeiten zu nutzen. Es liegt auch in der Funktion des neutralen Staates, als Ort der Begegnung zu dienen.

Der erste große Erfolg in dieser Hinsicht war die Niederlassung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien.

### I. UNIDO

Es lag daher auf der Linie dieser grundsätzlichen Politik, daß die Bundesregierung im November 1966 die Einladung aussprach, Wien zum Amtssitz der neuen UN-Organisation für Industrielle Entwicklung zu wählen. Nachdem die Vereinten Nationen in ihrer 21. Generalversammlung die österreichische Bewerbung um den Amtssitz angenommen und somit Wien zum Sitz der neu zu errichtenden Organisation bestimmt haben, wäre nunmehr den Vereinten Nationen bekanntzugeben, was Österreich für die Errichtung des definitiven Amtssitzes der UNIDO in Wien anbietet.

#### a) Standort für das definitive Amtsgebäude:

Hiefür ist das Gelände nördlich der Donau (Donaupark), das die Vertreter der UNIDO nach Besichtigung als geeignet befunden haben, vorgesehen.

#### b) Finanzielle Leistungen:

Das Memorandum, in dem die österreichische Bewerbung um den Amtssitz der UNIDO dem UN-Sekretariat bzw. den Mitgliedstaaten bekanntgegeben wurde, enthielt zwar eine Erklärung über die kostenlose Beistellung eines Grundstückes für den Amtssitz, ließ jedoch die Frage eines weiteren Beitrages zur Finanzierung des Amtssitzes offen. Dieses Vorgehen erschien damals zweckmäßig, um einerseits nicht höhere Leistungen als unbedingt erforderlich in Aussicht zu stellen und andererseits nicht gegenüber Mitbewerbern, die sich zu höheren Leistungen bereit erklärten, in eine ungünstige Position zu gelangen. Dabei ging man von der Meinung aus, daß die Gewährung eines zinsbegünstigten bzw. zinslosen Darlehens für die Kosten der Errichtung des Amtsgebäudes genügen könnte.

Nunmehr aber hat das Sekretariat der Vereinten Nationen Österreich von einer Empfehlung des Beratenden Komitees für administrative und budgetäre Fragen in Kenntnis gesetzt, wonach Amtsgebäude für die Vereinten Nationen seitens der Mitgliedstaaten grundsätzlich kostenlos beigestellt werden sollen. Wenn auch diese Empfehlung für Österreich nicht als verbindlich gelten muß, so wäre diesem Wunsch doch aus folgenden Erwägungen Folge zu leisten.

Bei der UNIDO handelt es sich um einen — wenn auch autonomen — Teil des Sekretariates der Vereinten Nationen, nicht um eine Sonderorganisation. Durch die Errichtung eines Teiles des Sekretariates der Vereinten Nationen wird somit Wien neben New York und Genf zum Amtssitz der Vereinten Nationen selbst. Dadurch erwachsen aber auch den Vereinten Nationen wesentliche zusätzliche Kosten, da für die UNIDO gewisse Abteilungen der allgemeinen Verwaltung und der Technischen Dienste eigens eingerichtet werden müssen, die in New York und Genf bereits bestehen. Nach vorläufigen Berechnungen erfordert die Amtssitzerrichtung der UNIDO in Wien im Budget der Vereinten Nationen jährlich rund 1,3 Millionen Schilling zusätzlich zu den bereits vorgesehenen 5,2 Millionen Schilling (Dokument der VN A/6610 vom 16. 12. 1966). Daher zeigt das UN-Sekretariat keine Bereitschaft, die volle oder teilweise Bestreitung der Baukosten durch die Vereinten Nationen zu befürworten. Auch die Mitgliedstaaten erwarten so wie das UN-Sekretariat, daß Österreich dem Beispiel anderer Konkurrenten in der Bewerbung um den Amtssitz der UNIDO folgen werde, die die kostenlose Überlassung des permanenten Amtssitzes bereits in ihrer Bewerbung angeboten hatten.

Zu bemerken wäre ferner, daß, sollte Österreich die Finanzierung des Amtsgebäudes nicht übernehmen, die Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel neuerlich und zwar hinsichtlich der Kosten für das Amtsgebäude an das Beratende Komitee für administrative und budgetäre Fragen und sodann an die XXII. Generalversammlung der Vereinten Nationen verwiesen werden müßte, was die Etablierung der UNIDO in Wien überhaupt in Frage stellen könnte. Schließlich hat die UNIDO die gegenwärtig in Aus-

sicht genommene provisorische Unterbringung, die eine Aufsplitterung auf 2 bzw. 3 Gebäude vorsieht, nur unter der Bedingung angenommen, daß gleichzeitig auch über die Frage der definitiven Unterbringung eine Einigung erfolgt.

Es muß berücksichtigt werden, daß Wien nur dann neben den bereits bestehenden Sitzen von UN-Organisationen — New York und Genf — zum Zuge kommen kann, wenn es der sich abzeichnenden Tendenz, wonach den UN-Organisationen nicht nur die Grundstücke, sondern auch die Amtsgebäude kostenlos zur Verfügung gestellt werden, folgt und dementsprechend günstige Bedingungen bietet. So hat beispielsweise die italienische Regierung der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) sämtliche Gebäude gegen einen Anerkennungszins von einem Dollar jährlich überlassen.

## II. IAEO

Die Internationale Atomenergieorganisation hat derzeit noch einen provisorischen Amtssitz in dem Gebäude des ehemaligen „Grand Hotels“, welches ihr von der österreichischen Bundesregierung unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Aus Anlaß des 10jährigen Bestandsjubiläums der IAEO im Herbst 1966 schlug der Herr Bundeskanzler dem Generaldirektor der IAEO vor, Verhandlungen aufzunehmen, um das Provisorium, welches in einem Zusatzabkommen zum Amtssitzabkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der IAEO geregelt ist, zu beenden und zu einer definitiven Lösung zu kommen. Damals bestand österreichischerseits die Absicht, der IAEO vorzuschlagen, entweder das „Grand Hotel“ zum definitiven Amtssitz zu wählen und den Wert des Gebäudes abzulösen oder aber der IAEO einen Baugrund unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und für den Neubau eines definitiven Hauptquartiers langfristige, zinsenlose Kredite zu gewähren.

Durch den Beschluß der XXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen, die UNIDO in Wien zu etablieren, ergibt sich eine neue Verhandlungssituation gegenüber der IAEO, da in Abschnitt 49 (c) des Amtssitzabkommens mit der IAEO dieser die Meistbegünstigung im Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen in Österreich vertraglich zugesichert wurde.

Deshalb ist es notwendig, der IAEO ein inhaltlich gleichwertiges Angebot wie der UNIDO zu unterbreiten. Dies auch aus taktischen Gründen, da das Zustandekommen des geplanten UN-Zentrums zweifellos davon abhängt, daß auch die IAEO ihr definitives Hauptquartier im Rahmen desselben errichtet.

Dieses Angebot gilt mit der Einschränkung, daß es sich nur auf das von der Stadt Wien hiefür zur Verfügung gestellte Gebiet nördlich der Donau (Donaupark) bezieht.

## III. Schaffung eines UN-Zentrums

### 1. Das Grundkonzept

Um aus der Errichtung der UNIDO und der IAEO für Österreich — sowohl vom politischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus — den größtmöglichen Nutzen für die Zukunft zu ziehen, erscheint das Konzept der Errichtung eines UN-Zentrums einschließlich eines Konferenzgebäudes als die zweckmäßigste Lösung. Es bedarf keiner näheren Ausführung, welche Bedeutung die Entwicklung Wiens zu einem dritten Zentrum der Vereinten Nationen — neben New York und Genf — und der davon ausgehende Anreiz zur Niederlassung weiterer zwischenstaatlicher und anderer internationaler Organisationen für die Sicherheit, die Festigung der Neutralität und — zuletzt und nicht zum geringsten — das Ansehen unseres Landes hätte. Dieses Konzept ist jedoch nur dann durchführbar, wenn sich Österreich dazu entschließt, die gesamten Kosten der Errichtung der beiden Amtsgebäude zu übernehmen und in Verbindung damit ein leistungsfähiges Konferenzgebäude zu errichten. Dieses Konferenzgebäude wäre nicht nur für alle Plenarsitzungen und Sitzungen ähnlicher Größenordnung der Organisationen, sondern auch für die Abhaltung größter Staatenkonferenzen im UN-Ausmaß zu verwenden.

### 2. Rahmenübereinkommen Republik Österreich — Gemeinde Wien

Um die materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung eines solchen Konzeptes zu schaffen, hat der Bundesminister für Finanzen nach Verhandlungen mit dem Bundesland Niederösterreich und der Gemeinde Wien, die sich beide um den Amtssitz der UNIDO bzw. den Standort eines UN-Zentrums beworben haben, mit dem Stadtrat für Finanzen der Gemeinde Wien, Vizebürgermeister Slavik, Übereinstimmung über ein diesbezügliches Rahmenübereinkommen erzielt. Dieses sieht im wesentlichen vor, daß der Bund als Bauherr auf einem ihm von der Gemeinde Wien kostenlos übereigneten baureifen Grund — es ist das Gelände des Donauparks vorgesehen — ein UN-Zentrum (bestehend aus Amtssitzen internationaler Organisationen allenfalls in Verbindung mit einem internationalen Konferenzzentrum) errichtet und die Gemeinde Wien dazu einen wesentlichen Beitrag leistet. Dieser besteht außer der kostenlosen Grund-

beistellung einschließlich der Verkehrsbauten innerhalb dieses Geländes und seiner Schnellverbindungen mit dem Stadtzentrum und dem Flughafen aus einem 35%igen Beitrag zu den Gesamtkosten der Vorbereitung und Errichtung der Bauten und Anlagen des UN-Zentrums und seiner allfälligen Erweiterung. Außerdem wurde die Unterstützung der Gemeinde Wien bei der Beschaffung von Wohnraum für die ausländischen Bediensteten der internationalen Organisationen und hinsichtlich des Schulbedarfes dieser Bediensteten vereinbart.

### 3. Bau- und Kostenplan

Bei Realisierung dieses Konzeptes wäre mit folgenden Kosten zu rechnen:

- a) Zunächst für Bau und Anlagen des Amtssitzes der UNIDO zirka 250 Millionen Schilling, sodann für Bau und Anlagen des Amtssitzes der IAEO zirka 250 bis 300 Millionen Schilling, sohin zusammen zirka 500 bis 550 Millionen Schilling, voraussichtlich anfallend ab 1968 mit mindestens 50 Millionen Schilling und in der Folge mit etwa 130 bis 180 Millionen Schilling jährlich.
- b) Falls die Errichtung von Amtssitzen internationaler Organisationen oder der Bedarf für die Abhaltung auch größter Staatenkonferenzen im UN-Ausmaß die Errichtung eines besonders leistungsfähigen Konferenzgebäudes erforderlich machen sollte, wären dafür Kosten in der Größenordnung von zirka 300 bis 400 Millionen Schilling anzunehmen.
- c) Für den Fall der Niederlassung weiterer Organisationen am selben Standort müßte der Aufwand für die Errichtung weiterer Amtssitzeinheiten in der Größenordnung von je 250 bis 300 Millionen Schilling angenommen werden.

Ausdrücklich bemerkt wird, daß diese Kostenschätzungen, bedingt durch derzeit noch fehlende genaue Daten bezüglich Raumbedarf der einzelnen Organisationen, Flächenbedarf, Ausmaß des umbauten Raumes und Kosten je Kubikmeter umbauten Raumes, lediglich von Annahmen ausgehen, die im Detail in der diesbezüglichen Note des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 7. Feber 1967, Zl. 501.204-1/1/1967, festgehalten sind.

Zum Standpunkt der Standortwahl ist festzuhalten, daß das Gebiet des Donauparks hochwasserfrei ist; es liegt so hoch, daß selbst mächtige Donauhochwässer es nicht überfluten.

### 4. Budgetäre Auswirkungen

Die Realisierung der 1. Stufe des Konzeptes (unter der Annahme: UNIDO-Amtssitz bezugsfertig Mitte 1971, IAEO-Amtssitz bezugsfertig Mitte 1972) ohne Beginn einer weiteren Stufe in diesem Zeitraum hat unter Zugrundelegung der dargestellten Kostenschätzung des Bundesministeriums für Bauten und Technik und in Berücksichtigung des 35%igen Kostenbeitrages der Gemeinde Wien folgende budgetäre Auswirkung, die bei der Erstellung des Bundeshaushaltes in den nächsten Jahren zu berücksichtigen sein wird:

BVA (Jahr)	zu veranschlagende Bruttoausgaben	zu veranschlagende Bruttocinnahmen (Kosten- beitrag der Gemeinde Wien) Millionen Schilling	somit Nettoausgaben
1968	50	17,5	32,5
1969	130	45,5	84,5
1970	180	63,0	117,0
1971	140	49,0	91,0
1972	50	17,5	32,5
zusammen	550	192,5	357,5

## IV. Angebot für die Beistellung definitiver Amtssitze für UNIDO und IAEO

Unter Zugrundelegung des Konzeptes eines UN-Zentrums schlage ich vor, der UNIDO bzw. IAEO folgendes Angebot der Bundesregierung für die Errichtung definitiver Amtssitze zu unterbreiten:

1. Die Republik Österreich ist bereit, die für definitive Amtssitze der UNIDO und IAEO erforderlichen Amtsgebäude (Sekretariatsgebäude) einschließlich der funktionell bedingten Sitzungsräumlichkeiten auf einem ihr von der Gemeinde Wien übereigneten Baugrund auf dem Gelände des Donauparks im Rahmen eines UN-Zentrums auf ihre Kosten zu errichten.

2. Bei der Planung und Errichtung dieser Amtssitzgebäude durch die Republik Österreich wird das von der UNIDO bzw. IAEO zu erstellende Raum- und Funktionsprogramm zugrunde gelegt werden. Eine Frist für dessen Vorlage und hernach für die Fertigstellung der Amtsgebäude wird einvernehmlich festzusetzen sein, wobei an eine Errichtungsdauer von höchstens vier Jahren gedacht ist.

3. Die Republik Österreich wird die in ihrem Eigentum verbleibenden Amtssitzgebäude der UNIDO bzw. IAEO für die Dauer von 99 Jahren zur Benützung als Amtssitz überlassen.

Das Rechtsverhältnis wird jedenfalls auch mit der faktischen Beendigung der Tätigkeit der UNIDO bzw. IAEO beendet, ohne daß es einer Erklärung seitens einer der Vertragsteile bedarf.

4. Die Amtssitzgebäude werden ohne Einrichtung (Mobiliar und technische Anlagen zB für Konferenzräume) zur Benützung überlassen.

5. Der Anerkennungszins für das Amtssitzgebäude beträgt jährlich 1 S.

6. Darüber hinaus hat die UNIDO bzw. IAEO ab Übernahme der Amtssitzgebäude folgende weitere Verpflichtungen zu übernehmen:

- a) Benützung ausschließlich als Amtssitz für die eigene Organisation unter Beachtung der Rechte des Eigentümers entsprechend den österreichischen Vorschriften.
- b) Tragung der Kosten für laufende Instandhaltung und erforderliche Instandsetzungen an und in den Amtssitzgebäuden sowie Übernahme der Betriebskosten.

7. Die Amtssitzerrichtung für UNIDO bzw. IAEO im Rahmen des geplanten UN-Zentrums auf dem Gelände des Donauparks gestattet es, der UNIDO und IAEO folgende weitere Vorteile unverbindlich in Aussicht zu stellen:

- a) Schnellverbindung des UN-Zentrums mit dem Stadtzentrum und dem Flughafen;
- b) ausreichende Parkmöglichkeiten auf dem Areal des UN-Zentrums;
- c) bei der Planung der Amtssitzgebäude kann auf deren mögliche Erweiterung Bedacht genommen werden;
- d) im Rahmen dieses UN-Zentrums könnte auch die Errichtung von eigenen Anlagen der UNIDO und IAEO (zB Labors) auf deren Kosten ermöglicht werden;
- e) im Rahmen des geplanten UN-Zentrums wären auch die Voraussetzungen für die Errichtung eines allenfalls erforderlichen leistungsfähigen Konferenzgebäudes gegeben.

Ich stelle im Einvernehmen mit den Herren Bundeskanzler, Bundesminister für Finanzen und Bundesminister für Bauten und Technik den A n t r a g, der Ministerrat wolle

1. diesen Bericht genehmigend zur Kenntnis nehmen und

2. Herrn Staatssekretär Dr. C. H. Bobleter ermächtigen, die erforderlichen Verhandlungen mit der UNIDO und der IAEO aufzunehmen und ihnen im Sinne meiner Ausführungen die oben angeführten Leistungen anzubieten und über das Ergebnis der Verhandlungen vor Abschluß der definitiven Amtssitzabkommen zu berichten.

**Tončić-Sorinj m.p.**

Das angeschlossene Rahmenübereinkommen (sogenanntes „Schmitz-Slavik-Abkommen“) wurde am 28. Jänner 1967 in einer Besprechung zwischen dem damaligen Bundesminister für Finanzen Dr. Wolfgang Schmitz und dem damaligen Stadtrat für Finanzen, Vizebürgermeister Felix Slavik vereinbart.

**VERTRAULICH**

Nur für den **innerstaatlichen** Gebrauch!

Bis zum Abschluß der Verhandlungen mit den UN-Organisationen auch **nicht für die Veröffentlichung** bestimmt!

#### **Rahmenübereinkommen zwischen Republik Österreich und Gemeinde Wien betreffend Errichtung eines Internationalen Konferenzentrums in Verbindung mit Amtssitzen internationaler Organisationen**

1. Für den Fall der Errichtung von Amtssitzen internationaler Organisationen in Verbindung mit einem Internationalen Konferenzzentrum (folgend kurz UNO-City genannt), durch die Republik Österreich mit einem Standort im Gebiet der Gemeinde Wien, erklärt diese im Hinblick auf die Bedeutung einer solchen Institution für die Bundeshauptstadt ihre Bereitschaft, zu diesem Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Die Grundsätze für die Leistung dieses Beitrages enthält die **Anlage A**, die einen Bestandteil dieses Übereinkommens bildet.

2. Bei der Planung und Durchführung des Vorhabens wird die Republik Österreich als Bauherr mit der Gemeinde Wien zusammenarbeiten. Die zweckmäßigste Form für die Zusammenarbeit wird einvernehmlich festgelegt werden.

3. Bereits bei der Planung ist auf eine künftige Erweiterung der UNO-City Bedacht zu nehmen.

4. Die in Durchführung des Projektes zu vergebenden Arbeiten werden nach Durchführung eines Wettbewerbes öffentlich ausgeschrieben.

5. Die für die Errichtung der UNO-City vorgesehene Beitragsleistung der Gemeinde Wien wird diese auch erbringen, wenn künftig eine Erweiterung der UNO-City notwendig ist, sei es infolge Ausdehnung bereits etablierter Organisationen oder für die Unterbringung weiterer internationaler Organisationen (auch Nicht-UN-Organisationen).

6. Die Gemeinde Wien wird auch zu den Leistungen, die die Republik Österreich allfällig nach der Fertigstellung der UNO-City zu erbringen hat, einen Beitrag analog dem bei der Errichtung leisten.

7. Die Grundsätze für die Leistung des Beitrages der Gemeinde Wien für eine UNO-City sollen auch im Falle der getrennten Errichtung von Amtssitzen für UNIDO, IAEO oder für andere internationale Organisationen in Wien zur Anwendung gelangen.

8. Die Gemeinde Wien wird im Zusammenwirken mit den Dienststellen des Bundes die in ihrem Gebiet etablierten internationalen Organisationen bei der Beschaffung von Wohnraum für deren ausländische Bedienstete unterstützen, soweit der freie Wohnungsmarkt nicht ausreicht. Das Entsprechende gilt für die Erfordernisse dieser Bediensteten auf dem Schulsektor.

9. Die Bundesregierung wird bei der Erstellung ihres Angebotes für die Errichtung einer UNO-City von dem zugesagten Beitrag der Gemeinde Wien und der geplanten Zusammenarbeit ausgehen.

10. Im Interesse einer zielführenden Zusammenarbeit im Sinne dieses Übereinkommens und zu seiner Durchführung erfolgt die Bildung eines ständigen Kontaktkomitees zwischen Bund und Gemeinde Wien.

#### Anlage A

#### Grundsätze für die Beitragsleistung der Gemeinde Wien zum Vorhaben „Internationales Konferenzzentrum“

##### 1. Grundbeistellung:

Kostenlose Übertragung eines baureifen (aufgeschlossenen) Grundes in das Eigentum der Republik Österreich in dem Ausmaß, das für die geplante UNO-City erforderlich ist und eine laut Planung erforderliche Expansion ermöglicht.

##### 2. Verkehrsbauten:

a) Innerhalb des Geländes der UNO-City.

b) Schnellverbindung der UNO-City mit dem Wiener Stadtzentrum und dem Flughafen entsprechend den realisierbaren Vorstellungen der internationalen Organisationen (UNIDO, IAEO).

3. **Kostenbeitrag** bestehend aus 35% der Gesamtkosten, die durch Vorbereitung und Errichtung der UNO-City bis zu ihrer Übergabe an die benützenden internationalen Organisationen entstehen, einschließlich eines allfälligen Zinsendienstes für den Fall der Finanzierung auf dem Anleiheweg.

Ein der Republik Österreich gewährter Beitrag von dritter Seite bewirkt keine Verminderung des Beitrages der Gemeinde Wien.

4. Die Flüssigmachung des Kostenbeitrages erfolgt in Teilbeträgen entsprechend den jeweiligen Zahlungsverpflichtungen (Terminen) der Republik Österreich.

1223 der Beilagen

17

# Bundeskanzleramt

Geschäftszahl Zahl: 7113 — Pr.M/67	Vorzahl 6805 — Pr.M/67	Genehmigungs-, Dringlichkeits-, Verschlussvermerk			
Miterledigte Zahlen	Nachzahl				
	Bezugszahlen				
Gegenstand IAEO — UNIDO; endgültige Unterbringung im UNO-Zentrum im Donaupark		Frist	zu betreiben am		
			neue Frist		

Zur Einsicht vor Genehmigung, Abfertigung, Hinterlegung

Der Ministerrat hat in der Sitzung am 20. Juni 1967 eine Mitteilung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Ausw. Angelegenheiten, Zl. 4113-StS/67, betr. IAEO — UNIDO; endgültige Unterbringung im UNO-Zentrum im Donaupark, zur Kenntnis genommen.

1. Herrn BM für Ausw. Angel.
2. Herrn Staatssekretär im BM für Ausw. Angel.
3. BM für Ausw. Angel.

(Vgl. Pkt. 50 des Beschl.Prot. 49)  
 (Außerhalb der TO)

Einlegen!

22. Juni 1967

Geschäftszeichen _____	Reing. _____
Grundzahl 1171 — Pr.M/67	Vergl. _____
_____	Begl. _____
_____	Best. 22. Juni 1967

18

1223 der Beilagen

**BUNDESMINISTERIUM FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

Zl. 4113-StS/67  
IAEO — UNIDO;  
Endgültige Unterbringung im UNO-Zentrum  
im Donaupark

Wien, am 20. Juni 1967

**Mündlicher Bericht an den Ministerrat**

Der Gouverneursrat der IAEO hat am 15. Juni 1967 das Angebot der Bundesregierung für die Errichtung des ständigen Hauptquartiers der Organisation im Rahmen des UNO-Zentrums im Donaupark einstimmig angenommen.

In dem diesem Beschluß vorausgegangenem Verhandlungen mit den Vertretern der einzelnen Mitgliedstaaten sowie dem Generaldirektor der IAEO, Eklund, war die Annahme des österreichischen Angebotes ua. vor allem davon abhängig gemacht worden, daß Österreich im Rahmen des geplanten UNO-Zentrums auch die entsprechenden Konferenzräumlichkeiten zur Verfügung stellt.

In der österreichischen Erklärung vor dem Gouverneursrat wurde daher im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen und dem Herrn Bundesminister für Bauten und Technik folgender Passus aufgenommen:

- a) Die Bundesregierung wird im Rahmen des in Aussicht genommenen Konferenzentrums auch Konferenzräumlichkeiten errichten, die den Anforderungen der Generalkonferenz der IAEO entsprechen;
- b) entsprechende Konferenzsäle werden daher auch in die Planung des UNO-Zentrums von vornherein einbezogen werden;
- c) mit dem Bau der Konferenzsäle wird nach Fertigstellung der beiden Amtsgebäude der IAEO und UNIDO begonnen werden.

Die Errichtung eines Konferenzentrums war bereits in dem Vortrag an den Ministerrat Zl. 133.949-10/67 in Aussicht genommen worden. Abgesehen von der Forderung der im Rahmen des UNO-Zentrums unterzubringenden internationalen Organisation nach leistungsfähigen Konferenzräumlichkeiten, die auch den Anforderungen von Generalversammlungen bzw. Jahreskonferenzen entsprechen, kann heute bereits auch von einem allgemeinen Bedarf nach einem weiteren Konferenz- und Kongreßzentrum neben der Hofburg gesprochen werden. Im Endausbau soll es dieses Zentrum ermöglichen, in Wien internationale Staatenkonferenzen großen Ausmaßes abzuhalten.

Nachdem das österreichische Angebot auf Errichtung eines endgültigen Sekretariatsgebäudes für die UNIDO bereits anlässlich der ersten Sitzung des Verwaltungsrates der UNIDO in New York im April angenommen worden ist, ermöglicht nun der am 15. Juni getroffene Beschluß des Gouverneursrates der IAEO die Inangriffnahme der konkreten Planungsarbeiten für das gegenständliche Projekt.

**Dr. Bobleter m. p.**

**International Atomic Energy Agency**

GOV/INF/174

20 March 1967

RESTRICTED Distr.

Original: ENGLISH

Board of Governors

This document is circulated to members of the Agency for official use only

**A SITE AND BUILDING FOR THE AGENCY'S PERMANENT HEADQUARTERS**

**Note by the Director General**

In relation to the offer made by the Austrian Government to provide the Agency with a building in the **Donaupark**, Vienna, for its permanent headquarters, which the Governor from Austria announced to the Board on 21 February 1967<sup>1)</sup>, the Governor has requested the communication to the Board of the outline of the offer which is reproduced below.

<sup>1)</sup> See document GOV/OR. 380, para. 105 of the provisional text.

## OFFER BY THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT TO PROVIDE A SITE AND BUILDING FOR THE AGENCY'S PERMANENT HEADQUARTERS

1. The Republic of Austria is prepared to erect at its expense a building for the permanent headquarters of the Agency, including the conference rooms required by the Agency for the performance of its functions (except for sessions of the General conference), on the **Donaupark** site in Vienna. The building would be part of an International Centre which it is at present foreseen would initially consist of the Agency's headquarters and the headquarters of the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO).

2. The site is sufficiently large to offer the following advantages:

- (a) The possible expansion of the Agency's headquarters can be taken into account at the planning stage;
- (b) There will be adequate parking space on the site; and
- (c) Arrangements could be made to facilitate the Agency's establishing on the site at its own expense other facilities for special purposes (e.g. laboratories).

3. The headquarters building would be planned and erected on the basis of a space and functional layout to be submitted by the Agency to the Austrian Federal Government. Dates for submission of this layout and for completion of the headquarters building would be set by agreement, the assumption being that erection would be completed in at most four years.

4. The headquarters building would remain the property of the Republic of Austria and would be made available to the Agency for the nominal rent of one Austrian schilling a year for a period of ninety-nine years, for use as its permanent headquarters. In the event of the **de facto** termination of the Agency's activities, its right to use the building would automatically lapse.

5. The headquarters building would be made available without furnishings (such as furniture and certain technical installations, e.g. for conference rooms).

6. The Agency would assume the following obligations:

- (a) To use the building solely as its own permanent headquarters, with due regard to the owner's rights and obligations under Austrian law; and
- (b) To bear the cost of the maintenance of and any necessary repairs to the headquarters building, both inside and outside, and to meet all operating costs.

In connection with the offer, the Governor from Austria wishes to inform the Board of the following:

- (a) A corresponding offer has been made to the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) and the offer to the Agency was made on the assumption that UNIDO would accept the offer made to it; and
- (b) Furthermore, the creation of the International Centre would lead the Austrian Federal Government to consider the possibility:
  - (i) Of erecting as part of the International Centre a conference building suitable for sessions of the Agency's General Conference and for other large international conferences; and
  - (ii) Of constructing new express-ways from the site to the centre of Vienna and to the airport.

20

1223 der Beilagen

Anlage 3/2

International Atomic Energy Agency

GOV/1225

15 June 1967

RESTRICTED Distr.

Original: ENGLISH

Board of Governors

---

This document is circulated to members of the Agency for official use only

THE AGENCY'S PERMANENT HEADQUARTERS

Draft resolution submitted by Australia

THE AGENCY'S PERMANENT HEADQUARTERS

**The Board of Governors,**

- (a) **Having studied** documents GOV/INF/174 and Add. 1 setting forth the offer made by the Austrian Government to provide the Agency with a site and building for its permanent headquarters,
- (b) **Having also studied** the Director General's memorandum on the subject in document GOV/1215, and
- (c) **Having heard** his statement in support of the recommendation he has made in paragraph 21 thereof,

**Agrees to accept the offer by the Austrian Government set forth in documents GOV/INF/174 and Add. 1 to provide the Agency with a site and building for its permanent headquarters, recognizing the necessity for further detailed negotiations.**

Anlage 3/3

International Atomic Energy Agency

GOV/INF/174/Add. 1

8 June 1967

RESTRICTED Distr.

Original: ENGLISH

Board of Governors

---

This document is circulated to members of the Agency for official use only

A SITE AND BUILDING FOR THE AGENCY'S PERMANENT HEADQUARTERS

Supplementary information on the Austrian Government's offer

Note by the Director General

**The Governor from Austria has requested the communication to the Board of the following supplementary information which he has furnished on the offer made by the Austrian Government to provide the Agency with a site and building for its permanent headquarters, outlined in document GOV/INF/174.**

INTRODUCTION

1. In the memorandum on the Agency's permanent headquarters with which the Director General has provided the Board, the point is made that, at the meeting on 21 April of the Committee to Advise the Director General on Permanent Headquarters, a number of questions were raised in relation to the offer of the Austrian Government to provide the Agency with a building for its permanent headquarters.<sup>1)</sup> Governors and members of their staffs have also addressed similar questions direct to the Austrian authorities, and the purpose of the present paper is to provide the answers to many of these questions, with a view to facilitating the Board's taking a decision on the Austrian offer in full knowledge of all the facts.

2. The first part of the paper is devoted to the site in the **Donaupark** where the Austrian authorities propose to erect the building in question. This is followed by a series of comments on and clarifications of the principal points of the offer, which are reproduced from document GOV/INF/174 and identified by underlining. Finally there is a note on the common services at the International Centre<sup>2)</sup> which the Agency and the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) might share.

<sup>1)</sup> GOV/1215, para. 2.

<sup>2)</sup> See document GOV/INF/174, para. 1.

## 1223 der Beilagen

21

## THE DONAUPARK SITE

## Size

3. The size of the whole area which is reserved for the International Centre is approximately 14 hectares, of which it is foreseen that **four hectares would be initially used for the permanent headquarters of the Agency. There is thus adequate space for future expansion.**

## Development of the surrounding area

4. The **Donaupark** site is situated in the centre of the large north-eastern sector of the city, which is by far the largest area into which Vienna can expand today. An estimate has shown that the expansion will require from 25 to 50 km<sup>2</sup> of new building-space over the next 30 years in order to meet the increasing demand of the population for space. The growth of the city to the west is prevented by the Vienna woods and the mountainous terrain; to the south and south-east only a minor part of the demand for more space can be met. Thus the development of the city must be towards the north-east, the only direction in which adequate reserves of building-space exist.

5. This inevitable development has been taken into account in the planning of the city's future, and it is estimated that there will be an increase of at least 250 000 inhabitants in the north-eastern sector of the city over the next 20 years, caused mainly by movements of the present population. The **Donaupark** site is approximately at the centre of this newly developing area, and around it apartments and individual houses suitable for senior civil servants and people of comparable status will be built. This new urban area will be provided with its own facilities, services and amenities; access to it will involve none of the insuperable difficulties which exist in the heart of the city.

6. Zones for light industry and similar commercial enterprises are planned at distances from three to four km from the site. The parts of those zones that are nearest to the site will be mainly devoted to the provision of the facilities and services required by the population surrounding it. The amenities will include parks, and immediately adjacent to the site there are large recreation areas and facilities for sport around the stretch of water known as the Old Danube and along the banks of the Danube itself.

## Risk of flooding

7. The ground of the site is at the same level as the crown of the embankment running along the Danube, that is to say 4½ m higher than the area along the river bank which is subject to flooding. The possibility of the site being flooded is therefore excluded. The parts of Vienna on the other side of the Danube including the First District would, in fact, be flooded before the water rose to the level of the site; in the recorded history of Vienna no flood of the Danube has ever reached this level.

## Communications

8. In preparation for the inevitable development of Vienna towards the north-east substantial plans have been made to provide this sector with a communications network that will give it particularly good accessibility. The beginnings of this network have existed for some time and other parts are already under construction. For this reason the **Donaupark** area has been reserved until now for that type of urban development which creates a high traffic density and places particularly exacting demands on transport facilities. The existing express-way along the left bank of the Danube provides direct and quick access to the city's western residential districts, and it is, for instance, at present easier and quicker to reach the **Donaupark** by car from these districts than to reach the First District.

9. Other features of the network will include a new bridge over the Danube, improved roads and extended public transport, as indicated below:

- (a) The construction of the new bridge which will be situated downstream from the International Centre will start this year, and it is expected to be finished in 1971. It will connect the area of the site with the southern parts of the city and with a by-pass leading directly to the airport at Schwechat;
- (b) The improvement and further extension of the roads system serving the north-eastern sector of the city is being given priority by the authorities; the express-way on the left bank of the Danube will be converted into a motor-way (Autobahn); the express-way along the right bank of the river is to be substantially improved and a further express-way is to be constructed along the **Donau-Kanal**; and the road over the **Reichsbrücke** which provides the direct link between the International Centre and the First District is to be rebuilt. When all these improvements have been completed, the International Centre will have direct links either by express-way or motor-way not only with all sectors of the city but with the motor-ways to the west and south of Austria and

with the express-ways to the north and east; it is confidently expected that these links will permit a rapid flow of traffic, even with the increased volume which is to be expected in the future; and

- (c) Tramway connections to the First District over the **Reichsbrücke** will be improved and new bus lines introduced. The public transport system of Vienna will be further extended by the building of a deep subway, the main transverse line of which (U-1) will join the International Centre direct to the First, Fourth and Tenth Districts of the city.

#### Cost of public transport to the site

10. Viennese trams charge a standard fare for a distance travelled above a small minimum. Since it is understood that the majority of the members of the Secretariat who make daily use of the trams live further from the Agency's temporary headquarters than the distance covered by the reduced fares on the trams, their future journeys to the **Donaupark** will cost them no more than their present journeys to the temporary headquarters.

#### Facilities near the site

11. Steps have already been taken to reserve two areas adjacent to the International Centre for purposes connected with the Centre's activities. In these areas it is therefore to be foreseen that delegations of Member States will be able to build or rent offices, that hotels and restaurants and other similar facilities will be established and that apartments and houses will be built for people working at the Centre.

### PRINCIPAL POINTS OF THE OFFER

12. **The Republic of Austria is prepared to erect at its expense a building for the permanent headquarters of the Agency, including the conference rooms required by the Agency for the performance of its functions (except for sessions of the General Conference), on the Donaupark site in Vienna. The building will be part of the International Centre, which will initially consist of the Agency's headquarters and the headquarters of UNIDO.**

13. It is understood that the Secretariat is working on the tentative assumption that the staff will increase at the average annual rate of about 5% over the next 10 years, and accordingly that it will, by the end of that period, consist of some 1200 people. The provisional calculations which the Austrian authorities have made as to the size of the building which the Agency will require for its permanent headquarters is therefore based on a staff of this size.

14. **The headquarters building would be planned and erected on the basis of a space and functional layout to be submitted by the Agency to the Austrian Federal Government.** The design and construction of the building will thus be undertaken by the Austrian authorities in agreement with the Agency.

15. UNIDO will communicate its space requirements and functional layout to the Austrian authorities early in the third quarter of the current year. It is expected that the Agency will do likewise, so as to permit the final requirements of both organizations to be agreed upon in detail by November/December. In the following month the Austrian authorities plan to announce a competition in which architects would be invited to submit designs for the International Centre on the basis of the agreed requirements. The Agency would be invited to be represented on the jury which would select the winning design. This process would take at least six months, so that detailed planning could begin in the second half of 1968. This is estimated to require about one year, so that with this time-table completion of the headquarters buildings of both organizations could be expected by the end of 1972.

16. The actual date for the completion of the Agency's building would be set by agreement. Should the time limit be exceeded by reason of developments other than *force majeure*, for which the Agency was not responsible, the Federal Government would be prepared to bear the costs that might arise from the Agency's need to rent supplementary office space during the period between the agreed and actual dates of completion of the headquarters building.

17. **The headquarters building would remain the property of the Republic of Austria and would be made available to the Agency for the nominal rent of one Austrian schilling a year for a period of ninety-nine years, for use as its permanent headquarters.**

18. **The headquarters building would be made available without furnishings.** The Austrian authorities will, however, install the following at no cost to the Agency:

- (a) Air conditioning for the archives, the computer and meeting rooms;
- (b) Central heating for the building;

## 1223 der Beilagen

23

- (c) Normal internal electric lighting complete with all fittings, as well as the wiring in the walls for such additional outlets as the Agency may specify in advance;
- (d) The ducting in the walls for the wiring of the interpretation facilities; and
- (e) A telephone exchange <sup>3)</sup>.

19. The Agency would be expected to provide:

- (a) Any special or additional lighting fittings required;
- (b) Interpretation equipment; and
- (c) Office equipment and furniture.

20. The Agency would assume the following obligations:

- (a) To use the building solely as its own permanent headquarters; and
- (b) To bear the cost of maintenance of the building, and of any necessary inside and outside repairs thereto after the expiration of the normal builder's guarantee, and to meet all operating costs.

21. If the Agency accepts the Austrian offer (UNIDO has already accepted the corresponding offer), the Federal Government would envisage the erection of a **conference building suitable for sessions of the Agency's General Conference and for other large international conferences.**

22. **The Austrian authorities contemplate the construction of a conference building adjacent to the Agency's and UNIDO's headquarters, after these buildings have been completed, to house large conferences of the intergovernmental type.** It would be operated by the Austrian authorities, and priority in its use would be given to the Agency and UNIDO. In the meantime the **Kongreßzentrum** in the **Neue Hofburg** would continue to be available to the Agency, and priority would continue to be given to its needs.

23. In this connection it is to be noted that in the Agency's headquarters building there will be a conference room suitable for meetings of the Board of Governors.

#### AGENCY-UNIDO COMMON SERVICES

24. The Agency's acceptance of the Austrian offer would greatly facilitate the joint operation by it and UNIDO of a number of facilities and services, such as the **central heating, the computer, conference facilities, printing equipment, recreation rooms, restaurants and the telephone exchange.** From such collaboration considerable savings in construction costs could accrue to the Austrian authorities on the one hand, and on the other both **organizations could subsequently achieve substantial economies in operation and maintenance.**

25. There could be little doubt, however, that if all concerned are to reap the maximum benefit from such collaboration, detailed plans for it must be drawn up at the earliest possible stage. The Federal Government would accordingly urge the Agency to give full consideration to this matter at the earliest practicable date.

<sup>3)</sup> The Austrian authorities foresee that the telephone exchange will serve the whole International Centre. If, however, the Agency should prefer to have its own telephone exchange, it would be required to install it at its own-cost.

United Nations Industrial Development Organization

**INDUSTRIAL DEVELOPMENT BOARD**

First session

New York, 10—28 April 1967

Agenda item 8

**Statement by H.E. Dr. Carl H. Bobleter, Under-Secretary of State for Foreign Affairs, Federal Ministry for Foreign Affairs of Austria to the United Nations Industrial Development Board at its First Session, 11 April 1967**

Mr. President,

May I, at the outset, express to you my very sincere and heartfelt congratulations on your election, which proves again the great confidence and esteem this assembly places in your abilities. Your election to this responsible office provides my delegation with the added satisfaction of being able to report to you, who, as Chairman of the Second Committee, contributed so much to the relevant decisions of the twenty-first session of the General Assembly, on the progress made in the meantime with regard to the establishment of UNIDO in Vienna. My congratulations also go to the Vice-Presidents and the Rapporteur. We are confident that this bureau will contribute to a successful result of this session.

My delegation is fully aware of the importance and significance of this first session of the Board for Industrial Development, which marks the beginning of a new and extremely important era regarding the efforts of the United Nations and the world community as a whole to collaborate in solving the urgent and difficult problem of economic and social development.

The task of UNIDO is to encourage, promote and speed up the industrialization of the developing countries by setting to work national and international resources. Within the framework of the world-wide task of giving assistance to the developing countries the creation by these countries of their own industries is of the utmost importance. For it is not by mere financial aid that in the long run the economic strength of these countries can be improved; this can only be achieved if they establish their own industrial production facilities, which will give their people work and an income, and to the country as a whole the chance to increase its exports, so as to be able to pay for the necessary imports. It is this objective, a sound and promising development policy, to which the services of UNIDO will be devoted.

The Government of Austria has great confidence in UNIDO and is prepared to make every effort to give this newest organ of the United Nations the opportunity for a quick and effective start.

I am, therefore, Mr. President, very grateful to you for having proposed to take up item 8 on the agenda as the first substantive item, which offers me personally the opportunity to inform the Board about the measures taken by my Government, with regard to the establishment of the organization in Vienna.

Before doing so, may I express again the satisfaction and gratitude of my Government for the decision taken by the twenty-first session of the General Assembly. The choice of Vienna for the headquarters of UNIDO represents not only a great honour for our country, but, in my opinion, also a recognition of the declared aims of my Government to serve as an international meeting place for which Austria, as a neutral State in the heart of Europe, provides all the necessary prerequisites. I hope we have so far lived up to your expectations and we will also in the future do everything in our power to provide all possible assistance to the United Nations and its organs.

Only two weeks after the closing of the twenty-first session of the General Assembly, Mr. Abdel-Rahman, the Executive Director of UNIDO, Mr. Birkhead, the Administrative Director of this organization, and other United Nations officials came to Vienna to start negotiations with my Government and to discuss the practical arrangements for an early establishment of the organization in Vienna, as stipulated by the decision of the General Assembly. During this first visit the groundwork had been laid for all the major decisions and actions which had to be taken. During a second visit of a UNIDO team in March we were able to finalize all those questions which originally needed further study and preparation. I am, therefore, in the happy position to inform the Board that, subject to its approval, all measures have been taken to

allow for a move of the organization to Vienna during this summer and that a satisfactory solution has also been found for the permanent headquarters of the organization.

Mr. President, allow me at this juncture to thank the Executive Director, Mr. Abdel-Rahman, for the very kind words he has found in his statement concerning our offer and the co-operation with the Austrian authorities. They are indeed extremely gratifying and encouraging for my Government. I must, however, add that the speedy progress in our negotiations was only possible due to the most co-operative, flexible and efficient attitude of the Executive Director and his staff who spared no efforts to find mutually satisfactory solutions for the various problems awaiting solution during a very short period of time.

As already mentioned, the Board has before it three documents concerning this item on our agenda. My intention is to provide you with a number of additional details regarding the progress report issued by the Secretariat in document ID/B/6. The two other documents, addendums 1 and 2, contain the draft headquarters agreement laying down the legal aspects concerning the status of the organization and its staff in Vienna.

With regard to the permanent headquarters of UNIDO in Vienna, several sites were originally proposed for the location of the permanent building. After consultations with UNIDO, the Government of Austria decided to construct, with the co-operation of the City of Vienna, a United Nations Centre in the Austrian capital. In addition to the headquarters buildings of UNIDO and the International Atomic Energy Agency it is also intended to erect an international conference centre at the same location which would be at the disposal of these two organizations and spacious enough for large-scale international conferences. The site for this United Nations Centre, called "Danube Park" lies on the shore of the river Danube and is adjacent to a large park. The plot, which has been provided by the community of Vienna, provides ample opportunity for future expansion. Besides its beautiful location, this site offers excellent communications to all parts of the city and is only minutes away from the very heart of Vienna.

**The construction of the permanent headquarters building will be based on the requirements and specification to be provided by the United Nations.** The Government of Austria agreed to construct this building and the necessary conference rooms at its own expense. Preliminary calculations indicate that the construction of this United Nations Centre, consisting of the headquarters buildings for UNIDO and IAEA, will cost roughly \$ 25 million. The buildings, which remain the property of the Republic of Austria, shall be leased to the United Nations for ninety-nine years for a nominal rent of 1,— Austrian Schilling, which equals four U.S. cents, per year. It is planned to commence first the construction of the UNIDO headquarters and provision has been made for completion of this structure within a maximum period of four years. Every effort will be made, however, to put this building at the disposal of UNIDO as soon as technically feasible.

As to the provisional headquarters, to which UNIDO will have to move pending the completion of the permanent buildings, annex 2 of document ID/B/6 contains the main elements of the arrangements envisaged. The Republic of Austria agrees to put at the disposal of UNIDO, at its own expense, the necessary office accommodation and conference facilities. The cost of the necessary adaptation, installation of utilities and modifications which might be required, including the cost of rental, will be borne by the Austrian Government.

The document I just cited might, however, create the wrong impression that UNIDO will have to split up its operations in various different buildings spread over the entire city of Vienna. I wish to correct this by giving you the following details which, due to further negotiations after the publication of the present document, do not fully coincide with the indications given therein. As the main base UNIDO will occupy a modern office building only recently completed which provides at present room for approximately 450 officials of the city of Vienna. This building will be vacated and fully adapted to UNIDO's needs for occupancy in summer 1967. The building, called "Felderhaus", has an ideal location next to the City Hall in the centre of Vienna, separated only by a park from the monumental main boulevard circling the city of Vienna, the "Ringstraße". In view of the increase in UNIDO's staff to be expected for the immediate future, the Government of Austria agreed to construct, on a nearby plot and to the specifications of UNIDO, an office building which would be available by autumn 1967 and which could be enlarged as need arises. In view of the very promising contacts between officials of UNIDO and IAEA concerning future collaboration in the administrative and technical field, the Austrian Government has also provided additional space in the Imperial Palace, where IAEA currently operates its printing facilities thus allowing UNIDO to establish its documentation centre there. This arrangement seems to be particularly suitable also in view of the fact that future meetings of the Board will most probably be held in the International Conference Centre located in the same area within the Imperial Palace, which will facilitate the servicing of these meetings. The space in the Vienna Rathaus located opposite to the "Felderhaus", which has been mentioned in the document as an additional possibility, will under these circumstances

only be used to provide space for the archives. Fully adequate provisions are therefore available to allow UNIDO to commence its work and operations during summer 1967.

In order to facilitate the problems connected with the move of the staff from New York to Vienna, preparations are also under way to provide the necessary housing and schooling facilities. Arrangements have been made to put at the disposal of UNIDO the necessary housing facilities which will satisfy the immediate needs of its personnel. Most satisfactory negotiations have also taken place with officials of the American School, the British School and the Lycée Français in order to secure the acceptance of children of UNIDO staff members in these schools. Also available in Vienna to UNIDO staff members is a Russian language school, as had been indicated in the original Austrian offer submitted to the General Assembly. The city of Vienna has, moreover, offered additional space in order to enable these schools to accommodate a greater number of students. The Austrian schools are, of course, all open to the children of UNIDO staff members.

These, Mr. President, are, in short, the arrangements made for the establishment of UNIDO in Vienna. I express the hope that the Board will give its approval to these provisions. If any delegation wishes, however, to receive further details on any given point, I am happy to give additional information.

Before closing my remarks I would like to draw the attention of the Board to the addendum of document ID/B/6 which contains the text of the headquarters agreement between the Republic of Austria and the United Nations. This agreement contains the legal provisions concerning the status and the privileges and immunities of the organization and its staff. In this agreement the Government of Austria is prepared to offer privileges and immunities exceeding by far those laid down in the "Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations". The text which is now before you is acceptable to the United Nations as well as to my Government. An exchange of notes, contained in annex 2 of the above-mentioned document, aiming at clarifying certain provisions in the draft agreement is also before you and negotiations on this topic are completed.

The Government of Austria has the intention to start, immediately after the termination of our present debate, with the process of ratification. Secretary-General U Thant has kindly agreed to honour the occasion of the entering into force of the agreement by his presence in Vienna at a date still to be determined before the actual move of the organization to Vienna.

Mr. President, Austria and the people of Vienna are looking forward to the establishment of UNIDO in our capital. We are confident that this organization will fulfil its eminent purpose in stimulating the industrialization of the developing countries throughout the world. My country stands ready to help wherever it can to achieve the ultimate goal of overcoming the barriers, which tend to divide the north from the south and the industrialized countries from those in the process of economic development.

BUNDESKANZLERAMT  
ÜBERSETZUNGSDIENST  
Zl. 14.208/1

### Übersetzung aus dem Englischen

#### DER STÄNDIGE AMTSSITZ DER ORGANISATION (GOV/1215; GOV/INF 147, 147/Add. 1)

68. Der GENERALDIREKTOR teilte mit, daß er seit der Sitzung des Rates im Feber die Ratschläge des Komitees zur Beratung des Generaldirektors bezüglich des ständigen Amtssitzes eingeholt habe; in seinem Memorandum (GOV/1215) habe das Sekretariat versucht, die vom Komitee aufgeworfenen Hauptfragen zu beantworten. Diese Antworten beruhten auf Informationen, welche von den österreichischen Behörden während eines Besuches auf dem Donauparkgelände und während darauffolgender Gespräche beigelegt wurden. Das erwähnte Memorandum wurde ergänzt durch das Dokument GOV/INF/174/Add. 1, das auf Ersuchen des österreichischen Gouverneurs verteilt worden sei.

69. Wie in Absatz 5 des Memorandums (GOV/1215) erwähnt, habe der Generaldirektor mit der österreichischen Regierung die Frage der möglichen Grundstücke erörtert, die außer dem Donauparkzentrum in Betracht gezogen werden könnten. Im Verlaufe dieser Gespräche sei deutlich geworden, daß die Bundesregierung gewillt sei, andere Grundstücke anzubieten, aber die Baukosten müßten dann von der Organisation getragen werden.

70. Unter diesen Umständen sei es seiner Ansicht nach im Interesse der Organisation das beste, prinzipiell und als Verhandlungsgrundlage das im Dokument GOV/INF/174 enthaltene Angebot anzunehmen und den Generaldirektor zur Aushandlung der nötigen Detailvereinbarungen zu bevollmächtigen. In diesem Zusammenhang sei auch zu erwähnen, daß seinen Informationen nach eine spezifischere Version als Ersatz für Absatz 21 seines (sic) Memorandums vorgeschlagen werden würde; er würde diese gerne entgegennehmen.

71. Die Schlußfolgerung, zu der er gelangt sei, beruhe auf folgenden Erwägungen. Zunächst anerkenne er den wahren Wert des großzügigen Angebots der Bundesregierung, das es der Organisation ermöglichen würde, ständige Amträumlichkeiten ohne andere Kosten als jene der Übersiedlung und ohne Mietkosten zu beziehen. Die Übersiedlungskosten wären zwar sicher beträchtlich, aber es scheine doch auf jeden Fall so zu sein, daß die Entwicklung der Tätigkeiten der Organisation diese früher oder später zu einer Übersiedlung in neue Amträume zwingen würde. Überdies bringe zwar ein Standort in einiger Entfernung vom gegenwärtigen Zentrum verschiedene Nachteile mit sich, aber die Zerstreuung der Büros, die sich aus der weiteren Benützung der gegenwärtigen Räumlichkeiten unvermeidlich ergeben würde, und die steigenden Kosten der Anmietung zusätzlicher Büros stellten weit größere Nachteile dar.

72. Wenn der Rat beschliesse, das Angebot der Bundesregierung anzunehmen, würde er sofort mit den zuständigen Stellen Kontakt aufnehmen und einen Zeitplan für die erforderlichen Maßnahmen aufstellen. Er hoffe, in Kürze in der Lage zu sein, der Bundesregierung eine vorläufige Schätzung der Bedürfnisse der Organisation hinsichtlich der Räumlichkeiten ihres ständigen Amtssitzes vorzulegen, so daß die Bundesregierung die Planung durchführen könne.

73. Er werde den Zeitplan für den Bau der verschiedenen Teile des Internationalen Zentrums mit der Bundesregierung prüfen; er hoffe, es werde möglich sein, daß eine rasche Entscheidung bezüglich des Baues eines Konferenzgebäudes getroffen werde, das für die Tätigkeit sowohl der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) als auch der Organisation von großer Bedeutung sei. Er halte es auch für wichtig, daß Verkehrsverbindungen zwischen dem Stadtzentrum und dem Donauparkgelände so rasch wie möglich entwickelt werden.

74. Die Möglichkeit, bestimmte Dienststellen gemeinsam zu betreiben, sei bereits mit der UNIDO diskutiert worden, denn es wäre wünschenswert, ihren Aufbau schon vor dem Einzug oder sogar vor dem Bau der beiden ständigen Amtssitze zu planen.

75. Zahlreiche finanzielle und juristische Probleme müßte man ebenfalls prüfen, aber bisher habe das Sekretariat keine weiteren Schritte unternommen, als Informationen über die Haltung der Bundesregierung in diesem Zusammenhang einzuholen.

76. Er werde den Rat über die weitere Entwicklung der Situation auf dem laufenden halten und diesem zum geeigneten Zeitpunkt den Entwurf eines Zusatzes zu Abschnitt 3 des Amtssitzabkommens vorlegen<sup>3)</sup>.

<sup>3)</sup> INFCIRC/15, Teil I.

28

1223 der Beilagen

**International Atomic Energy Agency**

GOV/OR. 390  
20 September 1967  
RESTRICTED Distr.  
ENGLISH

Board of Governors

---

This document is circulated to members of the Agency for official use only

## OFFICIAL RECORD OF THE THREE HUNDRED AND NINETIETH MEETING

Held at Headquarters, Vienna, on Thursday, 15 June 1967, at 10.45 a.m.

Item of the agenda *)	CONTENTS	Paragraphs
12	Safeguards (continued) (c) The extension of the Agency's safeguards system to plants for processing or fabricating nuclear material (continued)	1—10
2	Technical assistance	11—67
20	The Agency's permanent headquarters	68—93

**Present**

Mr. BILLIG	Chairman
Mr. QUIHILLALT	Argentina
Mr. TIMBS	Australia
Mr. HAYMERLE	Austria
Mr. ERRERA	Belgium
Mr. RIBEIRO de ARRUDA	Brazil
Mr. McCORDICK	Canada
Mr. MARULANDA	Colombia
Mr. KOCH	Denmark
Mr. GOLDSCHMIDT	France
Mr. SCHULTE-MEERMANN Mr. UNGERER	} Germany, Federal Republic of
Mr. QUARTEY	Ghana
Mr. RAJWADE Mr. KRISHNAMOORTHY	} India
Miss ROESAD	Indonesia
Mr. HOSAKI	Japan
Mr. CHUNG	Korea, Republic of
Mr. SANDOVAL VALLARTA	Mexico
Mr. HOSSAIN	Pakistan
Mr. LESZCZYNSKI	Poland
Mr. PHILIP	South Africa
Mr. TORKI	Tunisia
Mr. ARKADIEV	Union of Soviet Socialist Republics

---

\*) GOV/1222.

## 1223 der Beilagen

29

Mr. MICHAELS Mr. HOPE-JONES	}	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Mr. SMYTH		United States of America
Mr. GUZINA		Yugoslavia
Mr. DOLLINGER		Representative of the Secretary-General of the United Nations
Mr. MEILLAND		World Health Organization
Mr. EKLUND		Director General
Mr. GOSWAMI		Deputy Director General for Technical Assistance
Mr. BOLTON		Secretary of the Board

65. Mr. HOSSAIN (Pakistan) said the problem of synchronizing the arrival of experts and the delivery of equipment would not arise if the Agency did not link the supply of equipment so closely with the sending of an expert.

66. The CHAIRMAN suggested that, after the discussion which had just taken place, the Board should, in accordance with the usual practice, ask the Director General to communicate his report to the General Conference.

67. It was so agreed.

#### THE AGENCY'S PERMANENT HEADQUARTERS (GOV/1215; GOV/INF/174, 174/Add. 1)

68. The DIRECTOR GENERAL stated that since the Board's meetings in February he had sought the advice of the Committee to Advise the Director General on Permanent Headquarters; in his memorandum (GOV/1215), the Secretariat had tried to answer the main questions brought up by the Committee. Those answers were based on information supplied by the Austrian authorities during a visit to the Donaupark site and during subsequent talks. That memorandum was supplemented by document GOV/INF/174/Add. 1, which had been distributed at the request of the Governor from Austria.

69. As mentioned in paragraph 5 of the memorandum (GOV/1215) the Director General had discussed with the Austrian Government the question of the possible sites which could be considered apart from the Donaupark centre. In the course of those talks it had become apparent that the Federal Government was willing to offer other sites, but the cost of building construction would then have to be met by the Agency.

70. In those circumstances, he thought it was in the Agency's best interests to accept, in principle and as a basis for negotiation, the offer contained in document GOV/INF/174, authorizing the Director General to negotiate the necessary detailed arrangements. In that connection, he understood that a more specific version would be proposed to replace paragraph 21 of his memorandum; he would be glad to accept it.

71. The conclusion which he had reached was based on the following considerations. First of all, he recognized the true value of the Federal Government's generous offer, which would allow the Agency to occupy permanent premises with no other expenses than those involved in removal and without costs for rent. The removal expenses would certainly be considerable, but it seemed in any case that the growth of the Agency's activities would oblige it sooner or later to move into new premises. Further, although a site at some distance from the present centre involved various disadvantages, the dispersal of offices which would inevitably result from continued occupation of the present premises and the increasing cost for renting additional offices constituted much greater disadvantages.

72. If the Board decided to accept the Federal Government's offer, he would immediately contact the competent authorities and would establish a time-table for the operations involved. He hoped he would soon be able to submit to the Federal Government a preliminary estimate of the Agency's requirements in respect of the premises of its permanent headquarters so that the Federal Government could prepare plans.

73. He would examine the time-table for the construction of the various parts of the international centre with the Federal Government; he hoped a speedy decision could be taken in regard to the construction of a conference building, which was of great importance for the work both of the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) and of the Agency. He also thought it important that means of communication between the centre of the city and the Donaupark site should be developed as quickly as possible.

74. The possibility of operating certain services jointly had already been discussed with UNIDO, since it would be desirable to plan their organization before occupation or even before construction of the two permanent headquarters.

75. Many financial and legal problems would also have to be examined, but so far the Secretariat had gone no further than to seek information on the Federal Government's attitude in that connection.

76. He would keep the Board informed of how the situation was developing and would in due course submit to it a draft addendum to Section 3 of the Headquarters Agreement<sup>3)</sup>.

77. **Mr. HAYMERLE** (Austria) recalled that on 21 February he had informed the Board that the Federal Government was willing to construct a building for the Agency's permanent headquarters in the Donaupark area<sup>4)</sup>. The main lines of that offer had been submitted to the Board in document GOV/INF/174.

78. Subsequent to the meeting of the Committee to Advise the Director General on Permanent Headquarters on 21 April, the Austrian authorities had supplied additional information, on the occasion of a visit to the Donaupark by members of the Committee and of the Secretariat. Using the results of the Committee's work as a basis, the Director General had prepared the memorandum in document GOV/1215.

79. To answer questions which various delegations had put to it, the Austrian delegation had requested the issue of document GOV/INF/174/Add. 1, which had probably allayed any misgivings.

80. The Federal Government had been induced to offer the Agency a building in the Donaupark for two reasons. The first was the fact that for ten years the Agency had been installed in provisional headquarters: the present building was already too small for the Agency, which was obliged to rent additional offices and to earmark considerable sums for that purpose in its 1968 budget. And the second reason for the offer was the decision taken by the United Nations General Assembly in December 1966 to establish the headquarters of UNIDO in Vienna<sup>5)</sup>.

81. The Federal Government had then had the choice between trying to offer UNIDO a building in the centre of the city, with the result that the two organizations would have separate premises and would use for their conferences the Hofburg Kongresszentrum, even though it was already proving inadequate for that purpose, and establishing a United Nations Centre on a site further from the city centre, where it would be possible to erect buildings for the Agency and UNIDO as well as a large modern conference centre and where, if necessary, additional buildings could be constructed for other international organizations. The latter solution gave Austria the opportunity to play its full part as a neutral country and enabled Vienna to carry out its functions as an international centre.

82. The Federal Government had made a thorough study of the question and had taken steps to raise the considerable sums that would be necessary for implementing the project.

83. UNIDO had already accepted the Austrian offer. The preparation of plans and the construction of its permanent headquarters would commence forthwith. It was now for the Board of Governors to take a decision on behalf of the Agency.

84. Trusting that the Agency would accept the offer, he wished to provide the following information, in addition to that given in the Director General's memorandum: the Federal Government would construct, within the conference building, rooms meeting the requirements of the Agency's General Conference; those conference rooms would be incorporated in the plans for the international centre from the outset; and they would be constructed when the buildings for the Agency's Secretariat and the Secretariat of UNIDO had been completed.

85. The construction of the international centre would, from the very beginning, impose a heavy burden on the Austrian budget. For that reason the Board should take a satisfactory decision as soon as possible. The Austrian authorities were pleased to see that the Director General was taking a constructive approach to the problem. They had also noted with satisfaction that a planning committee had been established within the Secretariat.

86. He had listened with keen interest to the Director General's statement. He fully approved the procedure proposed and was gratified that the Director General would agree to amend the text of paragraph 21 of document GOV/1215 in order to make it more specific, as the present text might give rise to different interpretations and consequently to misunderstandings. A more specific text would perhaps enable the Austrian authorities to make an immediate start on implementing the Donaupark project and permit the Director General to notify them of the Agency's needs without further delay.

<sup>3)</sup> INFCIRC/15, part I.

<sup>4)</sup> GOV/OR. 380, para. 102.

<sup>5)</sup> General Assembly Resolution 2212 (XXI).

## 1223 der Beilagen

31

87. In his capacity as Governor, he drew the Board's attention to the importance of the decision it was required to take. It was a question of choosing between the status quo, with all the limitations it imposed, and a project which offered scope for future progress. Nobody who believed in the Agency's future could hesitate for a moment.

88. Mr. RAJWADE (India) regretted that the meeting of the Committee to Advise the Director General on Permanent Headquarters had been held before the visit to the Donaupark, which had given to Austrian authorities the opportunity to provide the Committee with the necessary details; in the light of the explanations thus provided, the Committee and the Director General would have been able to adopt a more explicit position than that consisting in recommending that the offer contained in document GOV/INF/174 should be accepted in principle and as a basis for negotiation.

89. Considering that the Austrian authorities had given every assurance, it seemed illogical and even unjust that the Board should merely accept the Austrian Government's generous offer "in principle and as a basis for negotiation". Such an attitude might be considered surprising and lay the Board open to various criticisms which he saw no point in specifying. He wished to emphasize, as he had already done in the Committee, that the Board's decision would determine the Agency's future for a long time. It was therefore important for the Board to take a reasonable and fair decision, and also to take it quickly, since the Federal Government needed it before making plans.

90. As regards the financial aspects of the matter, various factors had to be considered. He drew the Board's attention to paragraph 4 of the Director General's memorandum: for his part, he concluded that even disregarding the saving the Agency would effect on rent up to 1978 or on additional administrative costs by avoiding the dispersal of offices, it was clear that the offer should be accepted, because the sum of \$ 500 000 for removal costs would be recovered, at the latest, within five years starting from 1978 (when rental expenses would be about \$ 100 000 per year).

91. As for other expenses, the Austrian authorities had indicated that unit costs for utilities would be the same in the Donaupark and the maintenance expenses for the new buildings would be less.

92. The Donaupark site was admittedly not central but, although the location had disadvantages, it also had advantages. Moreover, one could see the day coming when the headquarters would again be in the city centre as Vienna developed on both sides of the Danube. It should also be borne in mind that the location of the Agency's temporary headquarters was not ideal, since the parking space available was inadequate.

93. In conclusion, he suggested amending the text of paragraph 21 of the Director General's memorandum to the effect that the Board:

- (a) Should accept the Federal Government's offer;
- (b) Should authorize the Director General to pursue negotiations with the Austrian authorities and to conduct them as he saw best; and
- (c) Should request the Director General to report to it and submit a final draft agreement during its September meetings.

**The meeting rose at 1.10 p.m.**

**Bereits vergebene Aufträge für das Österreichische Konferenzzentrum und das dazugehörige Parkdeck P 3**

Leistung	Auftragssumme (ohne USt)
	Mio. S
Probebohrungen Baugelände .....	2,9
Erdarbeiten P 3 .....	1,6
Kanalisation Hauptsammler .....	2,6
Natursteinarbeiten Aufgang P 3 .....	1,0
Pflasterung Aufgang P 3 .....	1,0
Erdungsanlage P 3 .....	0,1
Rohbau P 3 .....	111,0
Erdarbeiten Z .....	2,1
Rohbau-Baumeisterarbeiten Z .....	389,3
Stahlbau Z .....	326,0
Baustromversorgung .....	9,6
Gewichtsschlosserarbeiten .....	1,2
Gußasphalt .....	9,0
Grünanlagen P 3 .....	2,1
Trafo .....	0,4
Blitzschutz und Erdung Z .....	0,5
Wasserversorgung Z + Grünflächenbewässerung .....	1,2
Anschlußgebühren (Kanal, Wasser usw.) .....	1,2
	<hr/>
	862,8
erfolgte Verkehrsbauten und Infrastrukturmaßnahmen .....	250,0
bisheriger Planungsaufwand (P 3 + Z) .....	205,0

**Die Herstellungskosten für das ÖKZ inklusive P 3 und Verkehrsanlagen**

1. Baumeisterarbeiten .....	rund 700 Mio. S
2. Stahlbauarbeiten .....	rund 450 Mio. S
3. Ausbau (Schlosser, Fassade, Maler usw.) .....	rund 1 400 Mio. S
4. Haustechnik (Heizung, Klima, Stark- und Schwachstrom) .....	rund 1 100 Mio. S
5. Möblierung und Gastronomie .....	rund 400 Mio. S
6. Erstausrüstung .....	rund 150 Mio. S
7. Planung und Bauleitung .....	rund 700 Mio. S
	<hr/>
	rund 4 900 Mio. S
	<hr/> <hr/>

Diese Gesamtherstellungskosten enthalten bereits die zu erwartenden Preissteigerungen bis zum voraussichtlichen Ende der Bauzeit (Ende 1986/Beginn 1987) sowie eine Reserve für Unvorhergesehenes von 12%.

Wien, am 12. August 1982

## 1223 der Beilagen

33

Anlage 4 a

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN  
GZ 72 9111/1-I/7/82

An den  
Präsidenten des  
Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

Der Unterausschuß des besonderen Ausschusses zur Vorberatung des Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) hat am 20. Juli 1982 eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf das Verlangen nach Vorlage jenes Vertrages geäußert worden ist, mit dem im Sinne des § 1 des Bundesgesetzes vom 27. April 1972 betreffend die Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien, BGBl. Nr. 150, der Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG die Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien übertragen worden ist.

In der Beilage werden hiemit je eine Ablichtung dieses am 16. Juni 1973 abgeschlossenen Vertrages und der beiden hiezu ergangenen Änderungen vom 30. Oktober 1975/11. Mai 1976 und 1980 01 08/1980 02 14, überreicht.

**Beilagen**

1982 08 18

Der Bundesminister:

Salcher

**VERTRAG**

Zwischen der

REPUBLIK ÖSTERREICH, im folgenden „Bund“ genannt, vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik und den Bundesminister für Finanzen,

und der

INTERNATIONALES AMTSSITZ- UND KONFERENZZENTRUM WIEN, AKTIENGESELLSCHAFT, im folgenden „IAKW“ genannt, vertreten durch Direktor Dr. Gerhard Puschmann und wirkl. Hofrat Direktor Dipl.-Ing. Eduard Wachner

wird gemäß Punkt XV des zwischen der Republik Österreich, Bundesministerium für Finanzen, und der Stadt Wien abgeschlossenen Syndikatsvertrages vom 3. Mai 1971 und des Bundesgesetzes vom 27. April 1972, BGBl. Nr. 150 („IAKW-Finanzierungsgesetz“), folgender Vertrag geschlossen:

**§ 1**

(1) Der Bund überträgt und die IAKW übernimmt unter den nachfolgenden Bedingungen die Aufgabe der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des als Bundesgebäude zu errichtenden Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien (Zentrum) in 1223 Wien, Donaupark.

(2) Zur Planung gehören alle zur Verwirklichung der Aufgabe notwendigen Vorarbeiten. Unter der Errichtung sind alle im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Aufgabe stehenden baulichen Vorkehrungen zu verstehen. Zur Erhaltung gehören alle zusätzlichen Vorkehrungen, die der erforderlichen Instandhaltung und Instandsetzung der zu errichtenden Gebäude nach den Erfordernissen der Zeit dienen, unter der Verwaltung ist jede sonstige für die Verwirklichung der Aufgabe außer der Finanzierung erforderliche Tätigkeit zu verstehen.

(3) Die IAKW handelt bei der Planung, Errichtung, Erhaltung und Finanzierung im eigenen Namen.

3

(4) Es besteht Einverständnis darüber, daß an den zu errichtenden Gebäuden Eigentum des Bundes entsteht und daß hinsichtlich der vorgesehenen Einrichtungen (Fahrnisse) die IAKW in geeigneter Weise dem Bund das Eigentum zu verschaffen hat.

(5) Die IAKW handelt auch bei der Verwaltung im eigenen Namen, soweit nicht auf Verlangen des Bundes oder aus rechtlichen Gründen Rechtsgeschäfte in seinem Namen abzuschließen sind. Reineingang aus Verträgen zur Nutzung des Zentrums sind als eigene Einnahmen der IAKW im Sinne dieses Vertrages zu behandeln.

## § 2

(1) Der Bund ersetzt die Kosten der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung (einschließlich Personal- und Sachaufwand) und Finanzierung des Zentrums bis zum Höchstbetrag von 6 500 Millionen Schilling in unmittelbar aufeinanderfolgenden fortlaufend abzurechnenden Jahresteilbeträgen, beginnend mit dem Haushaltsjahr 1972, soweit diese Kosten nicht durch eigene Einnahmen der IAKW (§ 11 des Vertrages) abzudecken oder bezüglich der Erhaltung auf Grund künftig abzuschließender Verträge von Dritten zu tragen sind.

(2) Vor Errichtung dieses Vertrages bei einem der Vertragsteile entstandene Kosten, die der Verwirklichung der Aufgabe dienen, sind auf den Ersatz der Kosten durch den Bund anzurechnen.

(3) Ansprüche auf Honorar oder Provision aus der Erfüllung der Aufgabe werden von der IAKW nicht erhoben.

## § 3

(1) Der vom Bund zu leistende Kostenersatz beträgt in den Jahren  
 1972 bis 1977 je 250 Millionen Schilling  
 1978 bis 1981 je 300 Millionen Schilling  
 1982 bis 1988 je 350 Millionen Schilling  
 und beginnend ab dem Jahr 1989 je 400 Millionen Schilling.

(2) Die Forderung der IAKW gegen den Bund auf Kostenersatz gemäß Absatz (1) ist höchstens mit jenem Betrag in die Jahresabschlüsse der IAKW einzusetzen, der sich nach Abzug eigener Einnahmen von den Kosten der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Zentrums ergibt.

## § 4

Im Falle einer Änderung der im § 2 des IAKW-Finanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 150/1972, festgelegten Beträge gelten die Beträge in den §§ 2 und 3 dieses Vertrages als in gleicher Weise abgeändert.

## § 5

(1) Die IAKW hat die Baustufe I (siehe Anlage 1) des Projektes des Architekten Dipl.-Ing. Johann Staber, welches von dem unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers stehenden Ministerkomitees gemeinsam mit Vertretern der Stadt Wien am 18. Dezember 1970 ausgewählt wurde, unter Berücksichtigung des Angebotes der Bundesregierung an die Internationalen Organisationen (Beschluß des Ministerrates vom 21. Feber 1967) und der einvernehmlich zwischen dem Bund und den Internationalen Organisationen festgelegten Modifikationen des Staber-Projektes vom 18. Dezember 1970 zu verwirklichen (§ 14 des Vertrages).

(2) Alle über das ausgewählte Projekt gemäß Absatz (1) und die jeweiligen Zusagen der österreichischen Bundesregierung gegenüber den Internationalen Organisationen hinausgehenden Vorarbeiten, Vorkehrungen und sonstigen Tätigkeiten im Sinne des § 1 bedürfen der ausdrücklichen vorherigen Zustimmung des Bundes.

(3) Bei allen Planungen ist auf die Möglichkeit der zur Aufgabe gehörigen künftigen Erweiterung (Baustufen II und III) gemäß Anlage 1 Bedacht zu nehmen.

## § 6

Die IAKW hat bei der Verwirklichung der Aufgabe vom Bund vorgeschriebene Terminpläne einzuhalten. Der Bund wird diese Termine unter Berücksichtigung des Makroplanes bzw. der Netzpläne der IAKW festlegen.

## 1223 der Beilagen

35

## § 7

Die IAKW hat bei der Durchführung des Bauvorhabens Lieferungen und Leistungen unter Anwendung der ÖNORM A 2050 (Vergabe von Leistungen) auszuschreiben und zu vergeben sowie dem Bund entsprechende Auskünfte zu erteilen. Bei Vertragsabschluß gilt die ÖNORM A 2050 Ausgabetag 30. März 1957 (Nachdruck Jänner 1967). Die IAKW verpflichtet sich, Änderungen dieser ÖNORM vom Zeitpunkt ihrer Verlautbarung durch den Österreichischen Normenausschuß (Ausgabetag) an als für sie verbindlich anzuerkennen.

## § 8

Die IAKW wird Finanzierungsmaßnahmen nur mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen als Vertreter des Haftungsträgers Bund vorbereiten und abschließen.

## § 9

(1) Für die Planung, Errichtung, Erhaltung und die Verwaltung des Zentrums übernimmt die IAKW in welchem Zusammenhang mit der Aufgabe auch immer stehende Haftung.

(2) Die IAKW verpflichtet sich, den Bund für alle Ansprüche Dritter, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Aufgabe gegen den Bund erhoben werden, schad- und klaglos zu halten.

(3) Die IAKW wird von allen für eine Haftung maßgeblichen Tatsachen dem Bund rechtzeitig Kenntnis geben und ihm erforderliche Unterlagen zur Verfügung stellen. Im Prozeßfall wird die IAKW dieser Verpflichtung durch Streitverkündung gemäß § 21 ZPO nachkommen.

## § 10

Die IAKW richtet ihren Geschäftssitz in dem bundeseigenen Gebäude in 1223 Wien, Wagramer Straße 23, ein und hat mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik (BGV I Wien) diesbezüglich einen Mietvertrag abzuschließen.

Über die Kosten der Erhaltung und Verwaltung (einschließlich Personal- und Sachaufwand), die nicht durch eigene Einnahmen der IAKW oder durch Kostenersätze Dritter (§ 2, Absatz (1), letzter Halbsatz] gedeckt und daher nach Maßgabe des § 2 vom Bund zu ersetzen sind, führt die IAKW gesonderte Aufzeichnungen. Eigene Einnahmen sind in erster Linie für die Deckung der Kosten des laufenden Geschäftsjahres und sodann für die Refundierung von Kostenersätzen der Vorjahre zu verwenden.

## § 12

Die IAKW ist verpflichtet, bei der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Zentrums die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes anzuwenden.

## § 13

(1) Das Bundesministerium für Bauten und Technik stellt der IAKW alle verfügbaren Unterlagen, insbesondere jene des sogenannten „Kontaktkomitees“, in dem Umfang zur Verfügung, in dem sie von der IAKW zur Planung und Errichtung des Zentrums benötigt werden.

(2) Das Bundesministerium für Bauten und Technik wird der IAKW im Hinblick auf die Übertragung der Erhaltung und Verwaltung des Zentrums alle ihm in seiner Eigenschaft als Eigentümer zukommenden Unterlagen zwecks Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Verwaltung durch die IAKW jeweils umgehend zur Verfügung stellen.

(3) Die IAKW ist ihrerseits verpflichtet, dem Bund über die Verwaltung laufend Kenntnis zu geben. Die Rechte von Personen, die über Vorschlag von Bundesdienststellen in die Organe der IAKW gewählt oder bestellt worden sind, werden dadurch nicht berührt.

## § 14

(1) Änderungen oder Ergänzungen des vorliegenden Vertrages bedürfen der Schriftform.

(2) Auf Verlangen eines der beiden Vertragsteile ist über jede im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Aufgabe einer weiteren Klärung bedürftigen Frage ungesäumt eine nähere Vereinbarung zu treffen. In Kenntnis der Tatsache, daß noch abzuschließende Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Internationalen Organisationen Auswirkungen auf das vorliegende Vertragsverhältnis haben können, kommen die Vertragsteile insbesondere überein, den Vertragstext jeweils den zwischen Bund und den Internationalen Organisationen bestehenden Vereinbarungen bezüglich des Zentrums anzupassen.

36

1223 der Beilagen

**§ 15**

Sämtliche mit der Errichtung und allfälligen Vergebührung dieses Vertrages verbundenen Kosten, Gebühren und sonstigen öffentlichen Abgaben werden von der IAKW getragen.

**§ 16**

Dieser Vertrag wird in vierfacher Ausfertigung errichtet. Der Bund (Bundesministerium für Bauten und Technik und Bundesministerium für Finanzen) und die IAKW erhalten je zwei Ausfertigungen.

Wien, am 16. Jänner 1973

**INTERNATIONALES AMTSSITZ-  
UND KONFERENZZENTRUM WIEN,  
AKTIENGESELLSCHAFT**

**Puschmann**

**Wachner**

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

**Der Bundesminister  
für Bauten und Technik**

**Moser**

**Der Bundesminister  
für Finanzen**

**Androsch**

**Anlage 1**

**Umfang der Baustufe I**

Amtssitz der IAEA

Amtssitz der UNIDO

Gemeinsame Einrichtungen beider Organisationen

Konferenzräume der Internationalen Organisationen

Österreichisches Konferenzzentrum (1. Abschnitt)

anteiliger Parkraum und Verkehrsbauten

**Umfang der Baustufe II**

Österreichisches Konferenzzentrum (weiterer Ausbau je nach Bedarf)

Bürogebäude für Konferenzzentrum

anteiliger Parkraum und Verkehrsbauten

**Umfang der Baustufe III**

Amtssitzgebäude für den Fall der Etablierung weiterer Internationaler Organisationen in Wien

Österreichisches Konferenzzentrum (weiterer Ausbau je nach Bedarf)

anteiliger Parkraum und Verkehrsbauten

## 1223 der Beilagen

37

## VERTRAG

Der am 16. Jänner 1973 zwischen der

REPUBLIK ÖSTERREICH, im folgenden „Bund“ genannt, vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik und den Bundesminister für Finanzen,

und der

INTERNATIONALES AMTSSITZ- UND KONFERENZZENTRUM WIEN, AKTIENGESELLSCHAFT, im folgenden „IAKW“ genannt, vertreten durch Direktor Dr. Gerhard Puschmann und Direktor wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Eduard Wachner,

abgeschlossene Vertrag wird unter Berücksichtigung der Bestimmungen der IAKW-Finanzierungsgesetz-novelle, BGBl. Nr. 87/1975, wie folgt geändert:

I. Nach § 5 wird folgender neuer § 5 a eingefügt:

## § 5 a

Die IAKW hat von der Baustufe II (siehe Anlage 1) — „Österreichisches Konferenzzentrum“ als Grundlage für eine Entscheidung des Bundes und der Stadt Wien über die Größe, Konzeption und Finanzierung des Österreichischen Konferenzzentrums die Vorplanung durchzuführen. Diese Vorplanung umfaßt insbesondere die Ausarbeitung eines architektonischen Vorentwurfskonzeptes samt den hiezu notwendigen statischen, haustechnischen und sonstigen Planungen, eine Kostenschätzung sowie die Erstellung einer Feasibilitystudie mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und grundsätzlichen Überlegungen zu einem Betriebsorganisationsmodell. Weiters sind Untersuchungen über notwendige Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe jeder Art auf oder neben dem Baugelände sowie über die organische Einbindung des Projektes in die Umwelt anzustellen.

II. Die Anlage 1 zum Vertrag hat wie folgt zu lauten:

**Baustufe I — „Internationaler Teil“**

Amtssitzgebäude für IAEA

Amtssitzgebäude für UNIDO

Gemeinsame Einrichtungen der Internationalen Organisationen

Internationales Konferenzgebäude

anteilige Parkdecks, Außen- und Nebenanlagen

**Baustufe II — „Österreichisches Konferenzzentrum“**

Österreichisches Konferenzzentrum

anteilige Parkdecks, Außen- und Nebenanlagen

**Baustufe III — Erweiterungen**

Amtssitzgebäude für den Fall der Etablierung weiterer Internationaler Organisationen in Wien

anteilige Parkdecks, Außen- und Nebenanlagen

Diese Vertragsänderung wird in vierfacher Ausfertigung errichtet. Der Bund (Bundesministerium für Bauten und Technik und Bundesministerium für Finanzen) und die IAKW erhalten je zwei Ausfertigungen.

Wien, am 30. Oktober 1975

INTERNATIONALES AMTSSITZ-  
UND KONFERENZZENTRUM WIEN,  
AKTIENGESELLSCHAFT

**Puschmann**

**Wachner**

Wien, am 11. Mai 1976

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister  
für Bauten und Technik

**Moser**

Der Bundesminister  
für Finanzen

**Androsch**

38

1223 der Beilagen

## VERTRAG

Der am 16. Jänner 1973 zwischen der

REPUBLIK ÖSTERREICH, im folgenden „Bund“ genannt, vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik und den Bundesminister für Finanzen,

und der

INTERNATIONALES AMTSSITZ- UND KONFERENZZENTRUM WIEN, AKTIENGESELLSCHAFT, im folgenden „IAKW“ genannt, vertreten durch Direktor Dr. Gerhard Puschmann und Direktor wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Eduard Wachner, nunmehr vertreten durch die Vorstandsdirektoren Dr. Michael Auracher und Senatsrat Dipl.-Ing. Franz Weich,

abgeschlossene Vertrag in der Fassung des am 30. Oktober 1975 und 11. Mai 1976 abgeschlossenen Vertrages wird unter Berücksichtigung der Bestimmungen der 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 315/1979, neuerlich wie folgt geändert:

Der Absatz (2) des § 1 hat im ersten Satz wie folgt zu lauten:

„(2) Zur Planung gehören alle zur Verwirklichung der Aufgabe notwendigen Vorarbeiten samt Untersuchungen über notwendige Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe jeder Art auf oder neben dem Baugelände sowie über die organische Einbindung des Projektes in die Umwelt.“

II. Der Absatz (1) des § 5 hat wie folgt zu lauten:

(1) Die IAKW hat die Baustufen I und II (siehe Anlage 1) des Projektes des Architekten Dipl.-Ing. Johann Staber, welches von dem unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers stehenden Ministerkomitee gemeinsam mit Vertretern der Stadt Wien am 18. Dezember 1970 ausgewählt wurde, unter Berücksichtigung des Angebotes der Bundesregierung an die Internationalen Organisationen (Beschluss des Ministerrates vom 21. Feber 1967) und der einvernehmlich zwischen dem Bund und den Internationalen Organisationen festgelegten Modifikationen des Staber-Projektes vom 18. Dezember 1970 zu verwirklichen (§ 14 des Vertrages).

III. Der Absatz (3) des § 5 hat wie folgt zu lauten:

(3) Bei allen Planungen ist auf die Möglichkeit der zur Aufgabe gehörigen künftigen Erweiterung (Baustufe III gemäß Anlage 1) Bedacht zu nehmen.

IV. Der § 5 a entfällt.

Diese Vertragsänderung wird in vierfacher Ausfertigung errichtet. Der Bund (Bundesministerium für Bauten und Technik und Bundesministerium für Finanzen) und die IAKW erhalten je zwei Ausfertigungen.

Wien, am 8. Jänner 1980

INTERNATIONALES AMTSSITZ-  
UND KONFERENZZENTRUM WIEN,  
AKTIENGESELLSCHAFT

Puschmann

Wachner

Wien, am 1980 02 14

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister  
für Bauten und Technik

Sekanina

Der Bundesminister  
für Finanzen

Androsch

BUNDESKANZLERAMT  
ÜBERSETZUNGSSTELLE  
Zl. 6163 a/X

### Übersetzung aus dem Englischen

Herr Vorsitzender!

Im Auftrag meiner Regierung hatte ich am 21. Februar 1967 die Ehre, dem Gouverneursrat mitzuteilen, daß die Republik Österreich bereit ist, auf eigene Kosten auf dem Gelände des Donauparks ein geeignetes Gebäude als ständigen Amtssitz der Organisation zu errichten. In Verfolg dieser Mitteilung wurde im Dokument GOV/INF/174 ein allgemeiner Überblick über das österreichische Angebot an die Mitgliedsländer zur Aussendung gebracht.

Nach der Sitzung des Komitees zur Beratung des Generaldirektors in Fragen des ständigen Amtssitzes am 21. April 1967 hatten wir Gelegenheit, dem Herrn Generaldirektor und Mitgliedern des Komitees an Ort und Stelle, dh. auf dem Donauparkgelände, zusätzliche Auskünfte zu geben. Auf Grund der Beratungen des Komitees hat der Generaldirektor ein Memorandum, Dokument GOV/1215, ausgearbeitet.

Darüber hinaus wurden der österreichischen Delegation von einer Reihe von Delegationen verschiedene Fragen gestellt. Wir haben daher in Dokument GOV/INF/174/Add. 1 ergänzende Informationen zur Verfügung gestellt, die hoffentlich die Besorgnisse unserer Kollegen zerstreut haben.

Welches Konzept hat nun die österreichische Regierung in dieser Angelegenheit?

Herr Vorsitzender, bei der Vorlage des Donaupark-Angebotes hat sich die österreichische Bundesregierung vor allem von folgenden zwei Überlegungen leiten lassen:

**Erstens:** Seit zehn Jahren ist das Sekretariat der Organisation im Rahmen einer vorübergehenden Regelung in einem vorläufigen Amtssitzgebäude untergebracht. Ich habe auf diese Tatsache bereits im letzten Herbst bei der zehnten Generalkonferenz der IAEO hingewiesen. Der zeitweilige Amtssitz im „Grand Hotel“ ist für die Bedürfnisse des Sekretariats bereits zu klein. Zusätzliche Büroräume müssen gemietet werden, und im Budget für 1968 sind bereits beträchtliche Beträge für diesen Zweck vorgesehen, wodurch allen Mitgliedsländern der Organisation zusätzliche finanzielle Belastungen erwachsen. Gestatten Sie uns, darauf hinzuweisen, daß in diesem Zusammenhang das Sprichwort „Ce n'est que le provisoire“ („Von Dauer ist nur das Provisorium“) nicht gelten sollte.

**Und zweitens:** Im Dezember 1966 beschloß die Generalversammlung der Vereinten Nationen, Wien zum Sitz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung zu machen.

Durch diesen Beschluß wurden die zuständigen österreichischen Stellen vor zwei Alternativen gestellt: Sie konnten versuchen, für die UNIDO irgendwo in der Inneren Stadt einen Amtssitz bereitzustellen, wodurch die beiden Organisationen vollkommen getrennt an verschiedenen Stellen Wiens untergebracht gewesen wären. Ihre großen Sitzungen hätten folglich im „Kongresszentrum“ in der Hofburg stattgefunden, **das schon jetzt für die wachsende Kongreßtätigkeit in Wien langsam zu klein wird.** Dies war Alternative Nummer 1.

Es gab aber auch noch eine andere Möglichkeit: die Schaffung eines UNO-Zentrums auf einem geeigneten Gelände in Wien, das nicht zu weit von der Inneren Stadt entfernt liegen durfte und doch hinreichend erweiterungsfähig sein mußte, um die Sekretariatsgebäude der Organisation und der UNIDO sowie ein großes und modernes Konferenzzentrum aufzunehmen, das in Zukunft auch andere internationale Organisationen und Konferenzen anziehen sollte. Durch eine solche Lösung konnte die Rolle Österreichs als neutrales Land und die Funktion Wiens als Stätte internationaler Begegnungen unterstrichen und verstärkt werden.

Die österreichische Bundesregierung hat dieses Problem gründlich geprüft, **und wie Sie sich wohl vorstellen können, Herr Vorsitzender, war es nicht sehr leicht, die nötigen finanziellen Mittel für dieses Projekt zu sichern** — und es wird sich um ganz beträchtliche Mittel handeln. Trotzdem behielten die Argumente, die für dieses Projekt mit allen ihm innewohnenden Möglichkeiten für die Zukunft sprechen, die Oberhand.

Die UNIDO hat das österreichische Angebot bereits angenommen. Die Planungs- und Bauarbeiten für ihren ständigen Amtssitz auf dem Donauparkgelände werden unverzüglich beginnen.

Es wird nun von unserer Entscheidung im Gouverneursrat abhängen, ob das große Konzept eines UNO-Zentrums in Wien verwirklicht werden kann oder nicht.

Ich werde auf die Einzelheiten des österreichischen Angebotes hier nicht eingehen: Sie können diese Details im Memorandum des Herrn Generaldirektors und in unseren beiden Dokumenten finden.

Ich möchte hier nur noch eine weitere zusätzliche Mitteilung machen:

Wenn, wie wir hoffen, nach der UNIDO nun auch die IAEO mit dem Donaupark als Standort für ihren ständigen Amtssitz einverstanden ist, dann bin ich von meiner Regierung beauftragt, das Angebot Österreichs hinsichtlich der Errichtung eines Konferenzentrums folgendermaßen näher zu präzisieren:

- a) Die Bundesregierung wird im Rahmen des geplanten Konferenzentrums die für die Bedürfnisse der Generalkonferenz der IAEO geeigneten Konferenzräume errichten.
- b) Derartige geeignete Konferenzräume werden also von allem Anfang in die Planung des UNO-Zentrums einbezogen werden.
- c) Der Bau dieser Konferenzräume wird nach Fertigstellung der Sekretariatsgebäude für die IAEO und die UNIDO erfolgen.

Herr Vorsitzender, verehrte Kollegen, schon das erste Stadium der Planung des UNO-Zentrums wird beträchtliche Geldmittel aus dem österreichischen Budget erfordern.

Ich muß Sie daher bitten, in dieser Sache einen geeigneten Beschluß zu fassen. Wir wissen die konstruktive Haltung des Herrn Generaldirektors sehr zu schätzen und möchten ihm und seinen zuständigen Mitarbeitern für die zusätzliche Arbeit danken, die sie in diesem Zusammenhang leisten mußten. Wir haben die Schaffung eines Planungskomitees innerhalb des Sekretariats der Organisation mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Wir haben das, was Herr Dr. Eklund soeben ausführte, mit großem Interesse vernommen. Hinsichtlich des von ihm vorgeschlagenen Verfahrens stimmen wir mit dem von ihm Gesagten vollkommen überein. Hinsichtlich der dem Gouverneursrat in Dokument GOV/1215 empfohlenen Maßnahmen sind wir sehr froh, daß er gegen einen präziseren Wortlaut nichts einzuwenden hat, denn auch wir meinen, daß die in diesem Dokument enthaltene Formulierung verschiedene Auslegungen zulassen und unter Umständen zu Mißverständnissen führen könnte. Vielleicht könnten wir einen präziseren Wortlaut finden, der den österreichischen Stellen „grünes Licht“ für die Inangriffnahme des Donauparkprojekts geben und auch den Herrn Generaldirektor in die Lage versetzen würde, unverzüglich die Einzelheiten der räumlichen Erfordernisse und des Funktionsschemas für das neue Amtssitzgebäude auszuarbeiten.

Herr Vorsitzender, meine lieben Kollegen. Ich hatte das Vergnügen, Ihnen Österreichs Haltung zu den uns beschäftigenden Fragen auseinanderzusetzen.

Gestatten Sie mir nun, noch ein Wort zu sagen, und zwar nicht so sehr in meiner Eigenschaft als Vertreter der österreichischen Regierung wie als Gouverneur der IAEO, der die Aufgabe hat, die Interessen unserer Organisation zu wahren.

Meines Erachtens ist die Entscheidung, die wir zu treffen haben, von überragender Bedeutung. Wir haben vor uns zwei Alternativen: entweder am status quo mit allen seinen gegenwärtigen Beschränkungen festzuhalten oder ein Projekt in Angriff zu nehmen, das den Weg zu weiteren Fortschritten und Entwicklungen freimacht. Wenn wir an die Zukunft unserer Organisation glauben, dann kann für mich kein Zweifel darüber bestehen, welche Alternative wir zu wählen haben.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

1223 der Beilagen

41

BUNDESKANZLERAMT  
ÜBERSETZUNGSSTELLE  
Zl. 6163 d/X

Anlage 4/4

Übersetzung aus dem Englischen

Internationale Atomenergieorganisation

GOV/1214

1. Juni 1967

GOUVERNEURSRAT

Beschränkte Verteilung  
Original: ENGLISCH

Das vorliegende Dokument geht den Mitgliedern der Organisation ausschließlich zum Dienstgebrauch zu.  
Punkt 20 der vorläufigen Tagesordnung (GOV/1199)

STÄNDIGER AMTSSITZ DER ORGANISATION

Memorandum des Generaldirektors

EINLEITUNG

1. Wie sich die Gouverneure erinnern werden, hat sich die Regierung des Gastlandes erbötig gemacht, auf dem Grundstück des **Donauparks** in Wien auf eigene Kosten ein Gebäude einschließlich der von der Organisation zur Erfüllung ihrer Funktionen (mit Ausnahme der Sitzungen der Generalkonferenz) benötigten Konferenzräume als ständigen Amtssitz für die Organisation zu errichten. Das Gebäude würde der Organisation gegen eine Nominaljahresmiete von einem österreichischen Schilling für die Dauer von 99 Jahren zum Gebrauch als ständiger Amtssitz zur Verfügung gestellt werden.<sup>1)</sup> Ein ähnliches Angebot erging an den Rat für industrielle Entwicklung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und wurde von diesem, wie verlautet, angenommen. Am 21. April ersuchte der Generaldirektor das zu seiner Beratung in Fragen des ständigen Amtssitzes eingesetzte Komitee um eine Stellungnahme zum Angebot der Regierung des Gastlandes. Eine dem Komitee vorgelegte Übersicht umriß den historischen Hintergrund der Angelegenheit, die gegenwärtige Sachlage und einige der wesentlichen Vor- und Nachteile, die sich für die Organisation aus dem Angebot ergeben könnten.

2. Das Komitee machte auf eine Reihe von Fragen aufmerksam, die seiner Ansicht nach im Rahmen der weiteren Erwägung des Angebotes zu prüfen wären. Viele dieser Fragen wurden dann im Laufe einer Besichtigung des **Donaupark**grundstücks durch die Mitglieder des Komitees und des Sekretariats, die am 21. April nachmittags stattfand, von den zuständigen österreichischen Stellen beantwortet. Nach weiteren Konsultationen mit den österreichischen Stellen werden nunmehr die Antworten im folgenden nach Sachfragen geordnet wiedergegeben.

KOSTENFRAGEN.

**Die relativen Vorteile des Donauparkgrundstücks, des vorläufigen Amtssitzes und anderer in Frage kommender Grundstücke**

3. In der dem Komitee vorgelegten Übersicht wies der Generaldirektor darauf hin, daß einer der Hauptvorteile des **Donaupark**-Angebotes darin bestehen würde, daß es eine Lösung des Problems der Bestellung eines ständigen Amtssitzes für die Organisation bringen würde. Die Hauptkosten, die der Organisation erwachsen würden, wären die Kosten der Verbringung der Büroeinrichtungen usw. auf das Grundstück und die Kosten der Aufstellung einer Reihe zusätzlicher Mobiliargegenstände und Einrichtungen.

4. Eine mögliche Alternative zum **Donaupark**-Angebot bestünde darin, daß die Organisation an ihrem gegenwärtigen vorläufigen Amtssitz verbleibt und zusätzliche, nicht an den Amtssitz angeschlossene Büroräumlichkeiten mietet.<sup>2)</sup> Der Bedarf an zusätzlichen Büroräumlichkeiten wird dann zu wachsenden Mietenlasten führen, die sich im Laufe der nächsten zehn Jahre von \$ 35 000 (1968) auf über \$ 100 000 pro Jahr erhöhen können. Das Mieten von nicht an den Amtssitz angeschlossenen Büroräumen und die sich daraus ergebende Streuung der Büros würde auch administrative Nachteile und erhöhte Verwaltungskosten mit sich bringen.

5. Die Frage anderer (außer dem gegenwärtigen vorläufigen Amtssitz und dem **Donaupark**) noch in Frage kommender Grundstücke bildet den Gegenstand von Besprechungen zwischen dem Generaldirektor und der österreichischen Regierung.

<sup>1)</sup> GOV/INF/174, Absatz 4.

<sup>2)</sup> Aus bautechnischen Gründen ist es nicht möglich, das gegenwärtig in Verwendung stehende Gebäude aufzustocken.

### Kosten der Übersiedlung und Einrichtung der Organisation im Donaupark

6. Wie die Regierung des Gastlandes mitgeteilt hat, würde man von der Organisation erwarten, daß sie Gegenstände wie Büromöbel und -einrichtungen, Dolmetsch- und sonstige Spezialanlagen (Rechenanlagen, Druckerei, Laboratoriumseinrichtungen usw.) sowie die meisten elektrischen Einrichtungen mit Ausnahme jener, die einen integrierenden Teil des Gebäudes bilden, selbst bestellt.

7. Gegenwärtig verfügt die Organisation an ihrem vorläufigen Amtssitz über Einrichtungsgegenstände und Materialien im Gesamtwert von ungefähr \$ 1,6 Millionen (berechnet zum Selbstkostenpreis); es sind dies:

Büromöbel und -einrichtungsgegenstände .....	\$ 520 000
Dolmetschanlagen und -einrichtungen .....	\$ 120 000
Druckerei und ähnliche Einrichtungen .....	\$ 270 000
Klimaanlage .....	\$ 110 000
Bibliothekswerke und Büromaterialien .....	\$ 350 000
Laboratoriumseinrichtungen .....	\$ 250 000
	<hr/>
	\$ 1 620 000

8. Es ist anzunehmen, daß die meisten Büromöbel und -einrichtungsgegenstände und ein Teil der Dolmetscheinrichtungen sowie die Rechenanlagen, die Laboratoriumseinrichtungen, die Bibliothekswerke und Büromaterialien an den neuen Amtssitz verbracht werden könnten. (Neben den Seibersdorfer Anlagen wären auch im **Donaupark** einige Laboratoriumseinrichtungen notwendig, um jene Messungen durchführen zu können, die eine sehr niedrige Raumstrahlung verlangen.) Es wäre vielleicht auch wirtschaftlich, die Druckerei und ähnliche Einrichtungen an den neuen Amtssitz zu verlegen. Die Regierung des Gastlandes hat zu verstehen gegeben, daß die Organisation nach österreichischem Recht Anspruch auf Entschädigung für nichtbewegliche Einrichtungsgegenstände hätte und daß mit einer angemessenen Übereinkunft in dieser Angelegenheit zu rechnen ist.

9. Unter der Voraussetzung, daß die künftige Ausweitung des Personals der Organisation im gleichen Tempo erfolgt, wie es bei unserer Organisation und anderen vergleichbaren Organisationen im Rahmen der Vereinten Nationen in den letzten Jahren festzustellen war, und ohne Berücksichtigung der Auswirkungen, welche Entwicklungen wie ein Atomsperrvertrag auf die Programme der Organisation haben könnten, würden die Kosten des Transports des Mobiliars, der Einrichtungen und der anderen Anlagen in den **Donaupark** in vier oder fünf Jahren in der Größenordnung von \$ 50 000 bis \$ 70 000 liegen. Es ist schwer, die Kosten der Ersetzung von Einrichtungen und Möbelstücken, die am neuen Amtssitz nicht verwendet werden könnten, vorauszusagen, doch ist mit Ausgaben von mehreren hunderttausend Dollar wohl zu rechnen. Die beste Schätzung, die man gegenwärtig hinsichtlich der Gesamtkosten der Übersiedlung (einschließlich Transport, Aufstellung und Neuanschaffungen) angeben kann, würde in der Größenordnung von \$ 500 000 liegen. Diese Kosten würden sich um den Betrag vermindern, den man als Entschädigung für die am vorläufigen Amtssitz zurückgelassenen Einrichtungsgegenstände bekommen könnte.

### Andere Kosten

10. Was andere Kostenfaktoren betrifft, so hat die Regierung des Gastlandes mitgeteilt, daß die öffentlichen Dienstleistungen (Strom, Gas, Wasser, Telephon) auf dem **Donaupark** Grundstück pro Einheit gleich viel kosten würden wie am vorläufigen Amtssitz. Die Instandhaltungskosten pro Einheit wären in einem Neubau etwas niedriger. Einige Einsparungen würden sich auch aus einer räumlichen Konzentration vorher verstreut gelegener Büros ergeben.

### Gemeinsame Dienste für die Organisation und die UNIDO

11. Die Annahme des **Donaupark**-Angebotes durch die Organisation und die UNIDO könnte es ermöglichen, bestimmte Dienste, wie die Druckerei, Rechenanlagen und gewisse administrative Stellen, gemeinsam zu unterhalten, was beiden Organisationen eine Senkung der Regie- und Betriebskosten bringen könnte. Mit der UNIDO wurden Beratungen aufgenommen, um festzustellen, bei welchen Diensten ein gemeinsamer Betrieb tunlich und sinnvoll wäre, und zwar sowohl solange die UNIDO sich noch an ihrem vorläufigen Amtssitz befindet als auch später, falls die Organisation das **Donaupark**-Angebot annimmt.

### Lage des Donauparks

12. Der Generaldirektor wies dem Komitee gegenüber darauf hin, daß das **Donaupark** Grundstück nicht zentral gelegen sei, daß es gegenwärtig in der unmittelbaren Nachbarschaft keine Hotels oder ähnliche Unterbringungsmöglichkeiten gebe und daß die öffentlichen Verkehrsverbindungen zu diesem Grundstück nicht so entsprechend seien wie die zum vorläufigen Amtssitz.

## 1223 der Beilagen

43

13. Die Regierung des Gastlandes hat mitgeteilt, daß die Entwicklungspläne für Wien vorsehen, daß der **Donaupark** auf der Hauptachse der künftigen Expansion zwischen dem gegenwärtigen Stadtzentrum und den neuen Zentren im Osten liegen wird. Geschäftsviertel, Wohnviertel und an den Rand zu verlegende Industriegebiete wurden bereits abgegrenzt. In jüngster Zeit hat sich als die markanteste Bevölkerungsbewegung der Trend in östlicher Richtung hin, vom Stadtzentrum weg, erwiesen; der **Wienerwald** begrenzt die Expansion nach Norden und Westen.

14. Die Regierung des Gastlandes hat auch ausführliche Informationen über die Pläne zur Entwicklung der Verkehrseinrichtungen für die Gegend des **Donauparks** zur Verfügung gestellt. Vorgesehen sind zusätzliche Straßenbahnverbindungen, eine Schnellstraße vom Stadtzentrum her, eine Untergrundbahn sowie eine neue Brücke, die 1972 fertiggestellt sein wird und die Schnellstraße auf dem östlichen Ufer der Donau mit den südlichen und westlichen Stadtvierteln sowie mit dem Flughafen verbinden soll.

15. Anschließend an das **Donaupark**grundstück wurden zwei Areale freigehalten, die zum Bau von Büroräumen für Delegationen und von Hotels unter normalen kommerziellen Bedingungen sowie für kommerzielle Dienstleistungsbetriebe zur Verfügung stehen würden. Auf dem Grundstück selbst wäre reichlich Parkraum vorhanden.

#### ENTWURF, BAU UND VERWALTUNG DER GEBÄUDE IM VORGESEHENEN UNO-ZENTRUM

16. Wie die Regierung des Gastlandes mitteilte, würden die Pläne für das Amtssitzgebäude der Organisation im Einvernehmen mit der Organisation erstellt werden. Den Bau des für die Organisation vorgesehenen Blocks würde man zeitlich mit der Bautätigkeit für die UNIDO abstimmen. Das **Donaupark**grundstück bietet für eventuell nach Fertigstellung des Amtssitzgebäudes der Organisation notwendig werdende Erweiterungen reichlich Platz. Alle weiteren Bauarbeiten dieser Art wären in einem Zusatzabkommen zu behandeln.

17. Die Regierung des Gastlandes erwägt den Bau eines Konferenzentrums in der Nähe der Amtssitzgebäude der Organisation und der UNIDO; dieses würde den Erfordernissen der Organisation bei großen Konferenzen, einschließlich der Sitzungen der Generalkonferenz, entsprechen. Die derzeitigen Pläne der Regierung des Gastlandes gehen dahin, ein solches Konferenzzentrum nach den beiden Amtssitzgebäuden zu bauen und von der Regierung des Gastlandes verwalten zu lassen. Bis zum Bau eines neuen Konferenzentrums würde das **Kongresszentrum** in der **Hofburg** der Organisation und der UNIDO weiterhin für große Konferenzen zur Verfügung stehen.

18. Wie die Regierung des Gastlandes mitteilte, besteht auf dem Grundstück selbst keine Überschwemmungs- oder Sickerwassergefahr.

#### Rechtliche Fragen

19. Das Angebot der Regierung des Gastlandes würde der Organisation die Verpflichtung auferlegen, das Gebäude „unter entsprechender Berücksichtigung der dem Eigentümer nach österreichischem Gesetz zustehenden Rechte“ ausschließlich als ihren Amtssitz zu verwenden. Wie die Regierung des Gastlandes mitgeteilt hat, würden die Hauptverpflichtungen, welche die Organisation damit übernehmen würde, darin bestehen, ohne Zustimmung der Regierung keinen Teil des Gebäudes unterzuvermieten und keine größeren baulichen Veränderungen vorzunehmen.

#### Schlußfolgerungen

20. Obwohl der gegenwärtige vorläufige Amtssitz lagemäßig Vorteile bietet, werden sich diese vermutlich im Laufe der Zeit in zunehmendem Maße als ungenügend erweisen. Auf lange Sicht wird das Anwachsen der Arbeit der Organisation eine Übersiedlung an einen anderen Standort wahrscheinlich unvermeidlich machen; in der Zwischenzeit werden sich die Belastungen des Budgets der Organisation auf Grund von Mietenzahlungen und der Streuung ihrer Büroräume erhöhen.

#### Empfohlene Maßnahmen seitens des Gouverneursrates

21. Im Lichte der oben angeführten Erwägungen, insbesondere jener, die sich auf die von der Regierung des Gastlandes vorgeschlagenen finanziellen Bedingungen beziehen, ist der Generaldirektor der Auffassung, daß es im Interesse der Organisation liegen würde, das im Dokument GOV/INF/174 enthaltene Angebot im Prinzip und als Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Er empfiehlt daher dem Gouverneursrat, dies zu tun und ihn dazu zu bevollmächtigen, über die nötigen Detailabmachungen, wo nötig, in Konsultation mit der UNIDO, zu verhandeln. Er würde den Gouverneursrat über den Fortgang der Verhandlungen und über etwaige sich ergebende Detailabmachungen auf dem laufenden halten.



## 1223 der Beilagen

45

Dieser Tunnel führt entlang des Kunsthistorischen Museums und könnte durch einen Stichgang zum Naturhistorischen Museum erweitert werden. Er unterfährt U-Bahn und Messepalastgarage.

## Kostenerfassung:

Rohbau incl. der Anschlußbauten .....	ca. 220 000 000 S
Fahrsteige .....	ca. 70 000 000 S
Ausbau, Beleuchtung, Belüftung .....	ca. 50 000 000 S
<hr/>	
samt sonstigen techn. Einrichtungen	
Baukosten Verbindungstunnel .....	ca. 340 000 000 S
<hr/> <hr/>	

## ZUSAMMENFASSUNG

I. Renovierung und Umbau der best. Substanz .....	580 000 000 S
II. Hofüberdachung .....	320 000 000 S
<hr/>	
zusammen ...	900 000 000 S
III. Verbindungstunnel .....	340 000 000 S
<hr/>	
Baukosten incl. Verbindungstunnel .....	1 240 000 000 S

Zieht man davon die für die Renovierung der Substanz bereits geschätzten 400 Millionen Schilling ab, so verbleiben Mehrkosten für die Schaffung dieses multifunktionalen Zentrums incl. Verbindungstunnel in der Höhe von 840 Millionen Schilling.

Anlage 5/4

WIENER KONGRESSZENTRUM HOFBURG  
BETRIEBSGESELLSCHAFT

## VERZEICHNIS DER IM JAHRE 1978 DURCHGEFÜHRTEN VERANSTALTUNGEN

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
8. 1.	Festakt AMC	1 000 National	Alfa Metal Craf Corporation GmbH, Heiligenstädter Straße 175, 1190 Wien
11. 1.	Neujahrsempfang des Herrn Bundespräsidenten	100 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
14. 1.	Juwelenball	1 000 National	Landesinnung Wien der Gold- und Silberschmiede und Juweliere, Salesianergasse 1, 1030 Wien
19. 1.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
20. 1.	Faschingsgildeball	1 200 National	Wiener Faschingsgesellschaft, Lenau-gasse 19, 1080 Wien
21. 1.	Ball der Pharmazie	2 800 National	Österreichische Apothekerkammer, Ballkomitee, Spitalgasse 31, 1094 Wien
24.—26. 1.	IAEA Seminar on Nuclear Damage	50 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
24. 1.	Dinner Israel Bonds	320 International	State of Israel Bonds, Krugerstraße 4, 1010 Wien
26. 1.	Ball der Offiziere des Bundesheeres, Neustädter Ball	1 200 National	Militärkommando Wien, Hütteldorfer Straße 126, 1140 Wien
27. 1.	WKR Ball	2 000 National	Wiener Korporationsring, Fach 747, 1011 Wien

46		1223 der Beilagen	
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
28. 1.	Ärzteball	4 000 National	Ärzttekammer für Wien, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
30. 1.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
31. 1.	Staatsbesuch des spanischen Königs	80 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
1. 2.	Kaffeesiederball	3 500 National	Club der Wiener Kaffeehausbesitzer, 1010 Wien, Stubenring 8—10
4. 2.	Juristenball	3 500 National	Wr. Juristen- u. Konzipientenverband, Fach 35, 1016 Wien
6. 2.	Rudolfina Redoute	3 500 National	KÖSTV Rudolfina, Singerstraße 12, 1010 Wien
12. 2.	Pressezentrum anlässlich der Nahostkonferenz der Sozialistischen Internationale	50 National	SPÖ Zentralsekretariat, P. O. B. 1, 1014 Wien
16. 2.	Vortrag Club Pro Wien	400 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
27. 2.	1. Internationale TV-Satellitenkonferenz	500 International	Merck-Sharp & Dohme, Spittelauer Lände 45, 1090 Wien
28. 2.	SPÖ Enquete Ärzte	400 National	SPÖ Landesorganisation Wien, Löwelstraße 18, Postfach 1, 1014 Wien
9. 3.	Vortrag Prof. Küng	1 500 National	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmannsdorf, Khleslplatz 12, 1120 Wien
13. 3.	Festakt der Österreichischen Bundesregierung	1 150 National	Bundeskanzleramt, Ballhausplatz, 1010 Wien
14. 3.	Modeschau CHARNAUX	600 National	Firma CHARNAUX-Jäger, Kohlmarkt 16, 1014 Wien
16. 3.	SPÖ Enquete Ärzte	700 National	SPÖ Landesorganisation Wien, Löwelstraße 18, Postfach 1, 1014 Wien
17. 3.	Hauptversammlung BAWAG	400 National	BAWAG, Seibergasse 2—4, 1010 Wien
3.— 4. 4.	Tagung Weltproblem Rohstoffe — Energie	200 National	Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Metall — Bergbau — Energie, Plösslgasse 15, 1041 Wien
4. 4.	SPÖ Enquete Manager	500 National	SPÖ Landesorganisation Wien, Löwelstraße 18, Postfach 1, 1014 Wien
11. 4.	Internationales Steering Committee Meeting-Vienna East-West Convergence	40 International	Wr. Kongresszentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien
14. 4.	Gala Dinner American College of Surgeons	125 International	American College of Surgeons USA, 144 South Harrison Street East Orange N. Y. 07018
15. 4.	Abschlußtagung der Allianz Versicherung	430 National	Wiener Allianz, Abt. Werbung, Hietzinger Kai 101—105, 1130 Wien
21. 4.	Vortrag Club Pro Wien	400 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
22. 4.	Commers Ostaricia	300 National	Baumeister Ing. Manhardt, Dobelhoffgasse 9, 1010 Wien

## 1223 der Beilagen

47

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
24.—26. 4.	Konferenz der Asiatischen Entwicklungsbank	800 International	BM für Finanzen, Himmelfortgasse, 1010 Wien
27. 4.	Festakt der Österreichisch-Slowakischen Gesellschaft	800 National	Österreichisch-Slowakische Gesellschaft, Mahlerstraße 13, 1010 Wien
2.—26. 5.	UNIDO Permanent Committee	600 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
14. 5.	Bischofsweihe der Liberal-Katholischen Kirche	150 National	Liberal-Katholische Kirche, Erdenweg 21, 1140 Wien
16.— 2. 5.	Commission on Transnational Corporations	120 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
21. 5.	EUMIG Galabankett	250 International	EUMIG, Emmingstraße 2—8, 2351 Wr. Neudorf
2. 6.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
2. 6.	SPÖ Enquete	450 National	SPÖ-Landesorganisation Wien, Löwelstraße 18, Postfach 1, 1014 Wien
3. 6.	Ehrenringveranstaltung 1978	450 International	Alte Leipziger Versicherungs-AG, Postfach 1660, D-6370 Oberusse
5.— 7. 6.	Werbewirtschaftliche Tagung 78 und Ausstellung „WERBE 78“	600 National	Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Hoher Markt 3, 1010 Wien
5.—16. 6.	UNO-Konferenz über Verbrechensbekämpfung	100 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
8. 6.	ÖVP-Enquete „Neue Philosophie“	150 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
8.— 9. 6.	ETPO-Tagung	50 International	Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Hst. F. Handelspolitik und Außenhandel, Biberstraße 11, 1010 Wien
12. 6.	Tagung des Österreichischen Wirtschaftsbundes „Kommunalpolitik in Wien“	400 National	Management Club des Österreichischen Wirtschaftsbundes, 1010 Wien
12. 6.	Vortrag des Herrn Gonzales	850 National	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmanndorf, Khlesplatz 12, 1120 Wien
16. 6.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
16.—17. 6.	Tagung der Ärztekammer für Wien	100 National	Ärztekammer für Wien, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
19.—30. 6.	UNO-Konferenz als Vorbereitung für die Weltkonferenz der Frauen	50 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
21. 6.	Dinner Dance General Electric	100 International	Hotel Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
22.—23. 6.	Vorstandssitzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes	80 International	Österreichischer Gewerkschaftsbund, Referat für Internationale Verbindungen Hohenstaufengasse 10—12, 1010 Wien
23. 6.	Mefoxitin Symposium	270 National	Austria Reiseservice, Incoming Abteilung, Himmelfortgasse 3, 1010 Wien

48

## 1223 der Beilagen

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
23. 6.	Genossenschaftlicher Konsumverband, Tagung	1 150 National	Zentralkonsum Österreich, Theobaldgasse 19, 1060 Wien
27. 6.	Festakt der Steyr-Daimler-Puch AG	400 National	Steyr-Daimler-Puch AG Pressestelle, Kärntner Ring 7, 1011 Wien
30. 6.	Vortrag Club Pro Wien	400 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
9.—14. 7.	Collegium Internat. Neuro Psychopharmacologicum	1 200 International	Psychiatrische Universitätsklinik, Lazarettgasse 14, 1090 Wien
31. 7.— 18. 8.	UNO-Konferenz über die Staatennachfolge in Internationalen Verträgen	600 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
29. 8.— 1. 9.	Konferenz Perinatal Medicine	2 000 International	Interconvention, 1095 Wien, Kinderspitalgasse 5
6.— 9. 9.	Rheumatologenkongreß	500 International	Medizinische Ausstellungs- u. Werbegesellschaft Maria Rodl und Co., Freyung 6, 1010 Wien
7. 9.	Trauerkommers der NORICA	400 National	Wolfgang Bandion, Kaunitzgasse, 1060 Wien
8. 9.	Dinner Dancing — Ford Venezuela	215 International	Hotel Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
8. 9.	Jahrestagung der Fa. Suchard	170 National	N. Ö. Landesreisebüro Heiden-schuß 2, 1010 Wien
11. 9.	Vortrag Fr. L. Schmidt	200 National	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmannsdorf, Khlesplatz 12, 1120 Wien
12.—16. 9.	UNESCO Kongreß über die Lehre der Menschenrechte	400 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
18. 9.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
18.—22. 9.	IAEA Generalkonferenz	800 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4
27. 9.	Auto- und Modeschau	400 National	Boutique Aurelia, Gumpendorfer Straße 91, 1060 Wien
4. 10.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
2.— 5. 10.	7. Weltkongreß der Internationalen Liga von Vereinigungen zugunsten geistig Behinderter	1 000 International	Lebenshilfe für Behinderte, Rueppgasse 7/9, 1020 Wien
7.—13. 10.	BIBM 1978, 9. Internationaler Kongreß der Beton- und Fertigteilindustrie	1 000 International	Österreichische Beton- und Fertigteilwerke, Bürgerstraße 1, 4020 Linz
16. 10.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
23.—28. 10.	Van-Swieten-Tagung und Ausstellung	1 200 National	Ärztchammer für Wien, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
23. 10.	Spielbanken-Vertragsunterzeichnung	100 National	Österreichische Spielbanken AG, Dr.-Karl-Lueger-Ring 13, 1010 Wien
23. 10.	Ost-West Meeting	35 International	Wr. Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien

1223 der Beilagen				49
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter	
30. 10.	Vortrag Club Pro Wien	400 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien	
1.— 8. 11.	Österreichische Buchwoche	35 000 National	Hauptverband des österreichischen Buchhandels, Grünangergasse 4, 1010 Wien	
9. 11.	Festabend Caterpillar	650 International	Carlos Mihalka, 118, Rue de Rhone, 1204 Geneva, Switzerland	
10. 11.	Bankett Juristen	220 National	Wr. Juristen- u. Konzipientenverband, Museumstraße 12, 1016 Wien	
13. 11.	Tagung der ÖHV	150 National	Österreichische Hotelierversammlung „Unter der Michaelerkuppel“, 1010 Wien	
13.—17. 11.	Sperry Univac Conference	600 International	Internationale Division Sperry Univac Centre, London NW 10 8LS	
17. 11.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
17. 11.	Symposium Prof. Lorenz	250 National	APR-ACES, Auerlingstraße 1/1, 1060 Wien	
21. 11.	Vollversammlung der Ingenieurkammer	400 National	Ingenieurkammer für Wien, Karls-gasse 9, 1040 Wien	
21. 11.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
27. 11.— 1. 12.	Plenary Meeting Int. Fuel Cycle Evaluation (INFCE)	600 International	IAEA, Kärntner Ring 10—12, 1010 Wien	
6. 12.	Adventveranstaltung des Herrn Bundespräsidenten	350 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
6. 12.	Dinner-Dance D. E. R. (Deutsches Reisebüro)	600 International	Österreichische Fremdenverkehrswerbung, Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien	
9. 12.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
11. 12.	Austria FC	40 National	Wr. Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien	
11. 12.	Ost-West-Meeting	45 International	Wiener Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien	
11.—16. 12.	UNIDO Permanent Committee	450 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, 1014 Wien, Abt. 1/4	
18. 12.	Jahreshauptversammlung des KGV „Silbersee“	100 National	Wiener Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien	
31. 12.	Kaiserball	2 500 International	Wiener Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien	

#### WIENER KONGRESSZENTRUM HOFBURG BETRIEBSGESELLSCHAFT M. B. H.

#### VERZEICHNIS DER IM JAHRE 1979 DURCHGEFÜHRTEN VERANSTALTUNGEN

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter	
9. 1.	Neujahrsempfang des Herrn Bundespräsidenten	100 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
11. 1.	Vortrag Club Pro Wien	400 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien	

50		1223 der Beilagen	
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
13. 1.	Juwelenball	700 National	Landesinnung Wien der Gold- und Silberschmiede und Juweliere, Salesianergasse 1, 1030 Wien
16. 1.	Festakt der Bundesregierung, Internationales Jahr des Kindes	1 100 National	Bundeskanzleramt, Ballhausplatz, 1010 Wien
19. 1.	Ball Pirelli	600 International	Reisekuzn GmbH, Christa Berninger, An den Weiden 107, 6090 Rüsselsheim/Main
20. 1.	Ball der Pharmazie	3 000 National	Österreichische Apothekerkammer, Ballkomitee, Spitalgasse 31, 1094 Wien
25. 1.	Ball der Offiziere des Bundesheeres, Neustädter Ball	1 200 National	Militärkommando Wien, Hütteldorfer Straße 126, 1140 Wien
26. 1.	WKR-Ball	2 000 National	Wiener Korporationsring, Ballkomitee, Fach 747, 1011 Wien, oder c.o. Herbert Günther, Graf Starhemberg-Gasse 31, 1040 Wien
27. 1.	Ärzteball	4 000 National	Ärztelkammer für Wien, Ballkomitee, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
29. 1.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
31. 1.	IBM-Seminar	450 National	IBM-Haus, 1020 Wien
2. 2.	Vortrag Club Pro Wien	350 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
6. 2.	Modeaufnahmen	10 National	Peter Kierst WerbebesmbH, Hermannsgasse 7, 1070 Wien
7. 2.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
9. 2.	Faschingsgildeball	1 500 National	Wiener Faschingsgesellschaft, Lenau-gasse 19, 1080 Wien
15. 2.	Präsentation Steyr-Daimler-Puch-AG	150 National	Steyr-Daimler-Puch-AG, Kärntner Ring 7, 1010 Wien
16.—18. 2.	Heizungs- u. Klimatechnik GAWAG-Therm 1979	600 National	GAWAG Ges.m.b.H., Stolberg-gasse 16, 1050 Wien
19. 2.	Staatsbesuch des Deutschen Bundespräsidenten Herrn Walter Scheel	80 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
20. 2.	Ost-West-Konferenz	30 International	Internationaler Lenkungsausschuß der Wiener Ost-West-Konferenz, Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
21. 2.	Kaffeessiederball	3 500 National	Club der Wiener Kaffeehausbesitzer, Stubenring 8, 1010 Wien
24. 2.	Juristenball	3 800 National	Wiener Juristen- u. Konzipientenverband, Fach 35, 1016 Wien
26. 2.	Rudolfina Redoute	3 600 National	KÖSTV Rudolfina, Singerstraße, 1010 Wien
28. 2.	Ost-West-Konferenz, (Presse)	40 International	Internationaler Lenkungsausschuß der Wiener Ost-West-Konferenz, Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien

## 1223 der Beilagen

51

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
3. 3.	Public-Relations-Meeting	30 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
4. 3.	Empfang der Delegierten der Ost-West-Konferenz	30 International	Internationaler Lenkungsausschuß der Wiener Ost-West-Konferenz, Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
5.—8. 3.	Ost-West-Konferenz	400 International	Internationaler Lenkungsausschuß der Wiener Ost-West-Konferenz, Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
8. 3.	Vortrag Club Pro Wien	330 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
10. 3.	Vortrag ÖVP	1 000 National	ÖVP, Bundesparteileitung, Kärntner Straße 51, 1010 Wien
15.+16. 3.	Modeschau JONAK	330 National	Continente Werbe- und Marketing Agentur Ges.m.b.H., Hoher Markt 12, 1011 Wien
19. 3.— 8. 4.	UNIDO Statuten	600 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
23. 3.	Confrerie de la Chaine des Rottisseurs	450 International	Hotel Capricorno, Hr. KR. Adolf JOG, Schwedenplatz 3—4, 1050 Wien
26. 3.	Vortrag Harald Lever „Small firms and the British Economy“	400 National	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmannsdorf, Khlesplatz 12, 1120 Wien
3. 4.	Staatsbesuch der Dänischen Königin	80 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
7. 4.	Hochzeitsempfang	50 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien, Hr. Friedrich
17. 4.— 4. 5.	UNIDO Permanent + Board	400 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
18. 4.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
24. 4.	Bankett All American Life Insurance	250 International	RB Cosmos, Kärntner Ring 15, 1010 Wien
27. 4.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
28. 4.	Basar der Thailändischen Botschaft	2 000 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
7. 5.	Frisurenmodeschau	800 National	Fa. Wella Ges.m.b.H. P.O.B. 3 4021 Linz
8. 5.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
9.—13. 5.	Int. Kongreß der Int. Konföderation der Kneippbewegung	400 International	Konföderation der Kneippbewegung, Österreichischer Kneippbund, Gösser Straße 15/I, Postfach 52, A-8700 Leoben
10. 5.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
11. 5.	Veranstaltung Austria FC	50 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien

1223 der Beilagen			
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
14. 5.	Verleihung des Staatswappens	250 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
17. 5.	Dinner Dance ITPA	160 National	Hotel Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
18. 5.	Vortrag Club Pro Wien	250 National	Club Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
20. 5.	Konzert der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien	500 National	Israelitische Kultusgemeinde Wien, Bauernfeldgasse 4, 1190 Wien
22. 5.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
28. 5.	Staatsbesuch des Vorsitzenden des Präsidialrates der ungarischen Volksrepublik Hr. Losonczi Pal	80 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
30. 5.	Chorkonzert des Schubert Chors	1 000 National	Wr. Festwochen Direktion, Vogelweidplatz 14, 1150 Wien
2.—3. 6.	SOROPTIMISTEN Kongreß	1 100 International	Austrobus, Dr. Karl-Lueger-Ring, 1014 Wien
5.—30. 6.	100 Jahre SIEMENS Kongreß u. Ausstellung	300 National	Siemens AG Österreich, Werbung, Presse, Marktforschung, Siemensstraße 90, 1210 Wien
9. 6.	Bankett des Volkswagenwerkes	550 International	Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, Vertrieb Inland/Marketing, 3180 Wolfsburg 1, BRD
11. 6.	Pressekonferenz der GM	100 National	GM Austria, Obere Donaustraße 49—51, 1020 Wien
11.—15. 6.	UNSCEAR Kongreß	250 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
15. 6.	Dinner AMC	350 International	Reisebüro Ruefa, Fleischmarkt 1, 1010 Wien
13. 6.— 18. 6.	Pressezentrum, anlässlich des Staatsbesuches Carter-Breschnjew in Wien	1 000 International	Bundeskanzleramt, Bundespressedienst, Ballhausplatz, 1010 Wien
18.—29. 6.	UNCITRAL Kongreß	300 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Abt. I/4
8.—13. 7.	World Conference „Science in the Service of Live“	300 International	Institut de la Vie, 89 Boulevard St. Michel, 75005 Paris
13.—17. 8.	UN-Konferenz Wissenschaft und Technik — ACAST	600 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Abt. I/4
20.—31. 8.	UN-Konferenz Wissenschaft und Technik	400 International	BM für Auswärtige Angelegenheiten, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Abt. I/4
8. 9.	Abendessen der Küchenchefs	50 National	Hotel Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
8.—14. 9.	Internationale Diabetes Federation	1 100 International	Federation of the Int. Donau Symposia on Diabetes Mellitus c/o Reisebüro Mondial, Bösendorferstr. 4, 1010 Wien

## 1223 der Beilagen

53

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
16.—22. 9.	16. Weltstraßenkongreß	1 100 International	Österreichisches Nationalkomitee der Ständigen Internationalen Vereinigung der Straßenkongreß (A.I.P.C.R.), 1010 Wien Eschenbachgasse 9, 3. Stock
26. 9.	30 Jahrfeier der Gesellschaft für Chemiewirtschaft	400 National	Hoechst Austria AG, Altmannsdorfer Straße 104, 1121 Wien
27. 9.	Auto Präsentation	600 National	E. Janko, Laxenburger Straße 9, 1100 Wien
28. 9.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
3.— 6. 10.	3. Deutsch-österreichisch-schweizerische Unfalltagung	800 International	Interconvention, Kongreßorganisationsges.m.b.H., Kinderspitalgasse 5, 1095 Wien
4.— 6. 10.	Fortbildungstag der Österreichischen Röntgengesellschaft	250 National	Med. Ausstellungs- u. Werbegesellschaft, Maria Rodler & Co, Freyung 6, 1010 Wien
8.—11. 10.	Int. Symposium über Integrierten Pflanzenschutz in der Land- und Forstwirtschaft	500 International	Bundesanstalt für Pflanzenschutz, Trunnerstraße 5, 1020 Wien
12. 10.	Weltbund Schlaraffen	300 International	Weltbund Schlaraffen, Hr. Lang, Karl-Domanig-Gasse 5, 3400 Klosterneuburg
11.—13. 10.	25. Europa Forum Wien	2 000 International	Lions International, Gesamt district 114, Kleeblattgasse 11, 1010 Wien
15. 10.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
22.—27. 10.	Van Swieten Tagung und Ausstellung	1 200 National	Österreichische Ärztekammer, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
24. 10.	Cocktail Johns	150 International	Hotel Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
25. 10.	Poliomyelitissymposium	200 National	Ärztekammer für Wien, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
27. 10.	ÖRV Generalversammlung	100 National	Österreichischer Reisebüroverband, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
5. 11.	Filmvorführung	120 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
29. 10.— 6. 11.	Österreichische Buchwoche	36 000 National	Hauptverband des Österreichischen Buchhandels, Grünangergasse 4, 1010 Wien
6. 11.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
7. 11.	Seminar Beta-Lactamase-Stabile Cephalosporine unter besonderer Berücksichtigung von Cefuroxim	200 National	Austria Reiseservice, Himmelfortgasse 3, 1010 Wien

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
8. 11.	Vortrag ÖVP	350 National	Gesellschaft für Politik & Ökonomie, Berggasse 25, 1090 Wien
8. 11.	Sektionsvollversammlung der Architekten	200 National	Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Karls-gasse 9, 1040 Wien
10. 11.	ÖVP Mitarbeiterkongress	400 National	ÖVP, Falkestraße 3, 1010 Wien
10. 11.	„Sikkens Partner Club“	700 International	Sikkens GmbH, Autolacke, Magirus-straße 26, 7000 Stuttgart 30, BRD
12.—13. 11.	Executive Committee Meeting Ost-West	20 International	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
21. 11.	Börseneinführung Wien	350 National	BMW AG, BMW-Haus, Pehrel-ring 130, Pf.: 400240, D-800 Mün-chen 40
22. 11.	Vollversammlung der Inge-nieurkammer	400 National	Ingenieurkammer für Wien, Nieder-österreich und Burgenland, Karls-gasse 9, 1040 Wien
23. + 26. 11.	Galaball ICL	700 International	ICL (International Computer Limited) Bridge House, Putney Bridge, London SW63J
28. 11.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanz-lei, Ballhausplatz, 1010 Wien
29. 11.	Vortrag über Wissenschaft und Verantwortung	300 National	K.Ö.St.V. Rudolfina, Zenogasse 3, 1120 Wien
29. 11.— 1. 12.	Goetheanum Kongreß	1 400 International	Anthroposophische Gesellschaft, Spie-gelgasse 10, 1010 Wien
29. 11.— 1. 12.	Österreichischer Rechtsan-waltskammertag	600 National	Österreichischer Rechtsanwaltskam-mertag, Rotenturmstraße 13, 1010 Wien
3. 12.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanz-lei, Ballhausplatz, 1010 Wien
11. 12.	Adventveranstaltung des Herrn Bundespräsidenten	300 National	Österreichische Präsidentschaftskanz-lei, Ballhausplatz, 1010 Wien
31. 12.	Kaiserball	2 500 International	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien

#### WIENER KONGRESSZENTRUM HOFBURG BETRIEBSGESELLSCHAFT M. B. H.

#### VERZEICHNIS DER IM JAHRE 1980 DURCHGEFÜHRTEN VERANSTALTUNGEN

9. 1.	Neujahrsempfang des Herrn Bundespräsidenten	100 National	Österreichische Präsidentschaftskanz-lei, Ballhausplatz, 1010 Wien
11. 1.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanz-lei, Ballhausplatz, 1010 Wien
12. 1.	Juwelenball	700 National	Landesinnung Wien der Gold- und Silberschmiede und Juwelieri, Salesia-nergasse 1, 1030 Wien
18. 1.	Ball der Offiziere des Bun-desheeres, Neustädter Ball	1 200 National	Ballkomitee des Balles der Offiziere des Bundesheeres Militärkommando Wien, Hütteldorfer Straße 126, 1140 Wien

1223 der Beilagen				55
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter	
19. 1.	Ball der Pharmazie	3 000 National	Österreichische Apothekerkammer, Ballkomitee, Spitalgasse 31, 1094 Wien	
21. 1.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
24. 1.	Ball der Technik	2 300 National	Ballkomitee des Balles der Technik, Karlsplatz 13, 1040 Wien	
25. 1.	WKR-Ball	2 000 National	Wiener Kooperationsring, Ballkomitee, Fach 747, 1011 Wien, oder c.o. Herbert Günther, Graf-Starhemberg-gasse 31/5, 1040 Wien	
26. 1.	Ärzteball	4 000 National	Ärztelkammer für Wien, Ballkomitee, Weihburggasse 10, 1010 Wien	
29. 1.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
31. 1.	ATB-GALA	2 000 National	Agentur Ploner, Scheidlstraße 38, 1180 Wien	
31. 1.	Meeting Austro Tours		Kongreßzentrum Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
5. 2.	TV Aufnahmen für Stefan Zweig-Dokumentation		ORF, Argentinierstraße 30a, 1040 Wien	
8. 2.	Wr. Hofburg Redoute	1 500 National	Wiener Faschingsgesellschaft, Lenau-gasse 19, 1080 Wien	
13. 2.	Hofburgball des Wiener Kaffeehausgewerbes	3 500 National	Club der Wr. Kaffeehausbesitzer, Stubenring 8, 1010 Wien	
15. 2.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
16. 2.	Juristenball	3 800 National	Wr. Juristen- und Konzipientenverband, Museumstraße 12, 1016 Wien	
18. 2.	Rudolfina Redoute	3 600 National	KÖSTV Rudolfina, Singerstraße 12, 1010 Wien	
21. 2.	Vortrag Gerard O'Neill		Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Alt-mannsdorf, Khleslplatz 12, 1120 Wien	
25.—29. 2.	INFCE-Plenary	350 International	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, 1010 Wien und IAEA, Vienna International Center, Wagramer Straße 5, 1400 Wien	
26. 2.	Meeting Austro Tours	16 National	Kongreßzentrum Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
5.—7. 3.	Jahrestagung des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft E.V.		Deutscher Verein für Versicherungswissenschaft, Johannisbergstraße 31, D-1 Berlin 33	
10. 3.— 21. 4.	UNCITRAL United Nations Conference on Contracts for the Int. Seal of Goods		Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, 1010 Wien und UNIDO, Vienna International Center, Wagramer Straße 5, 1400 Wien	

56		1223 der Beilagen	
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
11. 3.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
18. 3.	Meeting Austro Tours	16 National	Kongreßzentrum Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
19.—23. 3.	Briefmarkenausstellung		Erster Österreichischer Arbeiter-Briefmarkensammler-Verein Wien, Arltgasse 38, 1160 Wien
25. 3.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
27. 3.	Meeting Vienna Med Congress	24	Kongreßzentrum Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
9. 4.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
10. 4.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
19. 4.	ASEAN Basar		The Asean Ladies Organization in Austria, c/o Indische Botschaft, Lanerstraße 39, 1190 Wien
23. 4.	„25 Jahre Bürges, ein Vierteljahrhundert Wirtschaftsförderung“	400 National	Bürgerschaftsfonds der Kleingewerbedirektion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie GesmbH, Taborstraße 10, 1020 Wien
25. 4.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
28. 4.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
28. 4.	Tagung der Wissenschaftlichen Kommission	150 National	Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises, Wallnerstraße 6 a, 1010 Wien
30. 4.	Festakt „25 Jahre Staatsvertrag“	1 150 National	Politische Akademie, Tivoligasse 73, 1120 Wien
3. 5.	Meeting Generalsekretariat	50 National	Interconvention, Kongressorganisationsges.m.b.H., Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
5.—7. 5.	2. Treffen der Polizeichefs westeuropäischer Großstädte im Kongreßzentrum Hofburg	45	Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, Polizeipräsidium, 1010 Wien
6. 5.	Dänisches Fernheizungssymposium	300	Königlich-Dänische Botschaft, Führichgasse 6, 1015 Wien
6. 5.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
7. 5.	Pressekonferenz		Persil GmbH, Abt. Public Relation, Erdbergstraße 29, 1030 Wien

## 1223 der Beilagen

57

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
10. 5.	Festakt der Deutschen Handelskammer in Österreich	1 400	Deutsche Handelskammer in Österreich, Wiedner Hauptstraße 142, 1050 Wien
12. 5.	Zollausschuß Meeting Österreich — EWG	35	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Sektion 1, Abtlg. 1, Stubenring 1, 1010 Wien
13. 5.	Großveranstaltung der Freiheitlichen Partei Österreichs	700 National	FPÖ Landesgruppe Wien, Himmelpfortgasse 7, 1010 Wien
13. 5.	Dinner-Dance	30	Fa. Klinge GmbH, 1235 Wien, An den Steinfeldern 40
13.—17. 5.	Pressezentrum aus Anlaß der Feiern zum 25jährigen Staatsvertragsjubiläum	400	Bundeskanzleramt, Bundespressediens, Sektion III, 1014 Wien, Ballhausplatz
14. 5.	Wirtschaftssymposium	1 100	ARGE Wirtschaftssymposium, p. A. Bundesministerium für Finanzen, Himmelpfortgasse 8, 1010 Wien
15. 5.	Festakt der Österreichischen Landesregierung anläßlich „25 Jahre Staatsvertrag“	1 150	Bundeskanzleramt, Ballhausplatz, 1010 Wien
16. 5.	Lunch des Herrn Bundespräsidenten	200	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
16. 5.	Internationales Symposium „25 Jahre Österreichischer Staatsvertrag“	300 International	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien und Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Minoritenplatz 5, 1014 Wien
18. 5.	Dinner-Dance Bosch		Hotelplan, Internationale Reiseorganisation, Wilhelm-Greil-Straße 18, 6020 Innsbruck
24. 5.	18. Congress National de L'association des Syndics et Administrateurs Judiciaires de France		Österreichisches Verkehrsbüro, Opernring 4—5, 1010 Wien
25.—28. 5.	Meeting IFA — Int. Federation on Ageing	60 International	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
2. + 5. 6.	Bordmeeting ASAE American Society of Association Executives	120 International	Kongreßzentrum Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
4. 6.	Frühjahrstagung Wien 1980, Coca-Cola Konzessionärs Schweiz — Österreich — Deutschland	International	Coca-Cola GesmbH, Triester Straße 217, 1232 Wien
5.—7. 6.	21. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie und der ihr angeschlossenen Fachgesellschaften		Med. Werbe- u. AusstellungsgesmbH, Maria Rodler & Co, Freiyung 6, 1010 Wien und Österreichische Gesellschaft für Chirurgie, Alser Straße 4, 1090 Wien
9.—13. 6.	19. Internationaler Kongreß für Saatgutprüfung, ISTA — Int. Seed Testing Association	International	Geschäftsführung für den ISTA Kongreß, Österreichische Düngerberatungsstelle, Auenbruggergasse 2, 1030 Wien

58		1223 der Beilagen	
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
13. 6.	„100 Jahre Jubiläum“		Münchner Rückversicherungsgesellschaft, Königinstraße 107, D-8000 München
16. 6.	Empfang Hr. Oberamtsrat Regierungsrat Dolejs	100 National	Oberamtsrat Reg.-Rat. H. Dolejs, Rathaus, 1010 Wien
18.—20. 6.	27. Werbewirtschaftliche Tagung Wien-Hofburg	600	WIFI, Hoher Markt 3, 1011 Wien u. ARGE „Werbe 80“, Reisnerstraße 14, 1030 Wien
17. 6.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
20. 6.	Dinner-Dance General Motors		Lawson Travel, c/o Hotel Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
25. 6.			Kongreßzentrum Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
25. 6.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
26. 6.	Vortrag		Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmanndorf, Khleslplatz 12, 1120 Wien
28. 6.	Dinner-Dance Grupo Piave		Austria Reiseservice, Himmelfortgasse 3, 1010 Wien
22. 7.	Chemie Olympiade		Bundesministerium für Wissenschaft und Kunst, Minoritenplatz 5, 1014 Wien
31. 8.— 5. 9.	IVBH, Internationale Vereinigung für Brückenbau und Hochbau-Kongreß	1150 International	Österreichischer Betonverein, Strohgasse 21 a, 1030 Wien
8. 9.	25-Jahr-Jubiläum	250	Österreichische Fernverkehrswerbung
11.+12. 9.	100-Jahr-Feier Länderbank	1150	Österreichische Länderbank, Abt. Resort Marketing, Am Hof 2, 1010 Wien
15.—16. 9.	OPEC-Presszentrum		BM f. AA. Abt. I/4, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1014 Wien, Heldenplatz
(19.) 22.— 26. 9.	IAEA Generalkonferenz		Atombehörde, Hr. A. Dona 1400 Wien, UNO-City
(29.) 30. 9.— 1. 10.	6. Internationales Kolloquium über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten durch Elektrizität		Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, 1200 Wien, Adalbert-Stifter-Straße 65, Ausstlg. Fa. Rodler, 1010 Wien, Freyung 6
30. 9.	Chief Executives Dinner Dance		Hotel Intercontinental, 1030 Wien, Johannesgasse 28
2. 10.	Dinner Alcan Aluminum Group Dinner Dancing		The Travelmarkt Inc. 422 Hanna Bldg., Cleveland Ohio 44115, C. F. Lawson Pres.
3. 10.	Enquete BKA „Bürgernahe Verwaltung“		Bundeskanzleramt, 1014 Wien, Ballhausplatz 2, Hr. Stuhlhofer
4. 10.	Lunch McKinsey		Hotel Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien

## 1223 der Beilagen

59

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
(3.) 6.— 10. 10.	11. European Congress of the European Academy of Allergology and Clinical Immunology		Wiener Med. Akademie, Alser Straße, 1090 Wien, Hr. Dr. H. Ludwig
13. 10.	Festakt 150-Jahr-Feier		Finanzlandesdirektion für Wien, NÖ. und Bgld., 1031 Wien, Vordere Zoll- amtsstraße 7
14. 10.	Management Center Europe MCE Dinner Dance		MCE, Avenue des Arts 4, B-1040 Brüssel, Hr. Gerhard Hösl
17. 10.	Vertragsunterzeichnung Österreich — Ungarn		Spielbanken AG, 1010 Wien, Dr.- Karl-Lueger-Ring 14, Hr. Dir. Ger- hard Skoff
18. 10.	Filmaufnahmen		Schönbrunnfilm, 1070 Wien, Neubau- gasse 1
(16.) 20.— 25. 10.	Van Swieten Tagung und Ausstellung		Österreichische Ärztekammer, Fr. Homolka, 1010 Wien, Weihburggasse 10—12
(26.) 28. 10.— 4. 11.	Österreichische Buchwo- che		Hauptverband des Buchhandels Dr. Prosser, 1010 Wien, Grünangergasse 4
6. 11.	Finanzmarkt Symposium		Erste österreichische Spar-Casse, Fr. Christian, 1010 Wien, Graben 21
7.— 8. 11	Pressezentrum		BM. f. AA. Abt. I/3, Hr. Dr. Fenkart, 1010 Wien, Ballhausplatz 2
10. 11.	Staatsbesuch DDR		Österreichische Präsidentschaftskanz- lei, 1010 Wien, Ballhausplatz 2
10.—13. 11.	ICCA, Int. Congress and Convention Association		Kongreßzentrum Hofburg, Hr. Dir. Stock, 1014 Wien, Heldenplatz
14. 11.	Ingenieurkammer, Vollver- sammlung		Ingenieurkammer für Wien, NÖ. und Bgld., Hr. Hartmann, 1040 Wien, Karlgasse 9
(18.) 21.— 30. 11.	Wr. Kunst- und Antiquitä- tenmesse		ARGE-Arbeitsgemeinschaft für Fach- ausstellungen, Hr. Hofmann, 1060 Wien, Loquaipplatz 13
2. 12.	Workshop HSMA/ÖRV, Hotel Sales Management Association, Österrei- cher Reisebüroverband		Hr. Dir. Straub, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1014 Wien, Heldenplatz
9. 12.	Executive Committee Mee- ting		Int. Komitee für neue Initiativen der Ost-West-Zusammenarbeit, c/o Kon- greßzentrum, 1010 Wien, Heldenplatz
9. 12.	Adventveranstaltung des Herrn Bundespräsidenten		Österreichische Präsidentschaftskanz- lei, 1010 Wien, Ballhausplatz
12. 12.	Vienna Med Congress, Lunch		Vienna Med Congress, c/o Kongreß- zentrum Hofburg, 1010 Wien
16. 12.	Vertragsunterzeichnung ÖRV, Österreichischer Reisebüroverband		Wiener Kongreßzentrum Hofburg, 1014 Wien, Heldenplatz
19. 12.	Feierstunde zur Ehrung der Österreichischen Flüchtlingshilfe		BM. für Inneres, 1014 Wien, Herren- gasse 7
31. 12.	Kaiserball		Wiener Kongreßzentrum Hofburg, 1014 Wien, Heldenplatz

60

1223 der Beilagen

## WIENER KONGRESSZENTRUM HOFBURG BETRIEBSGESELLSCHAFT

## VERZEICHNIS DER IM JAHRE 1981 DURCHGEFÜHRTEN VERANSTALTUNGEN

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
13. 1.	Neujahrsempfang des Herrn Bundespräsidenten	100 National	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
15. 1.	Festakt der Bundesregierung aus Anlaß des Internationalen Jahres Behinderter Personen	700 National	Bundeskanzleramt, Ballhausplatz, 1010 Wien
17. 1.	Juwelenball	700 National	Landesinnung Wien der Gold- und Silberschmiede und Juweliere, Salesianergasse 1, 1030 Wien
19. 1.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
20. 1.	Vortrag Hr. Professor K. Schorske	700 National	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmannsdorf, Khleslplatz 12, 1125 Wien
20. 1.	Bankett General Electric	180 International	Hotel Vienna Intercontinental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
21. 1.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
23. 1.	Ball d. Offiziere des Bundesheeres, Neustädter Ball	1 400 National	Militärkommando Wien, Radetzky-Kaserne, Gablenzgasse 62, 1160 Wien
24. 1.	Ball der Pharmazie	3 000 National	Österreichische Apothekerkammer, Ballkomitee, Spitalgasse 31, 1094 Wien
29. 1.	Ball der Technik	2 500 National	Technische Universität Wien, Karlsplatz 13, 1040 Wien
30. 1.	WKR-Ball	2 000 National	Wiener Korporationsring, Fach 747, 1011 Wien
31. 1.	Ärzteball	4 000 National	Ärzttekammer für Wien, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
6. 2.	Hofburg-Redoute der Wiener Faschingsgesellschaft	1 500 National	Wiener Faschingsgesellschaft, Lenau-gasse 19, 1080 Wien
11. 2.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
12. 2.	Pressegespräch	40 National	Österreichische Ärztekammer, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien
14. 2.	Mitarbeiterkongreß der Wiener ÖVP	800 National	ÖVP Wien, Landesparteileitung, Pro Wien, Falkestraße 3, 1010 Wien
19. 2.	Meeting des ÖKV	20 National	Österreichischer Kongreßverband, Judenplatz, 1010 Wien
20. 2.	Meeting des ÖRV	20 National	Österreichischer Reisebüroverband, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
20. 2.— 22. 2.	GAWAG Therm und 2. Österreichischer Installateur-Kongreß	450 National	GAWAG Ges. m. b. H. & Co. KG, Stolberggasse 16, 1050 Wien
25. 2.	Kaffeessiederball	3 500 National	Club der Wiener Kaffeehausbesitzer, Stubenring 8—10, 1010 Wien

1223 der Beilagen				61
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter	
28. 2.	Juristenball	3 000 National	Wiener Juristen- und Konzipientenverband, Justizpalast, Museumstraße 12, Fach 35, 1016 Wien	
2. 3.	Rudolfina-Redoute	3 600 National	KÖSTV Rudolfina, Singerstraße 12, 1010 Wien	
4.— 7. 3.	Filmaufnahmen der Paramount Pictures „The Winds of War“	50 International	Paramount Pictures Inc., c/o Strohgasse 25, 1030 Wien	
10. 3.	Empfang	15 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien	
10. 3.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
13. 3.	Pressezentrum aus Anlaß eines Ministertreffens im Redoutensaal	20 National	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
17. 3.	Tagung Laboratoire Bellon	250 International	Austro Pauli, 2 Rue du Rou, 750011 Paris, Frankreich	
17. 3.— 1. 4.	Ausstellung „Kennenlernen — Verstehenlernen“	1 000 National	Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, Rathaus, 1082 Wien	
18. 3.	Empfang	15 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien	
19. 3.	Roberto Blanco Show	150 National	„Der Würfel“, Unterhaltungs GmbH, Lilienberggasse 7, 1130 Wien	
24. 3.	Meeting Ost-West	40 International	Internationales Komitee für neue Initiativen der Ost-West Zusammenarbeit, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien	
26. 3.	Vortrag Dr. Möller	1 000 National	Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs, Schwarzenbergplatz 7, 1030 Wien	
30. 3.	Festakt zur Ehrung der Österreichischen Flüchtlingshilfe	340 National	Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1014 Wien	
2. 4.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
3. 4.	Ärztvortrag	450 National	Ärzttekammer, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien	
4. 4.	Galabankett Opel Ehrenclub	250 National	Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien	
6.—10. 4.	2. Europäische Regional-konferenz von Rehabilitation International	1 500 International	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Hauptstelle, Adalbert-Stifter-Straße 65—67, 1200 Wien	
8. 4.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
11. 4.	Galabankett Melodie der Welt	230 International	Melodie der Welt, J. Michel Musikverlag, Gr. Friedberger-Straße Nr. 23—27, D-6 Frankfurt am Main	
18. 4.	Galaabend General Electric	350 International	Austria Reiseservice, Himmelfortgasse 3, 1010 Wien	

62

## 1223 der Beilagen

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
24. 4.	Galaabend General Electric	400 International	Austria Reiseservice, Himmelfortgasse 3, 1010 Wien
24. 4.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
29. 4.	Galaabend General Electric	400 International	Austria Reiseservice, Himmelfortgasse 3, 1010 Wien
29. 4.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
30. 4. + 4. 5.	Galabankett Crown Life Insurance	500 International	Crown Life Insurance Comp. 120 Bloor Street East, Toronto Canada M4W 1B8
2. 5.	KSLTV Bankett	400 International	Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien
6. 5.	Galaabend General Electric	400 International	Austria Reiseservice, Himmelfortgasse 3, 1010 Wien
7.— 8. 5.	9. Vollsitzung der CEN/TC (Europäische Zementnorm)	40 National	Verein der Österreichischen Zementfabrikanten, Operngasse 11, 1040 Wien
8. 5.	Galaabend Sparkasseverein Stuttgart	130 International	American Express, Kärntner Straße 21/23, 1015 Wien
8. 5.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
9. 5.	Asean Bazaar	500 International	Philippine Embassy, Peter-Jordan-Straße 37, 1190 Wien
21.—31. 5.	WIPA 1981	80 000 International	Organisationskomitee der WIPA 81, Getreidemarkt 1, 1060 Wien
1.—12. 6.	UNCTAD/UNIDO Meeting	50 International	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
4. 6.	Pressekonferenz AICE	30 National	Vereinigung für Internationalen Kulturaustausch, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
9. 6.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
12. 6.	Festtagung des Niederösterreichischen Bauernbundes	600 National	Niederösterreichischer Bauernbund, Schenkenstraße 2, 1010 Wien
13. 6.	Kongreß zum Thema „Myokardinfarkt“	800 National	Merck Sharp & Dohme GesmbH, Spittelauer Lände 45, 1090 Wien
16. 6.	Vortrag Prof. Küng	1 150 International	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmannsdorf, Khleslplatz 12, 1125 Wien
24.—26. 6.	7. Internationale Leichtmetalltagung, ILMT	700 International	Austropa, Österreichisches Verkehrsbüro, Opernring 5, 1010 Wien
29. 6.	Vortrag McGovern	1 000 International	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmannsdorf, Khleslplatz 12, 1125 Wien
30. 6.	Bankett Tchibo	500 International	Tchibo Hamburg, c/o Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien

1223 der Beilagen				63
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter	
3. 7.	Lunch-Empfang ÖRV	40 National	Österreichischer Reisebüroverband, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien	
17. 7.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
13. 8.	Bankett der „National Association of Whole Salers“	40 International	Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien	
23.—27. 8.	27. Europäischer Fleischforscherkongreß	500 National	Veterinärmedizinische Universität, Linke Bahngasse 11, 1030 Wien	
30. 8.—5. 9.	11. Internationaler u. 4. Europäischer Kongreß f. Klinische Chemie — IFCC	2 000 International	Interconvention Kongreßorganisationsges.m.b.H., Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
6.—11. 9.	Tagung der Federation Internationale Pharmaceutique (FIP)	2 000 International	Österreichische Apothekerkammer, Spitalgasse 31, 1091 Wien und F.I.P., Ginnheimerstraße 20, D-6236 Eschborn	
12. 9.	Hambro Life Dinner Dance	250 International	Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien	
14.—16. 9.	2. Europäische Tagung Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung	1 000 International	Vereinigte Edelstahlwerke (VEW), 8605 Kapfenberg und Interconvention Kongreßorganisationsges.m.b.H., Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
17. 9.	Empfang des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien	
21.—26. 9.	25. IAEA-Generalkonferenz	600 International	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
30. 9.— 3. 10.	Österreichischer Zahnärztekongreß und Ausstellung WID 81	400 National	Österreichische Ärztekammer, Fachgruppe Zahnheilkunde, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien und Media Consult, Werbe- und Ausstellungsges.m.b.H., Klopstockgasse 34, 1171 Wien	
4.—10. 10.	16. Internationaler Byzantinistikkongreß	500 National	Österreichische Akademie der Wissenschaften, Postgasse 7—9, 1010 Wien und Interconvention Kongreßorganisationsges.m.b.H., Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
13. 10	Ost-West Meeting	20 International	Internationales Komitee für neue Initiativen der Ost-West Zusammenarbeit, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien	
14.—17. 10.	Röntgen-Seminar-Kongreß	350 International	Röntgeninstitut der Allgemeinen Poliklinik, Mariannengasse 10, 1090 Wien	
26.—31. 10.	Van Swieten Tagung und Ausstellung	1 200 National	Österreichische Ärztekammer, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien	
29. 10.	Vorstandssitzung ÖRV	15 International	Österreichischer Reisebüroverband, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien	

1223 der Beilagen			
Datum	Veranstaltung	Teilnehmer	Veranstalter
30. 10.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
3.—10. 11.	Österreichische Buchwoche	40 000 National	Hauptverband des Buchhandels, Grünangergasse 4, 1010 Wien
11. 11.	Pressekonferenz „Kongreßwesen gestern, heute und morgen“	40 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
13.—22. 11.	Wr. Kunst- und Antiquitätenmesse	1 000 National	ARGE für Fachausstellungen, Loquaiplatz 5, 1060 Wien
19. 11.	Workshop VMC	15 International	Vienna Med Congress, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
27. 11.	Galaabend des Kongresses d. Relais et Chateaux	450 International	Hotel im Palais Schwarzenberg, Schwarzenbergplatz 9, 1030 Wien
28. 11.	Bankett Gruppe GEFCO	500 International	Austro Pauli, 2 Rue du Roule F-750011 Paris
30. 11.	Hauptversammlung der Ingenieurkammer	400 National	Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Karls-gasse 9, 1010 Wien
3. 12.	Vortrag	500 National	Dr.-Karl-Renner-Institut, Schloß Altmannsdorf, Khleslplatz 12, 1125 Wien
7. 12.	25 Jahr-Jubiläum	350 National	HILTI GmbH, Altmannsdorfer Straße 165, 1230 Wien
9. 12.	Jahreshauptversammlung des „KGV Silbersee“	100 National	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
10. 12.	Adventveranstaltung des Herrn Bundespräsidenten	300 International	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien
11. 12.	NORICA Kommers	250 National	NORICA c/o Dipl.-Ing. Dr. H. Hainz, Kauergasse 6, 1150 Wien
11. 12.	Workshop VMC	40 International	Vienna Med Congress, c/o Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien
12. 12.	Literarischer Abend des ungarischen Sprachraumes	350 International	Hr. Bentzur, Weihburggasse 3, 1010 Wien
31. 12.	Kaiserball	2 500 International	Kongreßzentrum Hofburg, 1010 Wien

### WIENER KONGRESSZENTRUM HOFBURG BETRIEBSGESELLSCHAFT M. B. H.

#### 1010 WIEN, HOFBURG

Veranstaltungen 1982		Teilnehmer	Stand per 26. 4. 1982
12. 1.	Neujahrsempfang des Herrn Bundespräsidenten	100	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26
12. 1.	Filmaufnahmen		Filmproduktion Hans Fuchsbauer GmbH, Laseyg. 2—8, 1170 Wien
13. 1.	ÖRV-Sitzung	21	Österreichischer Reisebüroverband, c/o Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
(16.) 18.— 19. 1.	Filmaufnahmen		Richard Wagner Filmges.m.b.H., c/o Wien Film, Sieveringer Straße 1, 1190 Wien, Tel.: 32 21 53

## 1223 der Beilagen

65

Veranstaltungen 1982	Teilnehmer	Stand per 26. 4. 1982
22. 1. Ball der Offiziere des Bundesheeres	1 400	Radetzky-Kaserne, Ballkomitee, Gablenzgasse 62, 1160 Wien, Tel.: 92 66 61/213 DW
23. 1. Pharmazieball	3 000	Österreichische Apothekerkammer, Ballkomitee, Spitalgasse 31, 1094 Wien, Tel.: 42 56 76
24. 1. Empfang	50	Wiener Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
25. 1. Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26
(25.) 26. 1. Filmaufnahmen		Richard Wagner Filmges.m.b.H., c/o Wien Film, Sieveringer Straße 1, 1190 Wien, Tel.: 32 21 53
28. 1. Ball der Technik	2 500	Technische Universität Wien, Ballkomitee, Karlsplatz 13, 1040 Wien, Tel.: 56 01/30 42 DW
29. 1. Filmaufnahmen		Richard Wagner Filmges.m.b.H., c/o Wien Film, Sieveringer Straße 1, 1190 Wien, Tel.: 32 21 53
29. 1. WKR-Ball	2 000	Wiener Korporationsring, Fach 747, 1011 Wien, Tel.: 88 25 25/219 DW
30. 1. Ärzteball	4 000	Ärzttekammer für Wien, Ballkomitee, Weihburggasse 10-12, 1010 Wien, Tel.: 53 16 01/253 DW
6. 2. Galadinner Weingut Pjeroth	250	Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien Tel.: 75 05-0
10.+11. 2. Filmaufnahmen		Richard Wagner Filmges.m.b.H., c/o Wien Film, Sieveringer Straße 1, 1190 Wien, Tel.: 32 21 53
11. 2. ÖRV-Sitzung		Österreichischer Reisebüroverband, c/o Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
12. 2. Hofburg Redoute der Wiener Faschingsgesellschaft	1 500	Wiener Faschingsgesellschaft, Lenau-gasse 19, 1080 Wien, Tel.: 43 33 33
17. 2. Kaffeesiederball	3 500	Club der Wiener Kaffeehausbesitzer, Stubenring, 1010 Wien, Tel.: 52 65 65/241 DW
20. 2. Juristenball	3 000	Wiener Juristen- und Konzipientenverband, Fach 35, 1016 Wien, Tel.: 96 22/882 DW
22. 2. Rudolfina Redoute	3 500	KÖSTV Rudolfina, Singerstraße 12, 1010 Wien, Tel.: 52 53 75
26. 2. Empfang	600	Firma Lebek, Bekleidungswerkges.m.b.H., A-9400 Wolfsberg, Tel.: 0 43 52-32 86
10. 3. Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26

66		1223 der Beilagen		Stand per 14. 4. 1982
Veranstaltungen 1983		Teilnehmer		
(8.) 10.— 13. 3.	FIAVET-Kongreß	500	Österreichische Fremdenverkehrswerbung, Margaretenstraße, 1040 Wien, Tel.: 56 16 66	
10. 3.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26	
11. 3.	Galadinner Weltbund der Köche	400	Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien, Tel.: 75 05-0	
(17.) 18.— 19. 3.	Festakt „75 Jahre Zentralsparkasse“	900	Zentralsparkasse und Kommerzialsbank Wien, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Publizistik, Zollamtstraße 13, 1030 Wien, Tel.: 72 92/500 DW	
(29.) 30. 3.— 1. (2.) 4.	2. Internationale Software- und Organisationsmesse „SOFTA“	800	Verlag Munk, Doblhoffgasse 7, 1010 Wien, Tel.: 42 13 51	
31. 3.	ÖRV-Sitzung „Incoming“	21	Österreichischer Reisebüroverband, c/o Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
2. + 3. 4.	Sitzung ÖVB	22	Wiener Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
8. 4.	Filmaufnahmen, Kulturamt der Stadt Wien		VTV Film Wien, Zentagasse 39, 1050 Wien	
16. 4.	Generalversammlung „SKAL“	300	Austria Reiseservice, Himmelpfortgasse 8, 1010 Wien, Tel.: 52 06 61	
(13.) 20.— 21. (22.) 4.	IBM Convention	1 000	IBM United Kingdom Limited, 389 Chiswick High Road, GB-London W4 4AL, Tel.: 0 21-45 46 188	
(25.) 26.— 28. 4.	75. Fachtagung des Arbeitskreises Sicherheitstechnik und der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsmedizin	500	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Adalbert-Stifter-Straße 65—67, 1200 Wien, Tel.: 33 01/529 DW	
26. 4.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26	
27. 4.	Hochzeitsempfang	250	Frankl & Mihalek, Hr. Frankl, Garnisongasse 10, 1090 Wien, Tel.: 42 14 12	
29. 4.	Galadinner Grand Metropolitan	12	Hotel Vienna Inter-Continental, Johannesgasse 28, 1030 Wien, Tel.: 75 05-0	
29. 4.	VMC-Sitzung		Vienna Med. Congress, c/o Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien	
(30. 4.) 4.— 8. 5.	Jubiläumsveranstaltung Erste Allgemeine Generali 100 Jahre u. 150 Jahre	1 200	Erste Allgemeine Versicherungs-AG, Brandstätte 7—9, 1010 Wien, Tel.: 63 38/264 DW	
3. 5.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26	

## 1223 der Beilagen

67

Veranstaltungen 1982	Teilnehmer	Stand per 26. 4. 1982
(3.) 4.— 8. 5.	Internationaler Gesundheitskongreß „Kneipp-Frühling in Wien“	500 Medizinische Ausstellungs- und WerbegesmbH, Maria Rodler & Co, Freyung 5, 1010 Wien, Tel.: 63 29 35
5. 5.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Ratsstube	Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26
7. 5.	Sitzung der Sportmedizin Zimmer 425	Österreichischer Sportärzterverband, Possingergasse 2, 1160 Wien
(11.)12.— 15. 5.	5. Kongreß der Europäischen Gesellschaft für Urologie	600 Wiener Medizinische Akademie, Alser Straße 4, 1090 Wien, Tel.: 42 71 65, Atelier Breit, Lenaugasse 11, 1080 Wien, Tel.: 43 88 25
16. 5.	Galadinner „Für Sie“	120 Reisebüro City, Graf-Adolf-Straße 10, D-4000 Düsseldorf
16.—21. 5.	12. Kongreß der Internationalen Akademie für Sozial- und Gerichtsmedizin	500 Gerichtsmedizinisches Institut, Sensengasse 2, 1090 Wien, Tel.: 42 47 61, Wiener Medizinische Akademie, Alser Straße 4, 1090 Wien, Tel.: 42 71 65
17.—19. 5.	Treffen von Entwicklungsländern und OECD-Ländern, „Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung“	100 Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 66 15/35 44
19. 5.	BIR-Kongreß Soirée in der Hofburg	600 Bureau International de la Recuperation, Place du Samedi 13, 1000 Bruxelles, Belgien
(17.) 23.— 26. 5.	14. Internationaler Kongreß der Gemeinwirtschaft	1 000 Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft, Vogelsanggasse 36, 1050 Wien, Tel.: 55 31 97, Interconvention, KongreßorganisationsgesmbH, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 62 88
24. 5.	Common Europe	50 Interconvention, KongreßorganisationsgesmbH, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 62 88
24. 5.	IC-Sitzung, Ratsaal	50 Interconvention, KongreßorganisationsgesmbH, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 62 88
27. 5.	Präsentation „les must de Cartier“	200 „les must de Cartier“ HandelsgesmbH, Kaasgrabengasse 37, 1197 Wien, Tel.: 32 59 43
3.+4. 6.	Tagung A & O-Selex	150 A & O-Selex, Freie Leistungsgemeinschaft, Mahlerstraße 9, 1015 Wien, Tel.: 52 71 49
(8.) 10.— 12. 6.	23. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie	600— 800 Österreichische Gesellschaft für Chirurgie und Medizinische Ausstellungs- und WerbegesmbH Maria Rodler & Co, Freyung 5, 1010 Wien, Tel.: 63 29 35
(12.) 14.— 25. 6.	Vollversammlung der CEPT	600 Gen.-Direktion für die Post- und Telegraphenverwaltung, Postgasse, 1011 Wien, Tel.: 52 66 11/274

68		1223 der Beilagen	
Veranstaltungen 1982		Teilnehmer	Stand per 26. 4. 1982
19. 6.	Pressekonferenz und Galaabend der Europäischen Möbelunion	260	Europäische Möbelunion GmbH, 6, Rue Adolphe, 1013 Luxemborg, Tx: 84 82 768
(26.) 29. 6.— 3. 7.	22. Weltkongreß für Sportmedizin	1 100	Verband Österreichischer Sportärzte Possingergasse 2, 1150 Wien, Tel.: 93 51 75
5. 7.	AICE-Neuer Saal	100	Vereinigung für Internationalen Kulturaustausch, c/o Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
9. 7.	Bankett Abbey Life	600	LEP Travel Limited, Sunlight Wharf, Upper Thames Street, London EC 4P 4AD
(20.) 26. 7.— 5. 8.	UN-Aging People	1 374	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 66 15/35 44
(7.) 9.— 21. 8.	UN-Second United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space	1 227	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 66 15/35 44
(27.) 29. 8.— 3. 9.	9th Internationale Mass Spectrometry Conference	800	Institut für Analytische Chemie, Währinger Straße 38, 1090 Wien, Tel.: 34 46 30/24 DW, Interconvention KongreßorganisationsgesmbH, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 62 88
(4.) 5.— 10. 9.	9th Internationaler Congress on Neuropathology	1 000	Medizinische Akademie, Alser Straße 4, 1090 Wien, Tel.: 42 71 65, Neurologisches Institut, Schwarzschanierstraße 17, 1090 Wien, Tel.: 53 15 26/256
(11.)13.— 17. 9.	IAEA-Konferenz	1 000	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 66 15/35 44
18. 9.	IAEA-Ball	1 200	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 66 15/35 44
(18.) 20.— 24. 9.	26. IAEA-Generalkonferenz	1 000	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 66 15/35 44
26.—29. 9.	ESPEN — Europäische Society of Parenteral and Enteral Nutrition	1 000	1. Medizinische Klinik, Intensivstation, Klinik Deutsch, Tel.: 42 89/42 62 DW, und Congress and Convention Team, Stallburggasse 2/1/2, 1010 Wien, Tel.: 53 10 19
(29.) 30. 9.— 3. 10.	33. Tagung der Vereinigung Deutschsprachiger Dermatologen (DDG)	1 000	Kongreß der Deutschsprachigen Dermatologen, Professor D. G. Niebaue, c/o Wiener Medizinische Akademie, Alser Straße, 1090 Wien, Tel.: 42 13 83

## 1223 der Beilagen

69

Veranstaltungen 1982		Teilnehmer	Stand per 26. 4. 1982
(3.) 5.— 16. 10.	70. Jahresweltkongreß der Zahnärzte der FDI	4 000	Bundesgruppe für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Österreichischen Ärztekammer, Weihburggasse 10—12, 1011 Wien, Interconvention KongreßorganisationsgesmbH, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 62 88
12. 10.	Veranstaltung des Herrn Bundespräsidenten in der Geheimen Rastube		Österreichische Präsidentschaftskanzlei, Ballhausplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 26
(21.) 25.— 30. 10.	Van Swieten Tagung und Ausstellung	1 500	Österreichische Ärztekammer, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien, Tel.: 52 69 44
25.—27. 10.	IUGE 425		Österreichische ARGE für Volksgesundheit, Stubenring 1, 1010 Wien, Tel.: 52 96 61/72
2.— 5. 11.	„Wiener Hofburg Einkaufstage“	100	Dr. Heinrich Babinsky, Gusenleithnergasse 30/3, 1140 Wien, Tel.: 94 77 393
2.— 9. 11.	Österreichische Buchwoche	40 000	Hauptverwaltung des Österreichischen Buchhandels, Grünangergasse 4, 1010 Wien, Tel.: 52 15 35
(10.) 11.— 14. 11.	Ärztliche Kraftfahrvereinigung Österreichs „AKVÖ“	200	Medizinische Ausstellungs- und WerbegesmbH., Maria Rodler & Co, Freyung 6, 1010 Wien, Tel.: 63 29 35
(9.) 12.— 21. 11.	Wiener Kunst- und Antiquitätenmesse	1 000	ARGE-Arbeitsgemeinschaft für Fachausstellungen, Loquaipplatz 1, 1060 Wien, Tel.: 56 23 92
15. 11.	O-W-Sitzung		Internationales Komitee für neue Initiative der Ost-West-Zusammenarbeit, c/o Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
26.—27. 11.	16. Bundestag des ÖAAB	600	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund, Laudongasse 16, 1080 Wien, Tel.: 42 75 81/20 DW
29. 11.	Sitzung der Ingenieurkammer	400	Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Karls-gasse 9, 1040 Wien, Tel.: 65 17 81/22 DW
31. 12.	Kaiserball	2 500	Wiener Kongreßzentrum Hofburg, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien

**WIENER KONGRESSZENTRUM HOFBURG BETRIEBSGESELLSCHAFT M. B. H.**  
1014 WIEN, HOFBURG

Veranstaltungen 1983		Teilnehmer	Stand per 14. 4. 1982
12. 1.	100-Jahr-Feier der Österreichischen Postsparkasse	800	Österreichische Postsparkasse, 1010 Wien, Georg-Coch-Platz 2, Fr. Dr. Doris Langeder, Tel. 52 04/ Kl. 311
21. 1.	Ball der Offiziere des Bundesheeres	1 500	Militärkommando Wien, Ballkomitee, 1140 Wien, Hütteldorfer Straße 126, Tel.: 92 66 51/72 05

70		1223 der Beilagen	
Veranstaltungen 1983		Teilnehmer	Stand per 14. 4. 1982
22. 1.	Ball der Pharmazie	3 000	Österreichische Apothekerkammer, 1094 Wien, Spitalgasse 31, Tel.: 42 56 76
27. 1.	Ball der Technik	2 500	Technische Universität Wien, 1040 Wien, Karlsplatz 13, Tel.: 65 76 41/658
28. 1.	Ball des WKR	2 000	Wiener Korporationsring, Fach 747, 1011 Wien
29. 1.	Ärzteball	4 000	Ärzttekammer für Wien, Weihburg- gasse 10—12, 1010 Wien, Tel.: 53 16 01
2. 2.	Kaffeessiederball	3 500	Club der Wiener Kaffeehausbesitzer, Stubenring, 1010 Wien, Tel.: 82 22 08
4. 2.	Hofburg Redoute der Wie- ner Faschingsgesellschaft	1 500	Wiener Faschingsgesellschaft, Lenau- gasse 19, 1080 Wien, Tel.: 43 33 33
5. 2.	Maskenball	1 000	Wiener Faschingsgesellschaft, Lenau- gasse 19, 1080 Wien, Tel.: 43 33 33
12. 2.	Juristenball	3 000	Wiener Juristen- und Konzipienten- verband, 1016 Wien, Tel.: 96 22/882
14. 2.	Rudolfina Redoute	3 500	KÖSTV Rudolfina, Singerstraße 12, 1010 Wien, Tel.: 52 53 75
18.—20. 2.	International Marketing Meeting	500	Bank of Credit and Commerce int., Ms. T. Masood, 100 Leadenhal Street, London EC3A 3AD
24.—26. 3.	Tagung der Europäischen Gesellschaft der gesamten Inneren Medizin	250	Association Europeene de Medeci Interne D' Ensemble (AEMI) Dr. Vic- tor Harth, D-86 Bamberg, Hain- straße 9, Tel.: (06/0951) 26 6 08
10.—13. 4.	100 Jahre Arbeitsinspek- tion	1 000	Bundesministerium für Soziale Ver- waltung, Zentral-Arbeitsinspektorat, Kundmangasse 21, 1030 Wien, Dr. Rolf Finding, Tel.: 75 76 11/24
2.— 5. 5.	7. Weltsymposium für Herzschrittmacher	3 000	Dozent Dr. K. Steinbach, Allgemeines Krankenhaus der Stadt Wien, Garni- songasse 13, 1097 Wien, Tel.: 42 89/2604, Interconvention, 1014 Wien
11. 5.	Österreichischer Cartell- verband Katholischer Stu- dentenverband	1 000	
14. 5.	50 Jahre ÖCV und Fest- kommers der K.A.V. NORICA	1 000	K.A.V. NORICA, Strozzigasse 7—9, 1080 Wien, Tel.: 41 13 60, Dr. Bern- hard Hainz
19. 5.	Jubiläumsfeier der Firma Ebenseer Solvay-Werke	400	Fa. Informa Public Relations-GmbH., Brandstätte 5, 1010 Wien, Fr. Dr. B. Schütze, Tel.: 63 29
19. 5.	Dinner ISMA	300	L.J. Carpentier, Deputy Sec. General, ISAM Ltd., 28, Rue Marbeuf, F-15008 Paris
4. 6.	Int. College of Dentists ICD	250	Prim. G. Rothbauer, Vorstand des Instituts für Zahn-, Mund u. Kiefer- heilkunde, KH Lainz, Wolkers- bergengasse 1, 1130 Wien, Tel.: 84 16 16/32 02

## 1223 der Beilagen

71

Veranstaltungen 1983	Teilnehmer	Stand per 14. 4. 1982
10.—16. 7. 7. World Congress of Psychiatry	4 000	Congress Team International, 1010 Wien, Stallburggasse 2, Hr. Vesely, Tel.: 53 10 19
28. 8.— 3. 9. 13th International Congress of Chemotherapy	4 000	Österreichische Gesellschaft für Chemotherapie, c/o Wr. Med. Akademie, 1090 Wien, Alser Straße Tel.: 42 71 65, Ausstellungsorg. Atelier Brei, 1090 Wien, Lenaugasse 11, 43/88
12.—16. 9. Atombehörde (Entscheidung Mai 82)	800	BM f. AA, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien
10. 9. Europäischer Studentenverband	1 000	
9.—11. 9. Österr. Katholikentag, Pressezentrum	500	
20.—24. 9. Transamerican Occidental Life Insurance Group	700	Fitzgerald Associates, Incentive Travel, 2566 Mission Street, San Marino, California 91108, USA, Mr. James S. Fitzgerald
25.—30. 9. 9. International Congress in Criminologie (Entscheidung Mai 82)	1 100	Societe Internationale de Criminologie, 4, rue de Mondovi, F-75001 Paris, Prof. Denis Szabo Org.: Interconvention, Kongreßorganisationsges.m.b.H., Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien
1.—5. 10. Annual Conference of the Internat. Iron and Steel Institute	500	International Iron and Steel-Institute, Avenue Hámoir 12/14 B-1180 Bruxelles, Mr. Clement Red, Promotion and Market Development
10.—14. 10. Atombehörde (Entscheidung Mai 82)	800	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abt. I/4, Hofburg, Heldenplatz, 1014 Wien
Oktober (Entscheidung Mai 82) Akupunktur	1 000	Hr. Dr. Liertzer, Ludwig Boltzmann Institut für Akupunktur, 1090 Wien
24.—29. 10. Van Swieten Tagung und Ausstellung	500	Österreichische Ärztekammer, Weihburggasse 10—12, 1010 Wien, Tel.: 53 16 01
1.—8. 11. Österreichische Buchwoche	40 000	Hauptverband des Buchhandels, Grünangergasse 4, 1010 Wien, Tel.: 52 15 35
11.—20. 11. Wiener Kunst- und Antiquitätenmesse	1 000	ARGE-Arbeitsgemeinschaft für Fachausstellungen, Loquaipplatz, 1060 Wien, Tel.: 56 23 92
31. 12. Kaiserball	2 500	Wiener Kongreßzentrum, Hofburg, Heldenplatz, 1010 Wien, Tel.: 57 36 66

Ing. Mag. rer. soc. oec. Dr. Walter A. Ender

An den  
Unterausschuß des besonderen Ausschusses zur Vorbehandlung des

Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) (1183 der Beilagen)

Zu meiner Expertenaussage vom 7. September 1982, um 11 Uhr, im Lokal IV

reiche ich auf besonderen Wunsch meine Aussage in schriftlicher Form nach:

#### Konferenztourismus — Nachfragesituation

Der Konferenztourismus ist das jüngste und liebste Kind des Fremdenverkehrs.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat der Kongreßreiseverkehr, der aus definitorischer Sicht zum Geschäftsreiseverkehr zählt, aus den hochindustrialisierten Volkswirtschaften seine stärksten Impulse erhalten.

In den letzten Jahren ist die Vermischung von Geschäft und Vergnügen bei Konferenzen immer stärker zu beobachten.

Der Kongreßreisende zählt zu den wirtschaftlich interessantesten Nachfragegruppen im Fremdenverkehr.

#### Geographische Verteilung von internationalen Meetings/Kontinente

1977/78/79/80/81/82

	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Africa .....	133	129	119	152	143	75
America .....	778	754	793	816	851	612
Asia .....	377	429	479	500	563	382
Australasia .....	63	59	70	90	62	173
Europe .....	2 376	2 392	2 884	3 254	2 983	1 750
<b>Total</b>	<b>3 727</b>	<b>3 763</b>	<b>4 345</b>	<b>4 812</b>	<b>4 602</b>	<b>3 022</b>

#### Interpretation

Die von Prof. Ejler Alkjaer, Universität Kopenhagen, vorausgesagte Spitze der Kongreßveranstaltungen (Marktsättigung) zu Ende der 70er Jahre ist tatsächlich eingetroffen (siehe Tabelle).

Spätestens seit 1981 und jetzt 1982 zeigt das deutliche Zurückgehen der Veranstaltungsanzahl weltweit, daß bestehende Konferenzzentren mit geringerer Auslastung zu rechnen haben, neu zu erbauende Konferenzzentren einen heiß umkämpften Markt antreffen werden, auf dem sie schwer reüssieren können.

#### Kongreßveranstaltungen im Jahre 1981

Für das Jahr 1981 wurden dem UAI 6 000 Kongreßveranstaltungen avisiert; tatsächlich abgehalten wurden nur 4 602 (siehe Tabelle).

Diese 4 602 internationalen Meetings hatten in Prozenten aufgeschlüsselt folgende Teilnehmerzahlen:

Teilnehmerzahl/Kongreß	Prozentsatz
unter 100	22,00%
100— 500	52,00%
500— 1 000	13,00%
1 000— 2 000	8,00%
2 000— 3 000	2,30%
3 000— 5 000	1,70%
5 000— 7 000	0,50%
7 000— 10 000	0,20%
über 10 000	0,70%

## 1223 der Beilagen

73

**Wichtigstes Ergebnis:**

1981 sind 95% der internationalen Meetings mit einer Teilnehmerzahl von maximal 2 000 Teilnehmern über die Bühne gegangen.

**Kernaussage:**

Diese Teilnehmeranzahlverteilung ist über die letzten 10 Jahre nahezu unverändert zu beobachten.

Der Trend zu internationalen Meetings mit kleineren Teilnehmerzahlen wird immer stärker.

**Erklärung zum Zahlenmaterial**

Die UNION OF INT. ASSOCIATIONS in Brüssel hat seit 33 Jahren für ihre Mitglieder die Aufgabe übernommen, statistische Studien über die internationalen Meetings anzustellen und jährlich zu veröffentlichen.

Die Statistiken beruhen auf Informationen, die vom UAI-Congress Department gesammelt und unter Beachtung sehr strenger Kriterien ausgewählt wurden; nur diese ermöglichen international einen sinnvollen Vergleich.

Meetings, die Berücksichtigung finden sind solche, die von den internationalen Organisationen veranstaltet und/oder gefördert werden und im „Jahrbuch der Internationalen Organisationen“ und im „Jahreskalender Internationaler Kongresse“ aufscheinen, wie Tagungen ihrer Vorstandsorgane, Kongresse, Versammlungen, Symposien, regionale Sitzungen, eingeteilt nach verschiedenen Ländern, als auch einige nationale Meetings mit internationaler Beteiligung, die von nationalen Zweigen der internationalen Vereinigungen organisiert werden.

Ausgenommen von den UAI-Ziffern sind:

Rein nationale Meetings, wie solche mit ausgesprochen religiösem, didaktischem, politischem, wirtschaftlichem, sportlichem Charakter, wie auch religiöse Versammlungen, Kurse, Parteikonferenzen, Messen, Verkaufsveranstaltungen, Wettbewerbe usw.;

Weiters sind Meetings mit streng limitierter Teilnehmerzahl wie Präsidien, Expertengruppen usw. auch ausgenommen, denn die meisten davon werden auf Regierungsebene abgehalten und finden hauptsächlich in den Hauptsitzen der großen IGO's (International Governmental Organisations) in New York, Genf, Rom, Brüssel, Wien, statt.

**Konferenz-Städte**

Wichtigste Städte, in denen ein Minimum von 30 internationalen Meetings veranstaltet wurde:

1. London .....	292
Paris .....	292
2. Geneva .....	140
3. Brussels .....	112
4. Vienna .....	97
5. Rome .....	85
6. Berlin West .....	75
New York .....	75
7. Strasbourg .....	63
8. Manila .....	62
9. Copenhagen .....	58
10. Tokyo .....	55
11. Bangkok .....	53
12. Amsterdam .....	51
13. Helsinki .....	50
Singapore .....	50
14. Washington .....	46
15. Liège .....	44
16. Jérusalem .....	41
17. Hong Kong .....	40
18. Seoul .....	38
19. San Francisco .....	35

74

## 1223 der Beilagen

20. Madrid .....	32
Montreal .....	32
21. Mexico City .....	31
22. Budapest .....	30
Chicago .....	30
Stockholm .....	30

## Konferenz-Länder

Wichtigste Länder, in denen ein Minimum von 50 internationalen Meetings 1981 veranstaltet wurden:

1. UK .....	545
USA .....	545
2. France .....	528
3. Germany Federal Republic and Berlin West .....	252
4. Switzerland .....	224
5. Italy .....	217
6. Belgium .....	203
7. Austria .....	149
8. Canada .....	110
9. Israel .....	104
10. Netherlands .....	102
11. Denmark .....	92
12. Japan .....	85
13. Spain .....	73
14. Czechoslovakia .....	70
15. Thailand .....	68
16. Philippines .....	66
17. Finland .....	62
18. Sweden .....	56
19. Hungary .....	54
20. Singapore .....	50

## Situation am Kongreß-Markt

Um Konferenzen mit großen Teilnehmerzahlen (über 4 000) bewerben sich zirka 200 Kongreßorte auf der ganzen Welt.

Allein in den USA sind 120 Mehrzweckzentren in Betrieb, die jeweils Kongresse mit bis zu 12 000 Teilnehmern verkraften können.

Weltweit sind dzt. rund 500 Kongreßzentren und Mehrzweckhallen in Bau und bis 1985 fertig.

Im Beobachtungszeitraum der letzten 5 Jahre finden durchschnittlich 25 Kongresse pro Jahr mit über 6 000 Teilnehmern statt. Davon sind 5 Dauerveranstaltungen in den USA, um die restlichen 20 Kongresse bewerben sich 200 Kongreßorte auf der ganzen Welt.

Durch die immer größer werdende Abhängigkeit der UNO von den Mitgliedstaaten der Dritten Welt werden auch Großkongresse der UNO hauptsächlich in diesen Regionen veranstaltet:

Kongreßzentrum Abidjan/Elfenbeinküste .....	5 000 Plätze
Kongreßzentrum Kenia/Nairobi .....	5 000 Plätze
Kongreßzentrum Manila/Philippinen .....	5 000 Plätze
Kongreßzentrum Mexico .....	2 × 10 000 Plätze

Interessant zu beobachten ist in jüngster Zeit, daß neue Kongreßzentren  
 — nicht mehr in Randlagen zu Hauptstädten,  
 — in überschaubarer Größe und  
 — mehrzweckgeeignet  
 geplant und gebaut werden.

Beispiele: Frankfurt — Alte Oper  
 London — Barbican-Center  
 Malta — Kreuzritter-Burg.

## 1223 der Beilagen

75

Diese Kultur- und Kongreßzentren jüngsten Eröffnungsdatums zeigen den neuen Trend, im Kongreßtourismus die Tagungsräumlichkeiten im Zentrum und im Zusammenhang mit bestehenden touristischen Attraktivfaktoren zu errichten.

Unbedingt notwendig für den Bau von Kongreßgebäuden ist die Anwendung von Cost benefit-Analysen, denn die großen Kongreßzentren „bilanzieren üblicherweise im Minus“:

- Das Kongreßzentrum in Den Haag/Niederlande ist seit 1967 defizitär.
- Für das Internationale Kongreßzentrum Berlin werden für 1981 230 Millionen Abgang erwartet.
- Für das Barbican-Center in London sind 390 Millionen Abgang im ersten Betriebsjahr prognostiziert.
- Selbst das kleine Kongreßzentrum Innsbruck hat einen Mindestabgang von 6 Millionen pro Jahr.

Für die nächsten Jahre sind immer mehr Veranstaltungen zu erwarten, bei denen Gastronomie und Kongreßpräsentation kombiniert werden.

Dieser Trend ist besonders auch bei Firmentagungen größerer Art zu beobachten, da dort die Veranstalter daran interessiert sind, alle ihre Teilnehmer g e m e i n s a m indoktrinieren und motivieren zu können.

Erwiesenermaßen geht dies am besten bei Festbanketts, wo Ansprachen der Geschäftsleitung, kombiniert mit Shows und Attraktionen, die Teilnehmer begeistern sollen.

#### Vorschlag zur Situation in Wien

Für die Wiener Fremdenverkehrswirtschaft wäre es äußerst interessant, den Messepalast als Kultur-, Veranstaltungs- und Kongreßzentrum zusätzlich zu den bestehenden Tagungsräumlichkeiten zu erhalten bzw. auszubauen.

Der Messepalast würde sich als touristische Attraktion hervorragend eignen. Die gesamte Infrastruktur ist vorhanden; dem Kongreßteilnehmer wird ohne Schwierigkeit das geboten, was unsere Stadt international auszeichnet.

Durch die Öffnung des Messepalastes hin zum 7. Bezirk würde die dzt. Barriere (Messepalast) fallen, und das mit viel Geld revitalisierte Gebiet „Spittelberg“ direkt in den 1. Bezirk eingebunden.

Eine unterirdische Verbindung mit der Hofburg könnte als willkommene Ausstellungsfläche, unseren Museen zur Verfügung gestellt, die Möglichkeit bieten, eingelagerte bzw. nicht zur Schau gestellte Kunstwerke der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren; (Stock)

Damit wären die beiden Veranstaltungsorte, zu einem einheitlichen Ganzen verbunden, CITY-CONGRESS-WIEN, ein mehrdimensionales international schwer überbietbares Angebot auf dem Kongreßmarkt.

#### Conclusio

Der Bau eines neuen Kongreßzentrums für hohe Teilnehmerzahlen in Wien scheint nach nüchterner Interpretation des vorliegenden — international gesicherten — Zahlenmaterials

- Tendenz zu weniger internationalen Kongreßveranstaltungen,
- Trend in Richtung niedriger Teilnehmerzahlen,
- wachsende Konkurrenz durch immer neue Kongreßzentren,
- Marktsättigung bei modernen Konferenzzentren ohne touristische Attraktivitätsfaktoren, wirtschaftlich nicht vertretbar.

Optimal für Wien wäre ein Ausbau des Messepalastes als Fremdenverkehrs-, Kultur- und Veranstaltungszentrum, welches in Verbindung mit dem Hofburg-Kongreß-Zentrum und einem schlagkräftigen Management ein weltweit einzigartiges und daher unschlagbares

#### Kongreß-Angebot

darstellen könnte.

Wien, 10. September 1982

Dr. W. Ender

**AUSZUG AUS DEM GUTACHTEN ÜBER DEN VORENTWURF FÜR DAS INTERNATIONALE  
KONFERENZZENTRUM WIEN**

13. Dezember 1971

von E. Stock

**INHALTSVERZEICHNIS**

	Seite
I. Einleitung .....	1
II. Allgemeiner Fragenkomplex .....	5
III. Konferenzzentrum Wien .....	8
IV. Baustufe I .....	10
V. Schlußfolgerung .....	15
VI. Statistiken .....	16

**I. Einleitung**

Dem Gutachter sind die Absichten der Republik Österreich bekannt, neben dem Amtssitz für die internationalen Organisationen auch ein Konferenzzentrum zu errichten. Es ist selbstverständlich, daß bei der heutigen Lage so ein Konferenzzentrum sich nur in Außenbezirken errichten läßt, daß aber gleichzeitig dadurch Probleme erwachsen, die zumindest hier in der Einleitung erwähnt und berücksichtigt werden müßten.

Der Gutachter möchte diese Problematik in drei Punkten zusammenfassen:

1. Welches Konferenzzentrum soll gebaut werden?
2. Wo werden die Konferenzteilnehmer untergebracht?
3. Verkehrsprobleme zwischen dem Konferenzzentrum und der Innenstadt.

**Zu Punkt 1.** erlaube ich mir folgendes festzuhalten: Nach internationalen Statistiken wurden im Jahre 1959 1 758 internationale Kongresse abgehalten; im Jahre 1964 waren es 2 201, 1968 bereits 4 000 (siehe Beilage Seite 19).

Die stets wachsende Teilnehmerzahl an allen Kongressen ist teilweise darauf zurückzuführen, daß Spesen und Kosten steuerlich abzusetzen sind bzw. von internationalen Vereinigungen, Organisationen oder Firmen getragen werden.

Wiens gute Chancen als Kongreßstadt beruhen im wesentlichen auf folgenden Faktoren:

- a) der politischen Neutralität, die auch eine Teilnahme aus den Oststaaten leichter ermöglicht,
- b) den relativ günstigen Preisen,
- c) den besonders guten Kongreßmöglichkeiten (Wiener Hofburg) und
- d) den großen kulturellen Möglichkeiten für das Rahmenprogramm.

Aus internationalen Statistiken geht hervor, daß zum Beispiel in Wien im Jahre 1954 19 Kongresse abgehalten wurden, im Jahre 1968 bereits 68. Die Entwicklung der großen Kongreßstädte zeigt uns, daß im Jahre 1954 Wien an siebenter Stelle gewesen ist, im Jahre 1968 bereits an sechster Stelle. Wir haben Städte wie Rom, New York, Mexiko und Berlin überflügelt (siehe Beilage Seite 18).

Die Prognosen der Kongresse für die Jahre 1975 bis 1985 zergliedert sich wie folgt (siehe Beilage Seite 18):

	Internationale Kongresse	Teilnehmerzahl
1975 .....	9 500	5 Millionen
1980 .....	19 000	10 Millionen
1985 .....	34 000	17 Millionen

Wien hat überall in der Welt ein besonderes Image als Kongreßstadt seit und dank dem Wiener Kongreß 1814/15. Die Stadt hat verstanden, dieses beneidenswerte Image gut zu pflegen.

Der internationale Kongreßmarkt ist heute sehr groß und wirtschaftlich bedeutungsvoll. Es ist durch Statistiken erwiesen, daß Kongreßteilnehmer mehr Geld pro Tag (und Nacht) ausgeben als Durchschnittstouristen. Seit den 60er Jahren ist der Kongreßtourismus mit 16% pro Jahr gestiegen. Es wird daher mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung gerechnet; Wien hat alle Chancen dafür von diesem immer größeren Kuchen einen noch immer größeren Teil zu bekommen. Voraussetzung dafür ist unter anderem die Errichtung eines Kongreßhauses für Großkongresse. Meiner Ansicht nach entspricht das Projekt der österreichischen Bundesregierung im Donaupark diesen Anforderungen und das generelle Raumprogramm, das im Projekt Staber festgelegt ist, kann den Anforderungen gerecht werden.

**Zu Punkt 2.:**

Eines der größten Probleme der Vergangenheit war die standesgemäße Unterbringung von Kongreßteilnehmern in Hotels und Beherbergungsbetrieben allgemein. Wir haben in den vergangenen drei Jahren

## 1223 der Beilagen

77

einige Kongresse in Wien verloren, weil der Kongreßveranstalter nicht gewillt war, einer Unterbringung der Teilnehmer in 40 verschiedenen Hotels zuzustimmen. Wir können heute einen Kongreß mit 2 000 Teilnehmer in Wien nicht durchführen, wenn wir nicht in der Lage sind, zumindestens 300 bis 400 Teilnehmer in dem einzigen Großhotel, welches sich im Wiener Raum befindet, unterzubringen. **Jede Errichtung eines Kongreßhauses in Wien, wie es die österreichische Bundesregierung im Donaupark plant, ist wertlos, wenn nicht gleichzeitig alle Bemühungen unternommen werden, Großhotels (mindestens 2 à 1 000 Betten) zu errichten.**

Ich bin daher der Ansicht, daß diesem Punkte die selbe Wichtigkeit zuzumessen ist wie der Raum- und Funktionsplanung des Kongreßzentrums selbst.

**Zu Punkt 3.:**

Die Bedeutung der Inneren Stadt für den Wiener Fremdenverkehr darf nicht verlorengehen. Die Innere Stadt als Kern hat sämtliche touristischen Attraktionen in sich (Sehenswürdigkeiten der Vergangenheit, künstlerisches Programm der Gegenwart und den für den Tourismus so wichtigen Unterhaltungssektor).

Der Gutachter ist der Ansicht, daß sämtliche Kongreßteilnehmer zwar von 9 bis 18 Uhr im neuen Kongreßzentrum tagen, essen und konferieren sollen; es ist auch ohne weiteres möglich, durch richtige Planung von 12 Uhr nachts bis 9 Uhr früh den Kongreßteilnehmer in nahegelegenen Hotels (neben dem Kongreßzentrum) unterzubringen, jedoch für die Abend- und Nachtstunden ist in Anbetracht der Anforderungen, die internationale Kongreßteilnehmer an eine Kongreßstadt stellen, die Innere Stadt zu bevorzugen. Wir selbst müssen daran interessiert sein, die Innere Stadt nicht sterben zu lassen.

Nachdem ich der Ansicht bin, daß das Obenangeführte die richtige Verkaufswerbung für unsere Stadt ist, wäre es notwendig, durch Verkehrsfachleute die reibungslose Zu- und Abfahrt vom Kongreßzentrum Donaupark zur Inneren Stadt zu planen.

Als Abschluß der Einleitung erlaube ich mir festzuhalten, daß sämtliche Betrachtungen, die ich oben angestellt habe, aus rein wirtschaftlichen Überlegungen erfolgen. Keinerlei staatspolitische Überlegungen können von mir beurteilt werden. An eine wirtschaftliche Auslastung kann nur dann gedacht werden, wenn das neu zu errichtende Konferenzzentrum rechtzeitig einer Betriebsgesellschaft übergeben wird, die mit dem Verkauf des Hauses zwei bis drei Jahre im voraus beginnen kann. **Ein eventuelles Vorrecht der internationalen Organisationen, dieses Konferenzzentrum oder einen Teil desselben jederzeit für sich in Anspruch nehmen zu können, wäre ein unüberwindliches Hindernis, um dieses Konferenzzentrum wirtschaftlich führen zu können.**

**II. Allgemeiner Fragenkomplex**

Dem Gutacher wurden folgende primäre Fragen vorgelegt:

1. Ist die Errichtung der Saalgruppe B ausreichend für die Abhaltung von Staatenkonferenzen im UN-Maßstab und die Abhaltung der IAEO-Generalkonferenz und der UNIDO-Sonderkonferenz?
2. Können bei Errichtung der Saalgruppe B auch andere Kongresse und Veranstaltungen durchgeführt werden?

**Zu Punkt 1.:**

Die beiden Generalkonferenzen der internationalen Organisationen, die ihren Sitz in Wien haben, können bei Errichtung der Baustufe B abgehalten werden, nachdem sich ein großer Teil von Vor- und Folgeeinrichtungen im Gebäudekomplex der internationalen Organisationen befindet.

**Zu Punkt 2.:**

Andere internationale und nationale Konferenzen und Veranstaltungen können bei Nurerichtung der Saalgruppe B nicht erfolgen, da die Vor- und Nachfolgeeinrichtungen nicht vorhanden sind.

In Arbeitsgesprächen am 15., 16. und 17. November, sowie am 1. Dezember 1971 wurden sämtliche Fragen über die Errichtung des Konferenzzentrums B durchbesprochen. Ich bin daher der Ansicht, daß die Errichtung der Saalgruppe B nicht zu empfehlen ist, weil der Vorstand der IAKW den Gutachter dahingehend informiert hat, daß es heute noch nicht bekannt ist, wie lange es dauern würde bis A oder C errichtet wird. Die Änderungen, die bei der Errichtung der Saalgruppe B vorgenommen werden müßten, um sie für internationale Konferenzen gebrauchsfähig zu machen, wären zu kostspielig und würden vor allem einmal den Verlust des einen großen Saales mit sich führen. Da sämtliche Vor- und Folgeeinrichtungen für internationale Konferenzen in A geplant sind, müßten sie daher zusätzlich in B auf Kosten des oben erwähnten großen Saales errichtet werden.

Wenn wir das Projekt Staber genau untersuchen, die Zufahrtswege und die Parkplätze überprüfen, kommen wir zu der Überzeugung, daß der Haupteingang und die Hauptzufahrten vor A sind. Es ist daher naheliegend, daß der Gutachter zu der Ansicht gekommen ist, daß die Saalgruppe A als erstes errichtet werden muß, wobei Arch. Staber erklärt hat, daß die direkten Zugangsmöglichkeiten der internationalen Organisationen, auch für die Saalgruppe A gewährleistet sind. Durch die Errichtung von A wird die Frontalansicht des Konferenzzentrums gleichzeitig mit dem Bau der Bürogebäude für den Amtssitz der internationalen Organisationen fertiggestellt. Zufahrt und Parkplätze scheinen gesichert. Ein eventueller späterer Zubau von B und C könnte störungsfreier vor sich gehen und A könnte für internationale Konferenzen und Veranstaltungen trotz weiterer Bauvorhaben benützt werden. Die Änderungen, die in B vorgenommen werden müßten, um sie für Konferenzen und Veranstaltungen funktionsfähig zu machen, würden Mehrausgaben bedeuten, die dann bei einer späteren Errichtung von B und C überflüssig wären.

Es ist daher naheliegend, daß auch in Anbetracht der Flüssigmachung von finanziellen Mitteln der Gutachter zu der Überzeugung kommt, daß durch die Errichtung von A Einsparungen im Endeffekt vorgenommen werden können.

Der Gutachter ist ferner der Ansicht, daß bei einer vernünftigen Raumplanung von A, der richtigen Planung der Vor- und Folgeeinrichtungen auch UN-Generalversammlungen abgehalten werden können. Die nachfolgenden Bemerkungen des Gutachters konzentrieren sich daher auf die Raumplanung und die Änderungen, die in Saalgruppe A vorgenommen werden müssen, um diese als internationales Konferenzzentrum errichten zu können.

Der Gutachter ist auch der Ansicht, daß der neutrale Status Österreichs und die geographische Lage Wiens bedingen, daß eine große Anzahl internationaler Organisationen ihre Tagungen in Wien abhalten. Der Ideen- und Erfahrungsaustausch hier ist ein positiver Beitrag zur friedlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen. Das internationale Kongreßwesen hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung genommen. Der Grund hierfür liegt in der Gesamtentwicklung des Tourismus und in der ständig steigenden Anzahl der internationalen Vereinigungen und Organisationen. Mit der Errichtung von Saalgruppe A des Kongreßzentrums Wien können wir einen größeren Teil vom internationalen Kongreßgeschäft nach Wien bringen.

Anlage 6/3

Heinz Nittel  
Amtsführender Stadtrat  
für Straße, Verkehr und Energie

Wien, 1979 06 25  
1082, Rathaus  
Schw/Ha

Sehr geehrter Herr Sektionschef!

Auf Ihre Anfrage, welche Möglichkeiten der Unterbringung für Kraftfahrzeuge im Zusammenhang mit der allfälligen Einrichtung eines Konferenzzentrums im Messepalast bestehen, darf ich Ihnen folgendes mitteilen:

Der Druck des ruhenden Verkehrs auf die öffentlichen Straßenflächen im Nahebereich des Messepalastes ist bereits so groß geworden, daß die Überwachung der Halteverbote und sonstigen Parkbeschränkungen durch die Bundespolizei nur mehr begrenzt wirksam durchgeführt werden kann. Da im Rahmen der verstärkten Überwachung der Straßen des bevorzugten Straßennetzes (Burggasse, Neustiftgasse, Lastenstraße, Linke und Rechte Wienzeile) und durch das Beschleunigungsprogramm für die Innere Mariahilfer Straße der Parkraumangel in diesem Stadtgebiet in noch höherem Maße zu Tage treten wird, kann vom Standpunkt der Verkehrsorganisation die Einrichtung eines Verkehrserregers in diesem Ausmaß bei der derzeitigen Verkehrslage nicht zugestimmt werden.

Selbst bei rascher Realisierung des Garagenkonzeptes im Einzugsgebiet der Inneren Stadt werden in der Umgebung des Messepalastes keine öffentlichen Straßenflächen für das längerfristige Abstellen von Kraftfahrzeugen freigegeben werden können. Die noch zu errichtenden Garagenstellplätze werden aber bereits zur Deckung des derzeitigen Parkraumbedarfes zur Verfügung stehen müssen. Dies wird auch durch die vor kurzem veröffentlichte generelle Verkehrskonzeption für Wien belegt.

Ich darf Sie daher ersuchen, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Einrichtung eines derartigen Verkehrserregers unbedingt vermieden wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr Heinz Nittel

Herrn  
Sektionschef Waiz  
Bundesministerium f. Finanzen

**VERGLEICHENDE STUDIE  
ÜBER DIE REGIONALEN BESCHÄFTIGUNGS-AUSWIRKUNGEN  
ÖFFENTLICHER BAUPROGRAMME**

- UNO-Konferenzzentrum Wien
- Amtsgebäude und Schulen
- Wohnbau
- Wasserkraftwerke

Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
o. Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy  
(Wirtschaftsberater der Steiermärkischen Landesregierung)  
Graz, Jänner 1982

● **Vorbemerkungen**

Die vorliegende vergleichende Studie über die regionalen Beschäftigungsauswirkungen verschiedener öffentlicher Bauprogramme wurde in einer Zusammenarbeit der kompetenten Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung und des Wirtschaftsberaters der Steiermärkischen Landesregierung, o. Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy, unter Verwendung der vorliegenden Angaben und Daten, insbesondere der offiziellen Statistiken und Produktivitätswerte des Österreichischen Statistischen Zentralamtes und des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, erstellt.

Zweck der Studie ist, die quantitativen und qualitativen Auswirkungen alternativer Bauprogramme zum UNO-Konferenzzentrum in Wien aufzuzeigen, die das Ziel verfolgen, baukonjunkturelle und regionalpolitische Beschäftigungsankurbelung zu bewirken.

Die Berechnung beschränkt sich auf die direkten Beschäftigungswirkungen.

Multiplikatorwirkungen dieser Investitionen aber auch Folgeeffekte, wie betriebswirtschaftliche Rentabilität (Betriebsabgänge), regionale Kaufkraftsteigerungen oder die Beiträge zur regionalen und nationalen Handelsbilanz sind in dieser Studie nicht erfaßt.

**A Arbeitsmarktsituation**

Wie die graphische Darstellung über die Arbeitsmarktsituation in den österreichischen Bundesländern Ende Dezember 1981 zeigt, ist vor allem in Burgenland, Kärnten und der Steiermark eine Arbeitslosenrate zu verzeichnen, die beträchtlich über dem gesamtösterreichischen Wert von 4,1% liegt.

Fast 40% der gesamtösterreichischen Arbeitslosen konzentrieren sich regional auf diese südöstlichen Gebiete der Republik.

In der Bundeshauptstadt Wien ist die Arbeitslosigkeit mit 2,9% der Beschäftigten doch beträchtlich unter dem österreichischen Durchschnittswert.

Erst vor einem halben Jahr, am 29. Juni 1981, wurde gemeinsam von der Bundesregierung, allen Landesregierungen, den Vertretern von Gemeinde- und Städtebund und sämtlichen Wirtschafts- und Sozialpartnern einstimmig das „Österreichische Raumordnungskonzept“ beschlossen und sowohl im analytischen als auch hinsichtlich seiner struktur- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen als verbindlich erklärt.

Die Arbeitsmarktprognose in diesem Raumordnungskonzept zeigen bis Mitte der 80er Jahre eine Verschärfung der regionalen Arbeitsmarktdisparitäten auf.

In den Ballungsräumen werden Arbeitskräftedefizite erwartet und in den meisten übrigen Gebieten Österreichs Arbeitskräfteüberschüsse bzw. Arbeitsplatzdefizite prognostiziert.

Ohne eine Gegensteuerung, insbesondere durch die Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der öffentlichen Hand würde dies zu einer verstärkten Sogwirkung von den Ballungsräumen auf die übrigen Gebiete führen.

Die Pendelwanderung über unzumutbare Distanzen und die Abwanderung aus diesen Gebieten müßte zunehmen und die Entwicklungschancen der ohnehin schon strukturschwachen Gebiete stark beeinträchtigt werden, heißt es im Raumordnungskonzept.

Das oberste Ziel des Österreichischen Raumordnungskonzeptes ist daher die Herstellung möglichst ausgeglichener regionaler Arbeitsmärkte.

In dieser Arbeitsmarktprognose für das Jahr 1986 wird für das Bundesland Steiermark ein Arbeitsplatzdefizit von 48 242, das sind 10,4% der Beschäftigten, gerechnet.

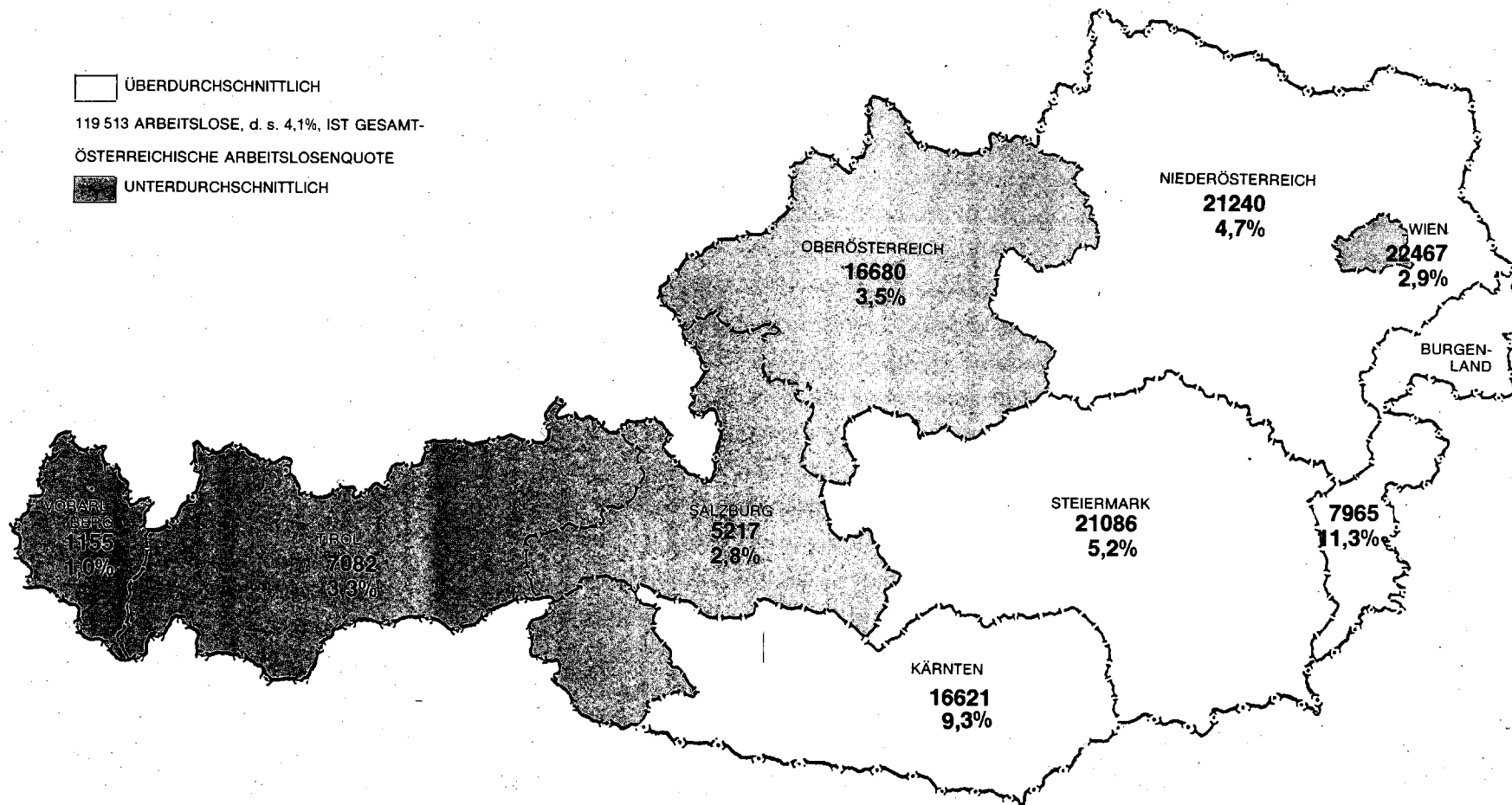
Dies ist der höchste Wert aller Bundesländerregionen im gesamten Bundesgebiet.

Das Land Wien weist einen Überschuß von 54 091 Arbeitsplätzen, das sind 6,8% der Beschäftigten, auf (siehe Abbildung).

# ARBEITSMARKTSITUATION

ARBEITSLOSE ENDE DEZEMBER 1981

☐ ÜBERDURCHSCHNITTLICH  
119 513 ARBEITSLOSE, d. s. 4,1%, IST GESAMT-  
ÖSTERREICHISCHE ARBEITSLOSENQUOTE  
■ UNTERDURCHSCHNITTLICH

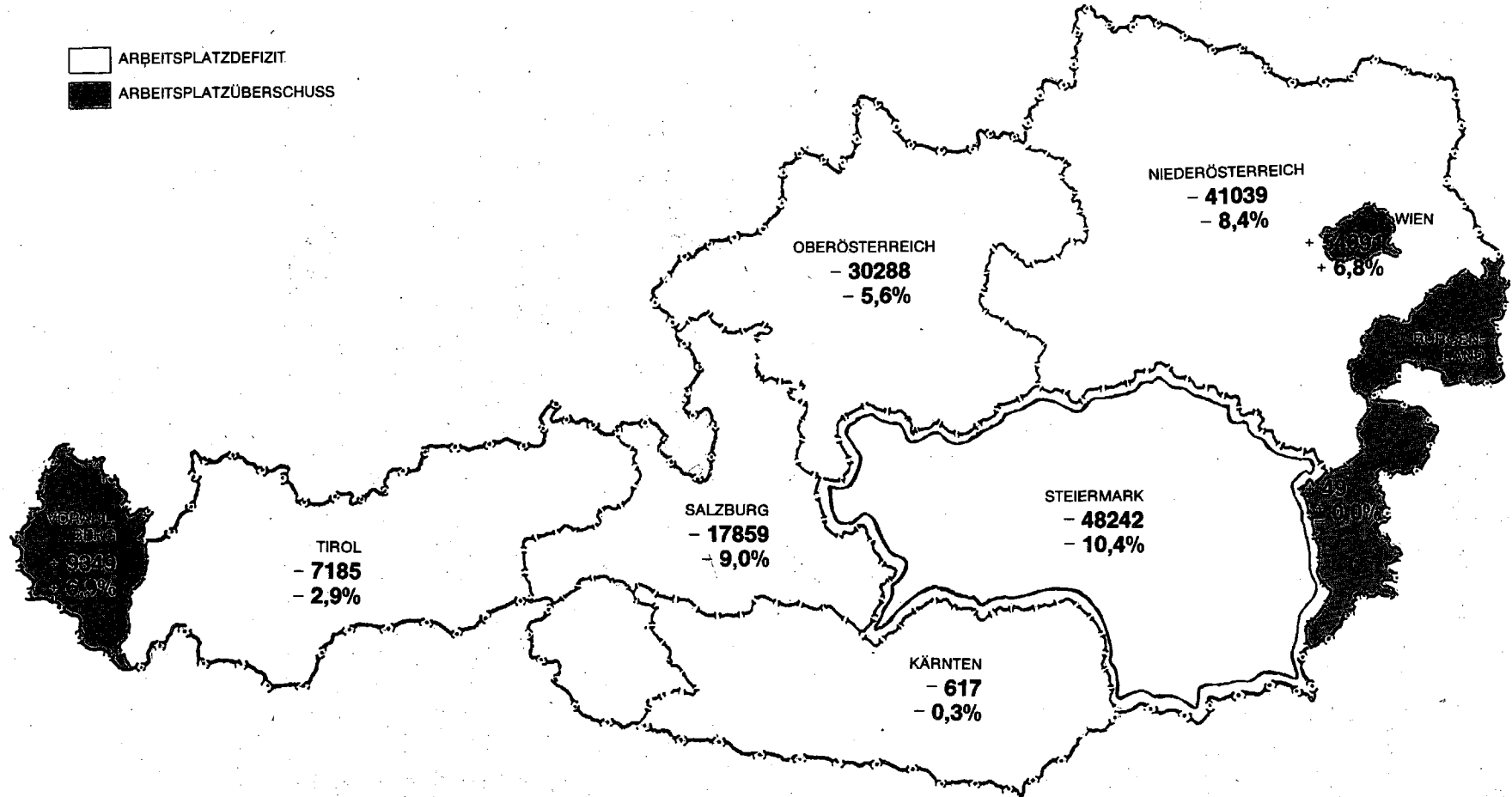


1223 der Beilagen

QUELLE: INSTITUT f. WIFO, WIEN

# ARBEITSMARKTPROGNOSE 1986

ARBEITSPATZDEFIZIT  
 ARBEITSPATZÜBERSCHUSS



QUELLE: ÖSTERR. RAUMORDNUNGSKONZEPT,  
 ÖSTERR. RAUMORDNUNGSKONFERENZ WIEN 1981

82

1223 der Beilagen

**B UNO-Konferenzzentrum**

Die präliminierten Baukosten für das UNO-Konferenzzentrum Wien werden wie folgt angegeben:

Rohbau .....	Gesamtausgaben	1 400 000 000 S
davon Bauarbeiten .....		880 000 000 S
Stahlbau .....		520 000 000 S
Ausbau und Haustechnik .....		2 800 000 000 S
Projektorungs- und Bauleitungskosten .....		700 000 000 S
Gesamtsumme ohne Finanzierungskosten .....		<u>4 900 000 000 S</u>

Die beschäftigungspolitischen Auswirkungen dieser Auftragsarbeiten werden über einen Zeitraum von 3 Jahren (1982, 1983 und 1984) berechnet.

Als Grundlage dienen die vom Österreichischen statistischen Zentralamt veröffentlichten Umsatzzahlen, gegliedert nach Branchen und Auftragsarten.

Baumeisterarbeiten	$\frac{880 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 1\,139\,929} =$	218
Stahlbau	$\frac{520 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 846\,647} =$	173
Ausbau	$\frac{2800 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 585\,890} =$	1 350
<hr/>		
neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984)		<u>1 741</u>

Siehe Abbildung

Zur Finanzierung des UNO-Konferenzzentrums Wien ist festzuhalten, daß eine Sondergesellschaft des Bundes, wie die IAKW, Finanzierungsmittel nur zu gleichen Konditionen wie bei Bundeskrediten erhält.

Die geplante Schuldenaufnahme im Ausland hat somit die gleichen Konsequenzen wie Schulden der Republik Österreich, die im Bundesbudget aufscheinen.

Zu den derzeitigen Konditionen ist nach Auskunft von Bank- und Finanzfachleuten zu sagen, daß im Moment Dollarkredite 15% und DM-Kredite 11% Zinsen kosten.

Von arabischen Staaten eingeräumte Kredite zu einem anderen Fixzinssatz sind in der Regel in ihren Konditionen rein politisch bestimmt.

Über die regionale Verteilung der Aufträge kann zum jetzigen Zeitpunkt keine seriöse Auskunft gegeben werden, da die Ausschreibungen der zu vergebenden Aufträge erst durchgeführt werden.

Erfahrungsgemäß und aufgrund der Praxis bei der Auftragsvergabe und bei der Bauabwicklung entsteht der größte Wertschöpfungsanteil zentraler Großbauvorhaben am Beschäftigungsstandort (Bildung von Arbeitsgemeinschaften am Objektstandort und Einrichtung von temporären Firmenfilialen).

Am Rohbau der UNO-City in Wien war bekanntlich in der bauausführenden Arbeitsgemeinschaft nur ein einziges steirisches Unternehmen beteiligt.

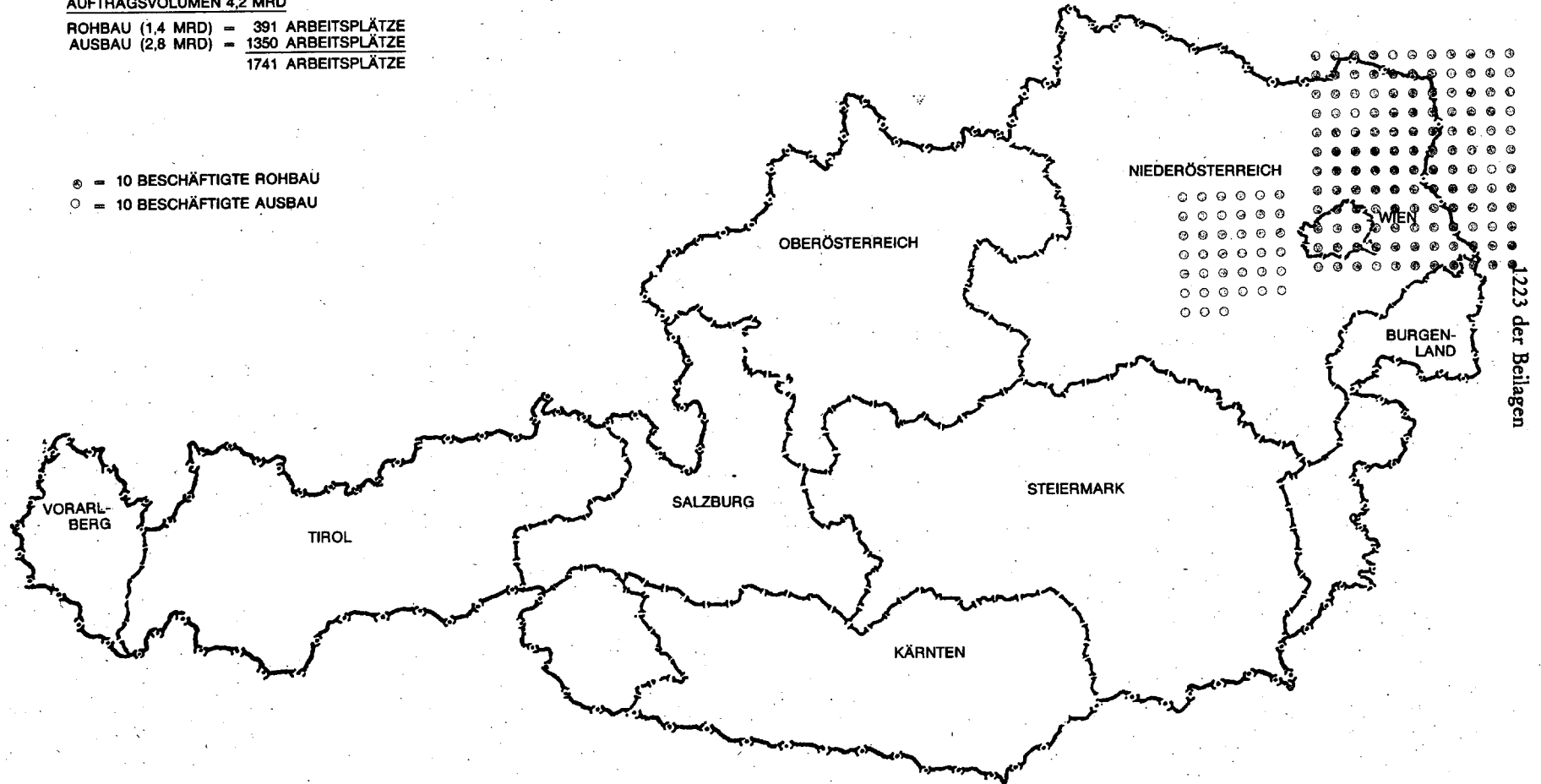
Der arbeitsmarktpolitische Effekt wird für das Bundesland Steiermark ebenso wie für Niederösterreich, das Burgenland und für Kärnten in der Bereitstellung von Arbeitskräften, das heißt, in einer verstärkten Pendelwanderung der Arbeitskräfte aus diesen Bundesländern nach Wien, bestehen.

# WIENER KONFERENZZENTRUM    BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

## AUFTRAGSVOLUMEN 4,2 MRD

ROHBAU (1,4 MRD) = 391 ARBEITSPLÄTZE  
AUSBAU (2,8 MRD) = 1350 ARBEITSPLÄTZE  
1741 ARBEITSPLÄTZE

- ⊗ = 10 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 10 BESCHÄFTIGTE AUSBAU



1223 der Beilagen

**C Amtsgebäude und Schulen**

Bei der Berechnung dieses öffentlichen Bauprogramms wurde davon ausgegangen, daß für die Projektierung und Bauleitung nicht 700 Millionen Schilling (das sind 14,3% der Bausumme) wie beim UNO-Konferenzzentrum Wien sondern 400 Millionen Schilling (9% der Bausumme laut Finanzausgleichsgesetz) angesetzt werden.

Das Verhältnis von Baumeisterarbeiten zu Ausbaurbeiten wird mit 45 : 55 angenommen.

Baumeisterarbeiten	$\frac{0,45 \times 4\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 653\,929} =$	875
Ausbau	$\frac{0,55 \times 4\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 585\,890} =$	1 193
neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984)		2 068

Die regionalen Beschäftigungsauswirkungen dieses öffentlichen Bauprogramms werden nach dem Anteil der Bundesländer an den Budgetmitteln des Bundesvoranschlags für 1982 regional verteilt.

Das Bundesland Steiermark hat einen 11,7%igen Anteil am gesamten Bundeshochbau, während Wien 43,9% der gesamtstaatlichen Hochbaumittel erhält.

Dies ergibt sich daraus, daß neben dem Allgemeinen Krankenhaus in Wien weitere Großbauten mit einem Gesamtauftragsvolumen von 4,2 Milliarden Schilling in Bau sind (Technisches Gewerbemuseum, Technische Universität Wien, Zentralbesoldungsamt — Statistisches Zentralamt).

Die Baukonjunktur wird im Raum Wien von Fachleuten bereits als „überhitzt“ bezeichnet.

**Bundeshochbau — Bundesländerübersicht**

	B	K	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	T.	V	W	A
Universitäten und wissenschaftliche Anstalten ..	—	—	8,0	60,0	88,0	104,2	111,3	—	334,0	705,5
Allgemeinbildende höhere Schulen .....	3,0	31,0	73,7	47,3	6,0	107,0	21,1	20,0	155,7	464,8
Berufsbildende mittlere und höhere Schulen ..	—	29,5	92,0	147,5	20,0	41,5	13,5	—	119,5	463,5
Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten .....	—	5,0	54,5	10,0	—	4,0	2,0	—	12,5	88,0
Verwaltungsgebäude .....	7,5	7,5	63,5	53,6	3,5	32,1	48,8	8,0	429,0	653,5
Justizanstalten .....	—	15,0	69,3	5,0	—	12,0	—	—	86,0	187,3
Sonstige Bundesbauten ..	—	—	25,0	—	—	3,0	3,0	—	4,0	35,0
Summe .....	10,5	88,0	386,0	323,4	117,5	303,8	199,7	28,0	1 140,7	2 597,6
Anteil der Bundesländer in Prozenten .....	0,4	3,4	14,9	12,4	4,5	11,7	7,7	1,1	43,9	100,0

Quelle: Bundesvoranschlag 1982 für den Staatlichen Hochbau (siehe GZ: LBD-IVa-70 Allg 2-1981/15).

Graz, am 14. Jänner 1982

**Umsatz pro Jahr und Beschäftigten (ohne Mehrwertsteuer)**

	1980	1981	1982	1983
Produktivitätssteigerung	+9,8%	+9,6%	+9,4%	+9,0%
Hochbau .....	500 353	548 387	599 935	653 929
Tiefbau .....	729 745	799 801	874 982	953 730
Adaptierungen .....	371 622	407 298	445 584	485 686
Baugewerbe und Bauindustrie .....	565 565	619 859	678 126	739 157
Baugewerbe .....	453 752	497 312	544 060	593 025
Bauindustrie .....	872 215	955 948	1 045 807	1 139 929
Ausbaugewerbe und Bauinstallationen <sup>1)</sup> ..	448 293	491 329	537 514	585 890
Stahlbau (lt. Auskunft der Firmen Waagner-Biro AG. und Binder & Co. AG.) ..		710 000	776 740	846 647

<sup>1)</sup> Diese Werte sind von den entsprechenden Zahlen der Jahre 1978 und 1979 extrapoliert.

Quelle: ÖStZA

## 1223 der Beilagen

85

Die Baupreise liegen daher in Wien im Durchschnitt sogar um 15% höher als in den Bundesländern.

Nach diesem regionalen Verteilungsschlüssel würden von den insgesamt 4,5 Milliarden Schilling für den Rohbau und Ausbau von Bundesgebäuden in der Steiermark 526 500 000 S bereitgestellt werden können und auf 3 Jahre rund 250 direkt im Bau- und Baunebengewerbe Beschäftigte binden.

Von dieser in der Steiermark direkten Beschäftigungswirkung wären beträchtliche regionale multiplizierte Effekte am Wirtschafts- und Einkommenssektor zu erwarten.

Aufgrund des sehr hohen Anteiles der Bundeshauptstadt würde auch dieses öffentliche Bauprogramm in Wien für rund 900 zusätzliche Beschäftigte sorgen.

Nach einer Analyse des Planungsstandes im Bundeshochbau in der Steiermark könnte mit folgenden Bauvorhaben sofort begonnen werden:

#### A. Allgemeinbildende höhere Schulen und Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

	Gesamtkosten	Baurate 1982
1. Graz-Hasenheide, Münzgrabenstraße . . . . .	180 Mio. S	5 Mio. S
2. Doppelturnhallen für Graz, Oeverseegeasse, 4. BG . . . . .	18 Mio. S	5 Mio. S
3. Doppelturnhallen für Graz, Pestalozzistraße . . .	18 Mio. S	

#### B. Berufsbildende mittlere und höhere Schulen:

4. Krieglach, Bundesfachschule für Frauenberufe . .	33 Mio. S
5. Erweiterungsbau für Höhere Technische Bundeslehranstalt HTBLA Graz, Ibererstraße . . . . .	75 Mio. S
6. HTBLA und BRG Graz, Korösisstraße . . . . .	350 Mio. S

#### C. Universitäten und wissenschaftliche Anstalten:

7. Erweiterung der Pathologie, Graz, Auenbrüggerplatz . . . . .	65 Mio. S (Finanzierung Bund/Land zu klären)
8. Technische Universität Graz, Lückenverbau für Erzherzog-Johann-Institute . . . . .	80 Mio. S
9. Montanuniversität Leoben, Generalsanierung, Franz-Josef-Str. 18 und Buchmüllerplatz 4 . . . . .	50 Mio. S

#### D. Land- und forstwirtschaftliche Anstalten:

10. Gumpenstein, Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft, Mehrzweckversuchsstall . . . . .	20 Mio. S
--	-----------

#### E. Verwaltungsgebäude:

11. Bundesamtsgebäude und Wohnhaus in Bad Aussee . . . . .	25 Mio. S
12. Bundesamtsgebäude Feldbach . . . . .	45 Mio. S
13. Neubau Gendarmerieposten Krakaudorf . . . . .	3 Mio. S
14. Gendarmerieposten St. Gallen . . . . .	4 Mio. S
15. Strafvollzugsanstalt Maria Lankowitz, Expositur Gefangenenunterkunft . . . . .	18 Mio. S

---

S u m m e der Gesamtkosten für Bundesbauten in Steiermark, die sofort begonnen werden könnten, wenn mehr Mittel flüssiggestellt werden . . . . . 1 184 Mio. S

(inklusive Kaserne St. Michael und Gablenzkaserne).

Das heißt, es liegen in der Steiermark mit 1,2 Milliarden Schilling Planungen für ein doppelt so hohes Auftragsvolumen vor, als in dem bundesländerweisen Aufteilungsschlüssel die Steiermark bisher erhalten hat.

### AMTSGEBÄUDE UND SCHULEN    BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

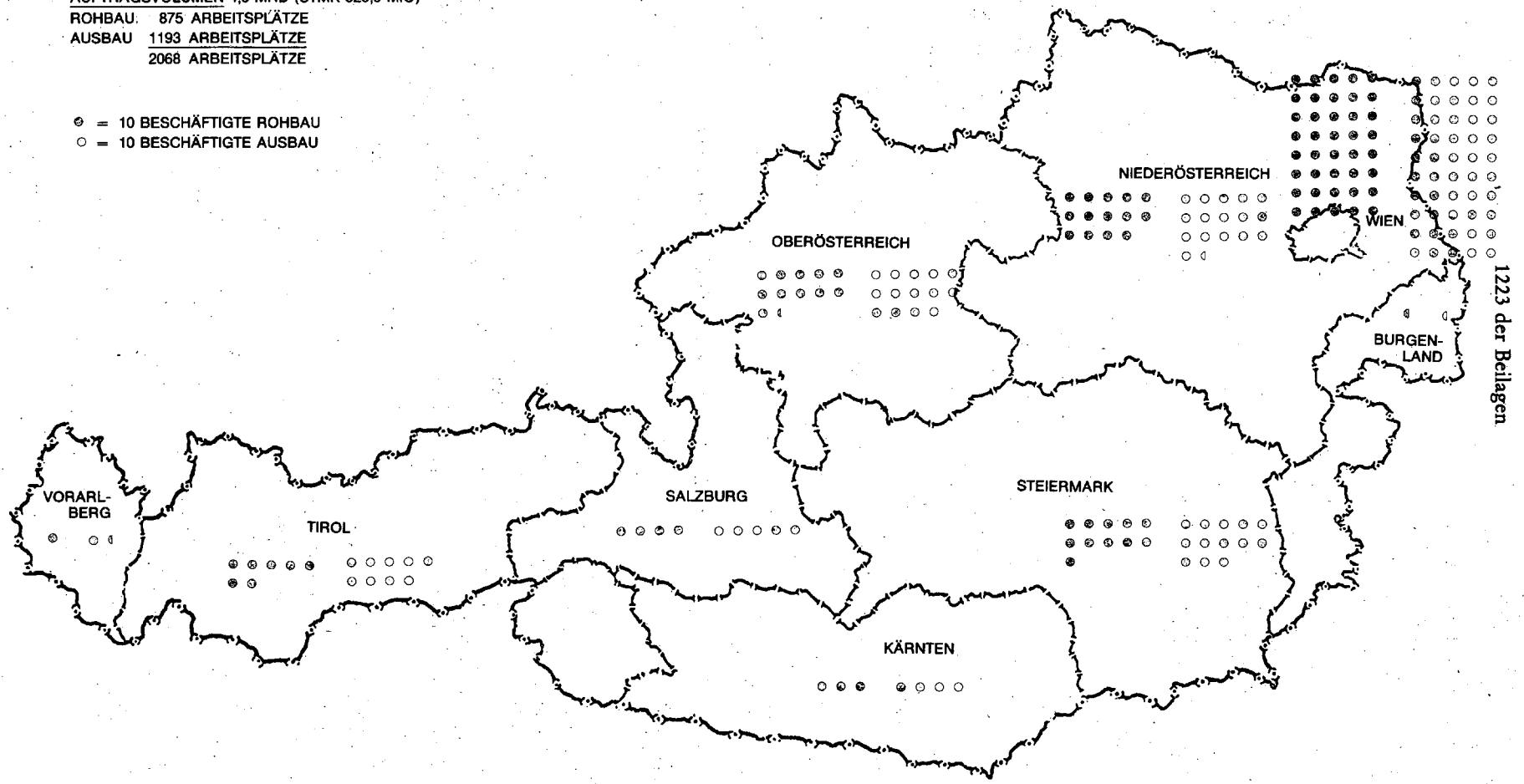
AUFTRAGSVOLUMEN 4,5 MRD (STMK 526,5 MIO)

ROHBAU: 875 ARBEITSPLÄTZE

AUSBAU: 1193 ARBEITSPLÄTZE

2068 ARBEITSPLÄTZE

- ⊙ = 10 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 10 BESCHÄFTIGTE AUSBAU



1223 der Beilagen

## 1223 der Beilagen

87

**D Wohnbau**

Auch für dieses öffentliche Bauprogramm wird für die Projektierung und Bauleitung anstatt 700 Millionen Schilling beim UNO-Konferenzzentrum Wien ein Betrag von 400 Millionen Schilling angesetzt.

Der öffentliche Mittelanteil wird gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 60% festgelegt, sodaß das Gesamtbauvolumen insgesamt 7,5 Milliarden Schilling beträgt. Das heißt, neben den staatlichen 4,5 Milliarden Schilling werden durch dieses Wohnbauprogramm weitere 3 Milliarden Schilling private Kapitalmittel der Wirtschaft zugeführt.

Das Verhältnis von Baumeisterarbeiten zu Ausbauarbeiten wird mit 55 : 45 angenommen.

Baumeisterarbeiten	$\frac{0,55 \times 7\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 653\,929} =$	1 782
Ausbau	$\frac{0,45 \times 7\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 585\,890} =$	1 627
<hr/>		
neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984)		3 409

Siehe Abbildung

Mit diesem Bauprogramm könnten gesamtösterreichisch 7 500 zusätzliche Wohnungen in 3 Jahren neu geschaffen werden.

Bei einem 14,5%igen Anteil der Steiermark würden zusätzlich 1 100 geförderte Wohnungen in diesem Bundesland neu geschaffen werden können.

**Wohnbautätigkeit — fertiggestellte Wohnungen in Prozenten**

Von den in den Jahren 1978, 1979 und 1980 fertiggestellten Wohnungen (gemeldeten Wohnungen) entfallen anteilmäßig auf die einzelnen Bundesländer:

Burgenland .....	3,5%
Kärnten .....	6,7%
Niederösterreich .....	15,6%
Oberösterreich .....	17,5%
Salzburg .....	6,8%
Steiermark .....	14,5%
Tirol .....	6,9%
Vorarlberg .....	4,2%
Wien .....	24,3%
Österreich .....	100,0%

Quelle: ÖStZA

Graz, am 14. Jänner 1982

# WOHNBAUTEN BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

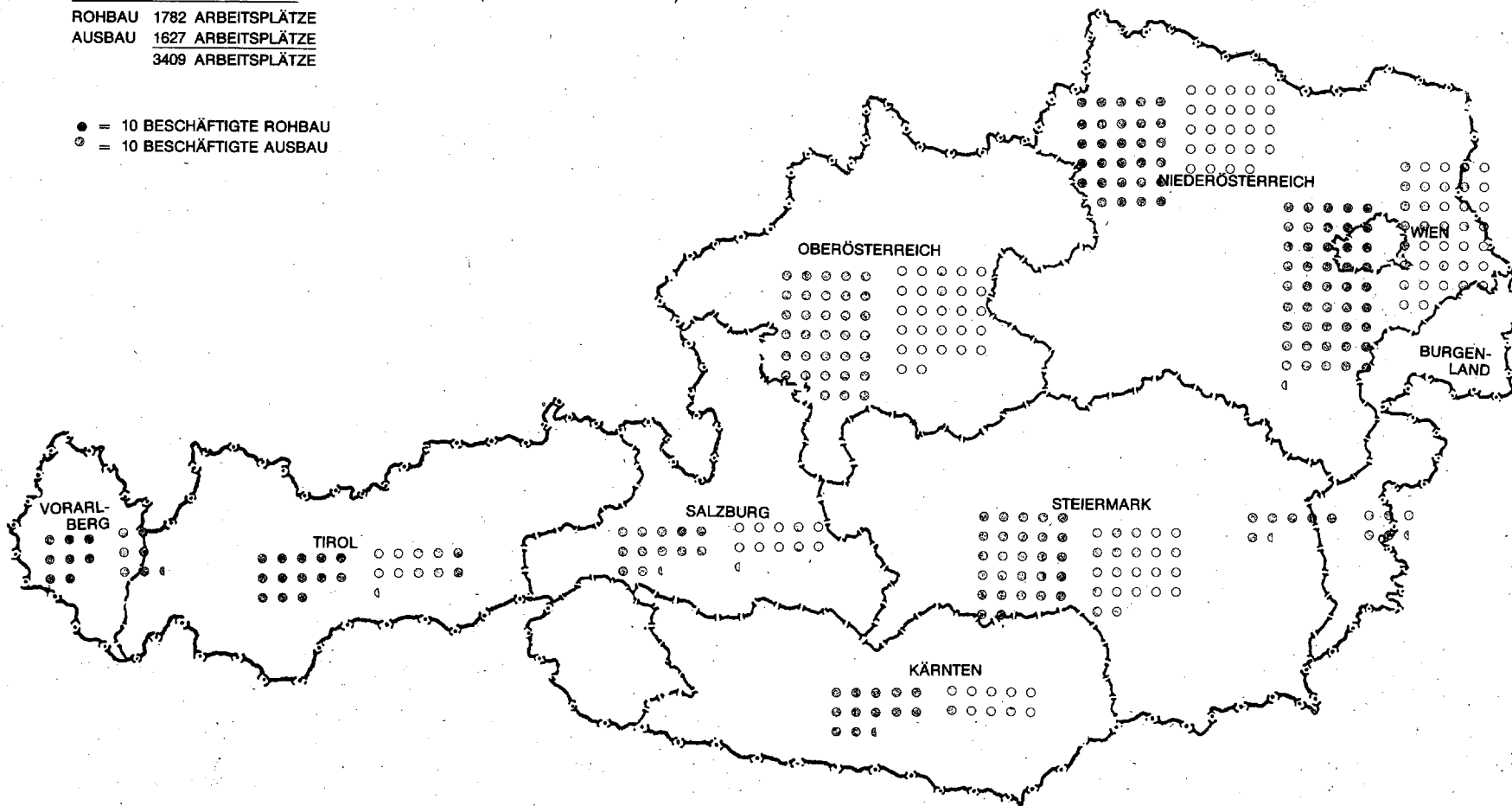
AUFTRAGSVOLUMEN 7,5 MRD = 7500 WOHNUNGEN (STMK 1100 WOHNUNGEN)

ROHBAU 1782 ARBEITSPLÄTZE

AUSBAU 1627 ARBEITSPLÄTZE

3409 ARBEITSPLÄTZE

- = 10 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 10 BESCHÄFTIGTE AUSBAU



1223 der Beilagen

## 1223 der Beilagen

89

**E. Wasserkraftwerke**

Die Verbundgesellschaft und die Gruppe der Landesgesellschaften haben im Juni 1981 ein koordiniertes Kraftwerksausbauprogramm für einen 10jährigen Zeitraum (1980 bis 1990) erstellt und beschlossen.

Nach diesem 10-Jahres-Bauprogramm könnte unter Mitberücksichtigung eines verstärkten Ausbaues der Mur — durch den Umbau der Papierfabrik Pöls möglich — ein Regelarbeitsvermögen von 13,8 Milliarden KWh erreicht werden.

Durch eine Zinsenstützungsaktion des Bundes in der Höhe von 2% während eines Zeitraumes von 5 Jahren könnte der Ausbau heimischer Wasserkraftwerke auf das doppelte Bauvolumen erhöht werden, das heißt, das 10-Jahres-Ausbauprogramm könnte im Bereich der Ausnützung heimischer regenerierbarer Energiereserven in 5 Jahren realisiert werden.

Der jährliche Bauumfang beträgt zur Zeit bei Ausbaurkosten von rund 7,5 Schilling pro KWh rund 10 Milliarden Schilling.

Bei einer Zinsenstützungsaktion könnte ein zusätzliches jährliches Bauvolumen in derselben Höhe zur Ausschreibung gelangen.

Die Kosten der jährlichen Zinszuschüsse durch den Bund sind wie folgt:

1. Jahr	190 Mio. S
2. Jahr	380 Mio. S
3. Jahr	570 Mio. S
4. Jahr	760 Mio. S
5. Jahr	950 Mio. S
6. Jahr	760 Mio. S
7. Jahr	570 Mio. S
8. Jahr	380 Mio. S
9. Jahr	190 Mio. S

Gesamt (1982—1990) ... 4,75 Mrd. S

Diese Alternative eines öffentlichen Bauprogramms würde über einen Zeitraum von 5 Jahren mit einem Verhältnis von Rohbauarbeiten zu Ausstattungsarbeiten von 60 : 40 folgende direkte Beschäftigungswirkung nach sich ziehen.

Rohbau	$\frac{0,60 \times 50'000 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 1\,139\,929} =$	7 434
Ausstattung	$\frac{0,40 \times 50\,000 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 869\,607} =$	6 496
neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984, 1985, 1986)		13 930

Die regionale Verteilung auf die Bundesländer erfolgt nach jenem prozentuellen Anteil, den die einzelnen Landesgesellschaften an diesem koordinierten Kraftwerksausbauprogramm haben.

Der Anteil der Verbundgesellschaft ist gesondert ausgewiesen.

Für das Bundesland Steiermark werden zusätzlich 2 025 neue Arbeitsplätze über einen Zeitraum von 5 Jahren errechnet.

Erfahrungsgemäß kommen diese Investitionen (7,2 Milliarden zusätzliche Investitionssumme) zu 90% der steirischen Wirtschaft zugute.

Insgesamt würde dieses alternative öffentliche Bauprogramm zu einer gewaltigen Entlastung der österreichischen Zahlungsbilanz führen, da die Wasserkrafterzeugung von 2 Milliarden KWh einer jährlichen Ölmenge von ca. 500 000 Tonnen mit einem gegenwärtigen Wert von mehr als 2 Milliarden Schilling entspricht.

90

## 1223 der Beilagen

**Bundesländerweise Verteilung der neu geschaffenen Arbeitsplätze (3 Jahre bzw. 5 Jahre –  
Wasserkraftausbau)**

	Amtsgebäude u. Schulen <sup>1)</sup> Arbeitsplätze	Wohnbau <sup>2)</sup> Arbeitsplätze	Wasserkraftausbau <sup>3)</sup> Arbeitsplätze
Burgenland .....	10	120	—
Kärnten .....	70	228	1 225
Niederösterreich .....	304	532	280
Oberösterreich .....	256	596	810
Salzburg .....	93	232	1 005
Steiermark .....	242	495	2 025
Tirol .....	160	235	1 130
Vorarlberg .....	25	143	365
Wien .....	908	828	7 090 Verbundge- sellschaft
	2 068	3 409	13 930

UNO-Konferenzzentrum Wien ..... 1 741 Beschäftigte

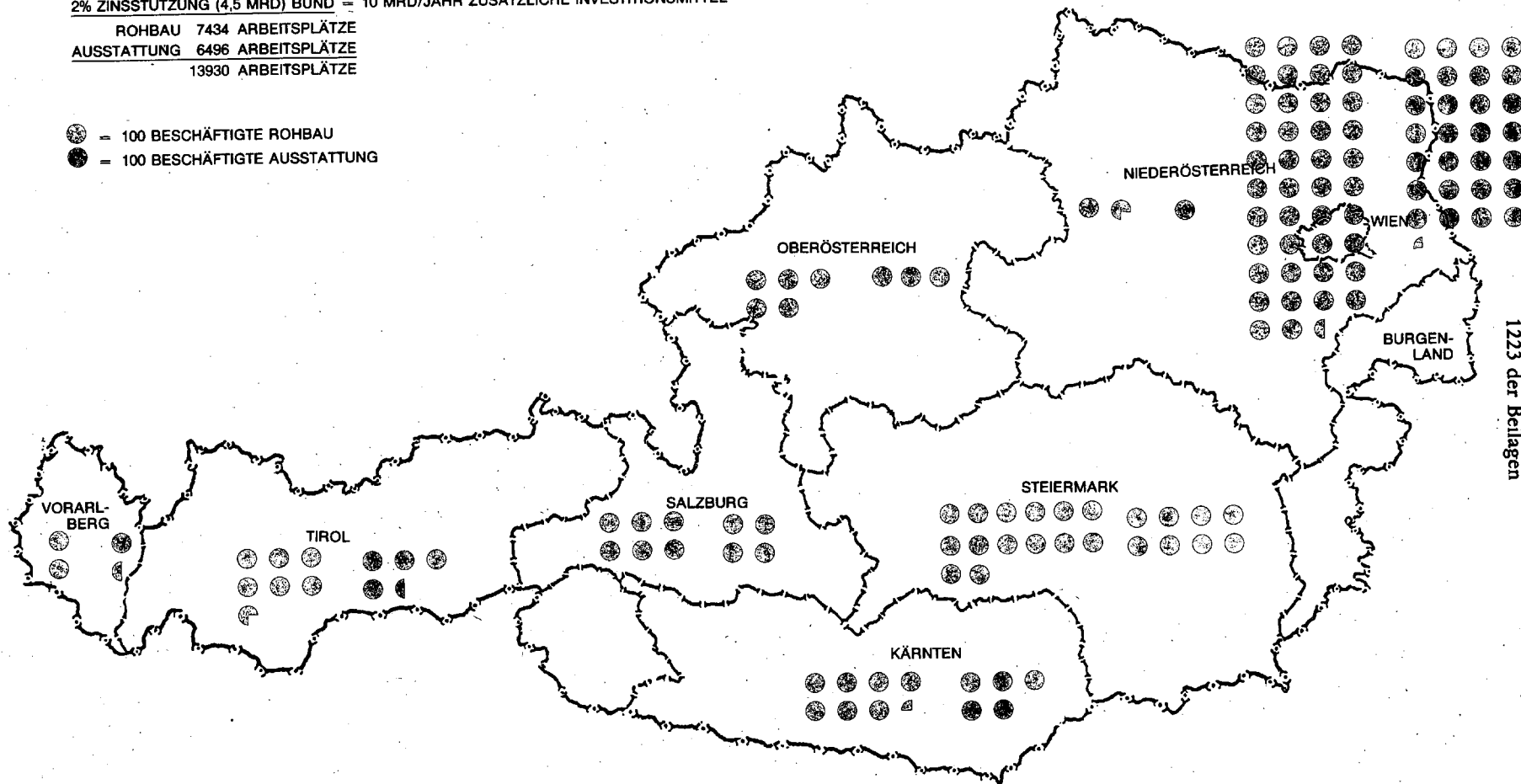
- <sup>1)</sup> Die Aufteilung erfolgt nach dem prozentuellen Anteil der Bundesländer am Hochbau laut Bundesvoranschlag 1982.  
<sup>2)</sup> Die Aufteilung erfolgt nach den in den Jahren 1978, 1979 und 1980 fertiggestellten Wohnungen je Bundesland.  
<sup>3)</sup> Die Aufteilung erfolgt nach dem Anteil der einzelnen Landesgesellschaften am koordinierten Kraftwerksausbauprogramm 1980—1990.

# AUSBAU WASSERKRAFTWERKE    BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

2% ZINSSTÜTZUNG (4,5 MRD) BUND = 10 MRD/JAHR ZUSÄTZLICHE INVESTITIONSMITTEL

ROHBAU 7434 ARBEITSPLÄTZE  
 AUSSTATTUNG 6496 ARBEITSPLÄTZE  
 13930 ARBEITSPLÄTZE

- = 100 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 100 BESCHÄFTIGTE AUSSTATTUNG



1223 der Beilagen

QUELLE: KRAFTWERKS-10-JAHRESAUSBAUPROGRAMM DER VERBUNDES- UND DER LANDESGESELLSCHAFTEN

**BESCHÄFTIGUNGSWIRKUNG VON  
BAUINVESTITIONEN IN  
ÖSTERREICH**

Februar 1982

Gerhard MUNDUCH

Ingo SCHMORANZ

Im Auftrag der

Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei

**INHALTSVERZEICHNIS**

	Seite
1. Einleitung .....	92
2. Die österreichische Wirtschaft um die Jahreswende 1981/1982 .....	93
2.1 Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung .....	93
2.2 Die Arbeitsmarktsituation .....	93
3. Die Bauwirtschaft in Österreich .....	95
4. Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen .....	100
4.1 Direkte Datenauswertung .....	100
4.2 Regressionsanalyse .....	102
4.3 Modellsimulationen .....	102
4.3.1 Simulationen mit dem Modell LIMA/82 B .....	102
4.3.2 Simulationen mit dem Modell MUSEM A 81 .....	104
5. Gegenüberstellung und Bewertung der Ergebnisse .....	104

**1. Einleitung**

Obwohl sich die österreichische Wirtschaft rezessiven Tendenzen nach den beiden Erdölpreisschocks nicht zur Gänze verschließen konnte, gelang es, die Situation auf dem Arbeitsmarkt einigermaßen stabil zu halten. Die in den letzten Monaten eingetretene Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt könnte jedoch eine Tendenzwende andeuten. Die bislang um die 2%-Marke schwankenden Arbeitslosenraten stiegen im letzten Monat des Vorjahres sprunghaft und überschritten die 4%-Marke, im Jänner dieses Jahres mußte mit 5,4% die höchste Arbeitslosenrate seit nahezu 20 Jahren registriert werden.

Diese Verschlechterung führte zu Überlegungen, inwieweit mit Hilfe staatlicher Maßnahmen diese Tendenzen gestoppt bzw. wiederum in eine befriedigendere Richtung gelenkt werden könnten. Ankurbelungsmaßnahmen über öffentliche Bauaufträge scheinen aus den verschiedensten Gründen ein geeignetes und vor allem schnell wirksames Instrument darzustellen. In der wirtschaftspolitischen Diskussion haben sich jedoch unterschiedliche Beurteilungen über die Effizienz dieser Maßnahmen herausgebildet. Die Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei hat deshalb das Institut für Höhere Studien beauftragt, die Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen näher zu untersuchen. Es ist zu betonen, daß sich die Studie auf die Frage der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze konzentriert und nicht darauf, wieviel Arbeitsplätze durch Aufrechterhaltung des gegebenen Bauvolumens gesichert sind.

Das Institut für Höhere Studien kann auf eine langjährige Tradition in der Behandlung von wirtschaftspolitischen Problemstellungen hinweisen.<sup>1)</sup> Es war und ist das Ziel derartiger Analysen, einen Bei-

<sup>1)</sup> GLÜCK, H., SUPPANZ, H. Die Auswirkungen der Investitionsbelebungsmaßnahmen der Bundesregierung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1975/1976.

Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Dezember 1975.

GLÜCK, H., KERNBAUER, H., SCHMORANZ, I., SUPPANZ, H., WAGNER, M. Überlegungen zur Wirtschaftspolitik nach der Rezession.

Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Mai 1977.

SCHMORANZ, I., SUPPANZ, H. Auswirkungen unterschiedlicher Außenhandelstendenzen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Juni 1977.

SCHMORANZ, I. Rohstoffe und Wirtschaftswachstum: Unter besonderer Berücksichtigung der Österreichischen Situation.

Projektbericht des Institutes für Höhere Studien, Wien, November 1977.

FÜRST, E., HAASE, K., KERNBAUER, G., MUNDUCH, G.,

SCHWÖDIAUER, G., SUPPANZ, H. Überlegungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Projektbericht des Institutes für Höhere Studien, Wien, Dezember 1977.

PRUCHA, I., SCHMORANZ, I., SUPPANZ, H.

Auswirkungen von Maßnahmen der Fiskalpolitik auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Dezember 1977.

MUNDUCH, G., SUPPANZ, H. Beschäftigungspolitische Strategien für die österreichische Wirtschaft.

Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, August 1979.

MUNDUCH, G., SUPPANZ, H. Wirtschaftspolitische Simulationen.

Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Oktober 1979.

## 1223 der Beilagen

93

trag zur Versachlichung der tagespolitischen Diskussion zu liefern. Wenngleich aus der Natur der Problemstellung heraus exakte Angaben nicht möglich erscheinen, so erlauben tiefergehende Untersuchungen dennoch, die Spannweite möglicher Reaktionen abzustecken. Unter diesem Aspekt soll die vorliegende Analyse beurteilt werden.

## 2. Die österreichische Wirtschaft um die Jahreswende 1981/1982

### 2.1 Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die zuletzt im Dezember 1981 vorgelegten Wirtschaftsprognosen der beiden Wirtschaftsforschungsinstitute Österreichs zeigen nach der stagnativen Phase des Jahres 1981 leichte Tendenzen der Erholung der wirtschaftlichen Aktivität an. Demnach würde einem Nullwachstum des Jahres 1981 eine Zunahme um 2,0% bis 3,0% im Jahre 1982 folgen.

Die Konjunkturabschwächung der letzten Monate folgte dabei dem Muster der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem ersten Erdölpreisschock. Verschiedene Indikatoren, insbesondere eine Neuordnung der wirtschaftspolitischen Prioritäten in den wichtigsten Industrienationen, lassen allerdings eine ähnliche Erholungsphase wie nach dem ersten Erdölpreisschock (die Wachstumsraten betragen 1976 plus 4,6% 1977 plus 4,4%) als wenig wahrscheinlich einstufen.

Die dieser Studie zugrunde liegenden Modellberechnungen basieren auf der letzten Prognose des Instituts für Höhere Studien.<sup>1)</sup> Diese zeichnet folgendes Bild der österreichischen Wirtschaft für die beiden Jahre 1982 und 1983;

- das reale Brutto-Inlandsprodukt könnte nach der Stagnation im Jahre 1981 1982 wiederum etwas zunehmen. Diese leichte Erholung dürfte primär auf eine expansivere Auslandsnachfrage und eine sich leicht erholende Inlandsnachfrage zurückzuführen sein.
- Der reale private Konsum wird — auf Grund der bereits abgeschlossenen Lohnabkommen und der in der Zwischenzeit eingetretenen Steuerreform, die die Kaufkraft der Konsumenten stärken werden — 1982 wahrscheinlich leicht zunehmen. Ein nachlassender Preisauftrieb könnte diese schwachen expansiven Tendenzen noch verstärken.
- Die realen Investitionen dürften weiterhin auf einem niedrigen Niveau verweilen. Die Beurteilung der Ausrüstungsinvestitionen fällt allerdings etwas günstiger aus als jene der Bauinvestitionen, die von restriktiven Budgets der öffentlichen Haushalte und weiterhin relativ hohen Zinsen gedrückt werden.
- Die Exporte i.w.S. werden nicht zuletzt auf Grund der vorliegenden Information über die Auftragslage etwas günstiger beurteilt. Die realen Exporte i.w.S. könnten 1982 um 6,0% expandieren, die Warenexporte sogar um 7%. Trotz verhältnismäßig schwacher Zuwachsraten der realen Importe i.w.S. in der Größenordnung von 5% bis 6% tritt keine wesentliche Verbesserung der bereinigten Leistungsbilanz ein.
- Die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, dürfte sich, sofern auf den internationalen Währungsmärkten keine stärkeren Störungen auftreten, abschwächen und 1982 eine gegenüber dem Vorjahr um 1% geringere Dynamik aufweisen.

### 2.2 Die Arbeitsmarktsituation

Die Arbeitsmarktsituation hat sich bereits in den letzten Monaten des Jahres 1981 zunehmend verschärft. Das Institut für Höhere Studien mußte deshalb im Dezember die Beschäftigtenprognose leicht nach unten revidieren und die Prognose der Arbeitslosenrate für 1982 auf 2,8% hinaufsetzen.

In der Zwischenzeit hat sich, nicht zuletzt auf Grund des harten Winters, die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Im Dezember 1981 stieg die Arbeitslosenrate über die 4%-Marke, im Jänner 1982 betrug sie bereits 5,4%. Eine regionale Aufschlüsselung dieser Zahlen ergibt ein deutlich unterschiedliches Bild der österreichischen Arbeitslosenstatistik (s. Tabellen 1, 2). Im Dezember 1981 wiesen die Bundesländer Burgenland, Kärnten und Steiermark sowie Oberösterreich die höchsten Werte auf, während die niedrigsten Raten in Vorarlberg, Salzburg und Wien registriert werden konnten. Die im Dezember noch relativ günstig erscheinende Lage auf dem Wiener Arbeitsmarkt hat sich jedoch im Jänner spürbar verschlechtert. Ein Drittel der zusätzlichen Arbeitslosen gegenüber Ende Dezember des Vorjahres entfielen auf die Bundeshauptstadt und führten zu einem starken Ansteigen der Arbeitslosenrate für dieses Bundesland. Im längerfristigen Trend weisen die Bundesländer Burgenland, Steiermark, Kärnten und Oberösterreich überdurchschnittliche Arbeitslosenraten auf, deutlich geringere Arbeitslosenraten werden in

<sup>1)</sup> CHRISTL, J., PICHELMANN, K., MAURER, J., MUNDUCH, G., NEUSSER, K., SCHMORANZ, I. Prognose der österreichischen Wirtschaft 1981/1983. Institutsarbeit Nr. 158, Dezember 1981.

Vorarlberg, Salzburg und mit Einschränkungen in Wien registriert. Zu diesen Zahlen wäre allerdings hinzuzufügen, daß ein Teil der Wien betreffenden Arbeitslosenzahlen den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland zugerechnet werden müssen und dort die Zahlen nach oben verzerren.

International lag Österreich mit einer Arbeitslosenrate von 2,4% im Jahr 1981 im unteren Drittel der westlichen Industrienationen (s. Tabelle 3). Die großen Industrieländer wiesen 1981 eine gewichtete Arbeitslosenrate von 6,5% auf. Mit 10,5% führt Großbritannien diese Gruppe an, gefolgt von Italien mit 8,2%, den Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich mit je 7,5% und Deutschland mit 5,0%. Lediglich Japan weist mit 2,2% eine geringfügig niedrigere Rate als Österreich auf. Nach Schätzungen der OECD wird sich 1982 die internationale Situation auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschlechtern. Die Rate der beschäftigungslosen unselbständig Erwerbstätigen könnte abermals um einen %-Punkt steigen.

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Insgesamt
1961 . . . .	1,6	3,2	10,3	3,1	4,8	3,4	0,6	2,5	0,6	2,7
1962 . . . .	1,4	3,2	10,0	3,4	5,0	3,1	0,7	2,3	0,5	2,7
1963 . . . .	1,6	3,6	9,9	3,7	5,5	3,5	0,7	2,4	0,5	2,9
1964 . . . .	1,6	3,0	8,6	3,4	5,0	3,4	0,7	2,4	0,5	2,7
1965 . . . .	1,7	2,9	8,0	3,1	5,2	3,5	0,7	2,4	0,5	2,7
1966 . . . .	1,7	2,6	7,0	2,7	4,6	3,6	0,7	2,1	0,5	2,5
1967 . . . .	1,6	2,8	8,2	3,0	4,5	3,3	0,7	2,1	0,6	2,7
1968 . . . .	1,4	2,8	8,3	3,3	5,6	3,0	0,7	2,6	0,7	2,9
1969 . . . .	1,2	2,5	8,0	3,2	5,6	2,3	0,6	2,4	0,6	2,8
1970 . . . .	0,9	2,0	6,5	2,6	4,6	1,8	0,5	2,0	0,6	2,4
1971 . . . .	0,8	1,7	5,0	1,9	3,6	1,6	0,4	1,6	0,5	2,1
1972 . . . .	0,8	1,4	3,8	1,6	3,1	1,5	0,4	1,5	0,5	1,9
1973 . . . .	0,7	1,3	3,5	1,2	2,7	1,3	0,4	1,5	0,5	1,6
1974 . . . .	0,8	1,4	3,1	1,4	3,1	1,5	0,5	1,7	0,7	1,5
1975 . . . .	1,2	2,2	4,3	2,5	4,6	2,3	0,7	2,4	1,3	2,0
1976 . . . .	1,3	2,1	4,0	2,5	5,0	2,3	0,7	2,3	0,8	2,0
1977 . . . .	1,1	1,8	3,1	2,3	4,9	2,0	0,6	2,3	0,7	1,8
1978 . . . .	1,4	2,0	3,1	2,7	5,2	2,5	0,7	2,5	0,5	2,1
1979 . . . .	1,5	2,0	3,0	2,5	4,8	2,6	0,7	2,2	0,5	2,0
1980 . . . .	1,5	1,8	3,4	2,2	4,7	2,5	0,6	2,0	0,5	1,9
1981 . . . .	2,1	2,4	4,2	2,9	5,1	3,5	0,8	2,2	0,7	2,4

Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosenrate in Österreich 1961—1981.

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steier- mark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Insgesamt
Jänner . . . .	2,2	3,9	11,2	5,0	10,0	3,6	1,0	3,5	0,6	3,7
Februar . . . .	2,2	3,5	9,9	4,7	9,4	3,6	1,0	3,2	0,6	3,5
März . . . . .	2,0	2,5	3,6	3,1	6,9	3,4	0,7	2,1	0,5	2,5
April . . . . .	1,9	1,8	1,6	2,2	4,4	3,3	0,7	1,9	0,6	2,0
Mai . . . . .	1,9	1,6	1,2	1,8	2,8	3,1	0,6	2,1	0,7	1,7
Juni . . . . .	1,8	1,4	0,8	1,4	1,6	3,0	0,3	0,8	0,4	1,3
Juli . . . . .	1,9	1,5	1,0	1,5	1,5	3,1	0,3	0,6	0,5	1,4
August . . . .	1,9	1,5	1,1	1,5	1,6	3,1	0,3	0,6	0,4	1,4
September . .	1,9	1,7	1,3	1,9	2,5	3,2	0,5	1,0	0,5	1,7
Oktober . . .	2,1	2,1	2,1	2,7	4,9	3,5	1,1	3,2	1,3	2,4
November . .	2,4	3,0	4,8	3,7	7,0	4,0	1,4	4,4	1,6	3,2
Dezember . .	2,9	4,7	11,3	5,2	9,3	4,7	1,2	3,3	1,0	4,1

Tabelle 2: Entwicklung der Arbeitslosenrate in Österreich 1981.

## 1223 der Beilagen

95

	1979	1980	1981	1982
USA .....	5,8	7,2	7,5	9,0
Japan .....	2,1	2,0	2,2	2,2
Bundesrepublik Deutschland .....	3,8	3,4	5,0	6,0
Frankreich .....	6,0	6,3	7,5	8,5
Großbritannien .....	5,4	7,0	10,5	12,0
Italien .....	7,7	7,6	8,2	9,0
Kanada .....	7,5	7,5	7,5	8,2
<b>Große Industrieländer .....</b>	<b>5,0</b>	<b>5,7</b>	<b>6,5</b>	<b>7,5</b>
Niederlande .....	5,1	5,8	8,5	10,0
Schweden .....	2,1	1,9	2,5	3,0
Schweiz .....	0,4	0,2	0,5	0,5
Österreich .....	2,0	1,9	2,4	2,6
<b>Kleine Industrieländer .....</b>	<b>5,9</b>	<b>6,5</b>	<b>7,8</b>	<b>8,4</b>
OECD insgesamt .....	5,2	6,2	7,2	8,0
OECD Europa .....	5,5	7,0	8,7	9,7
EG <sup>1)</sup> .....	5,5	5,9	7,6	8,6
EFTA .....	2,3	2,0	2,4	2,7

Tabelle 3: Entwicklung der Arbeitslosenraten in ausgewählten OECD-Staaten.

Quelle: OECD, EG, nationale und WIFO-Schätzungen.

**3. Die Bauwirtschaft in Österreich**

In den letzten Jahren hat sich die österreichische Bauwirtschaft unterdurchschnittlich entwickelt. Während die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft in der Periode 1964/1980 jährlich um durchschnittlich 3,9% expandierte, verzeichnete die Bauwirtschaft lediglich ein Wachstum von 3,6% (reale Nettoproduktion). Dementsprechend fiel der reale Anteil des Beitrages des Bausektors zur Inlandsproduktion von 8,6% auf 7,9%.

Entscheidend für die Beschäftigungswirkung einer zusätzlichen Milliarde Schilling Nachfrage für die Bauwirtschaft ist die Arbeitsproduktivität. Hierbei ist zwischen der durchschnittlichen und marginalen Arbeitsproduktivität zu unterscheiden. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität ist definiert als:

**Produktionsergebnis in Milliarden Schilling (real oder nominell)**

Arbeitsleistung (gemessen in Beschäftigungszahlen oder geleisteten Stunden)

Der Wert dieses Quotienten gibt das durchschnittliche Produktionsergebnis pro Beschäftigten oder pro unselbständig Tätigen an. Die folgenden Tabellen 4 und 5 vermitteln einen Überblick über die Arbeitsproduktivität ausgewählter Sektoren. Die Definition der Produktivität erfolgt einerseits bezogen auf die Brutto- bzw. Nettoproduktion, andererseits auf reale oder nominelle Größen. Die Tabellen zeigen auf, daß die Bauwirtschaft nahe an den gesamtösterreichischen Durchschnitt heranreicht. Die Produktivität bezogen auf die reale Nettoproduktion (Wertschöpfung) beläuft sich demnach auf 230 329 S, die der gesamten österreichischen Wirtschaft auf 251 217 S. Der jährliche durchschnittliche Anstieg belief sich seit 1964 auf 3,6% für die Bauwirtschaft und 3,9% für die Gesamtwirtschaft. Für die nominelle Wertschöpfung sind die diesbezüglichen Werte 306 405 S für die Bauwirtschaft bzw. 304 292 S für die Gesamtwirtschaft, in Wachstumsraten sind dies 9,4% bzw. 9,6%. Bezogen auf den Bruttoproduktionswert betrug 1980 die nominelle Arbeitsproduktivität 511 335 S bzw. die reale 394 110 S. Dies bedeutet, daß auch bei diesem Indikator die Bauwirtschaft im Mittelfeld der Wirtschaftssektoren rangiert.

<sup>1)</sup> Einschließlich Griechenland.

96

## 1223 der Beilagen

Sektor	nominell				real				Durchschn. Veränd. 1964/80	
	1964	1970	1975	1980	1964	1970	1975	1980	nominell	real
01 Land- und Forstwirtschaft	34,9	57,6	93,9	148,1	49,5	73,0	100,0	135,0	9,5	6,5
02 Bergbau	77,8	127,4	223,5	320,6	131,5	184,8	224,0	273,7	9,3	4,7
03 Nahrungs- u. Genußmittel	94,4	168,6	233,4	338,7	145,5	209,5	258,5	371,3	8,3	5,1
04 Textil u. Bekleidung	50,4	81,9	115,3	174,0	72,7	105,0	124,9	153,5	8,1	4,8
05 Holz	56,2	104,5	160,1	205,8	86,4	131,3	148,8	179,2	8,4	4,7
06 Papier	80,7	119,7	191,7	293,1	137,2	172,0	196,6	258,0	8,4	4,0
07 Chemie (ohne Erdöl)	119,4	168,4	237,2	354,1	115,7	172,6	226,6	317,2	7,0	6,5
08 Erdöl	357,5	668,6	1.248,0	1.544,2	817,4	1.393,2	1.313,9	1.256,2	9,6	2,7
09 Nichtmetall- Mineralien	97,9	165,5	228,6	334,4	126,7	193,9	235,7	301,0	8,0	5,6
10 Grundmetalle	93,2	185,9	209,5	276,7	163,6	238,7	208,9	254,9	7,0	2,8
11 Metallverarbeitung	63,3	115,9	172,2	281,4	111,6	166,0	185,8	243,0	9,8	5,0
12 Energie und Wasser	225,5	353,9	586,1	989,9	388,6	545,7	656,9	844,0	9,7	5,0
13 Bauwesen	73,3	120,9	213,8	306,4	131,5	181,8	217,8	230,3	9,4	3,6
14 Handel	97,5	154,9	221,5	310,2	157,4	199,7	236,3	256,7	7,5	3,1
15 Gastgewerbe	52,5	84,2	145,7	208,0	134,4	146,5	153,0	148,9	9,0	0,6
16 Verkehr	68,9	113,3	165,4	269,2	98,5	141,5	175,6	232,0	8,9	5,5
17 Vermögensverwaltung	119,9	225,9	368,0	565,6	300,0	380,5	390,7	444,6	10,2	2,5
18 Sonstige Dienste	73,8	139,7	251,3	387,3	194,3	228,5	284,9	299,2	10,9	2,7
19 Öffentlicher Dienst	62,3	100,0	161,0	225,0	172,5	181,4	172,6	183,4	8,4	0,4

Tabelle 4: Entwicklung der Nettoproduktion pro Beschäftigten, in 1 000 S, 1964/80.

Sektor	nominell				real				Durchschn. Veränd. 1964/80	
	1964	1970	1975	1980	1964	1970	1975	1980	nominell	real
01 Land- und Forstwirtschaft	47,6	81,5	136,2	222,3	75,0	111,5	144,8	198,7	10,1	6,3
02 Bergbau	123,8	214,4	431,4	657,6	253,9	367,9	444,7	542,0	11,0	4,9
03 Nahrungs- u. Genußmittel	305,0	484,4	747,7	1.136,7	476,0	662,6	802,7	1.008,1	8,6	4,8
04 Textil u. Bekleidung	129,8	207,1	303,9	448,5	174,8	262,0	312,7	384,4	8,1	5,1
05 Holz	144,5	263,1	388,3	576,5	221,2	332,4	379,4	459,6	9,0	4,7
06 Papier	180,2	277,5	470,3	742,3	292,9	418,8	476,1	623,5	9,3	4,8
07 Chemie (ohne Erdöl)	285,7	445,7	707,0	1.125,0	373,7	549,4	696,5	961,5	8,9	6,1
08 Erdöl	657,5	1.372,1	3.942,0	6.814,5	2.217,9	3.881,9	4.039,8	4.266,2	15,7	4,2
09 Nichtmetall- Mineralien	174,9	311,1	497,8	761,7	279,8	437,7	519,2	638,8	9,6	5,3
10 Grundmetalle	306,6	494,7	652,9	898,5	519,8	712,7	650,9	778,7	7,0	2,6
11 Metallverarbeitung	154,8	270,2	436,0	687,8	275,7	410,4	459,0	396,2	5,2	4,9
12 Energie und Wasser	316,7	498,6	875,8	2.147,8	552,7	776,6	975,1	1.669,0	12,7	7,2
13 Bauwesen	123,9	205,1	360,7	511,3	233,0	310,4	378,9	394,1	9,3	3,3
14 Handel	503,6	743,0	1.188,7	1.690,7	834,7	1.061,0	1.275,8	1.435,3	7,9	3,4
15 Gastgewerbe	140,2	197,2	296,2	400,9	279,5	305,1	316,8	310,9	6,8	0,7
16 Verkehr	108,9	179,8	272,0	530,0	166,2	231,1	287,9	438,8	10,3	6,3
17 Vermögensverwaltung	181,0	329,8	520,1	793,5	440,8	540,3	551,0	629,5	9,7	2,3
18 Sonstige Dienste	107,6	200,0	353,7	550,4	273,0	323,0	398,8	422,3	10,7	2,8
19 Öffentlicher Dienst	101,8	158,2	264,2	369,9	284,3	288,7	286,5	299,2	8,4	0,3

Tabelle 5: Entwicklung der Bruttonproduktion pro Beschäftigten, in 1 000 S, 1964/80.

## 1223 der Beilagen

97

Neben der durchschnittlichen Produktivität ist für diese Studie besonders das marginale Produktivitätsergebnis von Interesse. Es bestimmt sich durch den Quotienten:

**Änderung des Produktionsergebnisses in Milliarden Schilling (real oder nominell)**

Änderung der Arbeitsleistung (gemessen in Beschäftigungszahlen oder geleisteten Stunden)

Das marginale Produktivitätsmaß zeigt an, um wieviel das Produktionsergebnis pro zusätzlichen Beschäftigten steigt.

Der inverse Quotient der Arbeitsproduktivität ist der Arbeitskoeffizient. Er gibt an, wieviel Beschäftigte pro Produktionsmenge im Produktionsprozeß eingesetzt werden. Die folgende Tabelle 6 zeigt die diesbezüglichen Werte der einzelnen Sektoren für das Jahr 1980 auf. Demnach liegt die Bauwirtschaft mit einer Beschäftigung von 1 900 Personen pro Milliarde Schilling Bruttoproduktionswert (nominell) hinter den Sektoren Land- und Forstwirtschaft, dem öffentlichen Sektor, Textil und Bekleidung und dem Gastgewerbe im Spitzenfeld. Ein Nachfrageimpuls, der diesen Sektoren zugeleitet wird, sollte somit — vorerst unabhängig von anderen Erwägungen — relativ große positive Arbeitsmarkteffekte generieren.

Sektor	bezogen auf Nettoproduktion		bezogen auf Bruttoproduktion	
	nominell	real	nominell	real
01 Land- und Forstwirtschaft .....	6,8	7,4	4,5	5,0
02 Bergbau .....	3,1	3,7	1,5	1,8
03 Nahrungs- u. Genußmittel .....	3,0	3,1	0,9	1,0
04 Textil- u. Bekleidung .....	5,8	6,5	2,2	2,6
05 Holz .....	4,9	5,6	1,7	2,1
06 Papier .....	3,4	3,9	1,4	1,6
07 Chemie (ohne Erdöl) .....	2,8	3,2	0,9	1,0
08 Erdöl .....	0,7	0,8	0,2	0,2
09 Nichtmetall-Mineralien .....	3,0	3,3	1,3	1,6
10 Grundmetalle .....	3,6	3,9	1,1	1,3
11 Metallverarbeitung .....	3,6	4,1	1,5	1,7
12 Energie und Wasser .....	1,0	1,2	0,5	0,6
13 Bauwesen .....	3,3	4,3	1,9	2,5
14 Handel .....	3,2	3,9	0,6	0,7
15 Gastgewerbe .....	4,8	6,7	2,5	3,2
16 Verkehr .....	3,7	4,3	1,9	2,3
17 Vermögensverwaltung .....	1,8	2,3	1,2	1,6
18 Sonstige Dienste .....	2,6	3,3	1,8	2,4
19 Öffentlicher Dienst .....	4,5	5,5	2,7	3,3

Tabelle 6: Durchschnittliche Anzahl Beschäftigter pro Milliarde Schilling Produktion, in 1 000 Personen, 1980.

Bislang wurde der Bausektor als eine homogene Einheit betrachtet. Für eine tiefergehendere Beurteilung scheint jedoch eine detailliertere Analyse notwendig zu sein. Der Bausektor besteht aus verschiedenen Segmenten, und zwar dem Hoch- und Tiefbau und dem Baunebengewerbe, welches wiederum in die Sektoren Ausbau- und Bauhilfsgewerbe und Bauinstallationen untergliedert werden kann.

In der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegebenen Baustatistik ist eine weitere, tiefergehende Aufgliederung des Bausektors enthalten. Demnach werden acht Bausparten unterschieden; der Wohnhaus- und Siedlungsbau, der sonstige Hochbau, welcher unter anderem Amts- und Verwaltungsgebäude umfaßt, der landwirtschaftliche Nutzbau, der Straßen- und Straßentunnelbau, der Brückenbau, der Kraftwerks- und Kraftwerksstellenbau, der sonstige Tiefbau und als letzte Sparte, die Adaptierung, worunter Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten sowie selbständige Abbruchsarbeiten subsummiert werden.

Der Bauproduktionswert der einzelnen Sparten ist in der folgenden Tabelle 7 wiedergegeben. Tabelle 8 zeigt den Produktionswert pro Beschäftigten auf. Der ausgewiesene Wert für die Gesamtgruppe von 566 000 S für 1980 ist mit jenen 511 335 S zu vergleichen, die für das gesamte Bauwesen bereits angeführt wurden. Innerhalb dieser Gruppe ist jedoch eine stark ausgeprägte Inhomogenität zu verzeichnen.

So schwankt der Bauproduktionswert pro Beschäftigten zwischen 1 234 Millionen Schilling (im Brückenbau, Industrie) und 361 000 S (für Adaptierungen, Baugewerbe). Übersetzt in Beschäftigungszahlen bedeutet dies ca. 800 Beschäftigte pro Milliarde Schilling im Brückenbau bzw. 2 770 Beschäftigte pro Milliarde Schilling für Adaptierungsaufträge an das Gewerbe.

Die angeführten Beschäftigungswerte sind Durchschnittswerte des Jahres 1980. Sie dürfen nicht in der Richtung interpretiert werden, daß eine Milliarde Schilling zusätzliches Auftragsvolumen auch zusätzlich 800 bzw. 2 770 Beschäftigte bedeuten. Es sind dabei verschiedene Faktoren zu beachten, auf die später noch einzugehen sein wird. Vorweg sei jedoch ein Faktor kurz angesprochen, der sicherlich für die zusätzlichen Beschäftigungseffekte eine nicht unerhebliche Rolle spielt. In der Baustatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes wird eine Teilung der Beschäftigten in Angestellte und Arbeiter vorgenommen. Demnach werden ca. 11% der unselbständig Erwerbstätigen des Bausektors der Angestelltenkategorie zugezählt, die verbleibenden 89% sind Arbeiter. Es kann unterstellt werden, daß die Beschäftigungselastizität bei den Angestellten sehr gering ausfällt, dh. daß eine Ausweitung der Nachfrage zu keiner bzw. keiner wesentlichen Ausweitung der Beschäftigung in dieser Kategorie führt.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau	10 373	10 918	11 156	11 888	11 514
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau)	13 994	17 496	18 130	19 277	21 263
Teilsomme Hochbau	24 367	28 414	29 286	31 165	32 777
Straßenbau	8 799	9 805	9 770	10 694	11 231
Brückenbau	1 778	2 210	2 864	3 724	3 435
Kraftwerksbau	2 383	2 037	2 131	2 044	2 121
Sonstiger Tiefbau	9 328	10 764	12 093	12 678	13 163
Teilsomme Tiefbau	22 287	24 816	26 857	29 140	29 949
Adaptierungen	3 775	4 117	4 582	4 726	4 725
Insgesamt	50 430	57 347	60 725	65 031	67 451

Tabelle 7 a: Bauproduktionswert nach Bausparten (Hoch- und Tiefbau) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau	3 179	2 996	3 249	3 224	3 548
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau)	4 507	5 715	6 648	6 824	7 637
Teilsomme Hochbau	7 686	8 711	9 897	10 048	11 185
Straßenbau	6 414	6 906	6 688	7 435	7 402
Brückenbau	1 161	1 576	2 229	2 684	2 413
Kraftwerksbau	2 333	1 896	2 029	1 958	1 942
Sonstiger Tiefbau	3 641	4 176	4 915	4 940	4 544
Teilsomme Tiefbau	13 450	14 554	15 861	17 018	16 300
Adaptierungen	136	159	257	340	310
Insgesamt	21 272	23 424	26 014	27 406	27 795

Tabelle 7 b: Bauproduktionswert nach Bausparten (Bauindustrie) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

## 1223 der Beilagen

99

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau	7 194	7 922	7 907	8 664	7 966
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau)	9 487	11 781	11 482	12 453	13 626
Teilsumme Hochbau	16 681	19 703	19 389	21 117	21 592
Straßenbau	2 385	2 899	3 082	3 258	3 829
Brückenbau	617	634	635	1 040	1 022
Kraftwerksbau	150	141	102	85	179
Sonstiger Tiefbau	5 686	6 588	7 178	7 738	8 619
Teilsumme Tiefbau	8 838	10 262	10 997	12 122	13 649
Adaptierungen	3 639	3 958	4 325	4 386	4 415
Insgesamt	29 158	33 922	34 711	37 625	39 656

Tabelle 7 c: Bauproduktionswert nach Bausparten (Baugewerbe) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau	343	375	391	422	486
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau)	349	395	421	451	508
Teilsumme Hochbau	346	387	409	440	500
Straßenbau	672	717	761	881	995
Brückenbau	527	657	740	801	931
Kraftwerksbau	694	651	699	786	777
Sonstiger Tiefbau	449	468	515	559	564
Teilsumme Tiefbau	548	574	621	693	730
Adaptierungen	268	303	315	355	372
Insgesamt	403	441	469	515	566

Tabelle 8 a: Bauproduktionswert pro Beschäftigten nach Bausparten (Hoch- und Tiefbau) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau	577	609	665	683	794
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau)	508	571	662	764	833
Teilsumme Hochbau	534	583	663	736	820
Straßenbau	717	761	826	939	995
Brückenbau	668	819	872	995	1 234
Kraftwerksbau	719	673	719	810	800
Sonstiger Tiefbau	624	627	687	724	767
Teilsumme Tiefbau	685	711	769	857	918
Adaptierungen	359	449	630	598	653
Insgesamt	618	655	723	804	872

Tabelle 8 b: Bauproduktionswert pro Beschäftigten nach Bausparten (Bauindustrie) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau	291	327	334	370	415
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau)	303	344	348	369	417
Teilsomme Hochbau	298	337	342	369	416
Straßenbau	577	630	650	773	995
Brückenbau	377	441	484	534	590
Kraftwerksbau	457	453	455	462	595
Sonstiger Tiefbau	380	403	439	488	495
Teilsomme Tiefbau	420	452	486	546	586
Adaptierungen	266	299	306	344	361
Insgesamt	321	359	371	408	454

Tabelle 8 c: Bauproduktionswert pro Beschäftigten nach Bausparten (Baugewerbe) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Schließlich sei noch ein internationaler Vergleich angeführt. In der politischen Diskussion wird bisweilen das Argument angeführt, daß das Bauwesen in Österreich zu große Kapazitäten aufweise. Ein internationaler Vergleich zeigt diesbezüglich drei markante Ergebnisse auf. Erstens, der reale Anteil des Bausektors in den einzelnen Wirtschaften zeigt nahezu einhellig abnehmende Tendenzen. Zweitens, diese abnehmende Tendenz ist in Österreich schwächer ausgeprägt als in vergleichbaren Wirtschaften und letztlich drittens, mit Ausnahme von Japan weist Österreich den größten realen Anteil des Bausektors an der Gesamtwirtschaft auf (s. Abbildung 1).

Dieser internationale Vergleich zeigt somit, daß sich Österreich in bezug auf die Baubranche von der internationalen Entwicklung abgekoppelt hat. Daß dieses Zurückbleiben mit zu dem günstigen Ergebnis des österreichischen Arbeitsmarktes in der Vergangenheit geführt hat, kann nicht schlüssig bewiesen werden, ist allerdings als plausibel anzunehmen. Die wirtschaftliche Situation der öffentlichen Haushalte läßt andererseits erwarten, daß in den kommenden Jahren die österreichische Bauwirtschaft den Schrumpfungsprozess der anderen Industrienationen nachvollziehen könnte. Inwieweit daraus negative Beschäftigungseffekte abzuleiten sind, hängt allerdings stark von der Neustrukturierung des Bausektors ab.

#### 4. Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen

##### 4.1 Direkte Datenauswertung

Im folgenden wird anhand der historischen Entwicklung die Frage diskutiert, welche Beschäftigungseffekte von zusätzlichen Bauinvestitionen im Ausmaß von (nominell) 1 Milliarde Schilling ausgehend im Jahre 1982 zu erwarten sind. Es wird unterstellt, daß die zusätzlichen Bauinvestitionen zur Gänze und ausschließlich dem Bausektor zugute kommen.

Zunächst soll ein Blick auf die Tabelle 6 die Abschätzung der direkten Effekte eines Nachfrageschubes in der oben zitierten Größenordnung erleichtern. Die Tabelle zeigt, daß die Bauwirtschaft zu den arbeitsintensiveren Sektoren der österreichischen Wirtschaft zählt und daß die Arbeitsintensität in der Periode 1971/1980 abgenommen hat. Es wurde bereits angeführt, daß diese Zahlen zur Schätzung von Beschäftigungseffekte nicht herangezogen werden können, da sie den durchschnittlichen Arbeitseinsatz wiedergeben, für die gegenständliche Fragestellung jedoch nicht der durchschnittliche, sondern der marginale dh. der zusätzlich zu erwartende Beschäftigungszuwachs pro Milliarde Schilling entscheidend ist. Dieser marginale Effekt wird in den Tabellen 9 und 10 aufgezeigt. Daraus erkennt man, daß im Durchschnitt der Jahre 1971/1980 eine zusätzliche reale Wertschöpfung von 1 Milliarde Schilling von einem Zuwachs der unselbständig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft von 1 800 und in der Bauwirtschaft von 1 280 begleitet war. Wird dieses Resultat zur Abschätzung des Beschäftigungseffektes einer zusätzlichen Milliarde Schilling Bauinvestitionen im Jahre 1982 herangezogen, so ergibt sich als erster Näherungswert ein direkter Beschäftigungseffekt von 390 Beschäftigten in der Bauwirtschaft.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Zur Umrechnung der Brutto- zur Nettoproduktion wurde das durchschnittliche Verhältnis der Änderung der realen Bruttoproduktion zur Änderung der realen Nettoproduktion verwendet.

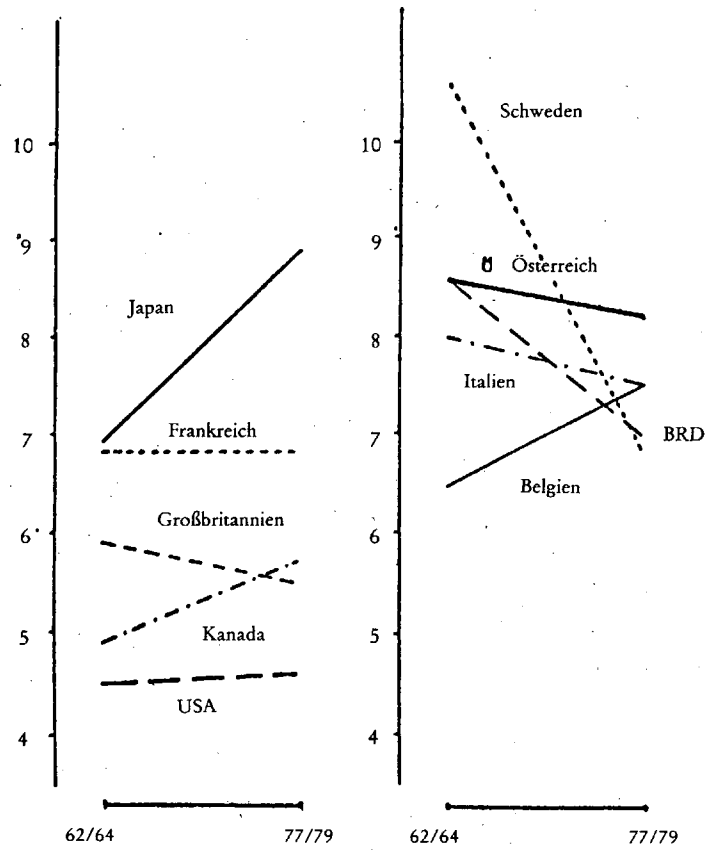


Abb. 1: Anteile des Bausektors am BIP, nominell, für ausgewählte Länder.

Quelle: OECD, 1981.

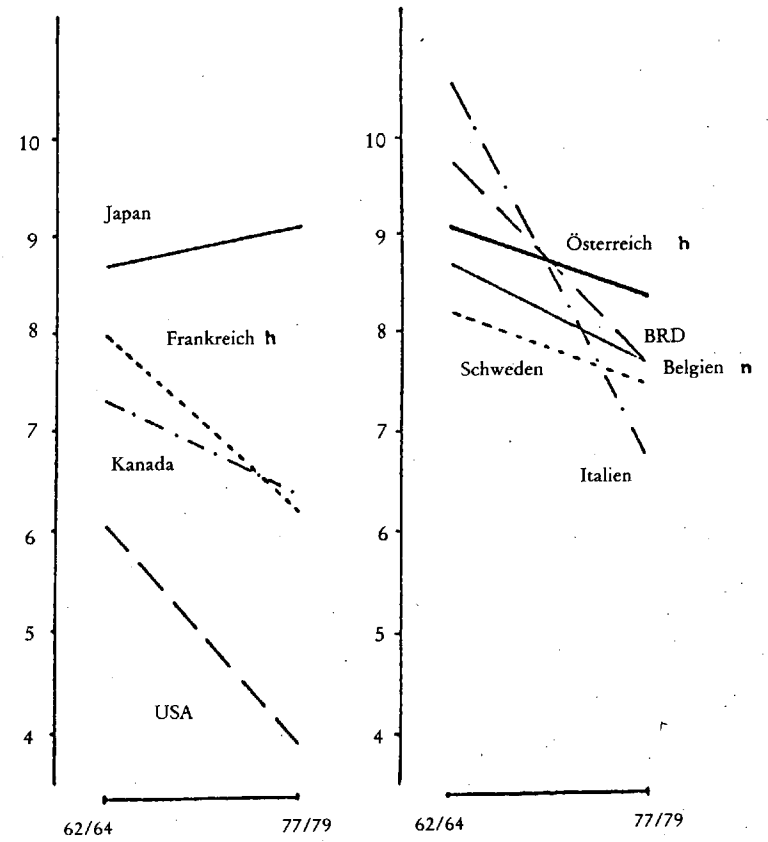


Abb. 2: Anteile des Bausektors am BIP, real, für ausgewählte Länder.

Quelle: OECD, 1981.

Man erkennt sofort, daß diese Zahl erheblich von jener Schätzung abweicht, die sich auf Grund des oben aufgezeigten durchschnittlichen Beschäftigungseinsatzes ergeben würde, nämlich 1 300 Personen. Einschränkend muß hier jedoch festgestellt werden, daß erstens der Quotient von Beschäftigungszunahme zur Veränderung der Wertschöpfung in der Bauwirtschaft starken Schwankungen unterliegt und deshalb eine direkte Umsetzung der historischen Entwicklung mit großer Unsicherheit belegt ist, zweitens, daß implizit vorausgesetzt wurde, daß die Beschäftigung keinem längeren Anpassungsprozeß unterliegt, und drittens, daß hier lediglich die direkten Effekte auf die Bauwirtschaft aufgezeigt werden können, somit ohne Rückkoppelung mit anderen Sektoren bzw. dem Außenhandel. Um diese Einschränkungen ausschalten zu können, bedarf es komplexerer Methoden, wie sie die Regressionsanalyse bzw. Modellsimulationen darstellen.

#### 4.2 Regressionsanalyse

Von uns durchgeführte Einzelgleichungsschätzungen ergaben für die Gesamtwirtschaft eine auf die reale Wertschöpfung bezogene kurzfristige Beschäftigungselastizität von 0,15 und auf die Beschäftigten der Vorperiode bezogene Elastizität von 0,6. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung relativ träge auf Nachfrageänderungen reagiert. Eine Erhöhung des realen BIP zu Preisen 1976 um 0,668 Milliarden Schilling (= 1 Milliarde Schilling nominell im Jahre 1982) deflationiert mit dem Preisindex der Bauinvestition hätte demnach eine Ausweitung der Beschäftigten im Jahre 1982 um lediglich 340 Personen, im folgenden Jahr um weitere 205 Personen zur Folge. Dieses Resultat ist für die Gesamtwirtschaft plausibel, nicht jedoch für die Bauwirtschaft. Isoliert durchgeführte Schätzungen für diesen Sektor bestätigen die Vermutung, daß die Beschäftigung in diesem Sektor erheblich schneller auf Nachfrageänderungen reagiert und daß Anpassungsprozesse kaum länger als ein Jahr ablaufen. Die Schätzung der kurzfristigen Elastizität ist mit 0,29 entsprechend höher, der Beschäftigungseffekt — induziert durch eine zusätzliche Nachfrage von 1 Milliarde Schilling im Sektor Bauwirtschaft — beträgt nunmehr 460 Personen.

Auch für diese Analyse gilt die bereits oben angeführte Einschränkung, daß Rückkopplungseffekte auf andere Sektoren bzw. den Außenhandel außer acht bleiben. Im folgenden wird deshalb versucht, mit Hilfe von Modellsimulationen die gesamtwirtschaftlichen Verflechtungen zu berücksichtigen, um neben den direkten Effekten auch die indirekten Effekte abschätzen zu können.

#### 4.3 Die Modellsimulationen

Zwei Modelle wurden für unsere Simulationen herangezogen; das den vierteljährlichen Prognosen zugrunde liegende Modell LIMA/82 B, welches speziell die nachfrageseitige Interaktionen der österreichischen Wirtschaft abbildet und das Mehrsektoren- oder Input-Output-Modell MUSEM A 81, dessen Schwergewicht auf der produktionsseitigen Verflechtung liegt.

##### 4.3.1 Simulationen mit dem Modell LIMA/82 B

Den Modellberechnungen liegt die Annahme von zusätzlichen Bauinvestitionen im Ausmaß von 1 Milliarde Schilling (das sind real 0,668 Milliarden Schilling) im Jahre 1982 zugrunde. Die Simulationen wurden in zwei Varianten erstellt; Variante 1 geht davon aus, daß die durch den Nachfrageschub ausgelöste Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität zu keiner Ausweitung der Importe führt, mit anderen Worten, daß die Importe in absoluten Größen konstant bleiben. Variante 2 berücksichtigt hingegen auch Effekte auf die Importe, welche in ihrer Größenordnung durch die marginale Importneigung der Gesamtwirtschaft bestimmt sind. Die Rechtfertigung der Durchrechnung beider Varianten liegt im Aufzeigen von Extremwerten, da davon ausgegangen werden kann, daß die Importneigung eines Nachfrageschubes über die Bauinvestitionen relativ gering ist und nicht dem Durchschnittswert entspricht.

Weiters ist bei den Berechnungen zu berücksichtigen, daß

- der Bausektor, wie bereits oben angeführt, eine von der Gesamtwirtschaft merklich abweichende Beschäftigungsdynamik aufweist, und
- sich der Nachfrageschub bei den Bauinvestitionen zum Unterschied von den aggregierten Investitionen nicht in die nächste Periode fortpflanzt.

## 1223 der Beilagen

103

Zuwachs in Mrd. S	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
BIP, real	12,7	23,5	13,6	20,0	27,8	34,8	29,2	37,3	31,2	26,4	-2,5	31,7	31,6	3,8	37,2	24,9
BIP, nom.	19,8	22,0	17,0	21,2	28,2	40,9	43,7	59,9	63,9	75,1	38,2	68,0	71,4	46,5	80,3	72,9
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Unselb. Beschäftigte	17,7	5,2	-27,0	-20,2	18,3	31,5	65,7	57,9	95,6	48,6	-0,5	29,4	51,3	20,6	16,0	15,0
Marg. Produktivität*)																
real	0,7	4,6	-0,5	-1,0	1,5	1,1	0,4	0,6	0,3	0,5	5,2	1,1	0,6	0,2	2,3	1,7
Marg. Produktivität*)																
nominell	1,1	4,2	-0,6	-1,1	1,5	1,3	0,7	1,0	0,7	1,5	-79,1	2,3	1,4	2,3	5,0	4,9
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Beschäftigung, pro Mrd. S, real	1,4	0,2	-2,0	-1,0	0,7	0,9	2,2	1,6	3,1	1,8	0,2	0,9	1,6	5,4	0,4	0,6
Beschäftigung pro Mrd. S, nom.	0,9	0,2	-1,6	-1,0	0,7	0,8	1,5	1,0	1,5	0,7	-	0,4	0,7	0,4	0,2	0,2

Tabelle 9: Marginale Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Gesamtwirtschaft 1965—1980.

Quelle: Eigene Berechnungen.

\*) Zusätzliche Produktion pro unselbständig Erwerbstätigen in 1 000 S.

Zuwachs in Mrd. S	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Beitrag zum BIP, real	1,4	3,7	1,4	1,5	1,3	1,9	5,4	3,4	3,0	2,0	-0,8	0,2	2,2	-0,7	1,4	-0,7
Beitrag zum BIP, nom.	3,4	2,5	1,0	0,9	0,2	3,2	6,2	9,0	1,7	6,7	3,7	1,2	7,1	3,7	6,5	5,2
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Unselb. Beschäftigte	4,5	6,3	-6,1	-10,9	-2,1	-2,4	6,7	10,9	12,5	-3,0	-8,3	-1,9	6,0	-0,5	-3,2	-4,9
Marg. Produktivität*)																
real	0,3	0,6	-0,2	-0,1	-0,6	-0,8	0,8	0,3	0,2	-0,7	0,1	0,1	0,4	1,5	-0,4	0,2
Marg. Produktivität*)																
nominell	0,8	0,4	-0,2	-0,1	-0,1	-1,4	0,9	0,8	0,1	-2,2	-0,4	-0,6	1,2	-8,2	-2,0	-1,1
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Beschäftigung, pro Mrd. S, real	3,3	1,7	-4,4	-7,5	-1,6	1,2	1,2	3,2	4,2	-1,5	10,3	-12,4	2,7	0,7	-2,3	6,7
Beschäftigung pro Mrd. S, nom.	1,3	2,5	-6,2	-12,7	-11,9	-0,7	1,1	1,2	7,5	0,5	-2,3	-1,6	0,8	-0,1	-0,5	-1,0

Tabelle 10: Marginale Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Gesamtwirtschaft 1965—1980.

Quelle: Eigene Berechnungen.

\*) Zusätzliche Produktion pro unselbständig Erwerbstätigen in 1 000 S.

	1. Jahr	Variante 1 2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	Variante 2 2. Jahr	3. Jahr
Brutto-Inlandsprodukt, real	1,067	0,080	0,139	0,412	0,129	0,053
Privater Konsum, real	0,109	0,123	0,156	0,038	0,058	0,071
Ausrüstungsinvestitionen, real	0,157	0,005	0,012	0,062	0,017	0,004
Lagerinvestitionen, real	0,120	-0,054	0,021	-0,046	-0,010	-0,013
Importe, real	—	—	—	0,437	-0,663	0,007
Beschäftigte <sup>1)</sup>	1,027	0,075	0,130	0,397	0,127	0,050

Tabelle 11: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines Nachfrageimpulses in Höhe von 1 Mrd. S. Bauinvestitionen, nominell für das Jahr 1982.  
Ergebnisse der Simulationen mit dem Modell LIMA 82/B, in absoluten Differenzen, in Mrd. S.<sup>1)</sup> in 1 000 Personen

Diesen Voraussetzungen wurden insofern Rechnung getragen, als die Gleichung für die realen Bauinvestitionen exogenisiert und die Beschäftigungsgleichung durch eine dem Bausektor adäquatere Gleichung ersetzt wurde.

Die Ergebnisse beider Varianten sind als Extremwerte zu interpretieren. In Variante 1 führt der Auschluss von Importreaktionen zu einem Multiplikator von 1,6, das bedeutet, daß neben dem Primäreffekt in Höhe von 1 Milliarde Schilling zusätzliche Sekundäreffekte in der Größenordnung von 0,6 Milliarden Schilling induziert werden. Der ausgewiesene Beschäftigungszuwachs von 1 027 Personen ist als obere Grenze zu betrachten, da davon ausgegangen werden kann, daß Rückkopplungseffekte zusätzliche Importe induzieren müßten, die wiederum den Beschäftigungseffekt der ursprünglichen Milliarde Schilling reduzieren würden. Analog hierzu ist die Variante 2 mit einem Multiplikator von 0,62 und einem Beschäftigungszuwachs von 400 Personen als Untergrenze zu interpretieren, da der direkte Anstieg der Wertschöpfung nicht voll dem Importsog ausgesetzt sein sollte. Die Effekte sind in den folgenden beiden Jahren erwartungsgemäß relativ gering.

Um das Intervall des wahrscheinlichen Effektes weiter einzuengen, wird ausgehend von Variante 1 angenommen, daß der Erstrundeneffekt keine ausländischen Vorleistungen erfordert, jedoch die Folgeeffekte Importe im üblichen Ausmaß induzieren. Unter diesen Annahmen beläuft sich der Beschäftigungseffekt im ersten Jahr auf 880 Personen, entsprechend ist für die folgenden beiden Jahre das ausgewiesene Resultat der Variante 1 zu verringern.

#### 4.3.2 Simulationen mit dem Modell MUSEM A81

Um eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen des Modells LIMA/82B zu gewährleisten, wurden für die Berechnungen mit dem Modell MUSEM A81 die Bauinvestitionen ebenfalls exogenisiert und die Importe wiederum in zwei Varianten durchgerechnet.

Die Ergebnisse weisen beim Modell MUSEM A81 für die erste Variante (d.h. den exogenisierten Importen) einen Multiplikator von 1,3 aus, der Beschäftigungseffekt beträgt 825 zusätzlich Beschäftigte im ersten Jahr, 65 und 60 Personen in den jeweiligen Folgejahren.

Bei der Variante 2 reduziert sich der Multiplikator auf 0,76. Dies führt zu einer Ausweitung der Beschäftigten um 555 Personen im ersten Jahr und 60 bzw. 55 Beschäftigten in den beiden folgenden Jahren.

Das Modell MUSEM A81 erlaubt zusätzlich die sektoralen Beschäftigungszuwächse abzuschätzen. Hier zeigt sich, daß bei der Variante 1 knapp 45% der zusätzlichen Beschäftigten auf den Sektor Bauwesen und 35% der Beschäftigten im Sektor Metallverarbeitung anfallen. 4% bis 6% entfallen auf die Sektoren Chemie (ohne Erdöl), Nichtmetall-Mineralien und den öffentlichen Dienst. Die verbleibenden 5% entfallen auf die übrigen Sektoren. Bei der Variante 2 sieht das Bild nur geringfügig anders aus. Hier entfallen 58% der zusätzlich 555 Beschäftigten auf den Sektor Bauwesen, 35% auf den Sektor Metallverarbeitung und je 3% auf die Sektoren Nichtmetall-Mineralien und den öffentlichen Dienst.

### 5. Gegenüberstellung und Bewertung der Ergebnisse

Zwei markante Unterschiede lassen sich aus den berichteten Modellsimulationen aufzeigen. Erstens, die zum Teil aus der Charakteristik der Modelle ableitbaren unterschiedlichen Anpassungsprozesse und zweitens, als Detailergebnis, die unterschiedliche Reaktion bei den Lagerinvestitionen.

	1. Jahr	Variante 1 2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	Variante 2 2. Jahr	3. Jahr
Brutto-Inlandsprodukt, real . . . . .	0,866	0,080	0,010	0,510	0,050	—
Privater Konsum, real . . . . .	0,091	—	—	0,070	—	—
Ausrüstungsinvestitionen, real . . . . .	0,108	—	—	0,065	—	—
Lagerinvestitionen, real . . . . .	—	—	—	—	—	—
Importe, real . . . . .	—	—	—	0,291	—	—
Beschäftigte <sup>1)</sup> . . . . .	0,825	0,065	0,060	0,555	0,060	0,055

Tabelle 12: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines Nachfrageimpulses in Höhe von 1 Mrd. S. Bauinvestitionen, nominell für das Jahr 1982.  
Ergebnisse der Simulationen mit dem Modell MUSEM A 81, in absoluten Differenzen, in Mrd. S.

<sup>1)</sup> in 1 000 Personen

## 1223 der Beilagen

105

Bei der Variante 1 resultiert aus dem Modell LIMA ein Multiplikator von 1,6, aus dem Modell MUSEM ein solcher von 1,3. Der Unterschied liegt hier nahezu ausschließlich in der Differenz der unterschiedlichen Reaktion der Lagerinvestitionen. Während das Modell LIMA eine reale Ausweitung bei den Lagerinvestitionen von 0,12 Milliarden Schilling anzeigt, weist das Modell MUSEM auf Grund der Modellierung mit einem konstanten Lagerkoeffizienten eine nicht signifikante Ausweitung aus. Der Großteil der unterschiedlichen Beschäftigungswirkung ist auf diese Differenz bei den Lagern zurückzuführen.

Bei der Variante 2 (endogene Importe) sind die Unterschiede deutlicher. Der Multiplikator beim Modell LIMA im ersten Jahr beträgt 0,62, beim Modell MUSEM hingegen 0,76. Die Beschäftigungseffekte für die ersten drei Jahre betragen 397, 127 und 50 beim erstgenannten Modell und 555, 60 und 55 Personen beim letztgenannten Modell.

Zusammenfassend können wir somit festhalten, daß die Beschäftigungswirkung einer zusätzlichen Milliarde Schilling nomineller Bauinvestitionen bei der Variante 1 (exogene d.h. gleichbleibende Importe) in der Größenordnung zwischen 1 000 und 1 200 Beschäftigten und bei der Variante 2 (endogene Importe) in der Größenordnung zwischen 560 und 670 zusätzlichen Beschäftigten liegen dürfte. Die spezielle Charakteristik der Bauinvestitionen legt den Schluß nahe, daß die Beschäftigungswirkung sich eher an der oberen Grenze orientieren dürfte, sodaß realistischer Weise von einer Ausweitung der Beschäftigten um 900 bis 1 100 Personen ausgegangen werden kann.

	Baugewerbe	Bauindustrie	Insgesamt
Wohnhaus- und Siedlungsbau .....	1 360	710	1 165
Sonstiger Hochbau .....	1 360	680	1 115
Teilsumme Hochbau .....	1 360	690	1 132
Straßenbau .....	570	570	568
Brückenbau .....	960	460	610
Kraftwerksbau .....	950	710	730
Sonstiger Tiefbau .....	1 140	740	1 000
Teilsumme Tiefbau .....	965	620	775
Adaptierungen .....	1 570	870	1 521
<b>Insgesamt .....</b>	<b>1 245</b>	<b>650</b>	<b>1 000</b>

Tabelle 13: Beschäftigungseffekt pro Mrd. S. Bauinvestitionen in den einzelnen Bausparten.

Die ausgewiesenen Werte sind insofern Durchschnittswerte, als sie den gewogenen Durchschnitt der Beschäftigungswirkung der einzelnen Bausparten darstellen. Diese kann innerhalb der einzelnen Bausparten auf Grund der unterschiedlichen Relation zwischen den Vorleistungen und dem Endprodukt der direkten Effekte nur annähernd abgeschätzt werden. Tabelle 13 soll die diesbezügliche Hintergrundinformation liefern. Die Basis bildet hier die Beschäftigungswirkung einer durchschnittlichen Milliarde Schilling Bauinvestitionen, die hier mit 1 000 angegeben ist. Würde diese Milliarde Schilling in das Baugewerbe fließen, so wären daraus zusätzlich 1 245, würden sie in die Bauindustrie zukommen, so wären zusätzlich 650 Beschäftigte zu erwarten. Der größte Beschäftigungseffekt ergibt sich, wie es aus der Tabelle abzuleiten ist, wenn eine zusätzliche Milliarde Schilling für Adaptierungen in das Baugewerbe gelenkt wird, während der geringste Effekt bei Ausgaben für den Brückenbau eintritt. Diese Beurteilung, und das soll hier besonders unterstrichen werden, bezieht sich ausschließlich auf Beschäftigungseffekte und läßt mögliche andere wirtschaftliche Kriterien außer acht. Allein durch das Aufzeigen der Spanne von 460 bis 1 570 soll jedoch ersichtlich gemacht werden, daß der durchschnittliche Beschäftigungswert nur wenig Aussagekraft besitzt, vielmehr die Kenntnis des begünstigten Bauträgers notwendig ist, um einigermaßen gesicherte Aussagen tätigen zu können.

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT  
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
F. Breuss — E. Walterskirchen

30. März 1982

### Wirkungen des Beschäftigungsprogramms

Bei der Revision der Konjunkturprognose stellte sich auch die Frage nach den Wirkungen des Beschäftigungsprogramms<sup>1)</sup>, wovon ein Teil indessen teilweise Gesetzeskraft erlangt hat. Dabei war erstens zu untersuchen, welche Beschäftigungseffekte in der gegenwärtigen Konjunkturlage eine zusätzliche (Investitions-)Nachfrage in bestimmten Wirtschaftssektoren kurz- oder längerfristig haben könnte. In einem zweiten Schritt mußte versucht werden, die durch das Beschäftigungsprogramm tatsächlich ausgelösten Investitionen zu schätzen.

### Beschäftigungswirkungen einer zusätzlichen Milliarde Schilling

Der erfolgversprechendste Ausgangspunkt zur Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen zusätzlicher Ausgaben ist die Input-Output-(IO)-Tabelle. Nur hier ist die Verteilung der Ausgaben auf Endprodukte und Vorleistungen in den einzelnen Bereichen adäquat berücksichtigt. Die jüngste verfügbare Statistik über die sektoralen Verflechtungen der österreichischen Wirtschaft ist die provisorische Input-Output-Tabelle 1976. Aus der Analyse der detaillierten IO-Tabelle von J. Richter<sup>2)</sup> lassen sich die direkten und indirekten (dh. von den Vorleistungen ausgehenden) Beschäftigungseffekte in den einzelnen Input-Output-(IO)-Bereichen für das Jahr 1976 ablesen. Will man davon auf die Beschäftigungswirkungen im Jahr 1982 schließen, muß man zunächst die seither eingetretenen Produktivitätssteigerungen — die den Beschäftigungseffekt mindern — und die Preissteigerungen berücksichtigen. So entspricht etwa heute eine Bauinvestition von 1 Milliarde Schilling nur einem Wert von 662 Millionen Schilling zu Preisen des Jahres 1976.

Nach diesen Umrechnungen ergibt sich für 1982: Die direkten und indirekten Durchschnittseffekte der Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling betragen alternativ bei Aufträgen an den Hoch- und Tiefbau 2 247, an das Baunebengewerbe 1 964 und an die Investitionsgütererzeuger 2 041 unselbständig Beschäftigte.

Tatsächlich ist die Beantwortung der Frage komplizierter. Denn die Koeffizienten der Input-Outputrechnung beziehen sich auf die durchschnittliche Produktion, hier aber geht es um die zusätzliche Produktion. Die zusätzlichen kurzfristigen Beschäftigungseffekte sind geringer, weil die Beschäftigung nur bedingt reagiert bzw. weil Produktivitätsreserven anzunehmen sind.

Hier wurde unterstellt, daß die Angestellten und der Großteil der Facharbeiter „quasi-fix“ sind, dh. daß ihre Zahl nicht unmittelbar auf Produktionsschwankungen reagiert. Die Hilfs- und Anlernarbeiter sowie ein kleiner Teil der Facharbeiter werden dagegen als variabel angenommen. Im Hoch- und Tiefbau beträgt der Anteil der Fix-Arbeitskräfte etwa ein Drittel, jener der variablen Arbeitskräfte rund zwei Drittel. Das steht auch im Einklang mit den Beschäftigungsfunktionen, die vom WIFO errechnet<sup>3)</sup> wurden. Nach diesen Funktionen steigt bei einer Produktionssteigerung um 1% die Baubeschäftigung im gleichen Jahr um ⅔%. Als Anhaltspunkt dafür, daß in der Bauwirtschaft auf mittlere Sicht kaum Arbeiter gehortet werden, sei die Entwicklung der letzten Jahre angeführt:

Zwischen 1977 und 1981 hat die Wertschöpfung im Hoch- und Tiefbau um 2% abgenommen, die Zahl der Angestellten ist konstant geblieben, die Zahl der Arbeiter ist jedoch um 12% zurückgegangen.

Die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling führt demnach kurzfristig (dh. etwa innerhalb eines Jahres) zu einer Beschäftigung von 1 440 Personen bei Ausgaben für Hoch- und Tiefbau, 1 180 bei Ausgaben im Baunebengewerbe und 1 130 im Investitionsgüterbereich. Damit wurden aber nur die „Primärwirkungen“ erfaßt, dh. die direkten und indirekten Effekte, die sich aus der Produktion ergeben. Dazu kommen Sekundäreffekte, wenn die im Produktionsprozeß geschaffenen Einkommen ausgegeben werden. Diese Sekundärwirkungen lassen sich nur grob schätzen; ihr Ausmaß hängt davon ab, wie ausgabenfreudig die Bezieher der zusätzlichen Einkommen sind. Unter der Annahme spezifischer Konsumneigungen der Einkommensbezieher wurden die Sekundärausgaben für zusätzliche Konsumgüter (Multiplikatoreffekt) geschätzt, wovon mit Hilfe der IO-Tabelle wieder die Beschäftigungseffekte abgeleitet wurden. (Für den zusätzlichen Konsum wurde dabei nur die Differenz zwischen zusätzlichen Einkommen

und entfallenen Arbeitslosengeldern berücksichtigt.) Die Sekundäreffekte betragen im Durchschnitt etwa ein Drittel der Primäreffekte und liegen je nach IO-Bereich zwischen 350 und 500 Beschäftigten pro Milliarde Ausgabe.

Insgesamt (Primär- und Sekundäreffekte) ergeben sich damit folgende alternative Beschäftigungswirkungen der Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling: im Hoch- und Tiefbau 1 890, im Baunebengewerbe 1 650, im Investitionsgüterbereich 1 470 (siehe Übersicht 1). Die Beschäftigungswirkungen sind bei Aufträgen an das Baunebengewerbe vor allem deshalb niedriger, weil die Importquote doppelt so hoch ist wie im Hoch- und Tiefbau. In noch höherem Maß gilt das für die sehr importintensiven Investitionsgüterbereiche.

Zwischen Hoch- und Tiefbau unterscheidet die IO-Tabelle nicht. Zweifellos sind aber die Beschäftigungseffekte im Hochbau höher als im kapitalintensiven Tiefbau, sie dürften im Hochbau um 2 000 liegen. Die Beschäftigungseffekte wirken nur etwa zur Hälfte unmittelbar auf die Beschäftigung im Hochbau, der Rest verteilt sich auf die gesamte Wirtschaft, insbesondere die Vorproduktindustrien (zB die Stahl- und Baustoffindustrie).

Als ein Ergebnis kann festgehalten werden: Gemessen am Beschäftigungseffekt macht es relativ wenig Unterschied, für welche Projekte das Geld verwendet wird. Denn die Unterschiede in den direkten Primäreffekten werden durch die relativ ähnlichen indirekten und sekundären Effekte deutlich eingeebnet.

Die errechneten Beschäftigungseffekte beziehen sich auf den Jahresdurchschnitt. Wenn die Investition ausschließlich auf das zweite Halbjahr entfällt, ist der Beschäftigungseffekt im zweiten Halbjahr weniger als doppelt so groß. Denn anfangs erfolgt die Anpassung an die gestiegene Nachfrage noch über Überstunden und Produktivitätsreserven. Die Beschäftigungseffekte sind zunächst gering und nehmen dann laufend zu.

### Effekte des Beschäftigungsprogramms

Durch das Beschäftigungsprogramm sollten ursprünglich im Jahr 1982 zusätzliche Bauinvestitionen von etwa 5 Milliarden Schilling nachfragewirksam werden. Infolge von Verzögerungen in der gesetzlichen Verankerung des Wohnbauprogramms und der Althausanierung werden 1982 voraussichtlich nur 4 bis 4½ Milliarden Schilling investiert werden (siehe Übersicht 3). Weniger als die Hälfte entfällt davon auf direkte Ausgaben, der Rest soll durch Anreize (Zinsstützungen) induziert werden. Der Vorteil der direkten Investitionen liegt darin, daß sie mit Sicherheit wirken. Ihr Nachteil ist: Das Budget wird sofort relativ stark belastet und vielfach werden mittelfristige Folgekosten für öffentliche Haushalte verursacht. Die Zinszuschüsse (zB für Wohnbaurdarlehen) kosten zunächst relativ wenig, belasten aber das Budget viele Jahre lang, ihr Zusatzeffekt ist unsicherer.

Die direkten Ausgaben betreffen zum größten Teil den Straßenbau. Es wurden 1½ Milliarden Schilling zusätzlich freigegeben. Allerdings wurde der gleiche Betrag auch im Vorjahr zusätzlich zum Budgetvoranschlag bewilligt. Diese Summe reicht somit nur aus, das nominelle Straßenbauvolumen des Vorjahres zu halten. Zieht man die schon im Baugipfel (und auch im letzten Jahr) beschlossenen 1½ Milliarden Schilling für den Straßenbau ab, bleiben Zusatzinvestitionen in der Bauwirtschaft von 2½ Milliarden Schilling bis 3 Milliarden Schilling. Für den Bau des UNO-Konferenzentrums sind 5 Milliarden Schilling veranschlagt, davon dürfte aber nur etwa ¼ Milliarde Schilling im Jahr 1982 (frühestens im Herbst) bauwirksam werden. Darüber hinaus wurden im Rahmen eines Budgetüberschreitungs-gesetzes noch — nachträglich zum Jänner-Programm — 360 Millionen Schilling für den Bundeshochbau bewilligt.

Der Einfluß der Zinsstützungen auf das Investitionsvolumen läßt sich nur schwer abschätzen, weil es Mitnahme- bzw. Verdrängungseffekte geben kann, dh. ein Teil der Investitionen wäre möglicherweise auch ohne die Förderung getätigt worden, bzw. andere (nichtgeförderte) Projekte werden zurückgestellt oder verdrängt. Andererseits können durch die Förderung aber auch „komplementäre“ Ausgaben (Bankdarlehen) angeregt werden. Der wichtigste Punkt dieser geförderten Darlehen ist das Wohnbauprogramm. Der Bund bietet den interessierten Ländern (Wien, Niederösterreich ua.) ein zusätzliches Wohnbauprogramm für 5 000 Wohnungen an, wobei der Zinssatz der am Kapitalmarkt aufgenommenen Darlehen auf 3% heruntergestützt wird. Trotz der bisherigen Verzögerungen im Wohnbauprogramm könnten heuer noch 0,5 bis 1 Milliarde Schilling bauwirksam werden — allerdings nicht vor dem Sommer. Auch vom Programm für Althausanierungen (1 Milliarde Schilling Darlehen zu einem Zinssatz von 6%) dürften infolge von Verzögerungen heuer höchstens 500 Millionen Schilling bauwirksam werden. Eine zusätzliche Milliarde Schilling (Darlehenssumme) wird für Bauinvestitionen im Fremdenverkehr zur Verfügung gestellt. Der entsprechende Budgetansatz für die notwendigen Zinsstützungen wurde bereits erhöht (Budgetüberschreitungs-gesetz: 95 Millionen Schilling), sodaß der Großteil davon heuer bauwirksam werden könnte.

Im Bereich der Bauwirtschaft (vor allem im Wohnbau) ist anzunehmen, daß die Mitnahme(bzw. Verdrängungs)effekte gering sind. Denn hier sind die hohen Zinsen tatsächlich ein entscheidender Hemmschuh für die Investitionstätigkeit. Gemessen an den notwendigen Budgetausgaben sind die zusätzlichen Nachfrage- und Beschäftigungseffekte im Wohnbau sehr hoch. Die Privatinitiative, die derzeit durch hohe Zinsen und Engpässe an Bausparmitteln behindert ist, kann hier durch (relativ geringe) Zinsstützungen geweckt werden.

Im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen hingegen dürften die Anreize (zB Investitionsprämien) geringere Zusatzeffekte bewirken, weil hier Kapazitätsauslastung und Umsatz sowie technische Faktoren als Bestimmungsgründe gegenüber den Kapitalkosten im Vordergrund stehen und sehr häufig Mitnahmeeffekte auftreten. Auf mittlere Sicht verbessern die zusätzlichen Investitionen allerdings die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die bereits beschlossenen Investitionsprämien (6% der Anschaffungs- und Herstellungskosten für bewegliche Anlagegüter, 3% für bestimmte Kraftfahrzeuge) betreffen im Jahr 1982 voraussichtlich ein Investitionsvolumen von 15 bis 18 Milliarden Schilling. Es ist auf Grund internationaler und österreichischer Erfahrungen anzunehmen, daß der weit überwiegende Teil Mitnahmeeffekte sind. Das gleiche gilt für die Top-Aktion, die erhöhten Zinszuschüsse und die Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Der Zusatzeffekt dürfte etwa in der Größenordnung von 10% des geförderten Investitionsvolumens liegen, also bei etwa 1 bis 2 Milliarden Schilling, Investitionsfunktionen ergeben etwas geringere Effekte (½ Milliarde Schilling durch „user cost“-Veränderung), die jedoch zu niedrig erscheinen. Unternehmerbefragungen in der Bundesrepublik Deutschland lassen einen Zusatzeffekt von 2 Milliarden Schilling — bei einem Steueranfall von 1 Milliarde Schilling — möglich erscheinen<sup>4)</sup>.

Das Beschäftigungsprogramm dürfte also im Jahr 1982 zusätzliche Investitionen von rund 5 bis 6½ Milliarden Schilling bewirken, davon 4 bis 4½ Milliarden Schilling Bauinvestitionen und 1 bis 2 Milliarden Schilling Ausrüstungsinvestitionen. Wenn man dieses Investitionsvolumen mit den entsprechenden Beschäftigungseffekten in den einzelnen Bereichen multipliziert, ergibt sich eine Beschäftigungswirkung in der Größenordnung von rund 10 000 Beschäftigten. Zieht man 1½ Milliarden Schilling Straßenbauinvestitionen ab, für die es auch im Vorjahr eine Ermächtigung in gleicher Höhe gab, dann entsteht eine Beschäftigungswirkung von etwa 7 500 Beschäftigten. In diesen Berechnungen sind die 500 Millionen Schilling für die verstaatlichte Industrie und die 300 Millionen Schilling für die Länderbank nicht enthalten. Die Beschäftigungswirkungen des UNO-Konferenzentrums sind in der Anlaufphase 1982 bei Ausgaben von 200 bis 300 Millionen Schilling noch relativ gering (etwa 500 Beschäftigte bezogen auf den Jahresdurchschnitt 1982). Da diese Investitionen praktisch ausschließlich im 2. Halbjahr anfallen, ist der Beschäftigungseffekt im 2. Halbjahr fast doppelt so groß (also fast 1 000 Beschäftigte durch die Ausgaben für das UNO-Konferenzzentrum). Ähnliches gilt für das Wohnbau- und Althausanierungsprogramm. Im Jahr 1983 ist mit Investitionen für das UNO-Konferenzzentrum von rund 600 bis 700 Millionen Schilling zu rechnen, wodurch insgesamt etwa 1 000 bis 1 500 Arbeitskräfte beschäftigt werden, also im Jahresdurchschnitt fast 1 000 zusätzlich.

Die hier errechneten Beschäftigungseffekte beziehen sich auf den zeitlichen Nahbereich. Nach mindestens einem Jahr werden weitere Wirkungen folgen (wenn das Bauvolumen auf dem gleichen Niveau bleibt): Die höheren Umsätze werden die Kapazitätsauslastung steigern und damit auch zu höheren Investitionen führen. Die Auslastung der Angestellten, Facharbeiter und gewerblichen Selbständigen läßt sich gleichfalls nicht unbegrenzt steigern, bei fortgesetzter Investition werden sich also auch hier zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten ergeben. Es wird jedoch länger Zeit dauern und von der allgemeinen Konjunktur-entwicklung abhängen, bis diese Wirkungen durchschlagen. Auf mittlere Sicht darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Zinsen für die geborgten Gelder den Budgetspielraum weiter einengen. Ein Einfluß der Kreditaufnahmen des Bundes auf das Zinsniveau in Österreich kann dagegen vernachlässigt werden. Dieses wird primär durch das ausländische Zinsniveau bestimmt.

#### Fußnoten:

<sup>1)</sup> Siehe hierzu auch „Wirtschaftschronik“ in diesem Heft.

<sup>2)</sup> Siehe J. Richter, Strukturen und Interdependenzen der österreichischen Wirtschaft, Ergebnisse der provisorischen Input-Output-Tabelle 1976, Wien 1981.

<sup>3)</sup> M. Czerny-Zinegger, Beschäftigungs- und Produktionsentwicklung in der Bauwirtschaft, WIFO-Monatsberichte 2/1982, S. 87 ff.

<sup>4)</sup> Siehe dazu IFO-Schnelldienst 34/1981, S. 6.

## 1223 der Beilagen

109

**Anhang****Berechnungsmethode:**

Die Berechnungen beruhen auf der provisorischen Input-Output-Tabelle 1976 (J. Richter: Strukturen und Interdependenzen der österreichischen Wirtschaft, Schriftenreihe der Bundeswirtschaftskammer, Heft 41, Wien 1981).

**Deflationierung:**

1 Milliarde Schilling Investitionsausgaben 1982 wurde auf Preisbasis 1976 umgerechnet, indem die Deflatoren für die Bauinvestitionen für die Input-Output-Bereiche (IO-Bereiche) 38 und 39 verwendet wurden. Die Preise stiegen von 1976 bis 1982 um 51%, dh. der Wert von 1 Milliarde Schilling Investitionen im Jahr 1982 ist  $1/1.51 = 0,662$  Milliarden Schilling zu Preisen 1976.

Für die Deflationierung der Ausrüstungsinvestitionen wurden gesonderte Deflatoren für den IO-Bereich 20 (Preissteigerung 29%, dh.  $1/1.29 = 0,775$  Milliarden Schilling zu Preisen 1976), den IO-Bereich 26 (Preissteigerung 24%, dh.  $1/1.24 = 0,806$  Milliarden Schilling zu Preisen 1976) und für den IO-Bereich 30 (Preissteigerung 28%, dh.  $1/1.28 = 0,781$  Milliarden Schilling zu Preisen 1976) herangezogen.

**Beschäftigungswirkungen**

Die primären Beschäftigungswirkungen betragen laut IO-Tabelle (Richter, S. 94) für die einzelnen IO-Bereiche:

IO-Bereiche	Insgesamt		direkt			indirekt	
	original	korr.	original	korr.	original	korr.	
38 Hoch- und Tiefbau	3 659	3 395	2 628	2 479	1 031	0 916	
39 Baunebengewerbe	3 217	2 967	1 942	1 834	1 275	1 133	
20 Maschinen	2 921	2 489	1 925	1 604	0 996	0 885	
26 E-Motoren	3 755	3 056	2 143	1 624	1 612	1 432	
30 KFZ	2 841	2 507	1 575	1 382	1 266	1 125	

Die Beschäftigungskoeffizienten sagen aus, wie viele unselbständig Beschäftigte zur Erzeugung einer Einheit (1 Million Schilling) inländischer Produktion in den genannten IO-Bereichen notwendig sind.

Da seit 1976 die Produktivität zugenommen hat, müssen die ursprünglichen Beschäftigungseffekte um diesen Effekt verkleinert werden. Das geschieht dadurch, daß man die Produktivitätssteigerung in der Bauwirtschaft (Arbeitsproduktivität = Wertschöpfung des Bauwesens, real/Erwerbstätige; von 1976 bis 1982 jährlich um rund 1% gewachsen, dh.  $1/1.06 = 0,9434$ ) und in den drei IO-Bereichen der Ausrüstungsinvestitionen (IO-Bereich 20 =  $1/1.20 = 0,83$ ; IO-Bereich 26 =  $1/1.32 = 0,758$ ; IO-Bereich 30 =  $1/1.14 = 0,877$ ) für die Korrektur der ursprünglichen direkten Beschäftigungskoeffizienten verwendet. Die indirekten Beschäftigungseffekte wurden mit Hilfe der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ( $1/1.12558 = 0,8884$ ) korrigiert.

Aus der Multiplikation von realen Investitionsausgaben (zu Preisen 1976) und korrigierten Beschäftigungskoeffizienten ergeben sich die durchschnittlichen Primäreffekte (Übersicht 1).

**Kurzfristige Beschäftigungseffekte**

Die Effekte einer zusätzlichen Beschäftigung wurden unter folgender Annahme errechnet: Das Verhältnis von „variablen“ Arbeitern zur Gesamtzahl der Beschäftigten gibt an, wie stark der Effekt der zusätzlichen Beschäftigung sein wird. Damit unterstellt man, daß es einen Teil der Beschäftigten gibt, der leichter kündbar ist (Hilfs- und Anlernarbeiter sowie ein Drittel der Facharbeiter = „flexibler“ Teil der Beschäftigten) als ein anderer (= Angestellte und zwei Drittel der Facharbeiter, die auf Produktionsschwankungen wenig reagieren und in den Betrieben gehalten werden = „fixer“ Teil der Beschäftigten). Der „Anteil der variablen Arbeiter an den Gesamtbeschäftigten“ ist wieder ein gewogenes Mittel aus direktem Verhältnis in der Bauwirtschaft (IO 38 = 66%, IO 39 = 60%) und dem indirekten Verhältnis (in der Gesamtwirtschaft = 60%; Gewichte wie bei der „Brutto-Lohnquote“) (Übersicht 2). Durch Multipli-

kation der durchschnittlichen Primäreffekte mit dem „Anteil der variablen an den Gesamtbeschäftigten“ erhält man die kurzfristigen Zusatzprimäreffekte (Übersicht 1).

### Sekundäreffekte

Wenn 1 Milliarde Schilling für Investitionen 1982 ausgegeben wird, erhöht sich die Wertschöpfung im Inland infolge der importierten Vorleistungen um weniger als 1 Milliarde Schilling. Die entsprechenden Wertschöpfungsmultiplikatoren (Richter, S. 90) betragen für die IO-Bereiche: 30 = 0,914, für 39 = 0,812, für 20 = 0,746, für 26 = 0,764 und für 30 = 0,811 (Übersicht 2).

In der Folge wird die zusätzliche Wertschöpfung auf Einkommen der Unselbständigen und der Selbständigen sowie auf Steuern verteilt. Von den zusätzlichen Einkommen werden dann die Konsumausgaben berechnet und der davon ausgehende zusätzliche Beschäftigungseffekt.

Die Brutto-Lohnquote basiert auf dem Betriebszensus 1976 und der Industriestatistik 1976 und ergibt sich aus Personalaufwendungen dividiert durch Netto-Produktionswert. Die für die Berechnung verwendete Brutto-Lohnquote ist ein gewogenes Mittel aus einer direkten Quote in der Bauwirtschaft (IO 38 = 75%, IO 39 = 70%) und der indirekten Quote (aus der Gesamtwirtschaft = 55%). Die Gewichte stammen aus dem Verhältnis der direkten zu den Gesamtprimäreffekten (aus Übersicht 1, also für IO 38 = 73%, für IO 39 = 62%). Wird das Verhältnis von Netto-Lohn zu Brutto-Lohn der Industriearbeiter im Jahre 1976 (= 80%) berücksichtigt, so erhält man die Netto-Lohnquote (IO 38:  $70 \times 80 = 56\%$ ; IO 39:  $64 \times 80 = 51\%$ ; IO 20:  $77 \times 80 = 62\%$ ; IO 26:  $61 \times 80 = 49\%$ ; IO 30:  $77 \times 80 = 62\%$ ; für die IO-Bereiche 20, 26 und 30 würde nicht unterschieden zwischen direkter und indirekter Brutto-Lohnquote, da angenommen wurde, daß die Vorleistungsindustriezweige ähnliche Quoten aufweisen wie die Industriezweige von IO 20, 26 und 30). Netto-Lohnquote mal Wertschöpfung ergibt die durchschnittliche Netto-Lohnsumme (Übersicht 2).

Aus der Multiplikation von „durchschnittlicher Netto-Lohnsumme“ mit dem „Anteil der variablen Arbeiter an den Gesamtbeschäftigten“ erhält man die zusätzliche Netto-Lohnsumme. Ein Teil der zusätzlich Beschäftigten wäre sonst arbeitslos (Annahme =  $\frac{2}{3}$ ). Da diese Beschäftigten sonst Arbeitslosengeld bezogen hätten (Annahme 50% des aktiven Nettolohnes), wird die zusätzliche Netto-Lohnsumme um diesen Effekt verringert (= „Zusätzliche Netto-Lohnsumme, vermindert um entfallene Arbeitslosengelder“).

Weiters wurde angenommen, daß von der Wertschöpfung etwa 30% für Steuern uä. abzuziehen sind, um auf die Unternehmereinkommen zu kommen. Diese enthalten hier auch zusätzliche Überstundenlöhne, die im Zuge der steigenden Produktion anfallen. Werden von der „Wertschöpfung“ die „zusätzliche Netto-Lohnsumme“ und die „Steuern“ abgezogen, so erhält man als „Rest“ die zusätzlichen Netto-Unternehmereinkommen (einschließlich Überstundenlöhne).

Den „zusätzlichen Konsum“ ermittelt man durch, daß man die „zusätzliche Netto-Lohnsumme vermindert um entfallene Arbeitslosengelder“ mit einer Konsumquote von 95% und jene der „Rest“ (bzw. Unternehmer)einkommen mit unterschiedlichen Konsumquoten multipliziert (IO 38 = 40%, IO 39 = 60%, IO 20, 26 und 30 = 33%; hierin wurde auch berücksichtigt, daß im „Rest“ auch Überstundenlöhne enthalten sind). Die Summe ergibt den „zusätzlichen Konsum“ zu Preisen 1982. Durch Deflationierung mit dem Deflator des privaten Konsums (1982 = 137,7) erhält man den „zusätzlichen Konsum“ zu Preisen 1976.

Der zusätzliche Konsum, der sich aus den Ausgaben der durch den Investitionsstoß direkt und indirekt Beschäftigten ergibt, wurde noch um einen gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekt erweitert, da angenommen werden muß, daß die zusätzlichen Konsumausgaben weitere Konsumausgaben der in den Konsumgütersektoren betroffenen Beschäftigten auslösen. Der Multiplikator wurde hier mit 1,33 festgesetzt (=  $1/[1-C]$ ; wobei  $C = 0,25$  die marginale Konsumneigung ist).

Der Beschäftigungskoeffizient des privaten Konsums (Richter, S. 84) von 2,61 wurde wieder um das Produktivitätswachstum der Gesamtwirtschaft (BIP/Erwerbstätigen) von 12,6% zwischen 1976 und 1982, also  $1/1,12558 = 0,8884$  vermindert, wodurch er 2,32 beträgt. Er wurde weiters mit dem „Anteil der variablen Arbeiter an den Gesamtbeschäftigten“ (Annahme, im Konsumgütersektor 60%) multipliziert, um so die sekundären Beschäftigungseffekte durch zusätzlichen privaten Konsum zu erhalten ( $2,32 \times 0,60 = 1,39$ ).

Die in Übersicht 2 errechneten sekundären Beschäftigungseffekte wurden in Übersicht 1 den Primäreffekten zugeschlagen (gerundet) und beziehen sich auf den Jahresdurchschnitt.



**Beschäftigungsprogramm der Regierung**

	Zusätzliches Investitions- volumen 1982 (Schätzung)	Zusätzliche Beschäftigung (gerundet)
Straßenbau-Zusatzinvestitionen .....	1,5 Mrd. S	2 500
UNO-Konferenzzentrum + Bundes-Hochbau .....	0,5 Mrd. S	1 000
Wohnbauprogramm .....	0,5 bis 1 Mrd. S	1 000—2 000
Althausanierung .....	0,5 Mrd. S	500—1 000
Bauinvestitionen im Fremdenverkehr .....	1 Mrd. S	2 000
<b>Zusatzinvestitionen in der Bauwirtschaft .....</b>	<b>4 bis 4,5 Mrd. S</b>	<b>7 000—8 500</b>
ohne Straßenbau .....	2,5 bis 3 Mrd. S	4 500—6 000
<b>Zusätzliche Ausrüstungsinvestitionen <sup>1)</sup> .....</b>	<b>1 bis 2 Mrd. S</b>	<b>1 500—3 000</b>
<b>Insgesamt ...</b>	<b>5 bis 6,5 Mrd. S</b>	<b>8 500—11 500</b>
ohne Straßenbau ...	3,5 bis 5 Mrd. S	6 000—9 000

<sup>1)</sup> Durch Investitionsprämie und andere Anreize induziert.

**BESCHÄFTIGUNGSWIRKUNGEN  
DES KONFERENZZENTRUMS**  
von Helmut Frisch — Andreas Wörgötter  
Technische Universität Wien

**Beschäftigungswirkungen des Konferenzzentrums<sup>1)</sup>**  
(Helmut Frisch — Andreas Wörgötter)

- I. Einleitung
- II. Zur Methode der Berechnungen
- III. Abschätzung der Beschäftigungswirkungen
- IV. Andere Untersuchungen zur Beschäftigungswirkung des Konferenzzentrums
- V. Zusammenfassung

### I. Einleitung

Die österreichische Bundesregierung hat am 11. Jänner 1982 die Errichtung eines Konferenzzentrums bei der Wiener UNO-City beschlossen. Die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung liegt nun darin abzuschätzen, welchen Beitrag diese Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung leisten kann. Im folgenden geht es daher ausschließlich um die Frage, welche Beschäftigungswirkungen von der Errichtung dieses Konferenzzentrums zu erwarten sind. Die Auswirkungen des laufenden Betriebs werden nicht untersucht.

Im nächsten Abschnitt beschreiben wir die theoretische Methode, die unseren Berechnungen zugrunde liegt. Es handelt sich dabei um eine Kombination der Input-Output-Analyse und des Keynes'schen Multiplikators. Im Anschluß daran werden die Berechnungen der Beschäftigungswirkungen durchgeführt. Im vierten Abschnitt dieser Arbeit beschäftigen wir uns mit den bereits vorliegenden Untersuchungen zu dieser Problemstellung. Dabei wird näher auf das Gutachten von Prof. Tichy im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung, die IHS-Studie im Auftrag der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei sowie die Untersuchung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung eingegangen. Eine zusammenfassende Darstellung der Beschäftigungswirkungen des Konferenzzentrums sowie seiner Eignung als Maßnahme zur Stabilisierung der Beschäftigung bildet den Abschluß dieser Arbeit.

### II. Zur Methode der Berechnungen

In diesem Abschnitt wird schematisch beschrieben, auf welche Weise die mit der Errichtung des Konferenzzentrums verbundenen Beschäftigungswirkungen ermittelt werden. Die entsprechenden Berechnungen werden dann im Abschnitt III durchgeführt.

Die vom Konferenzzentrum ausgehenden Beschäftigungsimpulse zerfallen in zwei Teile. Der **primäre Beschäftigungseffekt** bezieht sich unmittelbar auf die Errichtung des Konferenzzentrums selbst und erfasst Arbeitskräfte, die entweder in mit entsprechenden Aufträgen betrauten Firmen beschäftigt sind (**direkter Beschäftigungseffekt**) oder für die Erstellung von Vorleistungen bzw. Zulieferungen an diese Firmen arbeiten (**indirekter Beschäftigungseffekt**). Die Summe aus direktem und indirektem Beschäftigungseffekt wird als primärer Beschäftigungseffekt bezeichnet, der noch um einen Sekundäreffekt zu ergänzen ist. Dieser entsteht dadurch, daß die Beschäftigten Einkommen beziehen, die sie wiederum ausgeben und dadurch weitere Beschäftigungseffekte auslösen. Der **sekundäre Beschäftigungseffekt** entspricht dem herkömmlichen Multiplikatoreffekt einer Erhöhung der Staatsausgaben.

In Abb. 1 wird diese Gliederung der Beschäftigungseffekte veranschaulicht.

<sup>1)</sup> Diese Untersuchung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen erstellt. Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch ist Vorstand des Instituts für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Wien, Dr. Andreas Wörgötter ist Universitätsassistent am selben Institut.

## Gliederung der Beschäftigungswirkungen

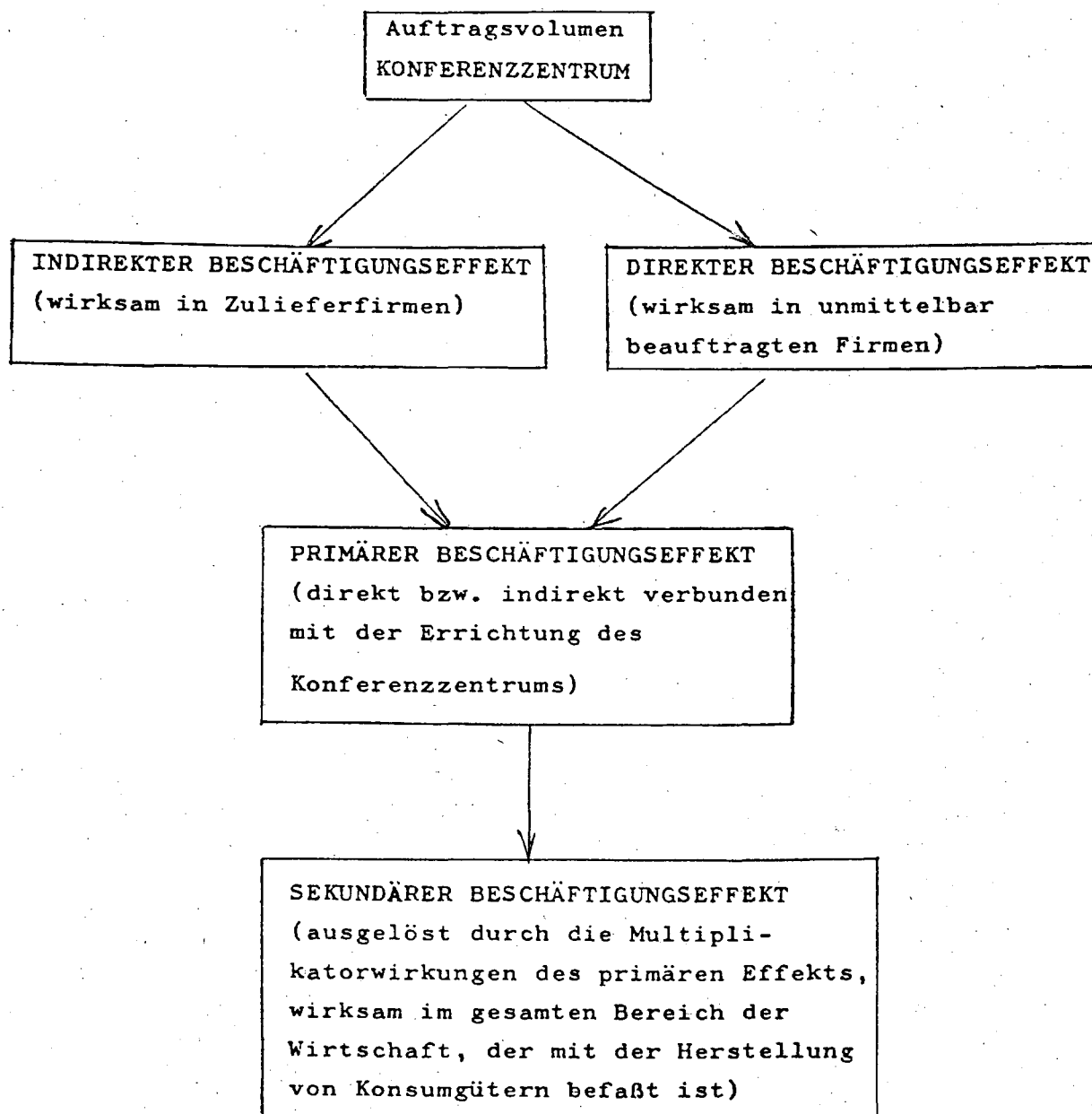


Abbildung 1

**Primäre Beschäftigungswirkungen**

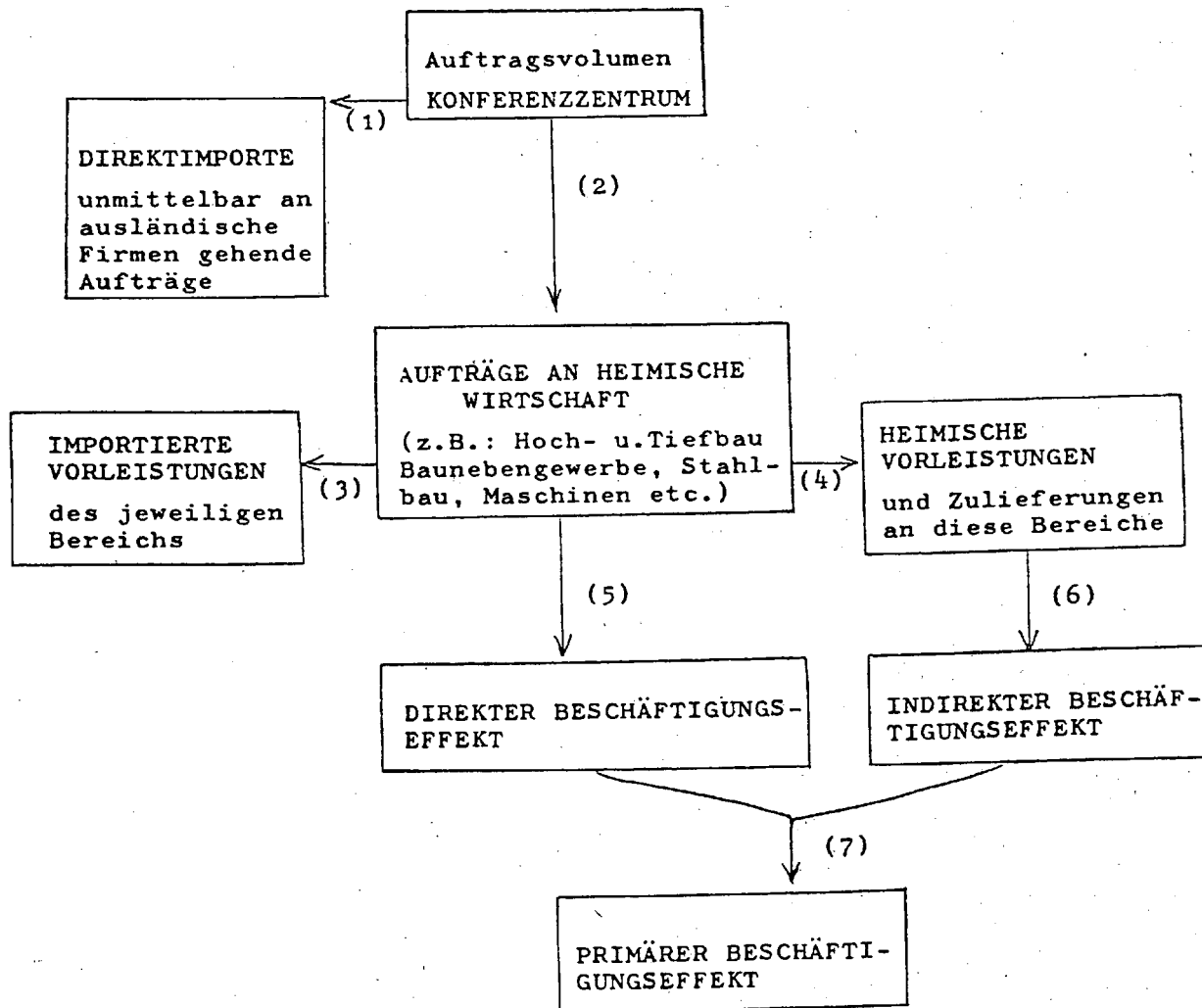


Abbildung 2

Der **primäre Beschäftigungseffekt** wird mit Hilfe der Input-Output-Analyse abgeschätzt. Eine Input-Output-Analyse spiegelt die Produktionsverflechtungen einer Wirtschaft wieder. Sie gibt an, aus welchen Bereichen Vorleistungen bezogen werden müssen, damit zB die Bauwirtschaft eine bestimmte Produktion erstellen kann.

Diese Informationen werden mit den Beschäftigungskoeffizienten, die angeben, wie viele Arbeitskräfte je Produktionseinheit benötigt werden, kombiniert und ermöglichen die Zuordnung der direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen, die von bestimmten Sektoren der Wirtschaft ausgehen.

Zur näheren Erläuterung dieser Vorgangsweise beziehen wir uns auf die Abbildung 2.

Die Auftragssumme, die für das Konferenzzentrum zu veranschlagen ist, zerfällt in Lieferungen ausländischer Firmen (1) und Aufträge an inländische Unternehmungen (2). Damit die heimischen Firmen diese Leistungen erbringen können, müssen sie Vorleistungen bzw. Zulieferungen in Anspruch nehmen, die wiederum in eine inländische (4) bzw. ausländische (3) Komponente zerfallen. Damit zB die Bauwirtschaft Leistungen in der Höhe von 1 Milliarde Schilling erbringen kann, muß sie zirka 440 Millionen Schilling Vorleistungen beziehen, die zu einem kleinen Teil aus dem Ausland stammen (65 Millionen Schilling). Inländische Vorleistungen bezieht die Bauwirtschaft, pro 1 Milliarde Schilling Bauproduktionsleistung, vor allem aus den Bereichen Steine, Erden und Zement (82 Millionen Schilling), Chemie (31 Millionen Schilling), Eisen und Stahlerzeugung (36 Millionen Schilling), Handel und Verleih (69 Millionen Schilling), sowie Banken und Versicherungen (22 Millionen Schilling).

Der **direkte Beschäftigungseffekt** (5) fällt nun in allen Bereichen der österreichischen Wirtschaft an, die Aufträge für die Errichtung des Konferenzzentrums erhalten. **Indirekte Beschäftigungseffekte** (6) ergeben sich in den Bereichen, die Vorleistungen für die direkt am Konferenzzentrum beteiligten Firmen erbringen. Beide Beschäftigungseffekte zusammen (7) ergeben den primären Beschäftigungseffekt. Damit sind die unmittelbaren Auswirkungen des Konferenzzentrums auf die Beschäftigung abgedeckt.

An dieser Stelle soll nicht verabsäumt werden auf zwei wesentliche Annahmen hinzuweisen, die bei der Anwendung der Input-Output-Analyse gemacht werden müssen. Zum ersten muß davon ausgegangen werden, daß die Produktionstechnologie für das Konferenzzentrum, die sich einerseits in den Vorleistungsverflechtungen und andererseits in den Beschäftigungskoeffizienten niederschlägt, in der Input-Output-Tabelle repräsentativ abgebildet ist. Nun liegt die Input-Output-Tabelle, die als Grundlage für die Berechnungen der primären Beschäftigungseffekte dient, nur auf einer relativ hohen Aggregationsstufe vor. ZB wird nicht zwischen Hoch- und Tiefbau differenziert. Dadurch besteht die Möglichkeit, daß einzelne Beschäftigungseffekte über- bzw. unterschätzt werden. Ein Vergleich mit einer amerikanischen Studie<sup>1)</sup>, die sich auf eine sehr stark disaggregierte Input-Output-Tabelle bezieht, zeigt jedoch, daß Fehlschätzungen im wesentlichen bei der Aufteilung des primären Beschäftigungseffektes auf die direkte bzw. indirekte Komponente auftreten, während der Gesamteffekt durch eine höhere Aggregationsstufe relativ unbeeinflusst bleibt. Es ist daher anzunehmen, daß unsere Berechnungen, soweit sie sich auf den gesamten primären Beschäftigungseffekt beziehen, in ihrer Aussagekraft nicht wesentlich durch den hohen Aggregationsgrad beeinträchtigt werden.

Zum zweiten beziehen sich die Beschäftigungswirkungen, die aus der Input-Output-Tabelle berechnet werden, auf Durchschnittswerte. Damit wird unterstellt, daß Produktionsänderungen sofort beschäftigungswirksam werden, wobei sich bei gleichbleibender Technologie eine Beschäftigungselastizität von Eins ergibt. Bei einer kurzfristigen Betrachtungsweise müßte man davon ausgehen, daß die Unternehmen einerseits Arbeitskräfte horten bzw. unterschiedliche Beschäftigungsklassen (Angestellte, Facharbeiter, Hilfsarbeiter) unterschiedlich rasch an Produktionsänderungen angepaßt werden.<sup>2)</sup>

Die Errichtung des Konferenzzentrums wird etwa vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen. Man kann daher davon ausgehen, daß innerhalb dieses Zeitraums auch alle mittelfristigen Beschäftigungswirkungen zum Tragen kommen. Darüber hinaus kann man annehmen, daß die berechneten Beschäftigungswirkungen teilweise bereits vor Inkrafttreten der entsprechenden Aufträge wirksam werden: Kann eine Firma für die Zukunft mit Aufträgen rechnen, so wird sie ihre Beschäftigung nicht vollständig einer augenblicklichen niedrigeren Kapazitätsauslastung anpassen. Da das Hauptziel dieser Untersuchung in der Abschätzung

<sup>1)</sup> Robert Ball: Employment created by construction expenditures. Monthly Labor Review, December 1981.

<sup>2)</sup> M. Czerny-Zinegger: (Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung in der Bauwirtschaft. Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 2/1982) schätzte die Beschäftigungswirkungen einer 1%igen Produktionssteigerung auf 0,66% im selben Jahr und 0,28% ein Jahr später. Gerade in der augenblicklichen Konjunktursituation ist nicht zu erwarten, daß die Unternehmer eine wesentliche Arbeitskraftreserve gehortet haben. Nach den Berichten zur Konjunkturlage des Wirtschaftsforschungsinstituts 12/1981 und 3/1982 wurde vielmehr die Beschäftigung in verstärktem Ausmaß der gesunkenen Kapazitätsauslastung angepaßt.

des gesamten Beschäftigungseffektes der Errichtung des Konferenzentrums liegt, stellt auch die Verwendung der durchschnittlichen Beschäftigungswirkungen keine wesentliche Einschränkung für unsere Berechnungen dar.

Im folgenden beschäftigen wir uns mit den bereits in Abb. 1 angesprochenen **sekundären Beschäftigungswirkungen**. Diese resultieren daraus, daß Einkommen, die im Laufe der Errichtung des Konferenzentrums entstehen, ausgegeben und wieder nachfragewirksam werden.

Vor Beschreibung des Multiplikatorprozesses ist festzulegen, welcher Einkommensimpuls dem sekundären Beschäftigungseffekt zugrunde gelegt wird. Hier gehen wir davon aus, daß die Sektoren der Wirtschaft, die hauptsächlich an der Errichtung des Konferenzentrums beteiligt sind (Bauwirtschaft, Maschinen-, Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie), sich in einer Stagnationsphase befinden und daher ihre Kapazitäten nicht durch zusätzliche Nettoinvestitionen ausdehnen werden.<sup>1)</sup> Wir nehmen daher an, daß von den Einkommen, die im Laufe der Errichtung des Konferenzentrums entstehen, nur die Lohn- und Gehaltseinkommen ausgabenwirksam werden; die Konsumausgaben aus Gewinneinkommen vernachlässigen wir.

Der sekundäre Beschäftigungseffekt, der durch diesen Einkommensimpuls ausgelöst wird, kann anhand der Abbildung 3 näher studiert werden.

Ausgangspunkt für den sekundären Beschäftigungseffekt ist die durch den primären Beschäftigungseffekt induzierte Bruttolohn- und Gehaltssumme (1), der das durchschnittliche Einkommen je unselbständig Erwerbstätigen zugrunde gelegt wurde. Davon sind alle Steuern und Sozialabgaben (3) abzuziehen. Der verbleibende Rest wird entweder gespart (2) oder für private Konsumzwecke verwendet (4). Ein Teil der Konsumausgaben fließt über Importe (5) ins Ausland, der andere Teil wird im Inland nachfragewirksam (6). Zur Produktion der nachgefragten inländischen Konsumgüter sind Arbeitskräfte (7) notwendig. Gleichzeitig entstehen damit wieder Einkommen (8). Die im Produktionsprozeß angelaufenen Abschreibungen (9) müssen — um den Kapitalstock konstant zu halten — reinvestiert werden, wodurch neuerlich Arbeitskräfte beschäftigt werden müssen. Nach Berücksichtigung der Abschreibungen kann der verbleibende Zuwachs des Volkseinkommens (11), das aus Löhnen und Gewinnen besteht, nach Abzug der Steuern und Sozialausgaben (14) wieder für Ersparnisse (12) bzw. den privaten Konsum (13) verwendet werden. Die inländische Komponente des neuerlichen Zuwachses an privaten Konsumausgaben zieht wieder einen Beschäftigungseffekt nach sich, und der Kreislauf beginnt von neuem. Nach jedem Durchlauf werden die Einkommenszuwächse kleiner, bis sie schließlich vernachlässigbar werden. Die Summe, der in diesem Kreislauf ausgelösten Beschäftigungswirkungen, bildet schließlich den sekundären Beschäftigungseffekt.

Analytisch kann der Multiplikatorprozeß durch folgendes Gleichungssystem dargestellt werden.

$$(1) \Delta Y = \Delta PK + \Delta A - \Delta Im - \Delta Ab$$

Bei exogenen Exporten, Staatsausgaben und Investitionen zerfällt die Veränderung des Volkseinkommens ( $\Delta Y$ ) in die Veränderung des endogenen privaten Konsums ( $\Delta PK$ ) und den durch den primären Beschäftigungseffekt ausgelösten Zuwachs des Konsums ( $\Delta A$ ), wobei die daraus resultierenden Zuwächse der Importe ( $\Delta Im$ ) und Abschreibungen ( $\Delta Ab$ ) abzuziehen sind.

$$(2) \Delta PK = c_v \cdot \Delta Y$$

Ein Zuwachs des Volkseinkommens führt zu einer Erhöhung des privaten Konsums. Die Konsumneigung ( $c_v$ ) ist gleich Eins minus der Sparneigung und der Steuerquote. Steigt das Einkommen also um eine Einheit, so steigt der Konsum nur um Eins vermindert um die zusätzlichen Steuern und Ersparnisse.

$$(3) \Delta Im = (1 - m_w) \Delta PK$$

Die Konsumausgaben werden nur zum Teil im Inland einkommenswirksam. Der Rest wird importiert und vermindert das Volkseinkommen entsprechend. Der Wertschöpfungsmultiplikator  $m_w$  kann über die Input-Output-Tabelle errechnet werden und gibt den Zuwachs an heimischer Wertschöpfung bei einer Erhöhung der Konsumausgaben an. Der Koeffizient  $(1 - m_w)$  gibt die (direkte und indirekte) Importneigung des privaten Konsums an.

$$(4) \Delta Ab = a_{m_w} \Delta PK$$

Die bei der Erzeugung der inländischen Konsumgüter entstandene Abschreibung muß reinvestiert werden, um den Kapitalstock konstant zu halten. Die Größe  $m_w \Delta PK$  steht für die Zunahme der inländi-

<sup>1)</sup> Von möglichen, die Beschäftigung zusätzlich stimulierenden Akzeleratorwirkungen (dh. durch den Auslastungszuwachs notwendige Kapazitätserweiterungen) sehen wir also ab.

schen Wertschöpfung; a bringt den konstanten Abschreibungssatz zum Ausdruck. Setzt man für  $\Delta PK$ ,  $\Delta Im$  und  $\Delta Ab$  in Gleichung (1) die Gleichungen (2)–(4) ein und löst nach  $\Delta Y$  auf, so erhält man folgende Beziehung:

$$(5) \Delta Y = \frac{1A}{1 - c_y(1-a) \cdot m_w} \Delta A = m \cdot \Delta A$$

Der Multiplikator m gibt an, wie viele zusätzliche Ausgaben durch eine Erhöhung autonomer Ausgaben induziert werden. Der sekundäre Beschäftigungseffekt setzt sich dann aus den für die Erzeugung inländischer Konsumgüter sowie die Reinvestition der dadurch entstandenen Abschreibungen notwendigen Arbeitskräften zusammen. Man erkennt, daß der Multiplikator umso größer ist, je größer die Konsumneigung  $c_y$  ist und je stärker die heimische Wertschöpfung auf eine Konsumsteigerung reagiert ( $m_w$ ).

Im nächsten Abschnitt führen wir die Berechnungen der Beschäftigungseffekte anhand der konkreten Zahlen, die für das Konferenzzentrum vorliegen, mit den oben beschriebenen Methoden durch.

**Sekundärer Beschäftigungseffekt**  
(Multiplikator)

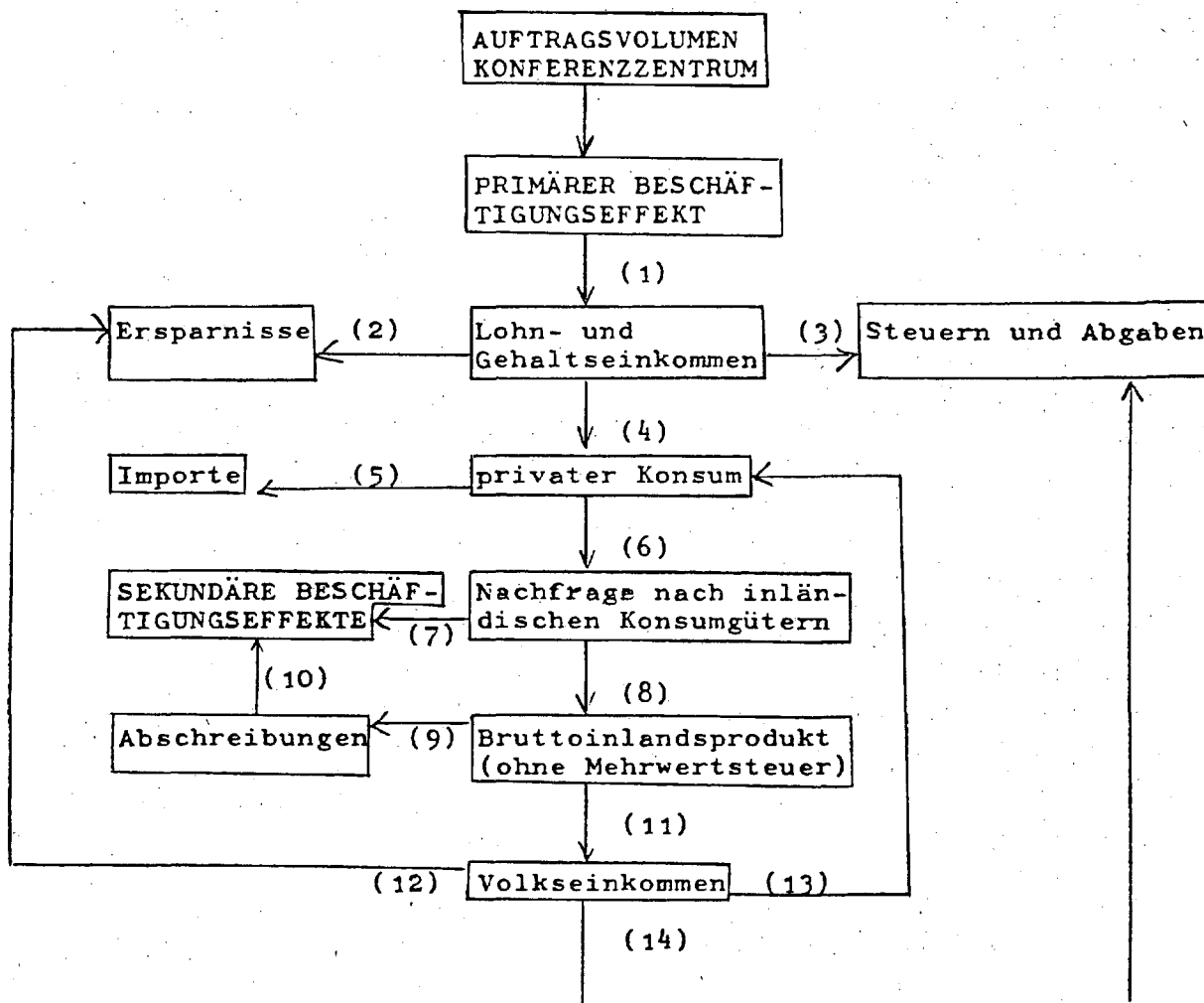


Abbildung 3

### III. Abschätzung der Beschäftigungswirkungen

Entsprechend der im vorigen Abschnitt beschriebenen Methoden berechnen wir im folgenden die Beschäftigungseffekte, die vom Bau des Konferenzzentrums ausgehen. Dazu benötigt man im wesentlichen die Auftragssummen sowie die entsprechenden Informationen über die Produktion und Ausgabenstruktur der österreichischen Wirtschaft.

#### a) Berechnung des primären Beschäftigungseffekts

Von der IAKW wurden uns Auftragssummen, aufgliedert nach Bereichen und Jahren, zur Verfügung gestellt. Diese sind in Tabelle 1 angegeben. Dabei wurde bereits eine durchschnittliche, jährliche neunprozentige Baukostensteigerung ab 1982 angenommen. Die Auftragssummen, die für die Errichtung des Konferenzzentrums in den verschiedenen Jahren und Bereichen anfallen, enthalten keine Mehrwertsteuer.

Die Gliederung der Auftragssumme in Tabelle 1 erlaubt noch nicht unmittelbar die Anwendung der jüngst veröffentlichten provisorischen Input-Output-Tabelle 1976. <sup>1)</sup> Dafür muß eine Zuordnung der einzelnen Leistungsträger, wie sie in Tabelle 1 angeführt sind, zu den Bereichen der vorliegenden Input-Output-Tabelle durchgeführt werden. Es wurde dabei entsprechend den Angaben der Betriebssystematik 1968 vorgegangen. <sup>2)</sup> In Tabelle 2 wird angegeben, welche Leistungsträger welchen Bereichen der Input-Output-Tabelle zugeordnet wurden. In Tabelle 3 werden die Auftragssummen, die auf die einzelnen Bereiche fallen, in eine heimische bzw. eine importierte Komponente zerlegt. Der Importanteil an der Auftragssumme wurde für jeden Bereich mit der durchschnittlichen Importquote am Bruttoproduktionswert abgeschätzt.

Primäre Beschäftigungswirkungen gehen im Inland nur von dem Teil der Auftragssumme aus, der nicht unmittelbar durch Importe ins Ausland fließt. Legt man die durchschnittlichen Importquoten der einzelnen Bereiche zugrunde, so muß man damit rechnen, daß von den 5 Milliarden Schilling Errichtungskosten unmittelbar 700 Millionen Schilling in Form von Aufträgen an ausländische Firmen wandern. Dieser Anteil (14%) liegt wesentlich unter dem Durchschnittswert für die Gesamtwirtschaft, der 19% beträgt. Man kann somit davon ausgehen, daß der mit dem Konferenzzentrum initiierte Nachfrageeffekt überwiegend im Inland wirksam wird.

Die letzte für Österreich vorliegende Input-Output-Tabelle stammt aus dem Jahr 1976. Bei ihrer Verwendung zur Berechnung der Beschäftigungswirkungen muß man daher zwei Korrekturen vornehmen. Zum einen sind die inlandswirksamen Auftragssummen um die aufgetretenen und für die Zukunft zu erwartenden Preissteigerungen zu bereinigen. Tabelle 4 enthält die Deflatoren für die einzelnen Auftragsbereiche, die angeben, wie groß der zu veranschlagende Preisanstieg gegenüber 1976 ist. So sind zB in der Bauwirtschaft die Preise von 1976 bis 1982 um 51% gestiegen, bis zum voraussichtlichen Fertigstellungsjahr 1986 werden sie sich mehr als verdoppelt haben.

<sup>1)</sup> Josef Richter: Strukturen und Interdependenzen der österreichischen Wirtschaft. Ergebnisse der provisorischen Input-Output-Tabelle 1976, Heft 41 der Schriftenreihe der Bundeswirtschaftskammer, 1981.

<sup>2)</sup> Grundsystematik der Wirtschaftstätigkeiten, ÖStZ, Wien 1969.

120

1223 der Beilagen

Tabelle 1

**KONFERENZZENTRUM – BAUKOSTENVERTEILUNG in Millionen Schilling (1982–1986)**

Leistung	1982	1983	1984	1985	1986	Gesamtkosten
Bauarbeiten .....	190	290	190	140	70	880
Stahlbau .....		230	260	30		520
Rohbau .....	190	520	450	170	70	1 400
Dachfliesen, Terrassen .....			25	25		50
Fassaden .....			180	260	10	450
Deckenuntersichten .....				20	100	120
Fußböden .....				70	70	140
Natur-, Kunststein .....			5	20	15	40
Fliesen .....				10		10
Schlosser .....				35	15	50
Zargen – Türen .....			5	40	15	60
Maler – Anstreicher .....				15	15	30
Trennwände .....			10	140	50	200
Tischler .....				100	60	160
Sonstiges .....			10	60	30	100
Ausbau .....			235	795	380	1 410
Klima-Sanitär .....			100	185	65	350
Starkstrom .....	5		20	100	35	160
Schwachstrom .....				15	25	40
Konferenztechnik .....				55	265	320
Aufzüge – Rolltreppen .....			45	130	55	230
Diverses .....				40	40	80
Haustechnik .....	5		165	525	485	1 180
Baukosten .....	195	520	850	1 490	935	3 990
Möblierung .....					280	280
Gastronomie .....				10	40	50
Ausstattung .....				10	320	330
Herstellungskosten .....	195	520	850	1 500	1 255	4 320
Planung – Bauleitung .....	115	105	105	122	107	554
Gesamtkosten .....	310	625	955	1 622	1 362	4 874

## 1223 der Beilagen

121

**Tabelle 2**  
**Zuordnung der Leistungsträger**

Input-Output-Bereich	Nummer	Leistungsträger
Chemie	18	Möblierung (Kunststoff)
Maschinen	20	Stahlbau, Aufzüge, Rolltreppen, Küchenausstattung
Metallwaren	24	Schlosser, Möblierung (Metall)
Radio, TV	29	Konferenztechnik
Holzverarbeitung	34	Türen, Möblierung (Holz), Tischler
Hoch- und Tiefbau	38	Bauarbeiten, Fassaden, Trennwände
Baunebengewerbe	39	Dachflächen, Deckenuntersichten, Fußböden, Natur- und Kunststein, Fliesen, Maler, Anstreicher, Sonstiger Ausbau, Klima-Sanitär, Starkstrom, Schwachstrom, Haustechnik
Dienstleistungen	46	Planung, Bauleitung

Tabelle 3

**BAUKOSTENVERTEILUNG in Millionen Schilling**  
(Importe und inlandswirksame Nachfrage)

Input-Output-Bereich		1982	1983	1984	1985	1986	Gesamtsumme	
Chemie .....	{ inlandswirksam importiert					45,2	45,2	
						48,1	48,1	
Maschinen .....			123,7	164,1	91,5	51,1	430,4	
			106,3	140,9	78,5	43,9	369,6	
Metallwaren .....					19,4	60,2	79,6	
					15,6	48,2	63,8	
Radio, TV .....					28,1	135,4	163,5	
					26,9	129,6	156,5	
Holzverarbeitung .....				4,1	114,8	138,0	256,9	
				0,9	25,2	30,3	56,4	
Hoch- u. Tiefbau .....		190,0	290,0	380,0	540,0	130,0	1 530,0	
Baunebengewerbe .....		5,0		160,0	560,0	395,0	1 120,0	
Dienstleistungen .....	87,1	107,8	98,4	98,4	114,3	100,3	30,9	677,2
	5,9	7,2	6,6	6,6	7,7	6,7	2,1	42,8
Gesamtkosten .....	112,1	302,8	512,1	806,6	1 468,1	1 055,2	30,9	4 262,8
	5,9	7,2	112,9	148,4	153,9	306,8	2,1	737,2

122

1223 der Beilagen

**Tabelle 4**  
**DEFLATOREN**

	Nummer	1982	1983	1984	1985	1986
Chemie .....	18	1 228	1 271	1 315	1 361	1 408
Maschinen .....	20	1 378	1 502	1 637	1 785	1 945
Metallwaren .....	24	1 167	1 272	1 387	1 511	1 647
Radio, TV .....	29	1 081	1 178	1 284	1 400	1 526
Holz .....	34	1 338	1 458	1 590	1 733	1 889
Hoch- u. Tiefbau .....	38	1 510	1 646	1 794	1 955	2 131
Baunebengewerbe .....	39	1 510	1 646	1 794	1 955	2 131
Dienstleistungen .....	46	1 468	1 600	1 744	1 901	2 072

Die inländisch wirksamen Auftragssummen werden durch die Deflatoren aus Tabelle 4 dividiert, um reale Produktionswerte zu Preisen von 1976 zu erhalten. Diese sind in Tabelle 5 angegeben. Die zweite Korrektur, die bei der Verwendung der Input-Output-Tabelle 1976 durchzuführen ist, bezieht sich auf technologische Kennziffern. Durch den technischen Fortschritt und die Erhöhung der Kapitalintensität seit 1976 sind auch die durchschnittlichen Arbeitsproduktivitäten gestiegen. Daher geht von einer Erhöhung der Produktion um dieselbe Einheit preisbereinigt in den Jahren 1982 bis 1986 nur mehr ein geringerer Beschäftigungseffekt aus als im Jahr 1976. Es wurden daher die Beschäftigungswirkungen, die direkt in den einzelnen Bereichen auftreten, um den Produktivitätsanstieg dieses Sektors bereinigt. Die indirekten Beschäftigungswirkungen, die im Vorleistungsbereich auftreten, wurden um den durchschnittlichen Produktivitätsanstieg in der Gesamtwirtschaft korrigiert. Zusätzlich haben wir den direkten Beschäftigungseffekt im Dienstleistungssektor (Planung und Bauleitung) auf die Hälfte reduziert, da die Werte dieses Bereiches aus der Input-Output-Tabelle für Planung und Bauleitung als nicht repräsentativ für diesen Teil der Auftragssumme angenommen werden können.

**Tabelle 5**

**VERTEILUNG DER BAUKOSTEN (INLAND) in Millionen Schilling**

(zu konstanten Preisen des Jahres 1976)

Input-Output-Bereich	Nummer	1982	1983	1984	1985	1986
Chemie .....	18					32,10
Maschinen .....	20		82,36	100,24	51,26	26,27
Metallwaren .....	24				12,84	36,55
Radio, TV .....	29				20,07	88,73
Holz .....	34			2,58	66,24	73,05
Hoch- u. Tiefbau .....	38	125,83	176,18	211,82	276,21	61,00
Baunebengewerbe .....	39	3,31		89,19	286,45	185,36
Dienstleistungen .....	46	73,43	61,5	56,42	60,13	48,41

## 1223 der Beilagen

123

In Tabelle 6 sind nun für jeden durch das Konferenzzentrum direkt betroffenen Bereich die ursprünglichen Beschäftigungswirkungen des Jahres 1976 laut der bereits zitierten Publikation von J. Richter, das durchschnittliche Produktivitätswachstum und die damit korrigierten Beschäftigungswirkungen für den Errichtungszeitraum 1982 bis 1986 angegeben. Die erste Spalte der Tabelle 6 enthält jeweils die von J. Richter errechneten Beschäftigungskoeffizienten für das Jahr 1976. Die bereinigten Beschäftigungskoeffizienten für die Jahre 1982 bis 1986 weisen in allen hier dargestellten Input-Output-Bereichen eine leicht sinkende Tendenz auf, da sie um das Produktivitätswachstum korrigiert wurden. Nach J. Richter hätte 1976 1 Milliarde Schilling realer Ausgaben im Hoch- und Tiefbau direkt 2 628 Beschäftigte und indirekt 1 031 Beschäftigte erfordert, im Jahr 1986 nach den mit dem Produktivitätsfortschritt korrigierten Werten nur mehr 2 396 Beschäftigte direkt und 868 indirekt.

Der primäre Beschäftigungseffekt kann jetzt durch Multiplikation der realen Auftragswerte aus Tabelle 5 mit den Beschäftigungswirkungen je 1 Milliarde Schilling aus Tabelle 6 ermittelt werden. In Tabelle 7 ist diese Berechnung durchgeführt. Der durch das Konferenzzentrum ausgelöste primäre Beschäftigungseffekt wird für die einzelnen Bereiche und Jahre angegeben, wobei der Gesamteffekt noch in einen direkten und indirekten Effekt zerlegt wurde. Die letzte Zeile der Tabelle 7 zeigt die zeitliche Verteilung des gesamten primären Beschäftigungseffektes für die Periode 1982 bis 1986. Man erkennt, daß die Beschäftigung im Jahre 1985 mit 2 314 den Höhepunkt erreicht. Dabei werden im Hoch- und Tiefbau 668 Arbeitnehmer direkt und 244 indirekt bei Zulieferfirmen beschäftigt sein. Im Baunebenge-

**Tabelle 6**  
**BESCHÄFTIGUNGSWIRKUNGEN je 1 Milliarde Schilling realem Produktionswert**  
(zu Preisen 1976 — direkt/indirekt)

Input-Output-Bereiche	Nr.	(1976) Richter	(1976—1981) o des Produk- tivitätswachstums	Bereinigte Beschäftigungswirkungen					
				1982	1983	1984	1985	1986	
Chemie .....	18	d	1 295	4,75	980	936	893	853	814
		i	1 227	1,74	1 106	1 087	1 068	1 050	1 032
		g	2 522						
Maschinen .....	20	d	1 925	3,90	1 530	1 473	1 417	1 364	1 313
		i	996	1,74	898	883	868	853	838
		g	2 921						
Metallwarenerz. ....	24	d	2 260	4,71	1 715	1 637	1 564	1 494	1 426
		i	1 026	1,74	925	909	894	878	863
		g	3 286						
Radio, TV .....	29	d	1 604	5,08	1 191	1 134	1 079	1 027	977
		i	1 119	1,74	1 009	992	975	958	942
		g	2 723						
Holz .....	34	d	2 862	2,54	2 462	2 401	2 342	2 284	2 227
		i	1 376	1,74	1 241	1 219	1 199	1 178	1 158
		g	4 238						
Hoch- u. Tiefbau .....	38	d	2 628	0,93	2 486	2 463	2 440	2 418	2 396
		i	1 031	1,74	930	914	898	883	868
		g	3 659						
Baunebengewerbe .....	39	d	1 942	0,93	1 837	1 820	1 803	1 787	1 770
		i	1 275	1,74	1 150	1 130	1 111	1 092	1 073
		g	3 217						
Dienstleistungen .....	46	d	1 975	0,60	1 905	1 894	1 882	1 872	1 860
		i	993	1,74	895	880	865	850	836
		g	4 943						

d = direkte Beschäftigungswirkung

i = indirekte Beschäftigungswirkung

g = gesamte (direkte + indirekte) Beschäftigungswirkung

124

1223 der Beilagen

werbe werden direkt und indirekt 825 Arbeitnehmer, in der Holzverarbeitung 229 Personen Beschäftigung finden. In der Maschinenindustrie werden 114 und im Dienstleistungsbereich 164 Personen beschäftigt sein. Die restliche Beschäftigung verteilt sich auf die Sektoren Metallwaren, Radio und TV. Der gesamte primäre Beschäftigungseffekt beläuft sich somit im Jahre 1985 auf 2 314 Arbeitnehmer.

**Tabelle 7**  
**PRIMÄRE BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE (direkt, indirekt, gesamt)**  
 (Beschäftigungswirkungen × reale Auftragssumme)

Input-Output-Bereiche	Nr.	1982	1983	1984	1985	1986	Gesamtsumme
Chemie .....	18	d				27	
		i				33	
		g				60	60
Maschinen .....	20	d	121	142	70	34	
		i	73	87	44	22	
		g	194	229	114	56	593
Metallwaren .....	24	d			19	52	
		i			11	32	
		g			30	84	114
Radio, TV.....	29	d			21	87	
		i			19	84	
		g			40	171	211
Holzverarbeitung .....	34	d		6	151	163	
		i		3	78	85	
		g		9	229	248	486
Hoch- u. Tiefbau .....	38	d	313	434	517	668	146
		i	117	161	190	244	53
		g	430	595	707	912	199
Baunebengewerbe .....	39	d	6		161	512	328
		i	4		99	313	199
		g	10		260	825	527
Dienstleistungen.....	46	d	145	116	106	113	90
		i	73	54	49	51	40
		g	218	170	155	164	130
Gesamteffekte (d + i):		658	959	1 360	2 314	1 475	6 766

Für den gesamten Zeitraum 1982 bis 1986 beträgt der primäre Beschäftigungseffekt 6 766 Jahresarbeitsplätze, wovon 4 548 direkt bei den beauftragten Firmen und 2 218 bei den Zulieferfirmen anfallen. Diese Zahl ergibt sich in Tabelle 7 durch Addition der Jahresbeschäftigung in der letzten Zeile oder durch Summierung der Beschäftigung in den einzelnen Input-Output-Bereichen in der letzten Spalte.

#### b) Berechnung des sekundären Beschäftigungseffektes

Die notwendigen Informationen zur Berechnung des sekundären Beschäftigungseffektes sind in Tabelle 8 zusammengefaßt.

Der primäre Beschäftigungseffekt (Zeile 1 in Tabelle 8) multipliziert mit der durchschnittlichen Bruttolohnsumme (Zeile 2) stellt die durch die Errichtung des Konferenzzentrums induzierte Einkommenserhöhung dar, die in Zeile 3 ausgewiesen ist. Zieht man von diesem Einkommenszuwachs die Steuerleistung (Zeile 4) sowie die Ersparnisse (Zeile 5) ab, erhält man die Konsumausgaben in Zeile 6. Diese wurden mit der zu erwartenden Preissteigerungsrate (5% pro Jahr) deflationiert (Zeile 7).

Diese realen Konsumausgaben wurden mit dem Multiplikator (der die Einkommenswirkungen dieser Konsumausgaben beschreibt) multipliziert. Der Multiplikator in Zeile 8 wurde unter folgenden Annahmen berechnet:

Konsumneigung:  $c_y = 0,587$

Wertschöpfungsmultiplikator:  $m_w = 0,71$

Abschreibungskoeffizient:  $a = 0,126$

$$m = \frac{1}{1 - c_y \cdot m_w (1 - a)} = \frac{1}{1 - 0,587 \times 0,71 \times (1 - 0,126)} = 1,574$$

Die im Multiplikatorprozeß entstandenen Konsumausgaben (Zeile 9) sind mit den produktivitätsbereinigten Beschäftigungswirkungen, die aus der Input-Output-Tabelle von J. Richter ergeben, zu multiplizieren. Zusammen mit den Abschreibungen, von denen wir annehmen, daß sie voll reinvestiert werden, bilden sie den sekundären Beschäftigungseffekt, ausgewiesen in Zeile 13.

Aus den Konsumausgaben, der beim Konferenzzentrum zusätzlich Beschäftigten, ergibt sich durch den Multiplikatoreffekt eine sekundäre Beschäftigungswirkung im Umfang von 2 581 Arbeitnehmern. Der Zeitverlauf der Beschäftigungswirkung des Multiplikators kann der Zeile 13 entnommen werden.

Insgesamt ergibt sich aus dem Bau des Konferenzzentrums eine Beschäftigungswirkung von 9 347 Jahresarbeitsplätzen (Mannjahre), wovon 6 766 durch den primären Beschäftigungseffekt und 2 581 durch die Multiplikatorwirkung erklärt werden. Damit ergibt sich für eine geplante Bauzeit von 4½ Jahren eine durchschnittliche Jahresbeschäftigung von 2 077 Personen durch den Bau des Konferenzzentrums.

**Tabelle 8**  
**Sekundärer Beschäftigungseffekt**

	1982	1983	1984	1985	1986	Gesamt
primärer Beschäftigungseffekt (1)	658	959	1 360	2 314	1 475	6 766
Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer (2)	183 984	195 024	206 724	219 120	232 272	
Einkommenszuwachs der Beschäftigten in Mrd. S (3)	0,121	0,187	0,281	0,507	0,343	
Steuerquote in % (4)	26,5	27,3	28,0	28,7	29,4	
Sparquote in % (5)	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	
Konsumausgaben nominell (6)	0,085	0,129	0,192	0,343	0,230	
Konsumausgaben real (7)	0,063	0,091	0,130	0,220	0,140	
Multiplikator (8)	1,574	1,574	1,574	1,574	1,574	
Konsumausgaben erhöht um den Multiplikator und vermindert um die Mehrwertsteuer (9)	0,084	0,122	0,172	0,293	0,186	
Beschäftigungswirkung je Mrd. S inländischer Konsumausgaben (10)	2 832	2 785	2 736	2 689	2 644	
Reinvestierte Abschreibungen (11)	0,011	0,014	0,021	0,037	0,023	
Beschäftigungswirkungen je Mrd. S Bruttoinvestition (12)	2 498	2 456	2 413	2 372	2 332	
sekundärer Beschäftigungseffekt (13)	265	374	521	876	545	2 581
Gesamteffekt (14)	923	1 333	1 881	3 190	2 020	9 347

#### IV. Andere Untersuchungen zur Beschäftigungswirkung des Konferenzzentrums

Neben der hier vorliegenden Studie befassen sich drei weitere Untersuchungen mit der Beschäftigungswirkung des Konferenzzentrums.

1. Eine Studie von Prof. Dr. Tichy im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung (Jänner 1982).
2. Eine Studie des Instituts für Höhere Studien verfaßt von Dr. G. Munduch und Dr. I. Schmoranz im Auftrag der Österreichischen Volkspartei (Feber 1982).
3. Ein Bericht in den Monatsheften des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung von Dr. F. Breuss und Dr. E. Walterskirchen (Monatsberichte 3/1982).

ad 1. Bei der Studie Prof. Tichys handelt es sich um eine sehr einfache aber plausible Methode. Er zerlegt die Ausgaben für das Konferenzzentrum in Bauarbeiten, Stahlbau und Ausbauarbeiten und divi-

diert die Ausgabensummen durch die entsprechenden Umsatzziffern pro beschäftigten Arbeiter. Damit kommt er auf einen gesamten Beschäftigungseffekt von 5 223. Diese Zahl ist vergleichbar mit dem in unserer Studie geschätzten direkten Effekt des Konferenzzentrums von 4 548 Beschäftigten. (Diese Zahlen verstehen sich als Mannjahre.)

Die Schwäche des Tichy-Papiers liegt darin, daß er die indirekten Effekte sowie die Multiplikatorwirkung der Einkommen der Bauarbeiter unberücksichtigt läßt.

ad 2. Die Untersuchung des Instituts für Höhere Studien enthält einen schweren methodischen Fehler. Die Autoren Munduch – Schmoranz haben es verabsäumt, den Begriff der Grenzproduktivität von dem des technischen Fortschritts analytisch zu trennen. Sie berechnen zB in Tabelle 10 die marginale Beschäftigungswirkung, nach der eine zusätzliche Milliarde Schilling realer Bauproduktion Effekte auslöst, die zwischen der Vernichtung von 12 400 (!) Arbeitsplätzen und der Schaffung von 10 300 Arbeitsplätzen schwankt. Mittels einer Regressionsanalyse grenzen sie dann den Beschäftigungseffekt pro 1 Milliarde Schilling ein, in eine Obergrenze mit 1 027 Personen und eine Untergrenze von 400 Personen. Parteibmann Dr. Mock hat in einer Pressekonferenz („Die Presse“, 17. Feber 1982) diese Zahlen noch verdreht, da er – unter Berufung auf die IHS-Studie – feststellte, daß das UN-Konferenzzentrum nur 400 Arbeitsplätze schaffen würde. Da der Aufwand für das Konferenzzentrum jedoch 5 Milliarden Schilling beträgt, würde der Gesamteffekt laut der in Rede stehenden IHS-Studie zwischen 5 000 und 2 000 zusätzlich Beschäftigten schwanken.

In den „Finanznachrichten“ Nr. 17, 30. April 1982, wurde in einem Kommentar von H. Frisch und A. Wörgötter nachgewiesen, daß die IHS-Studie als eindeutig falsch eingeschätzt werden muß.

ad 3. Die Studie von Breuss – Walterskirchen beruht auf demselben methodischen Ansatz wie die vorliegende Studie, nämlich auf einer mittels der Produktivitätsentwicklung korrigierten Input-Output-Tabelle von J. Richter (1976). Zwischen der Studie des WIFO und der vorliegenden Arbeit bestehen folgende Unterschiede.

- a) Während die WIFO-Studie das gesamte Beschäftigungsprogramm abschätzt, beschäftigen wir uns ausschließlich mit dem Konferenzzentrum.
- b) Die Beschäftigungswirkung des Konferenzzentrums wird in der WIFO-Studie nur für das Jahr 1982 berechnet. In unserer Studie wird der Zeitverlauf der Beschäftigung von 1982 bis 1986 untersucht, wobei bis 1986 die Beschäftigungseffekte in eine direkte und indirekte Komponente zerlegt werden.
- c) Zum Unterschied von der WIFO-Studie wird in der vorliegenden Arbeit die Input-Output-Tabelle – entsprechend der erwarteten Produktivitätsentwicklung – bis zum Jahr 1986 korrigiert.
- d) Die vorliegende Untersuchung basiert auf einer wesentlich detaillierteren Input-Output-Analyse als die Arbeit des WIFO.
- e) Schließlich bestehen noch Unterschiede in der Berechnung des Beschäftigungsmultiplikators.

## V. Zusammenfassung

Der Bau des Konferenzzentrums wird über den Zeitraum 1982 bis 1986 insgesamt 9 347 Jahresarbeitsplätze (Mannjahre) schaffen. Für die geplante Bauzeit von viereinhalb Jahren werden dadurch durchschnittlich pro Jahr 2 077 Personen zusätzlich Beschäftigung finden. Von diesen gesamten zusätzlichen Arbeitsplätzen werden 6 766 als primärer Beschäftigungseffekt bei direkt beauftragten (4 548) und indirekt mit Zulieferungen befaßten Firmen (2 218) vor allem in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Baunebenbergewerbe, Dienstleistungen, Maschinen und Stahlbau und Holzverarbeitung anfallen.

Aus den Einkommen dieser zusätzlich Beschäftigten ergibt sich über den Multiplikatorprozeß ein sekundärer Beschäftigungseffekt von 2 581 Arbeitsplätzen für den gesamten Konsumgüterproduktionsbereich der österreichischen Wirtschaft.

Eine Aufgliederung dieser Beschäftigungseffekte auf die einzelnen Jahre kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Zusammenfassend kann daher auf Grund dieser Berechnungen festgestellt werden, daß die Errichtung des Konferenzzentrums gerade in der jetzigen Konjunktursituation, in der sich die Arbeitslosenzahlen der Bauwirtschaft gegenüber dem Vorjahr verdoppelt haben, einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung leistet.

## 1223 der Beilagen

127

## Kurzfassung

## Beschäftigungswirkungen des Konferenzzentrums

(Helmut Frisch — Andreas Wörgötter)

Der Bau des Konferenzzentrums wird über den Zeitraum 1982 bis 1986 insgesamt 9 347 Jahresarbeitsplätze (Mannjahre) schaffen. Für die geplante Bauzeit von viereinhalb Jahren werden dadurch durchschnittlich pro Jahr 2 077 Personen zusätzlich Beschäftigung finden. Von diesen gesamten zusätzlichen Arbeitsplätzen werden 6 766 als primärer Beschäftigungseffekt bei direkt beauftragten (4 548) und indirekt mit Zulieferungen befaßten Firmen (2 218) vor allem in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Baunebenwerke, Dienstleistungen, Maschinen inkl. Stahlbau und Holzverarbeitung anfallen.

Aus den Einkommen dieser zusätzlich Beschäftigten ergibt sich über den Multiplikatorprozeß ein sekundärer Beschäftigungseffekt von 2 581 Arbeitsplätzen für den gesamten Konsumgüterproduktionsbereich der österreichischen Wirtschaft.

Eine Aufgliederung dieser Beschäftigungseffekte auf die einzelnen Jahre kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

## Beschäftigungswirkungen des Konferenzzentrums in Jahresarbeitsplätzen (Mannjahre)

Beschäftigungseffekte	1982	1983	1984	1985	1986	Gesamt
direkter .....	464	671	932	1 554	927	4 548
indirekter .....	194	288	428	760	548	2 218
primärer Beschäftigungseffekt .....	658	959	1 360	2 314	1 475	6 766
sekundärer Beschäftigungseffekt .....	265	374	521	876	545	2 581
<b>Gesamteffekt</b> .....	<b>923</b>	<b>1 333</b>	<b>1 881</b>	<b>3 190</b>	<b>2 020</b>	<b>9 347</b>

128

1223 der Beilagen

Anlage 7

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN  
GZ. 72 9110/61-I/7/82

An den  
Präsidenten des  
Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

Der Unterausschuß des besonderen Ausschusses zur Vorberaterung des Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) hat am 14. September 1982 eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf der Abgeordnete zum Nationalrat Burgstaller die Frage nach den Gesamtkosten des Amtssitz- und Konferenzentrums-Projektes gestellt und um eine Aufgliederung dieser Kosten ersucht hat.

Die Gesamtkosten sowie ihre zeitliche und sachliche Aufteilung können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

	Bau Inter- nationaler Teil	Bau Konferenz- zentrum und Parkdeck	Finanzierung	Verwaltung	Gesamt
in Millionen Schilling					
bis Ende 1981 .....	5 706	300	1 443	100	7 549
1982—1987 .....	120	5 040	1 905	180	7 245
	5 826	5 340	3 348	280	14 794
1988—1993 .....			1 650		1 650
			4 998		16 444

Diese Darstellung geht von der Voraussetzung aus, daß Bau, Finanzierung und Verwaltung in der Form zu Ende geführt werden, wie sie das IAKW-Finanzierungsgesetz in der nach der 2. Novelle vom 27. Juni 1979, BGBl. Nr. 315, gegebenen Fassung vorsieht. Nach Fertigstellung des Konferenzentrums wird sich aus gegenwärtiger Sicht die Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG nur mit der Ausfinanzierung, also mit der Bedienung des am Ende der Bauzeit vorhandenen Fremdmittelbestandes zu befassen haben. Unter dieser Voraussetzung werden die Verwaltungskosten eine vernachlässigbare Größe darstellen, sie wurden daher in die obige Übersicht nicht mehr aufgenommen. Kosten aus dem Betrieb des Konferenzentrums sind in der obigen Übersicht naturgemäß nicht enthalten.

Zu der sich ergebenden Gesamtsumme von 16 444 Millionen Schilling darf darauf verwiesen werden, daß sie im Rahmen jenes Höchstbetrages von 16 500 Millionen Schilling verbleibt, bis zu dem der Bund gemäß § 2 Abs. 1 des IAKW-Finanzierungsgesetzes in der Fassung der 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle die Kosten der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien ersetzen darf.

Nach § 2 Abs. 2 des zitierten Gesetzes waren die Kostenersatzzahlungen des Bundes wie folgt zu leisten bzw. werden sie noch zu leisten sein:

	Millionen Schilling
bis Ende 1981 .....	4 650
1982—1987 .....	5 650
1988—1993 .....	6 200
	16 500

Die Summe der vom Gesetz vorgeschriebenen Kostenersatzzahlungen entspricht, wie aus der obigen Übersicht zu erkennen, den bis Ende 1981 aufgelaufenen und bis einschließlich 1993 noch zu erwartenden Kosten.

1982 09 15

Der Bundesminister:

Salcher

## 1223 der Beilagen

129

## Anlage 7 a

Zl. 503/599-I.4/82

Über Einladung der Bundesregierung wurden im Sommer 1982 zwei Großkonferenzen der Vereinten Nationen in Wien abgehalten; vom 26. Juli bis 6. August 1982 die „Weltversammlung über Probleme des Alterns“, und vom 9. bis 21. August 1982 die „2. Weltraumkonferenz der Vereinten Nationen“.

Hinsichtlich der organisatorischen Aspekte dieser beiden Tagungen kann folgendes festgehalten werden:

## 1.0 I. TEILNEHMERZAHLEN:

- 1.1 a) **WAA:**
- |   |     |
|---|-----|
| Teilnehmende Staaten .....                                | 116 |
| Teilnehmer:   |     |
| Delegationsmitglieder .....                               | 763 |
| Vertreter der internationalen Spezialorganisationen ..... | 22  |
| Vertreter anderer internationaler Organisationen .....    | 9   |
| Vertreter nichtstaatlicher Organisationen .....           | 317 |
| Presse .....  | 263 |
| UN-Konferenzpersonal: insg. ....                          | 634 |
| (davon aus New York und Genf: ca. 270)                    |     |
- 1.2 b) **Weltraumkonferenz:**
- |  |         |
|--|---------|
| Teilnehmende Staaten .....   | 94      |
| Teilnehmer:  |         |
| Delegationsmitglieder .....  | 717     |
| Vertreter der internationalen Spezialorganisationen .....                    | 22      |
| Vertreter anderer internationaler Organisationen .....                       | 46      |
| Vertreter nichtstaatlicher Organisationen .....                              | 62      |
| Techniker für die weltraumtechnischen Anlagen (ausländisches Personal) ..... | ca. 100 |
| Weltraumausstellung (ausländisches Personal) .....                           | ca. 150 |
| Presse .....   | 280     |
| UN-Konferenzpersonal: insg. ....   | 422     |
| (davon aus New York und Genf: 170)   |         |
- 1.3 Die Teilnahmehzahlen **entsprachen** damit den Erwartungen von je ca. 1 000 Delegierten und weiteren 1 000 Pressevertretern, UN-Personal und sonstigen Begleitpersonen (letztere geschätzt mit etwa 500) pro Konferenz.
- 1.4 In Vorbereitung der WAA haben 1981/82 Advisory- und Preparatory Committee Meetings in New York und Wien, sowie Regionalkonferenzen auf allen Kontinenten, in Europa Ende April 1982 ebenfalls in Wien, stattgefunden. Auch zur Vorbereitung der Weltraumkonferenz wurden von den Vereinten Nationen solche Meetings abgehalten.

## 2.0 II. KONFERENZKOSTEN:

- 2.1 Das Ausmaß der von Österreich für die Veranstaltung der Konferenzen zu übernehmenden Kosten ist unterschiedlich. Während für die WAA, da sie von einer in Wien ansässigen UN-Einheit betreut wurde, nur jene Kosten zu tragen waren, die dadurch erwachsen, daß den Vereinten Nationen im VIC keine ausreichenden Konferenzräume zur Verfügung stehen, fand die Weltraumkonferenz als eine von der Bundesregierung nach Wien eingeladene UN-Konferenz statt, die von New York aus betreut wurde und für die daher jene (höheren) Kosten zu tragen waren, welche den Vereinten Nationen durch die Verlegung der Konferenz von New York nach Wien erwachsen sind.
- 2.2 Der genaue Umfang der von Österreich zu erbringenden Leistungen bestimmt sich aus dem Konferenzabkommen BGBl. 383/82 bzw. 384/82.
- 2.3 Die von **Österreich** zu tragenden Konferenzkosten betragen:
- |   |               |
|---|---------------|
| a) Technische Vorbereitungen (insb. Adaptierung der Winterreitschule als Sitzungssaal, notwendige Adaptierung der Einrichtung des KZ Hofburg und des KZ Redoutensäle, usw.) ..... | ca. 5 Mio. S  |
| b) Konferenzkosten WAA .....  | ca. 7 Mio. S  |
| c) Konferenzkosten Weltraumkonferenz .....  | ca. 19 Mio. S |

9

130

1223 der Beilagen

- 2.4 Die **Gesamtkosten** von ca. 31 Millionen Schilling liegen somit innerhalb des im Bundesvoranschlag 1982 vorgesehenen Kreditrahmens von 37 Millionen Schilling, der auch unter Berücksichtigung noch nachträglich anfallender Rechnungen sicherlich nicht überschritten werden wird.
- 2.5 Die Kosten vergleichen sich vorteilhaft mit jenen der **UNCSTD (1979)**, welche ungefähr die **gleiche Teilnehmerzahl** wie die beiden Sommerkonferenzen 1982 (zusammengenommen) aufwies und einen **doppelt so hohen Kostenaufwand** von 65 Millionen Schilling verursachte.

### 3.0 III. WIRTSCHAFTLICHKEIT:

Die von österreichischer Seite für die Konferenzen aufgewendeten Mittel haben in den letzten Wochen zu verschiedenen Pressekommentaren Anlaß gegeben, in denen zum Teil (Kronen-Zeitung) nur die hohen Kosten hervorgehoben, zT neben den Kosten aber auch die positiven Auswirkungen solcher Großkonferenzen (Die Presse) vermerkt wurden.

Letztere Beurteilung ist sicherlich zutreffend:

- 3.1 Den Aufwendungen stehen an positiven Auswirkungen der Konferenzen insbesondere gegenüber:
- a) die mehrwöchige **intensive Berichterstattung in den internationalen Medien** über die Konferenzen, was für Österreich und Wien hohe Publizität mit entsprechender **Werbewirkung** bedeutet,
  - b) die Tatsache, daß einige tausend zumeist einflußreiche Personen mit positiven Eindrücken aus Österreich in ihre Heimatländer zurückkehren, und dort als **positive Meinungsbildner mit Multiplikatorwirkung** für Österreich angesehen werden können,
  - c) die von den Tagungsteilnehmern und ihren Regierungen direkt aufgewendeten Mittel.
- 3.2 Selbst wenn man sich in einer einfachen Kosten-Nutzen-Rechnung lediglich auf letzteren Punkt beschränkt und annehmen will, daß zu jeder der beiden Konferenzen nur 1 200 Ausländer durchschnittlich 14 Tage in Österreich geweiht haben, so bedeutet dies bei einem angenommenen Satz von 1 000 S pro Person/Tag eine Summe von über 30 Millionen Schilling die der österreichischen und insbesondere der Wiener Wirtschaft zugeflossen und **höher ist, als die gesamten von österreichischer Seite aufgewendeten Mittel.**

Zu diesen Ausgaben ausländischer Teilnehmer der Tagungen sind noch ihre indirekten Aufwendungen (die Kosten von gesellschaftlichen Veranstaltungen aus Anlaß der Konferenzen, die nicht unbedeutenden Aufwendungen zahlreicher Staaten zB für die Weltraumausstellung, die Satellitenprogramme usw., die Telephon- und Fernschreibkosten der Delegationen, die zT auch der AUA zugutegekommenen Flugbuchungen nach Wien ua. mehr) zu rechnen, so daß die Relation zu den österreichischen Aufwendungen sicher tatsächlich noch wesentlich besser liegt.

### 4.0 IV. BETREUUNG DER KONFERENZTEILNEHMER:

#### 4.1 a) **Gesellschaftliche Veranstaltungen:**

(jeweils pro Konferenz)

- ein Stehempfang der Bundesregierung (300 Personen)
- ein Stehempfang des als Konferenzpräsident wirkenden zuständigen Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten bzw. Wissenschaft und Forschung (1 000 Personen)
- ein Abendempfang der Stadt Wien (1 000 Personen)
- ein Ausflug nach Niederösterreich (WAA) bzw. Burgenland (Weltraumkonferenz) (300 Personen)
- Für die teilnehmenden Pressevertreter fanden zusätzliche Veranstaltungen des Bundespresse Dienstes und der Stadt Wien statt.

#### 4.2 b) **Kulturelle Veranstaltungen:**

- Die Stadt Wien ermöglichte die musikalische Umrahmung der festlichen Eröffnungssitzung beider Konferenzen.
- Von der Stadt Wien wurden Ehrenkarten für jeweils 10 bis 20 Personen für die in den Tagungszeitraum fallenden Schönbrunner Schloßkonzerte und Arkadenhof-Konzerte für Delegierte und Journalisten zur Verfügung gestellt.

#### 4.3 c) **Besichtigungen:**

- Die Stadt Wien organisierte für die WAA Besichtigungsfahrten zu einschlägigen Institutionen.
- Die ASSA und das Bundesministerium für Verkehr/Generalpostdirektion organisierten Besichtigungsfahrten anlässlich der Weltraumkonferenz.

## 1223 der Beilagen

131

4.4 d) **Pressebetreuung**

Für die Betreuung der Presse wurde ein Flügel des Hofburgkomplexes mit Büros, Briefingroom, 15 Fernsprech- und 6 Fernschreibstellen sowie mit rund 70 Maschinschreibplätzen eingerichtet. Der ORF hat seine hier ständig vorhandenen fünf Hörfunkstudios in Betrieb gestellt und ein Fernsehteam auf Abruf bereit gehalten. In einem Press-Encounter für die WAA sowie in einem Press-Briefing für UNISPACE wurden Journalisten aus aller Welt jeweils noch vor Konferenzbeginn in die Thematik eingeführt.

4.5 e) **Betreuung nichtstaatlicher Organisationen (NGO's)**

Für NGO's wurden eigene Versammlungs- bzw. Veranstaltungsräume (Halle H im Messepalast, teilweise auch der Redoutensaal) eingerichtet, welche den NGO's die Möglichkeit gaben, im Zusammenwirken mit österreichischen NGO's eigene, die jeweilige Konferenz ergänzende Programme zu veranstalten.

5.0 **V. KONFERENZRÄUMLICHKEITEN:**

Die beiden Konferenzen waren als Staatenkonferenzen durchzuführen, dh. es mußten Delegationssitze nicht nach Maßgabe der anwesenden Personen, sondern nach Maßgabe der teilnehmenden Staaten und Organisationen vorgesehen werden, wobei jeder teilnehmende Staat Anspruch auf die gleiche Anzahl Delegationssitze hat.

5.1 **Kapazität des KZ Hofburg:**

Das KZ Hofburg verfügt bei Konferenzbestuhlung gemäß UN-Einteilung im Festsaal über eine Kapazität von 234 Delegierten an Tischen und 234 Beratern dahinter bzw. 117 Delegationen bei der international üblichen Anordnung von 2 Delegierten an Tischen und 2 Beratern dahinter, mit der erforderlichen Zahl zusätzlicher Sitze für die eingeladenen internationalen Organisationen, Presse, Beobachter und Konferenzpersonal.

Der Neue Saal verfügt über eine Kapazität von 110 Delegierten an Tischen und 100 Beratern dahinter. Weiters stehen noch der Ratssaal und das Zimmer 425 (ohne Dolmetschanlage) für kleinere Sitzungen zur Verfügung.

5.2 **Konferenzräume:**

Da die beiden Konferenzen in zwei Parallelsitzungen mit Vollmitgliedschaft arbeiteten, konnte daher im KZ Hofburg nur der Festsaal als Konferenzraum herangezogen werden, während als zweiter Konferenzsaal die Winterreitschule umgebaut werden mußte (Kapazität 240 Delegierte an Tischen, 240 Berater dahinter).

Für Regionalsitzungen, Arbeitsgruppen et cetera, standen der Neue Saal, der Ratssaal und das Zimmer 425 zur Verfügung.

Da dieses Raumangebot für die Durchführung der Konferenzen nicht ausreichte, mußte überdies im Messepalast — Halle H ein weiterer Konferenzraum eingerichtet, und für Nebenveranstaltungen (Vorträge, wissenschaftliches Forum, Sonderveranstaltungen) auch die Redoutensäle herangezogen werden.

5.3 **Die Weltraumausstellung** fand in den Räumen des Messepalastes statt und wurde von über 170 000 Personen besucht.6.0 **VI. KONKLUSION:**

## 6.1 In Erklärungen sowohl der maßgeblichen Funktionäre der Vereinten Nationen als auch der teilnehmenden Delegierten wurde bestätigt, daß die beiden Großkonferenzen erfolgreich abgewickelt werden konnten. Die österreichische Konferenzorganisation wurde im Rahmen der räumlichen Gegebenheiten als vorbildlich bezeichnet.

## 6.2 Klagen betrafen die räumliche Beengtheit (insbesondere bei den Eröffnungssitzungen, wo nur ein Teil der anwesenden Delegierten im Konferenzsaal Platz fand), das Fehlen zusätzlicher Tagungsräume für Arbeitsgruppen, das Fehlen einer Klimaanlage bei hohen Temperaturen, die räumliche Entfernung der Winterreitschule.

Bei allem Lob für die österreichische Konferenzorganisation bewies die Abwicklung der Konferenzen daher, daß die räumlichen Gegebenheiten für die Durchführung größerer Staatenkonferenzen derzeit doch etwas problematisch sind, insbesondere da neben dem KZ Hofburg jeweils der Umbau und die Adaptierung eines zusätzlichen Konferenzgebäudes (1979 Stadthalle, 1982 Winterreitschule) erforderlich wird.

132

## 1223 der Beilagen

- 6.3 Schließlich soll unbedingt vermerkt werden, daß ohne die fachkundige Unterstützung durch das UNIDO-Konferenzmanagement und die logistische Unterstützung durch UNIDO und Burghauptmannschaft das BMfAA nicht in der Lage wäre, Konferenzen dieses Ausmaßes zu organisieren. Diese (insbesondere Burghauptmann Dipl.-Ing. Hofrat Bayer und Amtsrat Zapletal für die Burghauptmannschaft, Dkfm. Herold und Frau Riedmann für das UNIDO Conference Department) haben der Abteilung I.4 in einer über ihre Dienstpflicht weit hinausgehenden Weise Hilfe geleistet.
- 6.4 Für die Weltraumkonferenz wurde von der Bundesregierung Botschafter i. R. Dr. Heinz Standenat als „Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Weltraumkonferenz“ bestellt, der sich sowohl in der Vorbereitungsphase als auch während der Durchführung der Konferenz in besonderem Maße um die Koordinierung der Arbeit der österreichischen Dienststellen annehmen und der Verbindung zu den Vereinten Nationen und einer Reihe spezieller Probleme (Konferenzräume, Betreuung der Delegationen usw.) widmen konnte.

Wien am 21. August 1982

Marschik m.p.

## Kapazität der Sitzungsräume (Konferenz-Bestuhlung)

## 1) Säle mit Kapazität für Vollbesetzung:

a) Festsaal *):	
Delegierte an Tischen .....	234
Berater (dahinter) .....	234
Vertreter Internationaler Organisationen (an Tischen) .....	54
Seitensitze für Presse, Beobachter, Gäste .....	150
b) Winterreitschule *):	
Delegierte an Tischen .....	240
Berater (dahinter) .....	240
Vertreter Internationaler Organisationen (an Tischen) .....	50
Seitensitze für Presse, Beobachter, Gäste .....	30

## 2) Säle mit beschränkter Sitzkapazität:

a) Neuer Saal *):	
Delegierte an Tischen .....	110
Berater (dahinter) .....	100
Seitensitze für Presse, Beobachter, Gäste .....	50
b) Ratsaal *):	
Delegierte an Tischen .....	45
Berater (dahinter) .....	90
Seitensitze für Presse, Beobachter, Gäste .....	50
c) Zimmer 425:	
Delegierte an Tischen .....	35
Seitensitze für Presse, Beobachter, Gäste .....	40

\*) 6 Sprachen-Simultandolmetschanlage

## Wichtige Ergebnisse der WIFO-Studie „Beitrag zur Schätzung der Umwegrentabilität des Wiener Internationalen Kongreßzentrums“

### 1. Tagesausgaben eines Konferenzteilnehmers

Auf Grund verschiedener Schätzungen und vergleichender Kontrollrechnungen ergibt sich, daß die durchschnittlichen Tagesausgaben eines Kongreßteilnehmers (zu Preisen 1982) fast doppelt so hoch sind wie diejenigen im Ausländerfremdenverkehr insgesamt. Die durchschnittlichen Tagesausgaben eines Konferenzteilnehmers werden auf 1 500 S bis 2 000 S geschätzt, wobei der plausibelste Wert zwischen 1 800 S und 1 900 S liegen dürfte. Im Vergleich dazu wird in den Unterlagen zum 2. Beschäftigungsprogramm ein Wert von nur 1 600 S genannt.

### 2. Zusammensetzung der Ausgaben

Auch in ihrer Zusammensetzung unterscheiden sich die Ausgaben eines Konferenzteilnehmers deutlich von jenen des Durchschnittstouristen.

60 bis 65% der Gesamtausgaben eines Konferenzteilnehmers entfallen auf Unterkunft und Verpflegung (gegenüber nur 54% beim Durchschnittstouristen), dafür anteilig deutlich weniger für Transportdienste (ca. 5 statt 11½%), für Einkäufe von Nahrungsmitteln und für Bildung.

### Aufwandsstruktur im Ausländerfremdenverkehr

	Normalvariante (Durchschnittlicher Ausländer)	Variante 1 (Konferenztourist)	Variante 2
	Anteil in %		
Unterkunft und Verpflegung .....	54,1	60,0	65,0
Einkäufe .....	21,5	20,5	18,0
davon Nahrungsmittel .....	12,6	5,7	5,0
Transportdienste .....	11,5	5,5	4,8
Nachrichtendienste .....	1,0	1,6	1,5
Bildung und Unterhaltung .....	8,4	6,4	5,6
Sonstige Waren .....	2,1	3,5	3,0
Sonstige Dienstleistungen .....	1,4	2,5	2,1
	100,0	100,0	100,0

### 3. Ausgaben und Wertschöpfung

Die Ausgaben von Konferenzteilnehmern kommen in einem überdurchschnittlichen Ausmaß der inländischen Wertschöpfung zugute, die Importquote liegt mit 15 bis 16% sehr niedrig. Rund 10% der Ausgaben fließen in Form von Steuern an den Staat.

Von den Produktionsbereichen partizipieren die Dienstleistungen mit mehr als zwei Dritteln an der durch die Ausgaben eines Konferenzteilnehmers induzierten Produktion (davon 35% Gastgewerbe), die Industrie mit nicht ganz einem Viertel, die Landwirtschaft mit rund 8%.

Legt man die in den Unterlagen zum 2. Beschäftigungsprogramm genannte hypothetische Zahl von 100 000 Konferenzteilnehmern à 4 Tage zugrunde, so ergibt dies ein Ausgabenvolumen von 720 bis 760 Millionen Schilling (gegenüber 650 bis 700 Millionen Schilling in den Unterlagen zum 2. Beschäftigungsprogramm). Die Beschäftigungseffekte der touristischen Auslandsnachfrage sind wegen des niedrigen Importgehalts und des hohen Dienstleistungsanteils außerordentlich hoch. 1 Milliarde Schilling Ausgaben im Ausländerfremdenverkehr beschäftigen im Durchschnitt 4 200 Personen. Für die oben getroffenen Annahmen bezüglich der Zahl der Konferenzteilnehmer bedeutet dies rund 3 000 bis 3 300 Beschäftigte (im Vergleich dazu ist in den Unterlagen zum 2. Beschäftigungsprogramm von 1 950 bis 2 100 Arbeitsplätzen die Rede).

## ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

**Beitrag zur Schätzung der Umwegrentabilität des Wiener Internationalen Konferenzentrums**

Gutachten erstellt im Auftrag der Arbeiterkammer Wien  
Verfasser: Mag. Dr. Egon Smeral  
Wien, September 1982

## Beitrag zur Schätzung der Umwegrentabilität des Wiener Internationalen Konferenzentrums

**Einleitung:**

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung wurde von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien mit Schreiben vom 13. August 1982 beauftragt, einige Aspekte der möglichen Umwegrentabilität des neu zu errichtenden Internationalen Konferenzentrums Wien zu untersuchen. Das Institut konnte in der relativ kurzen zur Verfügung stehenden Zeit und infolge von Informationsmangel nicht die Gesamtheit der in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen beantworten. Es konzentrierte sich auf die Schätzung der durchschnittlichen Ausgaben eines Konferenzteilnehmers einschließlich Begleitpersonen bei einem Aufenthalt in Wien, auf die Struktur dieser Ausgaben nach liefernden Wirtschaftszweigen und auf die mit Hilfe eines Input-Output-Modells berechneten Produktions- und Beschäftigungswirkungen dieser Ausgaben. Ausgeklammert blieb vor allem die mit Mitteln der Marktforschung, über die das Institut nicht verfügt, zu beantwortende Frage, wie viele Konferenztouristen durch die neu verfügbare Veranstaltungskapazität zusätzlich nach Wien (Österreich) kommen könnten. Gleichfalls weitgehend ausgeklammert mußten Untersuchungen über Fernwirkungen und Zusatzeffekte bleiben: Dazu gehören die sogenannten „Sekundäreffekte“, die von der Verwendung der durch die Ausgaben im Konferenztourismus induzierten Einkommen ausgehen, die verbesserte Werbewirkung für einen Aufenthalt in Wien („Kongreßstadt Wien“) und für österreichische Produkte, die Auswirkungen auf das Preisniveau und bestimmte Berufsgruppen (Dolmetscher usw.).

Die Ergebnisse der Untersuchung stellen keine Stellungnahme des Instituts zur ökonomischen oder politischen Bedeutung des Bauvorhabens und des späteren Betriebes des Konferenzentrums dar.

## Die Höhe der durchschnittlichen Tagesausgaben 1982:

Da zur Abschätzung der Tagesausgaben keine eigene Erhebung stattfinden konnte, stützt sich die Untersuchung auf andere Schätzungen und die Auswertung einschlägiger Studien. Im einzelnen waren für die Ermittlung der Tagesausgaben folgende Überlegungen maßgebend:

Im Rahmen einer WIFO-Untersuchung im Auftrag der Sektion Fremdenverkehr der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft wurde der durchschnittliche Tagesaufwand für Dienst- und Geschäftsreisen im Ausländerfremdenverkehr auf fast doppelt so hoch wie im Ausländerfremdenverkehr insgesamt geschätzt (vergleiche St. Schulmeister 1981). Daraus leitet sich für 1982 ein durchschnittlicher Tagesaufwand von rund 2 000 S ab. Die weitgehend ähnlichen Verhaltensweisen des Kongreßtouristen und des Dienst- bzw. Geschäftsreisenden lassen den ermittelten Wert als erste Schätzgröße für den durchschnittlichen Tagesaufwand eines auswärtigen, nicht in Wien wohnenden Kongreßteilnehmers gelten. Wird jedoch berücksichtigt, daß nicht alle Kongreßteilnehmer Ausländer sind und inländische (nicht in Wien wohnende) Kongreßteilnehmer weniger ausgeben als Ausländer, erscheint ein Wert von 2 000 S als Obergrenze.

Unter der plausibel erscheinenden Annahme, daß rund ein Fünftel der nicht in Wien wohnenden Kongreßteilnehmer Inländer sind und diese um etwa 50% pro Tag mehr ausgeben als durchschnittlich im Binnenreiseverkehr je Tag aufgewendet wird, sinkt der durchschnittliche Tagesaufwand um 100 S auf 1 900 S.

Die Tagesausgaben eines Wien-Besuchers sind eine wichtige Kontrollgröße der vorgenommenen Schätzung:

Auf Grund der größeren Konzentration von Kongressen im Sommer und der im Vergleich zum Urlauber im „ländlichen“ Raum weit geringeren Unterschiede zwischen der Verbrauchsstruktur der Städte und der Konferenztouristen läßt sich der Tagesaufwand eines durchschnittlichen Wien-Touristen als Indikator für den Tagesaufwand eines Kongreßteilnehmers verwenden. Die Tagesausgaben des Wien-

Touristen betragen im Sommerhalbjahr 1982 rund 1 870 S und fallen somit nur etwas niedriger aus als im Dienst- und Geschäftsreiseverkehr. Die für 1982 vorgenommene Schätzung beruht auf einer Fortschreibung der für das Jahr 1978 berechneten Werte (vergleiche St. Schulmeister 1981).

Eine von K. Huber für das Sommerquartal 1981 durchgeführte Untersuchung ergibt nach Fortschreibung der Schätzung für 1982 einen durchschnittlichen Tagesaufwand des Wien-Touristen von etwa 1 600 S (vergleiche Huber 1982). Die Abweichung von der zuvor genannten Schätzung eines Wien-Touristen (1 870 S) dürfte zumindest teilweise damit zusammenhängen, daß nicht alle relevanten Ausgabearten (im wesentlichen Dienstleistungen, jedoch ausgenommen das Gastgewerbe und den Unterhaltungssektor) in die Untersuchung einbezogen wurden, also zB die wichtigen Ausgaben für Transport und Nachrichten unberücksichtigt bleiben. Eine entsprechende Korrektur läßt einen fiktiven Tagesaufwand in der Größenordnung von 1 800 bis 1 900 S vermuten.

Die drei bisher vorliegenden Schätzgrößen ergeben einen Ausgabenrahmen in der Größenordnung von 1 800 bis 1 900 S je Tag. Diesbezügliche Zusatzinformationen lassen sich aus der Höhe der Aufenthaltskostenentschädigung ausländischer Beamter bei Wien-Aufenthalten aus Untersuchungen über den Raum Berlin gewinnen (vergleiche Koch 1980; Forschungsstelle für den Handel, 1981).

Die Abschätzung der effektiv im Durchschnitt geleisteten Aufenthaltskostenentschädigung (= Tag- und Nachtgeld) ausländischer Beamter bei Wien-Aufenthalten erwies sich als sehr schwierig, weil sich die Vielfalt der gesetzlichen Regelungen sowie die Informationsbarrieren bezüglich der Höhe und Struktur der Reisespesen und deren Empfänger als Haupthindernisse erwiesen. Aus den dürftigen Informationen einiger Botschaften und internationaler Organisationen ergaben sich Werte für die Aufenthaltskostenentschädigung, die etwa in der Größenordnung von 1 200 bis 1 400 Schilling liegen. Die Annahme, daß die Differenz zwischen dem gesetzlich gewährten Nachtgeld und der eventuell höheren Hotelrechnung in den meisten Fällen zumindest teilweise vergütet wird und auf die Ausgaben für Nächtigung und Verpflegung der Großteil, jedoch nicht die gesamten Tagesaufwendungen fallen, läßt Gesamtausgaben im Bereich von 1 500 bis 1 900 S vermuten. Für Berlin ließen sich folgende Werte ableiten: A. Koch schätzte die durchschnittlichen Tagesaufwendungen eines Kongreß- und Geschäftsreisenden in Berlin um rund 60% höher ein, als im gesamten Reiseverkehr der BRD je Tag ausgegeben wird (vergleiche Koch 1980). Die entsprechende Umschätzung für Wien ergibt 1982 einen durchschnittlichen Tagesaufwand von 1 650 S.

In einer im Auftrag der Ausstellungs-Messe-Kongreß G.m.b.H.-Berlin (AMK) von der Forschungsstelle für den Handel (FfH) durchgeführten Untersuchung wurden die durchschnittlichen Tagesausgaben eines Kongreßteilnehmers (einschließlich Begleitpersonen) auf 226 DM (1980) geschätzt (vergleiche FfH 1981). Die Umrechnung auf Wiener Verhältnisse ergibt für 1982 einen Betrag in der Größenordnung von 1 800 bis 1 900 S.

Insgesamt gesehen lassen sich die aus Detailinformationen sowie anderen in- und ausländischen Untersuchungen und ihrer Umschätzung bzw. Fortschreibung gewonnenen Ergebnisse weitgehend in einem Ausgabenbereich von 1 500 bis 1 900 S je Tag und Konferenzteilnehmer (einschließlich Begleitpersonen) ansiedeln.

Um die Gesamtausgaben im Konferenztourismus zu erhalten, müßten zu den Ausgaben der Konferenzteilnehmer noch die Aufwendungen der Kongreßveranstalter, wie zB Mieten, Honorare, Ausgaben für die Vorbereitung, den Transport der Konferenzteilnehmer, die Verpflegung und das Rahmenprogramm, hinzugerechnet werden. Die Höhe der Ausgaben von Kongreßveranstaltern wird in erster Linie durch Art und Dauer der Veranstaltung bestimmt. Die Ausgabenhöhe hängt aber auch von der Zahl der Teilnehmer ab. Tendenziell ist zu erwarten, daß die Ausgaben je Teilnehmer um so niedriger sind, je größer die Teilnehmeranzahl ist. Die Abschätzung der Aufwendungen der Kongreßveranstalter in Wien ist jedoch nicht möglich, da keine statistischen Informationen vorliegen.

#### Die Verteilung der Ausgaben auf die Aufwandsarten:

Die Ermittlung der Aufwandsstruktur eines „typischen“ Konferenztouristen stützt sich auf keine selbst vorgenommene statistische Erhebung, so daß auf frühere Schätzungen und Untersuchungen (vergleiche FfH 1981; Huber 1981; Schulmeister 1981) und zum Teil auch auf plausibel erscheinende Annahmen zurückgegriffen werden mußte. Von den einzelnen wichtigen erfaßten Aufwandsarten lassen sich folgende Hauptgruppen unterscheiden:

- Unterkunft und Verpflegung,
- Einkäufe (zB Nahrungsmittel, Bekleidung, Andenken usw.),
- Transportdienste,
- Nachrichtendienste,
- Sonstige Waren und Dienste.

Der größte Anteil der Ausgaben im Konferenztourismus entfällt auf die Ausgabenkategorie Unterkunft und Verpflegung. Die zur Verfügung stehenden Schätzungen lassen einen Anteil an den Gesamtaufwendungen von etwa 60 bis 65% als realistische Größe erscheinen. Das Gewicht der Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung ist bei einem Konferenztouristen deutlich höher als bei einem durchschnittlichen Ausländer, der nur etwas mehr als die Hälfte (54%) seines Budgets für Unterkunft und Verpflegung ausgibt. Andererseits wendet der typische Kongreßtourist anteilig für Verkehrszwecke weit weniger (Annahme: 5% bis 5½%) auf als der durchschnittliche Ausländer (11½%). Dies hängt größtenteils damit zusammen, daß der Konferenzteilnehmer hauptsächlich öffentliche Verkehrsmittel und Taxis benutzt, wogegen im Ausländerfremdenverkehr insgesamt der Individualverkehr (Auto) und die Benützung von Seilbahnen und Liften (Wintersport) relativ gewichtig ist.

Nach den Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung sind sowohl im Kongreßtourismus als auch im Ausländerfremdenverkehr insgesamt die Aufwendungen für Einkäufe die zweitgrößte Ausgabengruppe. Im Durchschnitt wird rund ein Fünftel des Budgets für diese Einkäufe ausgegeben. Der Konferenztourist kauft infolge häufigerer Restaurantbesuche verhältnismäßig weniger Nahrungsmittel und Getränke, gibt aber relativ mehr für Sachgegenstände aus. Der durchschnittliche Ausländer dagegen verhält sich umgekehrt: Wegen der höheren Bedeutung der Selbstverpflegung kauft er relativ mehr Nahrungsmittel, für Sachgegenstände wendet er aber weniger auf.

Für Bildung und Unterhaltung gibt der Kongreßtourist anteilig weniger aus (Annahme: 5½% bis 6½%) als der durchschnittliche Ausländer (8½%). Dies dürfte zumindest teilweise damit zusammenhängen, daß der Kongreßteilnehmer wegen Empfängen, Rundfahrten usw. (dh. organisierte Freizeit) weniger individuell verfügbare Zeit hat als der Normaltourist, der somit auch das jeweilig örtliche Kulturangebot weit mehr ausnutzen kann.

#### Produktions- und Beschäftigungseffekte:

##### Statistische und methodische Grundlagen:

Die Produktions- und Beschäftigungseffekte im Ausländerfremdenverkehr bzw. im Kongreßtourismus lassen sich mit Hilfe einer für diese Zwecke entsprechend adaptierten Input-Output-Tabelle ermitteln (vergleiche Skolka 1974, 1981; Richter 1981). Die Anwendung der Input-Output-Analyse beruht im wesentlichen auf den Annahmen, daß

- sich die Mengenrelationen der Vorprodukte (Inputs) zueinander und zum damit erzeugten Endprodukt (Output) im Zeitverlauf nicht verändern,
- die Höhe des Produktionsniveaus keine Rolle spielt,
- die Importquoten konstant bleiben,
- keine Preisdifferenzierung nach Abnehmern existiert.

Da die Anwendung der Input-Output-Analyse wegen ihrer strikten Annahmen nicht unproblematisch ist, haben die gewonnenen Ergebnisse modellhaften Charakter; sie sollen Vorstellungen über plausible Größenordnungen vermitteln. Die Resultate können nur mit Vorsicht für praktische Fragestellungen, insbesondere für „Marginalüberlegungen“ (wie zB die Effekte einer Nachfragesteigerung), angewandt werden. Dies gilt natürlich auch für die Frage nach den Beschäftigungswirkungen einer Erhöhung der Nachfrage bzw. der Ausgaben im Konferenztourismus (also die Anwendung des Beschäftigungsmultiplikators), weil die Input-Output-Technik, die vor allem im Fremdenverkehr wichtigen Kapazitäts- und Auslastungserwägungen nicht berücksichtigt. In der Praxis existieren nämlich oft Kapazitätsspielräume, die eine Reaktion der Beschäftigung und anderen Kapazitäten auf Nachfrageänderungen erst dann entstehen lassen, wenn bestimmte Auslastungsgrenzen über eine Zeitdauer hinweg erreicht werden. (So hat zB Wien eine durchschnittliche Bettenauslastung von rund 50%, des öfteren werden aber Spitzenwerte erreicht. Solche Auslastungsspitzen führen aber nicht unmittelbar zu einer Erhöhung des Personalstandes oder zum Bau eines Hotels.) Für die Schaffung von Arbeitsplätzen orientiert man sich ferner nicht nur an der Entwicklung in der Vergangenheit, sondern auch an der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung. Außerdem muß noch bedacht werden, daß Arbeitskräfte und Anlagevermögen (Hotel, Restaurant) als gesamte Einheiten zu betrachten und nicht beliebig teilbar sind.

#### Ergebnisse:

Die Quantifizierung der Produktions- und Beschäftigungseffekte erfolgten auf der Basis von drei verschiedenen Verbrauchsstrukturen. In einer „Normalversion“ wurde die Aufwandsstruktur eines durchschnittlichen Ausländers (Normalvariante) unterstellt, die anderen zwei Versionen (Variante 1 und 2) gehen von alternativen Aufwandsstrukturen eines typischen Konferenzteilnehmers aus.

Durch die Anwendung der Input-Output-Analyse läßt sich nun demonstrieren, in welchem Ausmaß die einzelnen Wirtschaftsbereiche von der durchschnittlichen touristischen Auslandsnachfrage (Normalvariante) in der Höhe von zB 1 000 S profitieren:

Von der durch die touristische Auslandsnachfrage insgesamt ausgelösten Nettoproduktion in der Höhe von 727 S (Normalvariante) entfällt erwartungsgemäß der größte Teil (217 S oder rund 30%) auf das Gastgewerbe. Der Anteil des Gastgewerbes an der ausgelösten Nettoproduktion ist jedoch viel geringer als der Anteil an der direkten Nachfrage des Auslandstouristen, da ein großer Teil der Bruttoeinnahmen als Vorleistungen weitergegeben werden müssen, und zwar hauptsächlich an die Land- und Forstwirtschaft, die Nahrungsmittelerzeugung, den Handel und die Vermögensverwaltung. Anders ausgedrückt ist die im Vergleich zu anderen Bereichen der Dienstleistungsproduktion relativ niedrige Nettoquote (das Verhältnis von Netto- und Bruttoproduktion) von rund 45% der Hauptgrund dafür, daß sich die Netto-Produktionseffekte des Reiseverkehrs gleichmäßiger auf die verschiedenen Produktionsbereiche verteilen, als es der hohen Konzentration der touristischen Nachfrage auf das Gastgewerbe entspricht. Dies kann mit Hilfe von Brutto-Produktionswerten, in welchen die Vorleistungen enthalten sind, dargestellt werden: Im Gegensatz zur Nettoproduktion des Gastgewerbes (217 S) entfällt von 1 000 S touristischer Auslandsnachfrage mit 486 S ein deutlich höherer Teil auf die von der touristischen Auslandsnachfrage induzierte Bruttoproduktion. Gesamtwirtschaftlich gesehen weist aber die durch den Reiseverkehr ausgelöste Nettoproduktion einen dennoch viel höheren Konzentrationsgrad auf als etwa der private Konsum oder der Warenexport.

Nach dem Gastgewerbe profitiert der Handel am stärksten von der touristischen Auslandsnachfrage. Von 1 000 S Auslandsnachfrage wurde im Handel eine Nettoproduktion von 96 S ausgelöst. Danach folgen die Land- und Forstwirtschaft (66 S), die Nahrungs- und Genußmittelerzeugung (64 S), der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung (59 S) sowie die Vermögensverwaltung (59 S). Etwas schwächer waren die Nettoproduktionseffekte im Bereich der Erdölindustrie (26 S).

Die Höhe der Einnahmen an Mehrwertsteuer ist mit 102 S je 1 000 S touristischer Auslandsnachfrage zu veranschlagen. Auf die direkten und die durch die Lieferverflechtungen der Produktionsbereiche ausgelösten indirekten Importe entfielen inklusive Zölle 171 S. Die touristische Auslandsnachfrage hat somit rund 17% eine im Vergleich zum privaten Konsum oder den Warenexporten verhältnismäßig niedrige kumulative Importquote an der Endverwendung.

Die im Konferenztourismus ausgehenden Effekte auf die Nettoproduktion leiten sich aus der jeweils unterstellten Verbrauchsstruktur (Variante 1 oder 2) ab:

Da der Konferenztourist verhältnismäßig mehr für Unterkunft und Verpflegung ausgibt als der durchschnittliche Ausländer, profitiert in erster Linie das Gastgewerbe. Von 1 000 S touristischer Auslandsnachfrage wird im Gastgewerbe gemäß Variante 1 eine im Vergleich zur Normalvariante (217 S oder 30%) höhere Nettoproduktion im Wert von 241 S oder einem Drittel der Nettoproduktion induziert. Dies hat zur Voraussetzung, daß der Konferenztourist 60% (Variante 1) seiner Gesamtausgaben für Unterkunft und Verpflegung ausgibt. Der Betrag erhöht sich auf 260 S oder 35% der Nettoproduktion, wenn 65% (Variante 2) der Gesamtaufwendungen für Unterkunft und Verpflegung ausgegeben werden. Die korrespondierenden Brutto-Produktionswerte betragen 540 S (Variante 1) bzw. 584 S (Variante 2).

Für die restlichen Wirtschaftszweige werden im folgenden die Nettoproduktionseffekte gemäß der Verbrauchsstruktur nach Variante 1 dargestellt:

Die von 1 000 S Nachfrage eines auswärtigen Konferenzteilnehmers induzierte Nettoproduktion in der Land- und Forstwirtschaft und der Nahrungs- und Genußmittelerzeugung sinkt gegenüber der Normalversion (66 S und 64 S) auf je 56 S. In diesen beiden Bereichen hielt sich der Rückgang der Nettoproduktion, induziert durch die verhältnismäßig geringen Nahrungsmittelkäufe des Konferenztouristen, wegen der höheren Bestellungen des Gastgewebes in Grenzen. Die induzierte Nettoproduktion im Bereich des Handels und der Vermögensverwaltung blieb im Vergleich zu den Nettoproduktionseffekten der Normalvariante im wesentlichen unverändert.

Die Importe (inklusive Zölle) sanken gegenüber 171 S in der Normalversion auf 163 S je 1 000 S Nachfrage. Dies hängt in erster Linie mit den geringeren Ausgaben des Konferenztouristen für den Individualverkehr zusammen, wodurch die Erdölimporte reduziert wurden. Von 1 000 S entfielen anstatt 38 S in der Normalversion nur mehr 23 S auf importiertes Erdöl; der Nettoproduktionswert der Erdölindustrie ging von 26 S auf 15 S je 1 000 S Nachfrage zurück. Die Mehrwertsteuereinnahmen stiegen je 1 000 S von 102 S auf 106 S.

Die von der durchschnittlichen touristischen Auslandsnachfrage ausgehenden Beschäftigungseffekte sind stärker als die vom privaten Konsum, den Warenexporten oder den Investitionen ausgehenden

Impulse (vergleiche Richter 1981). Die Anwendung der Input-Output-Analyse ergab rein rechnerisch einen Beschäftigungsmultiplikator von 4,2, dh. anders ausgedrückt, daß 1 Milliarde Schilling Gesamtausgaben im Ausländerfremdenverkehr im Durchschnitt 4 200 unselbständige und selbständige (erwerbstätige) Personen beschäftigen. Verschiedene Berechnungen auf der Basis unterschiedlicher Verbrauchsstrukturen (Variante 1 und 2) im Konferenztourismus lieferten Beschäftigungsmultiplikatoren, die vom Multiplikator der Normalvariante (4,2) nur unwesentlich abwichen.

#### **Zusammenfassung:**

Die Schätzung der durchschnittlichen Tagesaufwendungen eines Konferenzteilnehmers (einschließlich Begleitpersonen) ergab Gesamtausgaben in einem Bereich von 1 500 bis 1 900 S. Der größte Teil der Ausgaben im Konferenztourismus entfällt auf die Ausgabenkategorie Unterkunft und Verpflegung. Der Anteil der Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung an den Gesamtausgaben ist bei einem Konferenztouristen mit etwa 60 bis 65% deutlich höher als der Anteil bei einem durchschnittlichen Ausländer (54%). Die Aufwendungen für Einkäufe (Nahrungsmittel, Bekleidung, Andenken usw.) sind sowohl im Konferenztourismus als auch im Ausländerfremdenverkehr insgesamt mit einem Anteil von rund 20% die zweitgrößte Ausgabengruppe.

Von der durch die touristische Auslandsnachfrage ausgelösten gesamtwirtschaftlichen Nettoproduktion entfällt mit ungefähr 30% der größte Teil auf das Gastgewerbe. Der Anteil des Gastgewerbes an der Nettoproduktion ist jedoch viel geringer als der Anteil an der Nachfrage des Auslandstouristen (etwa 54%), da ein großer Teil der Bruttoeinnahmen als Vorleistungen weitergegeben werden muß. Die vom Konferenztourismus ausgehenden Effekte auf die Nettoproduktion leiten sich aus der jeweiligen unterstellten Aufwandsstruktur ab. Da der Konferenztourist verhältnismäßig mehr für Unterkunft und Verpflegung aufwendet als der durchschnittliche Ausländer, profitiert in erster Linie das Gastgewerbe. Unter der Annahme, daß 60% der Gesamtausgaben eines Konferenztouristen für Unterkunft und Verpflegung aufgewendet werden, steigt der Anteil des Gastgewerbes an der von der touristischen Auslandsnachfrage insgesamt ausgelösten Nettoproduktion von 30% (dabei werden 54% der Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung aufgewendet) auf 33%. Der Anteil des Gastgewerbes erhöht sich auf 35%, wenn der Kongreßreisende 65% seiner Gesamtausgaben für Unterkunft und Verpflegung aufwendet.

Die Quantifizierung der Beschäftigungseffekte ergab rein rechnerisch einen Beschäftigungsmultiplikator von 4,2. Mit anderen Worten heißt das, daß zB Ausgaben von 1 Milliarde Schilling im Ausländerfremdenverkehr im Durchschnitt 4 200 unselbständige und selbständige Personen beschäftigen. Der Wert des Beschäftigungsmultiplikators verändert sich nur unwesentlich, wenn verschiedene Aufwandsstrukturen eines „typischen“ Konferenzteilnehmers unterstellt werden.

#### **Anmerkungen:**

Die Berechnungen auf der Basis einer adjustierten Input-Output-Tabelle des Jahres 1976 stammen von J. Skolka.

#### **Literaturhinweise:**

Forschungsstelle für den Handel (FFH): Die Auswirkungen von Kongressen auf die Wirtschaftsregion Berlin 1980, Berlin 1981.

K. Huber: Fremdenverkehrskonzeptive Studie Wien 1981, Band I, Wien 1982.

A. Koch: Die Ausgaben im Fremdenverkehr in der BRD, München 1980.

J. Richter: Strukturen und Interdependenzen der österreichischen Wirtschaft, Wien 1981.

St. Schulmeister: Reiseverkehr und Wirtschaftsstruktur, Wien 1981.

J. Skolka: Anwendung der Input-Output-Analyse, Wien 1974.

J. Skolka: Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Österreich 1964 bis 1977, Monatsberichte 1/1981.

## 1223 der Beilagen

139

**Aufwandsstruktur im Ausländerfremdenverkehr**

	Normalvariante (Durchschnittlicher Ausländer)	Anteil in %	
		Variante 1 (Konferenztourist)	Variante 2
Unterkunft und Verpflegung .....	54,1	60,0	65,0
Einkäufe .....	21,5	20,5	18,0
davon Nahrungsmittel .....	12,6	5,7	5,0
Transportdienste .....	11,5	5,5	4,8
Nachrichtendienste .....	1,0	1,6	1,5
Bildung und Unterhaltung .....	8,4	6,4	5,6
Sonstige Waren .....	2,1	3,5	3,0
Sonstige Dienstleistungen .....	1,4	2,5	2,1
	100,0	100,0	100,0

**Verteilung der touristischen Auslandsnachfrage auf Nettoproduktion, Importe und Mehrwertsteuer je 1 000 S**

	Normalvariante (Durchschnittlicher Ausländer)	Variante 1 (Konferenztourist)	Variante 2
Nettoproduktion .....	727	731	741
davon Gastgewerbe .....	217	241	260
Importe <sup>1)</sup> .....	171	163	154
Mehrwertsteuer .....	102	106	105
	1 000	1 000	1 000

<sup>1)</sup> Kumulativ berechnet, inklusive Zölle.**Verteilung der durchschnittlichen touristischen Auslandsnachfrage auf die Produktionsbereiche je 1 000 S  
(Normalvariante)**

	Bruttoproduktion <sup>1)</sup>	Nettoproduktion <sup>2)</sup>
Land- und Forstwirtschaft .....	23	66
Bergbau .....		1
Nahrungs- und Genußmittel .....	74	64
Textil und Bekleidung .....	23	11
Holz, Be- und Verarbeitung .....	6	6
Papierherstellung und -verarbeitung .....	6	11
Chemie (ohne Erdöl) .....	4	11
Erdöl .....	42	26
Erzeugung von Stein- und Glaswaren .....		5
Grundmetalle .....		3
Metallverarbeitung .....	14	25
Energie- und Wasserversorgung .....		18
Bauwesen .....		13
Handel .....	78	96
Gastgewerbe .....	486	217
Verkehr und Nachrichtenübermittlung .....	63	59
Vermögensverwaltung .....		59
Sonstige Dienste .....	14	22
Öffentlicher Dienst .....	4	14
Insgesamt ...	837	727

<sup>1)</sup> Direkte Effekte.<sup>2)</sup> Gesamteffekte (direkte und indirekte).

140

1223 der Beilagen

**Verteilung der Nachfrage im Konferenztourismus auf die Produktionsbereiche je 1 000 S**  
(Variante 1)

	Bruttoproduktion <sup>1)</sup>	Nettoproduktion <sup>2)</sup>
Land- und Forstwirtschaft .....	11	56
Bergbau .....		2
Nahrungs- und Genußmittel .....	45	56
Textil und Bekleidung .....	39	18
Holz, Be- und Verarbeitung .....	7	6
Papierherzeugung und -verarbeitung .....	4	10
Chemie (ohne Erdöl) .....	5	12
Erdöl .....	15	15
Erzeugung von Stein- und Glaswaren .....		5
Grundmetalle .....		3
Metallverarbeitung .....	11	22
Energie- und Wasserversorgung .....	1	19
Bauwesen .....		13
Handel .....	74	94
Gastgewerbe .....	540	241
Verkehr und Nachrichtenübermittlung .....	57	56
Vermögensverwaltung .....		61
Sonstige Dienste .....	16	24
Öffentlicher Dienst .....	8	18
<b>Insgesamt ...</b>	<b>833</b>	<b>731</b>

<sup>1)</sup> Direkte Effekte.

<sup>2)</sup> Gesamteffekte (direkte und indirekte).

**Verteilung der Nachfrage im Konferenztourismus auf die Produktionsbereiche je 1 000 S**  
(Variante 2)

	Bruttoproduktion <sup>1)</sup>	Nettoproduktion <sup>2)</sup>
Land- und Forstwirtschaft .....	9	57
Bergbau .....		1
Nahrungs- und Genußmittel .....	40	57
Textil und Bekleidung .....	34	16
Holz, Be- und Verarbeitung .....	6	6
Papierherzeugung und -verarbeitung .....	4	10
Chemie (ohne Erdöl) .....	5	12
Erdöl .....	13	14
Erzeugung von Stein- und Glaswaren .....		6
Grundmetalle .....		3
Metallverarbeitung .....	9	22
Energie- und Wasserversorgung .....	1	19
Bauwesen .....		14
Handel .....	64	90
Gastgewerbe .....	584	260
Verkehr und Nachrichtenübermittlung .....	51	52
Vermögensverwaltung .....		63
Sonstige Dienste .....	14	23
Öffentlicher Dienst .....	7	16
<b>Insgesamt ...</b>	<b>841</b>	<b>741</b>

<sup>1)</sup> Direkte Effekte.

<sup>2)</sup> Gesamteffekte (direkte und indirekte).

# Minderheitsbericht

## der Abgeordneten Steinbauer, Ingrid Tichy-Schreder, Dipl.-Ing. Riegler und Burgstaller

Die unterfertigten Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei im besonderen Ausschuß zur Vorberatung des Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) erstatten gemäß § 42 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Nationalrates folgendes abge sonderte Gutachten:

### 12 000 WOHNUNGEN STATT EINEM KONFERENZPALAST

Die unterzeichneten Mitglieder des Sonderausschusses zur Behandlung des Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz), die Abgeordneten Steinbauer, Ingrid Tichy-Schreder, Dipl.-Ing. Riegler, Burgstaller der Fraktion der Österreichischen Volkspartei erstatten gemäß § 42 Abs. 4 der Geschäftsordnung nachstehendes abge sonderte Gutachten:

#### Das größte Volksbegehren aller Zeiten

Mehr als 1,36 Millionen Österreicherinnen und Österreicher haben vom 10. bis 17. Mai 1982 das Volksbegehren zur Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City unterzeichnet, wobei sich die Unterschriften auf die österreichischen Bundesländer wie folgt verteilt haben:

Wien .....	213 648
Niederösterreich .....	290 916
Burgenland .....	40 606
Steiermark .....	217 220
Kärnten .....	54 945
Oberösterreich .....	252 457
Salzburg .....	86 650
Tirol .....	126 401
Vorarlberg .....	78 719
Gesamt ...	<u>1 361 562</u>

Durch diese Anzahl der Unterschriften wurde das Anti-Konferenzzentrums-Volksbegehren das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte der Republik.

Diese Willenskundgebung der österreichischen Bevölkerung ist vor allem deshalb umso stärker zu beachten, als diese 1,36 Millionen sich durch die Unterzeichnung des Anti-Konferenzzentrum-Volksbegehrens in aller Öffentlichkeit zu ihrer Meinung bekannt haben.

Der Erfolg des Anti-Konferenzzentrum-Volksbegehrens beweist, daß auch die Mitbürger die Auffassung der Österreichischen Volkspartei unterstützen, wonach es gescheiter ist, statt 7,5 Milliarden Schilling für einen unnötigen Konferenzpalast zu verschwenden, 12 000 Wohnungen zu bauen und damit Arbeitsplätze in ganz Österreich zu sichern und nicht nur den Einsatz von Maschinen auf dem Baugelände des Österreichischen Konferenzzentrums in Wien.

Nachdem vom Bundesminister für Inneres das Ergebnis des Volksbegehrens offiziell verlautbart wurde, wurde es dem Parlament zugeleitet und am 1. Juli 1982 der Sonderausschuß zur Behandlung des Volksbegehrens eingesetzt. Am selben Tag noch begannen auf dem Baugelände des Österreichischen Konferenzzentrums in Wien die Bauarbeiten zur Errichtung des Konferenzpalastes. Diese Gleichzeitigkeit beweist bereits schlagend, daß von seiten der SPÖ nie an eine „faire“ und „korrekte“ Behandlung des Volksbegehrens gedacht war.

In neun Sitzungen behandelte der parlamentarische Sonderausschuß alle Aspekte des Baus des Konferenzpalastes, wobei die SPÖ angekündigt hatte, die Notwendigkeit der Errichtung dieses Baus nachzuweisen. Mit diesem Versuch ist sie im parlamentarischen Ausschuß jedoch gescheitert.

## 1. Konferenzpalast sichert keine Arbeitsplätze

### 1.1. Bau schafft keine Dauerarbeitsplätze

Durch den Einsatz der Milliarden für den Bau des Konferenzpalastes könnte es nur zu einem kurzfristigen Beschäftigungseffekt in der Dauer von vier bis fünf Jahren kommen. Mindestens ein Drittel der ausgegebenen Gelder stellen Finanzierungskosten dar. Das bedeutet, daß um dieses Geld kein einziger Arbeitsplatz geschaffen wird, sondern nur die Banken und die internationale Finanzwelt daran verdienen. Bei der Großbaustelle des Konferenzpalastes werden vor allem die Großbaumaschinen der Bauindustrie eingesetzt. Das bedeutet Einsatz von Maschinen statt Arbeitsplätze für Menschen. Bei der Besichtigung der Großbaustelle wurde festgestellt, daß nicht einmal 200 Bauarbeiter an dieser Baustelle tätig waren. Dies beweist, daß die Berechnungen des Instituts für Höhere Studien richtig waren, wonach auf dieser maschinenintensiven Baustelle höchstens 400 Bauarbeiter pro Jahr beschäftigt sein werden. Durch den Einsatz der für die Errichtung des Konferenzpalastes notwendigen Mittel auf anderen Gebieten könnten jedoch 20 000 Dauerarbeitsplätze in ganz Österreich geschaffen werden.

Es könnten beispielsweise

- bei der Errichtung von Wohnungen zwei- bis dreimal so viele und
- beim Bau von Wasserkraftwerken achtmal so viele Arbeitsplätze geschaffen werden als bei der Errichtung des Konferenzpalastes.

### 1.2. Arbeitsplätze dort schaffen, wo sie fehlen

Während die Arbeitsmarktsituation vor allem in den niederösterreichischen Grenzgebieten sowie in der Steiermark und im Burgenland äußerst prekär ist, werden durch den Bau des Konferenzpalastes voraussichtlich vor allem in Wien Arbeitsmarkteffekte erzielt werden. Das bedeutet, daß dieses Projekt, wenn überhaupt, dort einen Arbeitsmarkteffekt hat, wo er nicht so dringend benötigt wird, wie in den strukturschwachen Gebieten. Diese regionalpolitisch verfehlte Investition führt sogar eher zu einem verstärkten Pendeln und zu einer Abwanderung aus den wirtschaftlich benachteiligten Gebieten. Der Bau des Konferenzpalastes verstößt gegen die Zielsetzung des österreichischen Raumordnungskonzepts, wonach möglichst ausgeglichene regionale Arbeitsmärkte anzustreben sind.

Durch den Einsatz der für den Bau des Konferenzpalastes notwendigen Mittel für den Bau von Wohnungen, Kraftwerken sowie Amtsgebäuden und Schulen könnte eine viel günstigere regionale Beschäftigungswirkung erzielt werden.

### 1.3. Keine Hilfe für Winterarbeitslosigkeit 1982/83 am Bau.

Nach allen dem Ausschuß zur Verfügung stehenden Studien steht fest, daß ein arbeitsmarktpolitischer Effekt erst in den Jahren 1985 bzw. 1986 eintreten wird. Das bedeutet, daß für den Bau des Konferenzpalastes keinerlei kurzfristigen Beschäftigungsimpulse erzielt werden und damit sicher auch die für den Winter 1982/83 zu erwartende Arbeitslosigkeit auf dem Bau durch dieses Projekt nicht gemildert wird.

### 1.4. Einsatz von Steuergeldern für die Bedürfnisse der Bürger.

Vom Konferenzpalast bei der UNO-City werden die österreichischen Steuerzahler nichts haben. Mit Investitionen in die Stadterneuerung und in den Wohnbau würde die unmittelbare Lebenssituation vieler Österreicherinnen und Österreicher verbessert werden.

Während Milliarden in den sinnlosen Bau des Konferenzpalastes investiert werden, fehlt das Geld

- für die lang überfällige Fertigstellung der Südautobahn,
- für den forcierten Ausbau der U-Bahn in Wien,
- für den Bau der Pyhrn- und Innkreisautobahn,
- für notwendige Investitionen der ÖBB,
- für den Ausbau von Schulen,
- für den Bau der Sondermüllverwertungsanlage in Asten,
- für den Bau von Universitäten,
- für die wirtschaftliche Stärkung des ländlichen Raumes.

Wie sehr überall das Geld fehlt, zeigen auch die schwierigen Verhandlungen über die Umstrukturierungsmaßnahmen in der verstaatlichten Industrie.

## 1223 der Beilagen

143

**1.5. Sinnvolle Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig.**

Während nach Fertigstellung des Konferenzpalastes für die Defizitabdeckung allein an Betriebskosten pro Jahr Hunderte Millionen an Steuergeldern notwendig sein werden, könnte man mit dem Einsatz der für den Bau des Konferenzentrums bereitgestellten Mittel Investitionen tätigen, die wirtschaftlich sinnvoll sind.

Durch den Bau von Wasserkraftwerken könnten jährliche Deviseneinsparungen in der Höhe von zwei Milliarden Schilling erzielt werden, die Förderungsmittel für die Errichtung von Wohnungen würden nicht nur die Wohnungssituation vieler Familien verbessern, sondern auch von diesen zurückgezahlt werden, wodurch diese sodann neuerlich vergeben werden könnten.

Allen diesen arbeitsmarktpolitischen Argumenten, die durch wissenschaftliche Studien bewiesen werden (Beilage A und B), konnte in den Beratungen des parlamentarischen Ausschusses durch die Uneinsichtigkeit der Mehrheit nicht zum Durchbruch verholfen werden.

**2. Tatsächliche Kosten bei 8,5 bis 12,5 Milliarden Schilling**

Von seiten der SPÖ wird die Behauptung vertreten, daß der Bau des Konferenzpalastes samt Finanzierungskosten nicht mehr als 7,5 Milliarden Schilling den österreichischen Steuerzahlern kosten wird. Die seit dem Jahre 1979, dem Zeitpunkt der Berechnung dieser Kosten, eingetretene Entwicklung der Bau- und Finanzierungskosten läßt jedoch erwarten, daß der Konferenzpalast den österreichischen Steuerzahlern 8,5 bis 12,5 Milliarden Schilling kosten wird.

Dies vor allem deshalb, weil seit 1979 das nationale und internationale Zinsniveau beachtlich gestiegen ist und ein großer Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand gegeben ist (siehe Beilage C).

Bis zum Ende der Beratungen konnte von der Bundesregierung — obwohl dies wiederholt versprochen wurde — die Finanzierung der Errichtung des Konferenzpalastes nicht geklärt werden. Sicher ist aber, daß der österreichische Steuerzahler die Kosten für den Bau des Konferenzpalastes voll bezahlen wird müssen. Dies deshalb, weil

- die groß angekündigten Araber-Milliarden nicht in Sicht sind,
- die Leasing-Variante sich nur als Seifenblase entpuppte, wobei deren Kosten für den Steuerzahler keine Einsparung gebracht hätte,
- die Ausgabe von Genußscheinen bzw. Volksaktien die Finanzierungsfrage auch nicht lösen kann und
- die Verhandlungen mit verschiedenen Hotelketten über das Stadium des Gerüchts nicht hinausgingen.

Alle diese, oft sicherlich nicht einmal ernst gemeinten, Finanzierungsvarianten werden nicht zum Tragen kommen, womit im Ausschuß geklärt wurde, daß die Österreicherinnen und Österreicher für die Errichtung des Konferenzpalastes Schulden in der Höhe von 8,5 bis 12,5 Milliarden Schilling zurückzahlen werden müssen.

**3. Ausbau von Hofburg und Messepalast als vernünftige Alternative.**

Die Österreichische Volkspartei hat sich nie gegen die Errichtung eines internationalen Konferenzentrums in Wien ausgesprochen. Sie vertritt nur die Auffassung, daß mit viel weniger Geld im Zentrum Wiens durch den Ausbau von Hofburg und Messepalast eine viel sinnvollere Einrichtung für den internationalen Konferenztourismus geschaffen werden kann. Dieser Auffassung der Österreichischen Volkspartei haben sich auch 90% der Teilnehmer an der Wiener Volksbefragung vom November 1981 sowie das von Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner präsentierte Wiener Fremdenverkehrskonzept angeschlossen (Beilage D).

**3.1. Innerstädtisches Konferenzzentrum viel wirtschaftlicher**

- a) Eine Studie (Beilage E) über einen möglichen Ausbau des Messepalastes beweist, daß mit einem Zehntel der Kosten der Errichtung des Konferenzpalastes ein innerstädtisches Konferenzzentrum, bestehend aus Hofburg und Messepalast geschaffen werden könnte.

Dieses innerstädtische Konferenzzentrum würde eine

- höhere Umwegrentabilität aufweisen, weil auf Grund der gegebenen vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt von Wien die Kongreßteilnehmer zu größeren Ausgaben angeregt werden und
  - eine bessere Auslastung der Wiener Innenstadthotels sowie der Wiener Gastronomie bewirken.
- Der Konferenzpalast bei der UNO-City würde hingegen voraussichtlich nur eine Umwegrentabilität aufweisen, die nicht einmal so hoch wäre, wie die Zinsen für die Kredite, die zum Bau des Konferenzpalastes aufgenommen werden müssen.

Darüber hinaus würde ein zu errichtendes neues Hotel beim Konferenzpalast laut Studie des „Glat-tal Management“ einen „ziemlich hohen á fonds perdu Zuschuß des Bundes und/oder Kredite zu Zinsfüßen erfordern, die normalerweise nicht erhältlich sind“ (siehe Beilage F).

b) Betriebskosten

Während das Konferenzzentrum Hofburg innerhalb des letzten Jahrzehnts jedes Jahr beträchtliche Gewinne erwirtschaftete, werden die Betriebskosten des Konferenzpalastes ca. 1 Million Schilling täglich betragen, womit es zu einem gigantischen jährlichen Defizit kommen wird, das wiederum der Steuerzahler tragen wird müssen.

3.2. Einzigartige Chance für Zentrum Wiens.

Durch den Ausbau von Hofburg und Messepalast könnte ein einzigartiges Konferenzzentrum in historischen Gebäuden geschaffen werden, das nicht aus einem neumodischen Betonklotz besteht, der sich an der Peripherie der Stadt befindet.

Der internationale Trend bei der Neuerrichtung von Konferenzzentren geht dahin, diese im Zentrum der jeweiligen Stadt zu errichten. Wien würde sich eine große Chance entgehen lassen, wenn es die Möglichkeiten nicht nutzt, die Hofburg und Messepalast in diesem Zusammenhang bieten. Die Ergänzung der Hofburg durch den Messepalast würde ein neues kulturelles Zentrum in der Innenstadt schaffen. Im Messepalast könnten nicht nur die heute für den wirtschaftlichen Erfolg von Großkonferenzen üblichen Ausstellungen untergebracht werden. Die Lage im Zentrum Wiens macht dabei höhere Besucherzahlen erzielbar. Darüber hinaus wäre der Messepalast zu einem multifunktionalen Kulturzentrum mit internationalem Flair auszubauen.

Die Auffassung, daß die Innenstadt für ein internationales Publikum viel attraktiver als Kagran ist, vertrat Bundeskanzler Dr. Kreisky bereits im Jahre 1978 in seinem Buch „Die Zeit in der wir leben“ in dem er zur Situierung der UNO-City im 22. Bezirk meinte:

„Ich weiß gar nicht, wer unter der Regierung Klaus ursprünglich diese Idee gehabt hat. Die Leute sind natürlich sehr viel lieber im Grandhotel am Ring oder selbst in den Gebäuden an der Lastenstraße, also im Zentrum der Stadt, als da draußen, jenseits der Donau.“

Verschiedene Studien beweisen, daß der Trend des internationalen Konferenztourismus dahin geht, mittlere und kleinere Veranstaltungen zu forcieren (siehe Beilage G). Die Planung des Konferenzpalastes basiert jedoch noch auf einer Konzeption, die davon ausgeht, daß die sogenannten JUMBO-Konferenzen weltweit zunehmen werden. Dies ist jedoch keineswegs der Fall, wie Bundesminister Dr. Salcher bestätigte (Beilage H). So gibt es pro Jahr auf der ganzen Welt nur ca. 20 Großkongresse, von denen auf Grund der Herkunft des Veranstalters 10 in den Vereinigten Staaten abgehalten werden müssen; um die für den Weltmarkt übrigbleibenden 10 Großkongresse bemühen sich sodann 200 Kongreßorte.

5. Österreich ist zu nichts verpflichtet.

Außenminister Dr. Pahr hat zum völkerrechtlichen Aspekt des Baus wiederholt festgestellt, daß es keinerlei völkerrechtlich bindende Verpflichtung zum Bau des Konferenzzentrums bei der UNO-City gegenüber den Vereinten Nationen und der IAEO gibt (siehe mündliche Anfrage des Erstanfragestellers 605/M in der 105. Sitzung des Nationalrates am 18. Feber 1982, — Stenographisches Protokoll, XV. GP., S. 10537 f. — sowie schriftliche Anfragebeantwortung vom 12. August 1982, 1967/AB).

Darüber hinaus hat sogar der Konferenzmanager der IAEO in einem Interview die Auffassung vertreten, daß „der Ausbau der Hofburg für die Atomenergieorganisation ein phantastischer Plan wäre und die IAEO keineswegs auf den Bau des Österreichischen Konferenzzentrums bei der UNO-City bestehe“ (Kurier vom 16. September 1982).

Die Behauptung, Österreich habe den Vereinten Nationen ein Versprechen zum Bau des Konferenzzentrums abgegeben, das nach „Treu und Glauben“ zu erfüllen sei, ist unrichtig und daher irreführend.

Richtig ist vielmehr, daß die bevollmächtigten Vertreter der Republik Österreich vor den Vereinten Nationen eine Erklärung abgegeben haben, daß mit der Errichtung der UNO-City die Verpflichtungen Österreichs gegenüber den Vereinten Nationen erfüllt sind; diese Erklärung wurde von den Vereinten Nationen angenommen.

6. SPÖ verhält sich undemokratisch

6.1. Bau des Konferenzpalastes von SPÖ beschlossen.

Am 20. März 1979 beschloß der Ministerrat der SPÖ-Aleinregierung die Errichtung des Projektes „Österreichisches Konferenzzentrum“ (zitiert aus III-126 der Beilagen/XV. GP-Bericht des Bundesmini-

steriums für Finanzen über die Tätigkeit der IAKW-AG im Jahre 1980). Drei Monate später, im Juni 1979, wurde gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei die 2. IAKW-Finanzierungsgesetznovelle beschlossen, die die finanzielle Grundlage für die Errichtung des Konferenzzentrums darstellen sollte.

#### 6.2. Verzicht der Bundesregierung auf den Bau des Konferenzzentrums.

Auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Situation entschloß sich sodann die Bundesregierung im Jahre 1981 auf diesen Bau zunächst zu verzichten. So erklärte im Frühjahr 1981 Bundeskanzler Dr. Kreisky, daß auf Grund eines Sparprogrammes der Bundesregierung der Bau des Österreichischen Konferenzzentrums zurückgestellt werde; ebenso sagte Finanzminister Dr. Salcher zu diesem Zeitpunkt, daß dieses Projekt bis 1986 aufgeschoben sei. Noch im November 1981 affizierte die SPÖ anlässlich der Wiener Volksbefragung über den Bau des Österreichischen Konferenzzentrums folgendes Plakat:

„Bundeskanzler Dr. Kreisky und Bürgermeister Gratz haben bereits verbindlich erklärt: Das UNO-Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns — in wirtschaftlich günstigeren Zeiten als diesen — leisten können.“

#### 6.3. Einsamer Entschluß von Bundeskanzler Dr. Kreisky, den Konferenzpalast doch zu bauen.

Im Jänner 1982 entschied sodann Bundeskanzler Dr. Kreisky, daß das Österreichische Konferenzzentrum doch gebaut werde, obwohl sich die wirtschaftliche Situation gegenüber dem Frühjahr des Jahres 1981 keineswegs gebessert hatte.

Auf Grund dieses Entschlusses Bundeskanzler Dr. Kreiskys lehnte die sozialistische Mehrheit im Nationalrat auch den Antrag der ÖVP auf Streichung der Mittel für den Bau des Konferenzzentrums ab und verhinderte so mit ihrer Mehrheit im Jänner eine von der ÖVP verlangte Volksabstimmung über diese Frage.

#### 6.4. Keine faire und korrekte Behandlung des Volksbegehrens.

In der Folge initiierten die Landtagsabgeordneten der Österreichischen Volkspartei aller Bundesländer ein Volksbegehren gegen den Bau des Konferenzpalastes. In der Woche vom 10. bis 17. Mai 1982 fand dieses Volksbegehren statt, das von mehr als 1,36 Millionen Österreicherinnen und Österreichern unterzeichnet wurde und somit das erfolgreichste der 2. Republik ist.

Obwohl von seiten der SPÖ diesem Volksbegehren eine „faire“ und „korrekte“ Behandlung zugesichert wurde, beweist das Vorgehen führender Vertreter der Sozialistischen Partei Österreichs, daß diese nie daran dachte, in dieser Frage dem Willen der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung zu entsprechen. Dieses undemokratische Vorgehen der SPÖ war von folgendem Verhalten gekennzeichnet:

##### a) Die Bürger nicht ernst nehmen.

Zuerst hieß es bei der Wiener Volksbefragung gegen den Konferenzpalast im November 1981:

Ihr braucht gar nicht hinzugehen, Gratz und Kreisky haben erklärt, der Konferenzpalast wird ohnehin **nicht gebaut**.

Im Mai 1982, während der Volksbegehrenswoche — wenige Monate später — hieß es dann:

Ihr braucht gar nicht hinzugehen, Gratz und Kreisky haben erklärt, der Konferenzpalast **wird sowieso gebaut**.

Anlässlich des Ergebnisses der Wiener Volksbefragung sagte Bundeskanzler Kreisky:

„Wenn eine so lächerlich geringe Zahl von Leuten teilnimmt, ist das Ergebnis nicht unbedingt relevant!“

Nach Vorliegen des Ergebnisses des Volksbegehrens gegen den Konferenzpalast sagte Klubobmann Dr. Fischer:

„Wenn es richtig ist, zu bauen, dann wird gebaut, egal ob eine halbe Million oder eineinhalb Millionen unterschreiben.“

Dieses zynische Verhalten der SPÖ gegenüber den Bürgern beweist, daß sich die SPÖ nie dem demokratischen Willen der österreichischen Bevölkerung beugen, sondern immer nur das durchführen wollte, was sie — die Partei — für richtig hält.

**b) Sich vor dem Volksentscheid drücken.**

Im Jänner 1982 lehnte die SPÖ nicht nur einen ÖVP-Antrag auf Streichung der Mittel für den Konferenzpalast ab, sondern sie verhinderte darüber hinaus mit ihrer Mehrheit im Nationalrat die Abhaltung einer Volksabstimmung über diese Frage, weil sie wußte, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit „Nein“ stimmen würde.

**c) Bürger und Parlament vor vollendete Tatsachen stellen.**

- Nachdem im März 1982 von den ÖVP-Landtagsabgeordneten aller Länder das Volksbegehren gegen den Konferenzpalast eingeleitet wurde, erklärte die SPÖ, daß im Juli 1982 sicher gebaut und daß das Ergebnis des Volksbegehrens keinen Einfluß auf den Bau haben würde.
- Ebenso ließ die SPÖ bereits im März 1982 Aufträge für den Bau des Konferenzpalastes ausschreiben.
- Nachdem das Anti-Konferenzentrums-Volksbegehren in der Zeit vom 10. bis 17. Mai 1982 von mehr als 1,36 Millionen Bürgern unterschrieben und somit das erfolgreichste in der Geschichte der Republik wurde, ließ die SPÖ Aufträge im Gesamtausmaß von ca. 800 Millionen Schilling vergeben.
- Während am 1. Juli 1982 der Sonderausschuß zur Behandlung des Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) eingesetzt wurde, begann gleichzeitig auf dem Gelände des Donauparks der Bau des Konferenzpalastes.

**d) SPÖ und direkte Demokratie.**

Bezeichnend dafür wie es die SPÖ mit der direkten Demokratie hält, ist die Befriedigung in einer Erklärung von Bundeskanzler Kreisky, daß im übrigen die österreichische Demokratie nicht so von den Instrumenten der Volksabstimmung und Volksbefragung abhängig sei, wie andere Systeme.

Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß während unter SPÖ-Regierung bisher kein einziges Volksbegehren Berücksichtigung fand, alle Volksbegehren unter einer ÖVP-Regierung positiv behandelt wurden (Rundfunk-Volksbegehren, Volksbegehren gegen das 13. Schuljahr, Volksbegehren auf Einführung der 40-Stunden-Woche).

Die undemokratische Vorgangsweise der SPÖ bei der Behandlung des Anti-Konferenzentrums-Volksbegehrens zeigt, daß die SPÖ mit der Demokratie nicht ernst machen will. Sie war in keiner Phase der Entwicklung bereit, sich dem demokratisch geäußerten Willen der österreichischen Bevölkerung zu beugen. Sie tat alles, um den einsamen Beschluß des Bundeskanzlers auch dann durchzusetzen, als 1 361 562 Millionen Österreicher durch ihre Unterschriftenleistung ein klares „Nein“ zum Bau des Konferenzentrums ausgesprochen haben.

**Zusammenfassung**

Die Beratungen im Sonderausschuß zur Behandlung des Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) haben somit gezeigt, daß mit den Mitteln, die für den Konferenzpalast aufgewendet werden, 12 000 Wohnungen gebaut werden können.

Darüber hinaus steht fest, daß man, statt den Konferenzpalast zu bauen, 20 000 Dauerarbeitsplätze schaffen kann, während das Konferenzzentrum keine Arbeitsplätze auf Dauer sichert.

Die Errichtung des Konferenzpalastes wird auf jeden Fall mehr als 7,5 Milliarden Schilling kosten, wobei dieser Betrag voll von den österreichischen Steuerzahlern bezahlt werden muß und für die Finanzierung dieses Baus kein Konzept vorhanden ist.

Der Ausbau der Hofburg und des Messepalastes zu einem innerstädtischen Kongreßzentrum würde nur ein Zehntel der Kosten des Konferenzpalastes erfordern und wäre für Wien eine einzigartige städtebauliche Chance.

Die Beratungen des Ausschusses haben auch gezeigt, daß Österreich weder völkerrechtlich noch durch irgendeine andere vertragliche Bindung zur Errichtung des Konferenzpalastes verpflichtet ist.

Die SPÖ hat aber auch bei der Verhandlung des vorliegenden größten Volksbegehrens in der Geschichte Österreichs unter Beweis gestellt, wie wenig ernst sie den Willen der österreichischen Bevölkerung nimmt und daß sie das vorliegende Volksbegehren keinesfalls fair und korrekt — wie angekündigt — behandelt hat.

VERGLEICHENDE STUDIE  
ÜBER DIE REGIONALEN BESCHÄFTIGUNGS-AUSWIRKUNGEN  
ÖFFENTLICHER BAUPROGRAMME

- UNO-Konferenzzentrum Wien
- Amtsgebäude und Schulen
- Wohnbau
- Wasserkraftwerke

Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
o. Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy  
(Wirtschaftsberater der Steiermärkischen Landesregierung)  
Graz, Jänner 1982

#### VORBEMERKUNGEN

Die vorliegende vergleichende Studie über die regionalen Beschäftigungsauswirkungen verschiedener öffentlicher Bauprogramme wurde in einer Zusammenarbeit der kompetenten Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung und des Wirtschaftsberaters der Steiermärkischen Landesregierung, o. Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy, unter Verwendung der vorliegenden Angaben und Daten, insbesondere der offiziellen Statistiken und Produktivitätswerte des Österreichischen Statistischen Zentralamtes und des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, erstellt.

Zweck der Studie ist, die quantitativen und qualitativen Auswirkungen alternativer Bauprogramme zum UNO-Konferenzzentrum in Wien aufzuzeigen, die das Ziel verfolgen, baukonjunkturelle und regionalpolitische Beschäftigungsankurbelung zu bewirken.

Die Berechnung beschränkt sich auf die direkten Beschäftigungsauswirkungen.

Multiplikatorwirkungen dieser Investitionen aber auch Folgeeffekte wie betriebswirtschaftliche Rentabilität (Betriebsabgänge), regionale Kaufkraftsteigerungen oder die Beiträge zur regionalen und nationalen Handelsbilanz sind in dieser Studie nicht erfaßt.

#### A. ARBEITSMARKTSITUATION

Wie die graphische Darstellung über die Arbeitsmarktsituation in den österreichischen Bundesländern Ende Dezember 1981 zeigt, ist vor allem in Burgenland, Kärnten und der Steiermark eine Arbeitslosenrate zu verzeichnen, die beträchtlich über dem gesamtösterreichischen Wert von 4,1% liegt.

Fast 40% der gesamtösterreichischen Arbeitslosen konzentrieren sich regional auf diese südöstlichen Gebiete der Republik.

In der Bundeshauptstadt Wien ist die Arbeitslosigkeit mit 2,9% der Beschäftigten doch beträchtlich unter dem österreichischen Durchschnittswert.

Erst vor einem halben Jahr, am 29. Juni 1981, wurde gemeinsam von der Bundesregierung, allen Landesregierungen, den Vertretern von Gemeinde- und Städtebund und sämtlicher Wirtschafts- und Sozialpartner einstimmig das „Österreichische Raumordnungskonzept“ beschlossen und sowohl im analytischen als auch hinsichtlich seiner struktur- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen als verbindlich erklärt.

Die Arbeitsmarktprognose in diesem Raumordnungskonzept zeigt bis Mitte der 80er Jahre eine Verschärfung der regionalen Arbeitsmarktdisparitäten auf.

In den Ballungsräumen werden Arbeitskräftedefizite erwartet und in den meisten übrigen Gebieten Österreichs Arbeitskräfteüberschüsse bzw. Arbeitsplatzdefizite prognostiziert.

Ohne eine Gegensteuerung, insbesondere durch die Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der öffentlichen Hand würde dies zu einer verstärkten Sogwirkung von den Ballungsräumen auf die übrigen Gebiete führen.

Die Pendelwanderung über unzumutbare Distanzen und die Abwanderung aus diesen Gebieten müßte zunehmen und die Entwicklungschancen der ohnehin schon strukturschwachen Gebiete stark beeinträchtigt werden, heißt es im Raumordnungskonzept.

Das oberste Ziel des Österreichischen Raumordnungskonzeptes ist daher die Herstellung möglichst ausgeglichener regionaler Arbeitsmärkte.

In dieser Arbeitsmarktprognose für das Jahr 1986 wird für das Bundesland Steiermark ein Arbeitsplatzdefizit von 48 242, das sind 10,4% der Beschäftigten, gerechnet.

Dies ist der höchste Wert aller Bundesländerregionen im gesamten Bundesgebiet.

Das Land Wien weist einen Überschuß von 54 091 Arbeitsplätzen, das sind 6,8% der Beschäftigten, auf. (Siehe Abbildung.)

# ARBEITSMARKTSITUATION

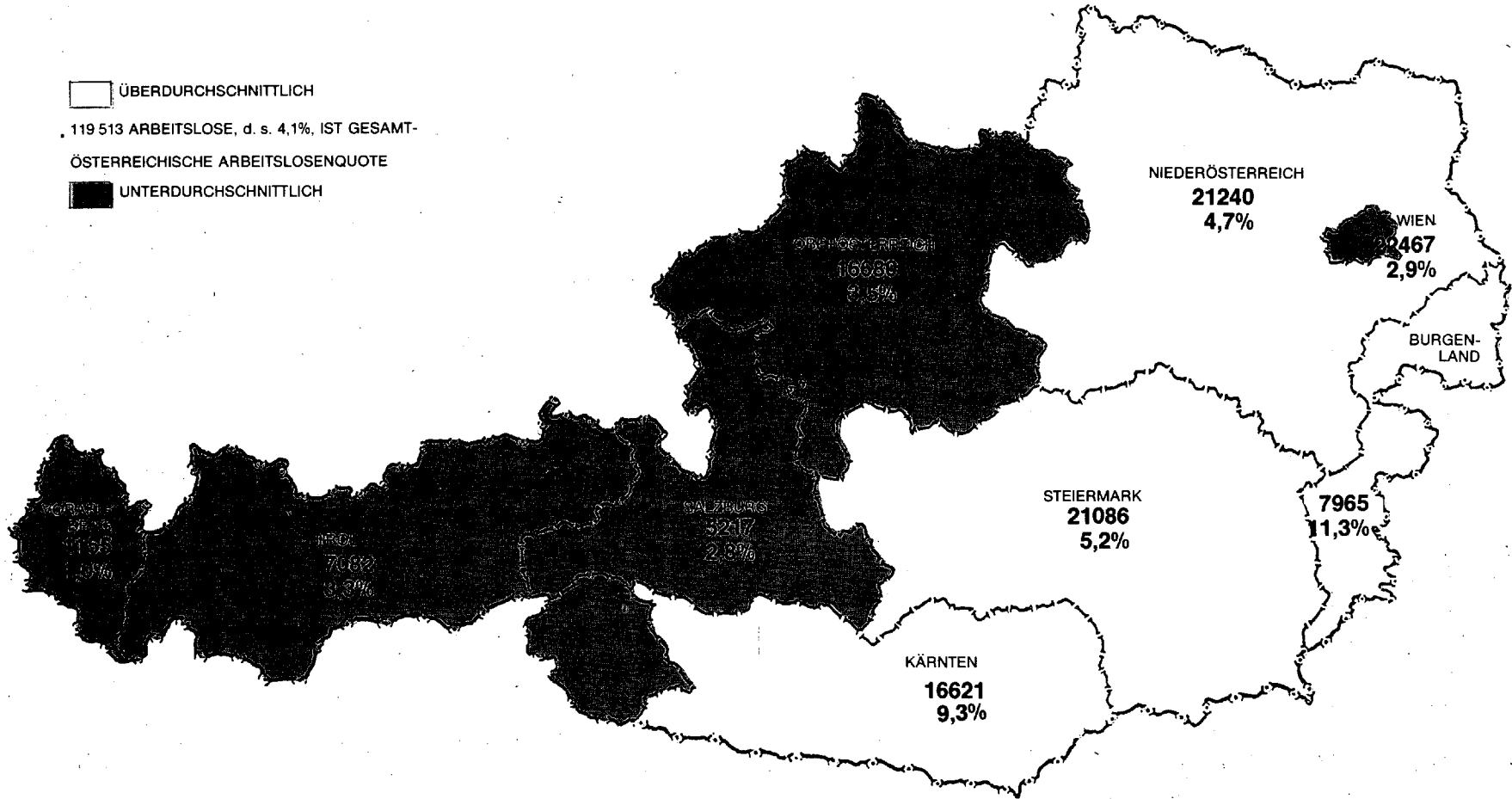
ARBEITSLÖSE ENDE DEZEMBER 1981

□ ÜBERDURCHSCHNITTLICH

119 513 ARBEITSLÖSE, d. s. 4,1%, IST GESAMT-

ÖSTERREICHISCHE ARBEITSLÖSENQUOTE

■ UNTERDURCHSCHNITTLICH

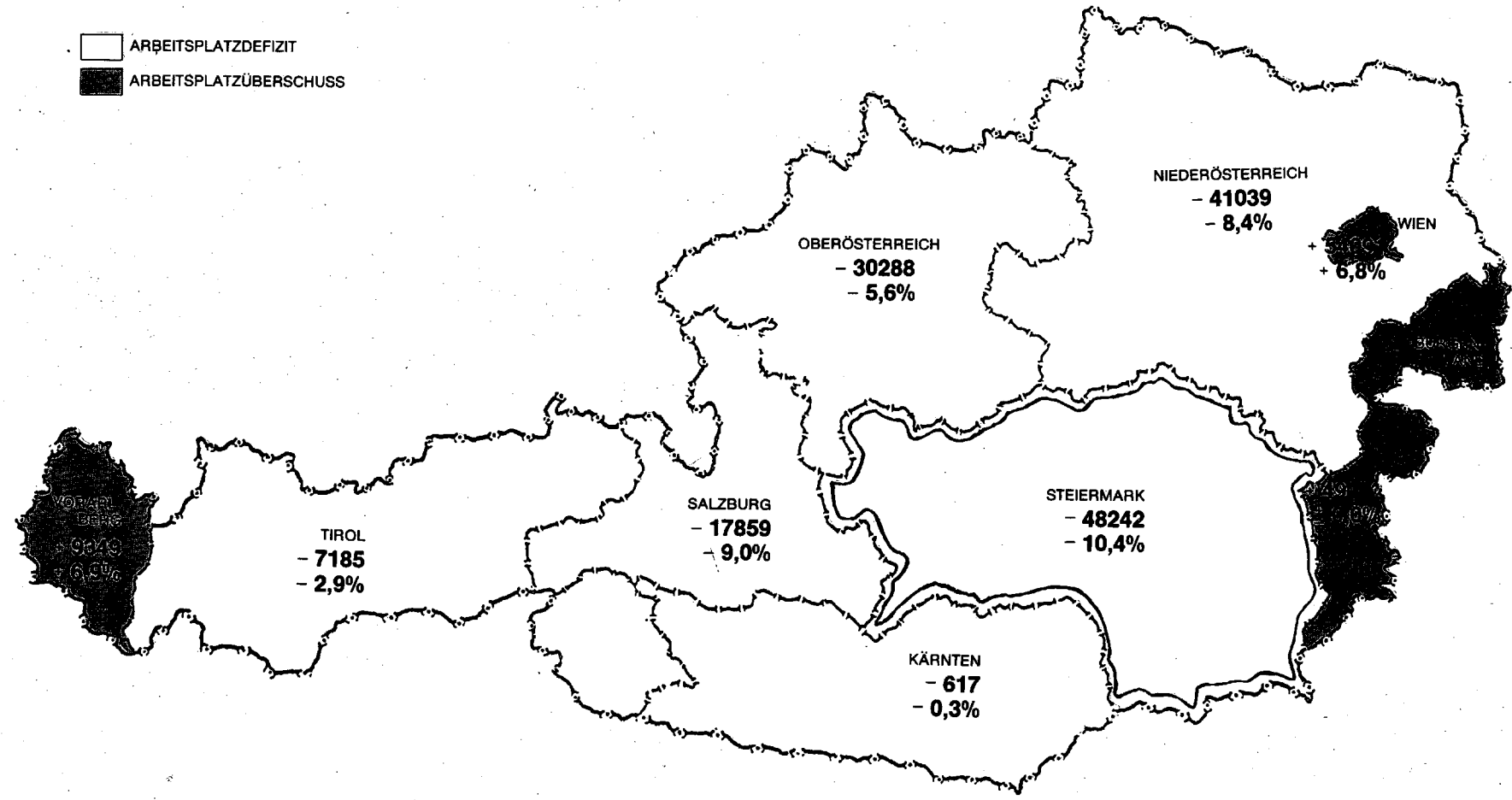


QUELLE: INSTITUT f. WIFO, WIEN

# ARBEITSMARKTPROGNOSE 1986

150

□ ARBEITSPATZDEFIZIT  
■ ARBEITSPATZÜBERSCHUSS



1223 der Beilagen

QUELLE: ÖSTERR. RAUMORDNUNGSKONZEPT,  
ÖSTERR. RAUMORDNUNGSKONFERENZ WIEN 1981

**B. UNO-KONFERENZZENTRUM**

Die präliminierten Baukosten für das UNO-Konferenzzentrum Wien werden wie folgt angegeben:

Rohbau	Gesamtausgaben .....	1 400 000 000 S
davon Bauarbeiten .....		880 000 000 S
Stahlbau .....		520 000 000 S
Ausbau und Haustechnik .....		2 800 000 000 S
Projektierungs- und Bauleitungskosten .....		700 000 000 S
Gesamtsumme ohne Finanzierungskosten .....		4 900 000 000 S

Die beschäftigungspolitischen Auswirkungen dieser Auftragsarbeiten werden über einen Zeitraum von drei Jahren (1982, 1983 und 1984) berechnet.

Als Grundlage dienen die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt veröffentlichten Umsatzzahlen, gegliedert nach Branchen und Auftragsarten.

Baumeisterarbeiten	$\frac{880 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 1\,139\,929} = 218$
Stahlbau	$\frac{520 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 846\,647} = 173$
Ausbau	$\frac{2\,800 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 585\,890} = 1350$
<b>neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984)</b>	<b>1 741</b>

Siehe Abbildung.

Zur Finanzierung des UNO-Konferenzzentrums Wien ist festzuhalten, daß eine Sondergesellschaft des Bundes, wie die IAKW, Finanzierungsmittel nur zu gleichen Konditionen wie bei Bundeskrediten erhält.

Die geplante Schuldenaufnahme im Ausland hat somit die gleichen Konsequenzen wie Schulden der Republik Österreich, die im Bundesbudget aufscheinen.

Zu den derzeitigen Konditionen ist nach Auskunft von Bank- und Finanzfachleuten zu sagen, daß im Moment Dollarkredite 15% und DM-Kredite 11% Zinsen kosten.

Von arabischen Staaten eingeräumte Kredite zu einem anderen Fixzinssatz sind in der Regel in ihren Konditionen rein politisch bestimmt.

Über die regionale Verteilung der Aufträge kann zum jetzigen Zeitpunkt keine seriöse Auskunft gegeben werden, da die Ausschreibungen der zu vergebenden Aufträge erst durchgeführt werden.

Erfahrungsgemäß und auf Grund der Praxis bei der Auftragsvergabe und bei der Bauabwicklung entsteht der größte Wertschöpfungsanteil zentraler Großbauvorhaben am Beschäftigungsstandort (Bildung von Arbeitsgemeinschaften am Objektstandort und Einrichtung von temporären Firmenfilialen).

Am Rohbau der UNO-City in Wien war bekanntlich in der bauausführenden Arbeitsgemeinschaft nur ein einziges steirisches Unternehmen beteiligt.

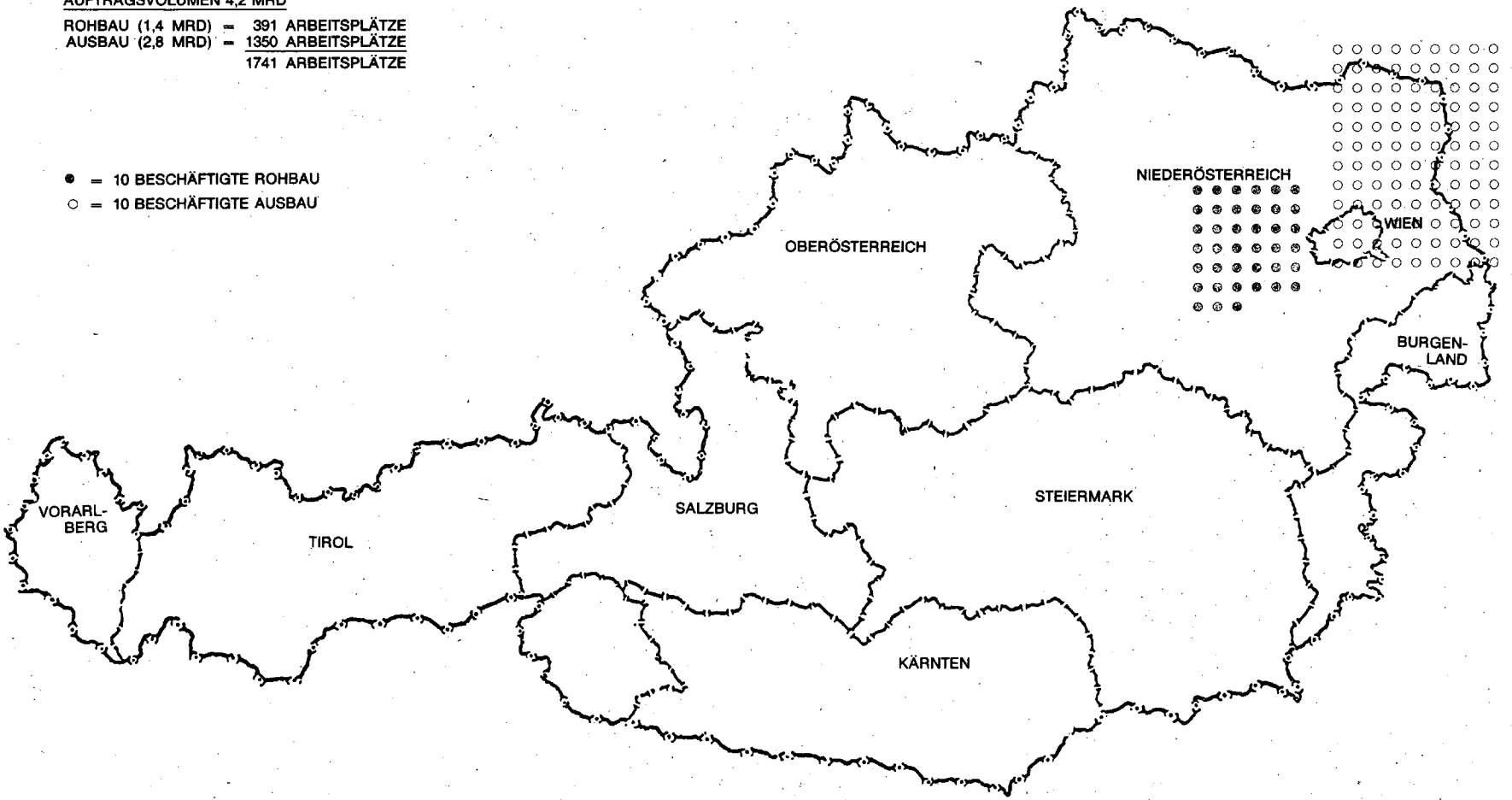
Der arbeitsmarktpolitische Effekt wird für das Bundesland Steiermark ebenso wie für Niederösterreich, das Burgenland und für Kärnten in der Bereitstellung von Arbeitskräften, das heißt, in einer verstärkten Pendelwanderung der Arbeitskräfte aus diesen Bundesländern nach Wien, bestehen.

# WIENER KONFERENZZENTRUM    BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

## AUFTRAGSVOLUMEN 4,2 MRD

ROHBAU (1,4 MRD) = 391 ARBEITSPLÄTZE  
AUSBAU (2,8 MRD) = 1350 ARBEITSPLÄTZE  
1741 ARBEITSPLÄTZE

- = 10 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 10 BESCHÄFTIGTE AUSBAU



## 1223 der Beilagen

153

**C. AMTSGEBÄUDE UND SCHULEN**

Bei der Berechnung dieses öffentlichen Bauprogrammes wurde davon ausgegangen, daß für die Projektierung und Bauleitung nicht 700 Millionen Schilling (das sind 14,3% der Bausumme) wie beim UNO-Konferenzzentrum Wien, sondern 400 Millionen Schilling (9% der Bausumme laut Finanzausgleichsgesetz) angesetzt werden.

Das Verhältnis von Baumeisterarbeiten zu Ausbauarbeiten wird mit 45 : 55 angenommen.

Baumeisterarbeiten	$\frac{0,45 \times 4\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 653\,929} = 875$
Ausbau	$\frac{0,55 \times 4\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 585\,890} = 1\,193$
neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984)	2 068

Die regionalen Beschäftigungsauswirkungen dieses öffentlichen Bauprogrammes werden nach dem Anteil der Bundesländer an den Budgetmitteln des Bundesvoranschlages für 1982 regional verteilt.

Das Bundesland Steiermark hat einen 11,7%igen Anteil am gesamten Bundeshochbau, während Wien 43,9% der gesamtstaatlichen Hochbaumittel erhält.

Dies ergibt sich daraus, daß neben dem Allgemeinen Krankenhaus in Wien weitere Großbauten mit einem Gesamtauftragsvolumen von 4,2 Milliarden Schilling in Bau sind (Technisches Gewerbemuseum, Technische Universität Wien, Zentralbesoldungsamt — Statistisches Zentralamt).

Die Baukonjunktur wird im Raum Wien von Fachleuten bereits als „überhitzt“ bezeichnet.

Die Baupreise liegen daher in Wien im Durchschnitt sogar um 15% höher als in den Bundesländern.

Nach diesem regionalen Verteilungsschlüssel würden von den insgesamt 4,5 Milliarden Schilling für den Rohbau und Ausbau von Bundesgebäuden in der Steiermark 526 500 000 S bereitgestellt werden können und auf drei Jahre rund 250 direkt im Bau- und Baunebengewerbe Beschäftigte binden.

Von dieser in der Steiermark direkten Beschäftigungswirkung wären beträchtliche regionale multiplizierte Effekte am Wirtschafts- und Einkommenssektor zu erwarten.

Auf Grund des sehr hohen Anteiles der Bundeshauptstadt würde auch dieses öffentliche Bauprogramm in Wien für rund 900 zusätzliche Beschäftigte sorgen.

**Bundeshochbau — Bundesländerübersicht**

	B	K	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	T	V	W	A
Universitäten und wissenschaftliche Anstalten ...	—	—	8,0	60,0	88,0	104,2	111,3	—	334,0	705,5
Allgemeinbildende höhere Schulen .....	3,0	31,0	73,7	47,3	6,0	107,0	21,1	20,0	155,7	464,8
Berufsbildende mittlere und höhere Schulen ....	—	29,5	92,0	147,5	20,0	41,5	13,5	—	119,5	463,5
Land- und Forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten .....	—	5,0	54,5	10,0	—	4,0	2,0	—	12,5	88,0
Verwaltungsgebäude .....	7,5	7,5	63,5	53,6	3,5	32,1	48,8	8,0	429,0	653,5
Justizanstalten .....	—	15,0	69,3	5,0	—	12,0	—	—	86,0	187,3
Sonstige Bundesbauten ...	—	—	25,0	—	—	3,0	3,0	—	4,0	35,0
Summe .....	10,5	88,0	386,0	323,4	117,5	303,8	199,7	28,0	1 140,7	2 597,6
Anteil der Bundesländer in Prozenten .....	0,4	3,4	14,9	12,4	4,5	11,7	7,7	1,1	43,9	100,0

Quelle: Bundesvoranschlag 1982 für den Staatlichen Hochbau (siehe GB.: LBD-IV a-70 Allg. 2-1981/15).

Graz, am 14. Jänner 1982

154

1223 der Beilagen

**Umsatz pro Jahr und Beschäftigten  
(ohne Mehrwertsteuer)**

Produktivitätssteigerung	1980	1981	1982	1983
	+ 9,8%	+ 9,6%	+ 9,4%	+ 9,0%
Hochbau .....	500 353	548 387	599 935	653 929
Tiefbau .....	729 745	799 801	874 982	953 730
Adaptierungen .....	371 622	407 298	445 584	485 686
Baugewerbe und Bauindustrie .....	565 565	619 859	678 126	739 157
Baugewerbe .....	453 752	497 312	544 060	593 025
Bauindustrie .....	872 215	955 948	1 045 807	1 139 929
Ausbaugewerbe und Bauinstallationen <sup>1)</sup> ..	448 293	491 329	537 514	585 890
Stahlbau (laut Auskunft der Firmen Waagner-Biro-AG und Binder & Co. AG) .....		710 000	776 740	846 647

<sup>1)</sup> Diese Werte sind von den entsprechenden Zahlen der Jahre 1978 und 1979 extrapoliert.  
Quelle: ÖStZA.

Nach einer Analyse des Planungsstandes im Bundeshochbau in der Steiermark könnte mit folgenden Bauvorhaben sofort begonnen werden:

**A. Allgemeinbildende höhere Schulen und Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:**

	Gesamtkosten	Baurate 1982
1. Graz-Hasenheide, Münzgrabenstraße ....	180 Mio. S	5 Mio. S
2. Doppelturnhallen für Graz, Oeverseege- 4. BG .....	18 Mio. S	5 Mio. S
3. Doppelturnhallen für Graz, Pestalozzi- straße .....	18 Mio. S	

**B. Berufsbildende mittlere und höhere Schulen:**

4. Krieglach, Bundesfachschule für Frauenbe- rufe .....	33 Mio. S
5. Erweiterungsbau für Höhere Techn. Bds.- Lehranstalt HTBLA Graz, Ibererstraße ...	75 Mio. S
6. HTBLA und BRG Graz, Korösistraße ....	350 Mio. S

**C. Universitäten und wissenschaftliche Anstalten**

7. Erweiterung der Pathologie Graz, Auen- bruggerplatz .....	65 Mio. S	(Finanzierung Bund/ Land zu klären)
8. T.U.-Graz, Lückenverbau für Erzherzog- Johann-Institute .....	80 Mio. S	
9. Montanuniversität Leoben, Generalsanie- rung, Franz-Josef-Straße 18 und Buchmül- lerplatz 4 .....	50 Mio. S	

**D. Land- und forstwirtschaftliche Anstalten:**

10. Gumpenstein, Bundesanstalt für alpenlän- dische Landwirtschaft, Mehrzweckver- suchsstall .....	20 Mio. S
--	-----------

## 1223 der Beilagen

155

**E. Verwaltungsgebäude**

11. Bundesamtsgebäude und Wohnhaus in Bad Aussee .....	25 Mio. S
12. Bundesamtsgebäude Feldbach .....	45 Mio. S
13. Neubau Gendarmerieposten Krakaudorf ..	3 Mio. S
14. Gendarmerieposten St. Gallen .....	4 Mio. S
15. Strafvollzugsanstalt Maria Lankowitz, Expositur Gefangenenunterkunft .....	18 Mio. S

---

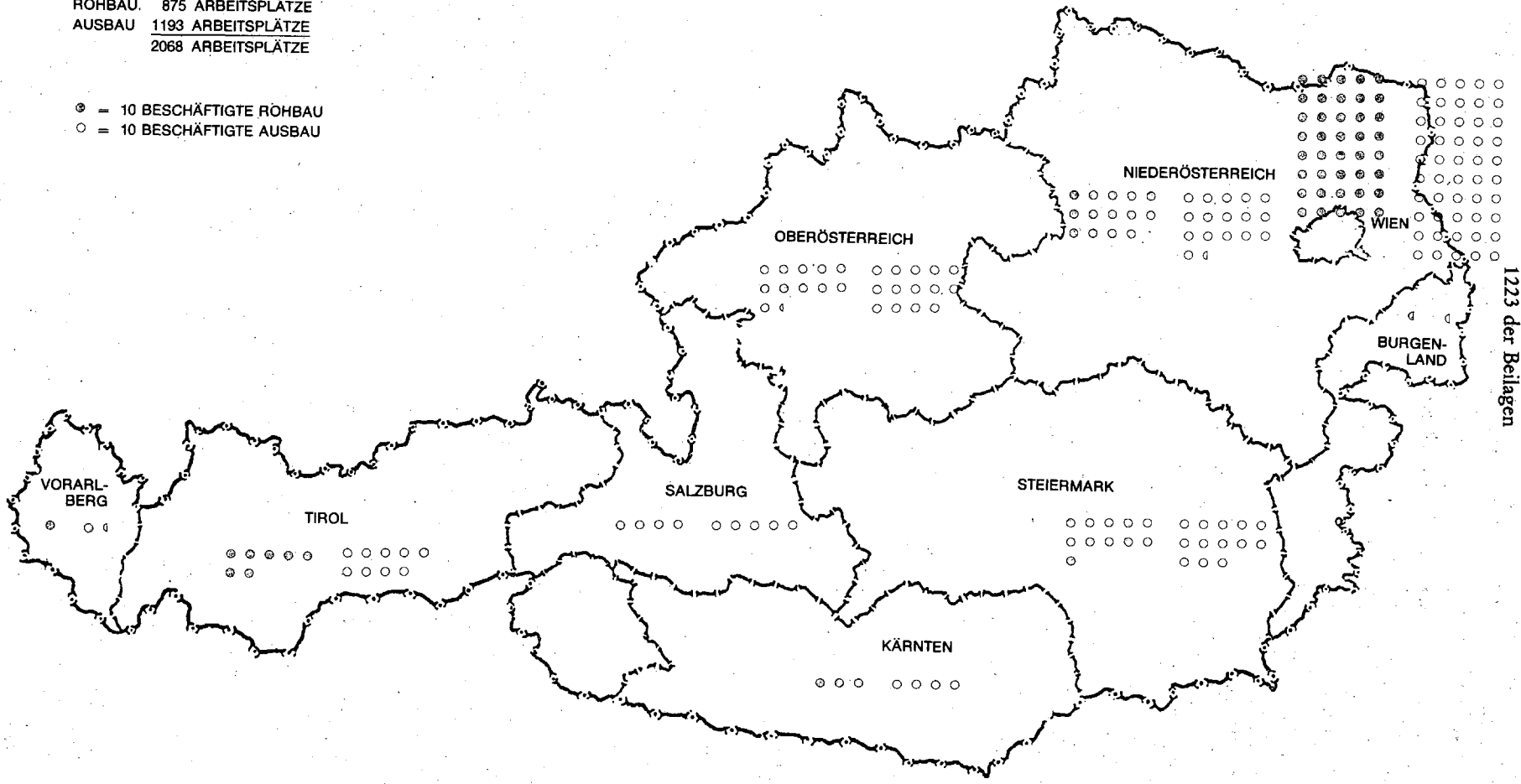
Summe der Gesamtkosten für Bundesbauten in Steiermark, die sofort begonnen werden könnten, wenn mehr Mittel flüssiggestellt werden ..... 1 184 000 000 S  
(inklusive Kaserne St. Michael und Gablenzkaserne)

das heißt, es liegen in der Steiermark mit 1,2 Milliarden Schilling Planungen für ein doppelt so hohes Auftragsvolumen vor, als in dem bundesländerweisen Aufteilungsschlüssel die Steiermark bisher erhalten hat.

# AMTSGEBÄUDE UND SCHULEN BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

AUFTRAGSVOLUMEN 4,5 MRD (STMK 526,5 MIO)  
ROHBAU 875 ARBEITSPLÄTZE  
AUSBAU 1193 ARBEITSPLÄTZE  
2068 ARBEITSPLÄTZE

- ⊗ = 10 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 10 BESCHÄFTIGTE AUSBAU



1223 der Beilagen

**D. WOHNBAU**

Auch für dieses öffentliche Bauprogramm wird für die Projektierung und Bauleitung anstatt 700 Millionen Schilling beim UNO-Konferenzzentrum Wien ein Betrag von 400 Millionen Schilling angesetzt.

Der öffentliche Mittelanteil wird gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 60% festgelegt, sodaß das Gesamtbauvolumen insgesamt 7,5 Milliarden Schilling beträgt. Das heißt, neben den staatlichen 4,5 Milliarden Schilling werden durch dieses Wohnbauprogramm weitere 3 Milliarden Schilling private Kapitalmittel der Wirtschaft zugeführt.

Das Verhältnis von Baumeisterarbeiten zu Ausbaurbeiten wird mit 55 : 45 angenommen.

Baumeisterarbeiten	$\frac{0,55 \times 7\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 653\,929} = 1\,782$
Ausbau	$\frac{0,45 \times 7\,500 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 585\,890} = 1\,627$
<hr/>	
neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984)	3 409
<hr/>	

Siehe Abbildung.

Mit diesem Bauprogramm könnten gesamtösterreichisch 7 500 zusätzliche Wohnungen in 3 Jahren neu geschaffen werden.

Bei einem 14,5%igen Anteil der Steiermark würden zusätzlich 1 100 geförderte Wohnungen in diesem Bundesland neu geschaffen werden können.

**WOHNBAUTÄTIGKEIT — FERTIGGESTELLTE WOHNUNGEN IN PROZENTEN**

Von den in den Jahren 1978, 1979 und 1980 fertiggestellten Wohnungen (gemeldeten Wohnungen) entfallen anteilmäßig auf die einzelnen Bundesländer:

Burgenland .....	3,5%
Kärnten .....	6,7%
Niederösterreich .....	15,6%
Oberösterreich .....	17,5%
Salzburg .....	6,8%
Steiermark .....	14,5%
Tirol .....	6,9%
Vorarlberg .....	4,2%
Wien .....	24,3%
Österreich .....	100,0%

Quelle: ÖStZA.

Graz, am 14. Jänner 1982.

### WOHNBAUTEN BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

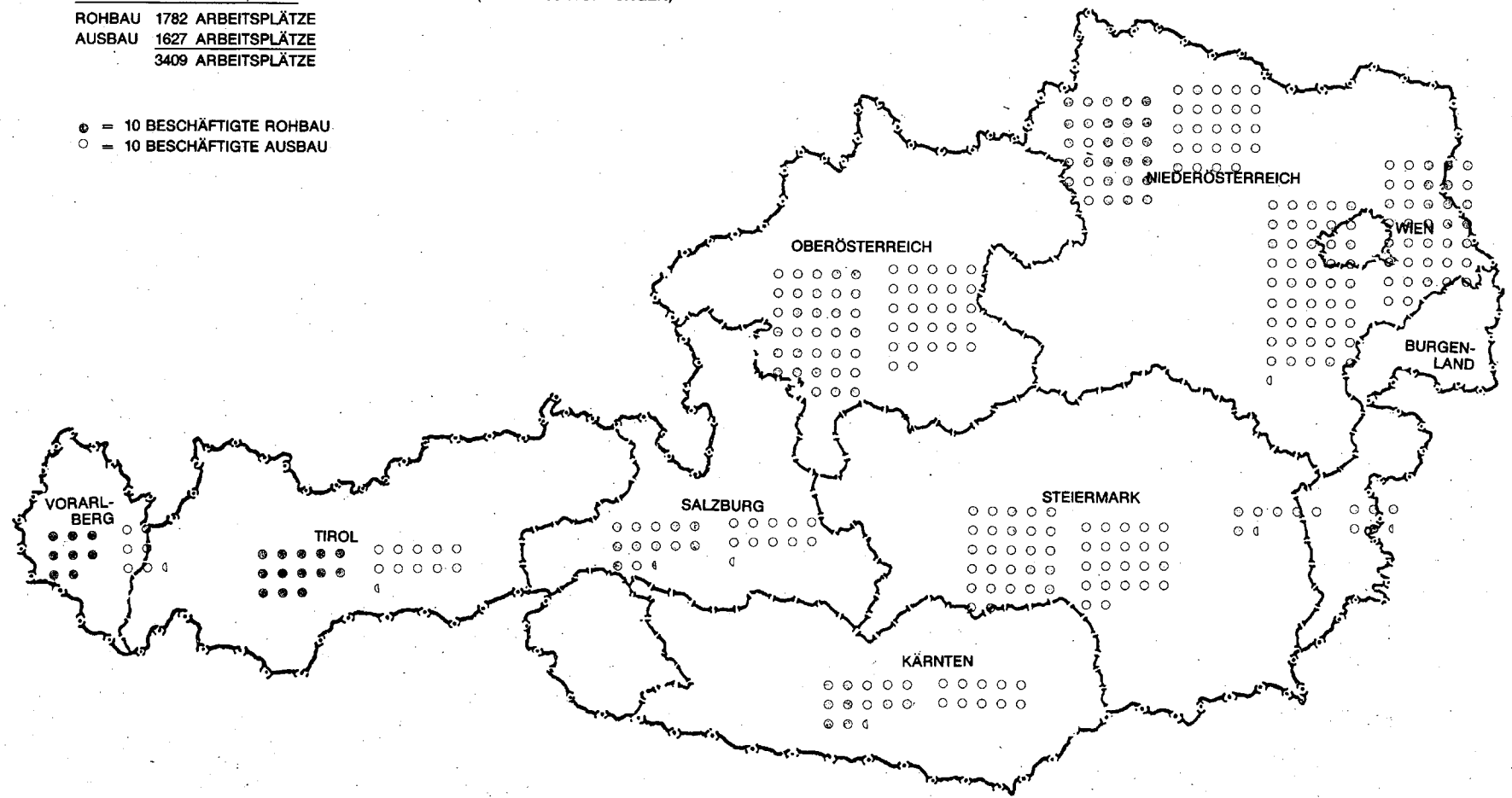
AUFTRAGSVOLUMEN 7,5 MRD - 7500 WOHNUNGEN (STMK 1100 WOHNUNGEN)

ROHBAU 1782 ARBEITSPLÄTZE

AUSBAU 1627 ARBEITSPLÄTZE

3409 ARBEITSPLÄTZE

- ⊙ = 10 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 10 BESCHÄFTIGTE AUSBAU



## 1223 der Beilagen

159

**E. WASSERKRAFTWERKE**

Die Verbundgesellschaft und die Gruppe der Landesgesellschaften haben im Juni 1981 ein koordiniertes Kraftwerksausbauprogramm für einen 10jährigen Zeitraum (1980 bis 1990) erstellt und beschlossen.

Nach diesem 10-Jahres-Bauprogramm könnte unter Mitberücksichtigung eines verstärkten Ausbaues der Mur — durch den Umbau der Papierfabrik Pöls möglich — ein Regelarbeitsvermögen von 13,8 Milliarden KWh erreicht werden.

Durch eine Zinsenstützungsaktion des Bundes in der Höhe von 2% während eines Zeitraumes von fünf Jahren könnte der Ausbau heimischer Wasserkraftwerke auf das doppelte Bauvolumen erhöht werden, das heißt, das 10-Jahres-Ausbauprogramm könnte im Bereich der Ausnützung heimischer regenerierbarer Energiereserven in fünf Jahren realisiert werden.

Der jährliche Baumfang beträgt zur Zeit bei Ausbaurkosten von rund 7,5 Schilling pro KWh rund 10 Milliarden Schilling.

Bei einer Zinsenstützungsaktion könnte ein zusätzliches jährliches Bauvolumen in derselben Höhe zur Ausschreibung gelangen.

Die Kosten der jährlichen Zinszuschüsse durch den Bund sind wie folgt:

1. Jahr .....	190 Mio. S
2. Jahr .....	380 Mio. S
3. Jahr .....	570 Mio. S
4. Jahr .....	760 Mio. S
5. Jahr .....	950 Mio. S
6. Jahr .....	760 Mio. S
7. Jahr .....	570 Mio. S
8. Jahr .....	380 Mio. S
9. Jahr .....	190 Mio. S
Gesamt (1982—1990) ...	<u><u>4,75 Mrd. S</u></u>

Diese Alternative eines öffentlichen Bauprogrammes würde über einen Zeitraum von fünf Jahren mit einem Verhältnis von Rohbauarbeiten zu Ausstattungsarbeiten von 60 : 40 folgende direkte Beschäftigungswirkung nach sich ziehen.

Rohbau	$\frac{0,60 \times 50\,000 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 1\,139\,929} = 7\,434$
Ausstattung	$\frac{0,40 \times 50\,000 \times 10^6}{3 \times 1,18 \times 869\,607} = 6\,496$
neue Arbeitsplätze (1982, 1983, 1984, 1985, 1986)	<u><u>13\,930</u></u>

Die regionale Verteilung auf die Bundesländer erfolgt nach jenem prozentuellen Anteil, den die einzelnen Landesgesellschaften an diesem koordinierten Kraftwerksausbauprogramm haben.

Der Anteil der Verbundgesellschaft ist gesondert ausgewiesen.

Für das Bundesland Steiermark werden zusätzlich 2 025 neue Arbeitsplätze über einen Zeitraum von fünf Jahren errechnet.

Erfahrungsgemäß kommen diese Investitionen (7,2 Milliarden Schilling zusätzliche Investitionssumme) zu 90% der steirischen Wirtschaft zugute.

Insgesamt würde dieses alternative öffentliche Bauprogramm zu einer gewaltigen Entlastung der österreichischen Zahlungsbilanz führen, da die Wasserkrafterzeugung von 2 Milliarden KWh einer jährlichen Ölmenge von zirka 500 000 Tonnen mit einem gegenwärtigen Wert von mehr als 2 Milliarden Schilling entspricht.

160

## 1223 der Beilagen

**Bundesländerweise Verteilung der neu geschaffenen Arbeitsplätze  
(3 Jahre bzw. 5 Jahre — Wasserkraftausbau)**

	Amtsgebäude und Schulen <sup>1)</sup>	Wohnbau <sup>2)</sup> Arbeitsplätze	Wasserkraft- ausbau <sup>3)</sup>	
Burgenland .....	10	120	—	
Kärnten .....	70	228	1 225	
Niederösterreich .....	304	532	280	
Oberösterreich .....	256	596	810	
Salzburg .....	93	232	1 005	
Steiermark .....	242	495	2 025	
Tirol .....	160	235	1 130	
Vorarlberg .....	25	143	365	
Wien .....	908	828	7 090	Verbund- gesellschaft
	2 068	3 409	13 930	

UNO-Konferenzzentrum Wien ..... 1 741 Beschäftigte

<sup>1)</sup> Die Aufteilung erfolgt nach dem prozentuellen Anteil der Bundesländer am Hochbau laut Bundesvoranschlag 1982.

<sup>2)</sup> Die Aufteilung erfolgt nach den in den Jahren 1978, 1979 und 1980 fertiggestellten Wohnungen je Bundesland.

<sup>3)</sup> Die Aufteilung erfolgt nach dem Anteil der einzelnen Landesgesellschaften am koordinierten Kraftwerksausbauprogramm 1980—1990.

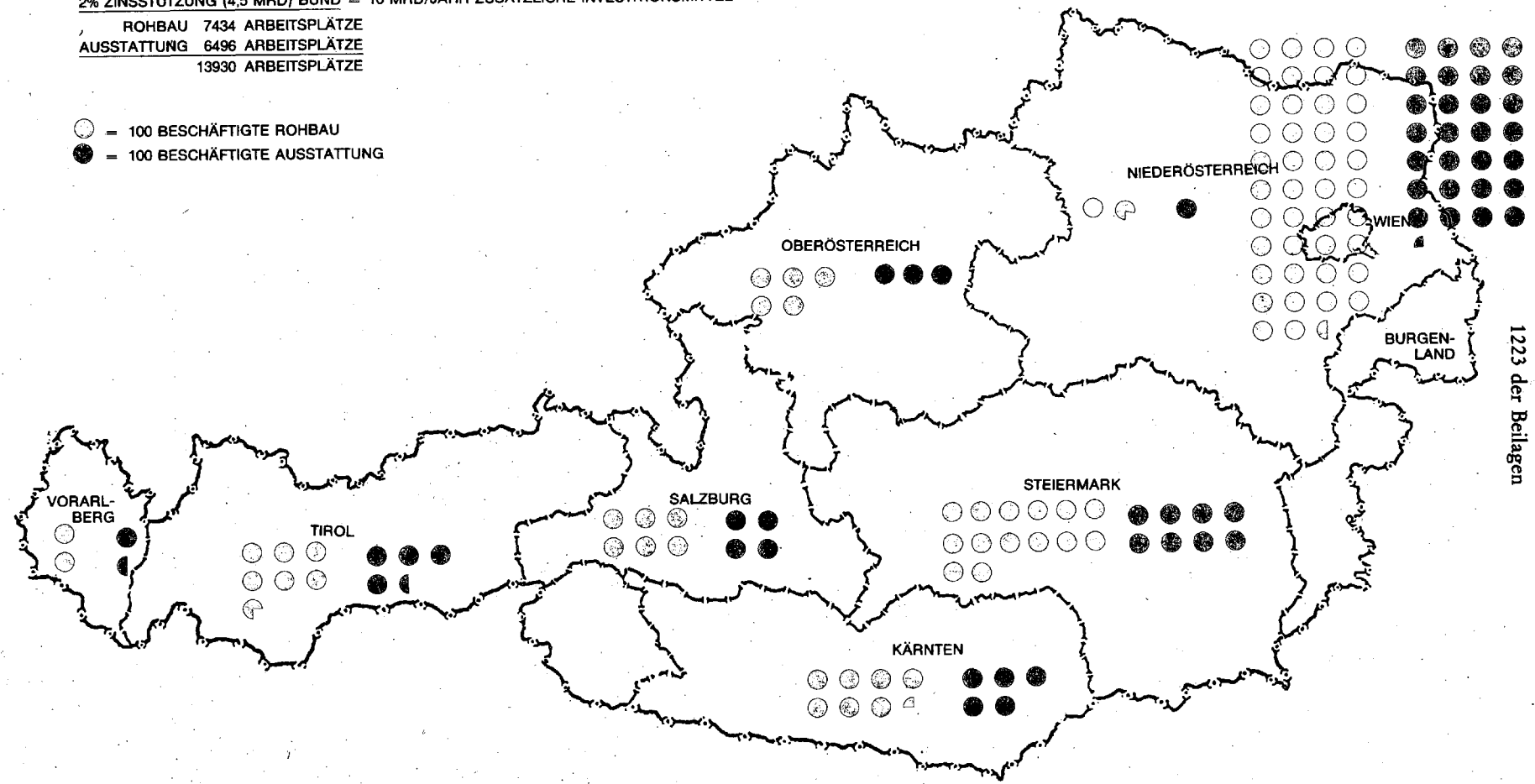
# AUSBAU WASSERKRAFTWERKE

## BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

2% ZINSSTÜTZUNG (4,5 MRD) BUND = 10 MRD/JAHR ZUSÄTZLICHE INVESTITIONSMITTEL

ROHBAU 7434 ARBEITSPLÄTZE  
 AUSSTATTUNG 6496 ARBEITSPLÄTZE  
 13930 ARBEITSPLÄTZE

- = 100 BESCHÄFTIGTE ROHBAU
- = 100 BESCHÄFTIGTE AUSSTATTUNG



1223 der Beilagen

161

QUELLE: KRAFTWERKS-10-JAHRESAUSBAUPROGRAMM DER VERBUNDES- UND DER LANDESGESELLSCHAFTEN

BESCHÄFTIGUNGSWIRKUNG VON  
BAUINVESTITIONEN IN  
ÖSTERREICH

Februar 1982

Gerhard MUNDUCH  
Ingo SCHMORANZ

Im Auftrag der  
Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei

### 1. Einleitung

Obwohl sich die österreichische Wirtschaft rezessiven Tendenzen nach den beiden Erdölpreisschocks nicht zur Gänze verschließen konnte, gelang es, die Situation auf dem Arbeitsmarkt einigermaßen stabil zu halten. Die in den letzten Monaten eingetretene Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt könnte jedoch eine Tendenzwende andeuten. Die bislang um die 2%-Marke schwankenden Arbeitslosenraten stiegen im letzten Monat des Vorjahres sprunghaft und überschritten die 4%-Marke, im Jänner dieses Jahres mußte mit 5,4% die höchste Arbeitslosenrate seit nahezu 20 Jahren registriert werden.

Diese Verschlechterung führte zu Überlegungen, inwieweit mit Hilfe staatlicher Maßnahmen diese Tendenzen gestoppt bzw. wiederum in eine befriedigendere Richtung gelenkt werden könnten. Ankurbelungsmaßnahmen über öffentliche Bauaufträge scheinen aus den verschiedensten Gründen ein geeignetes und vor allem schnell wirksames Instrument darzustellen. In der wirtschaftspolitischen Diskussion haben sich jedoch unterschiedliche Beurteilungen über die Effizienz dieser Maßnahmen herausgebildet. Die Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei hat deshalb das Institut für Höhere Studien beauftragt, die Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen näher zu untersuchen. Es ist zu betonen, daß sich die Studie auf die Frage der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze konzentriert und nicht darauf, wieviel Arbeitsplätze durch Aufrechterhaltung des gegebenen Bauvolumens gesichert sind.

Das Institut für Höhere Studien kann auf eine langjährige Tradition in der Behandlung von wirtschaftspolitischen Problemstellungen hinweisen.<sup>1)</sup> Es war und ist das Ziel derartiger Analysen, einen Beitrag zur Versachlichung der tagespolitischen Diskussion zu liefern. Wenngleich aus der Natur der Problemstellung heraus exakte Angaben nicht möglich erscheinen, so erlauben tiefergehende Untersuchungen dennoch, die Spannweite möglicher Reaktionen abzustecken. Unter diesem Aspekt soll die vorliegende Analyse beurteilt werden.

<sup>1)</sup> Glück, H., Suppanz, H. Die Auswirkungen der Investitionsbelebungsmaßnahmen der Bundesregierung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1975/1976. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Dezember 1975.

Glück, H., Kernbauer, H., Schmoranz, I., Suppanz, H., Wagner, M. Überlegungen zur Wirtschaftspolitik nach der Rezession. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Mai 1977.

Schmoranz, I., Suppanz, H. Auswirkungen unterschiedlicher Außenhandelstendenzen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Juni 1977.

Schmoranz, I. Rohstoffe und Wirtschaftswachstum: Unter besonderer Berücksichtigung der Österreichischen Situation. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, November 1977.

Fürst, E., Haase, K., Kernbauer, G., Munduch, G., Schwödlauer, G., Suppanz, H. Überlegungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Dezember 1977.

Prucha, I., Schmoranz, I., Suppanz, H. Auswirkungen von Maßnahmen der Fiskalpolitik auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Dezember 1977.

Munduch, G., Suppanz, H. Beschäftigungspolitische Strategien für die österreichische Wirtschaft. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, August 1979.

Munduch, G., Suppanz, H. Wirtschaftspolitische Simulationen. Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien, Oktober 1979.

## 2. Die österreichische Wirtschaft um die Jahreswende 1981/1982

### 2.1 Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die zuletzt im Dezember 1981 vorgelegten Wirtschaftsprognosen der beiden Wirtschaftsforschungsinstitute Österreichs zeigen nach der stagnativen Phase des Jahres 1981 leichte Tendenzen der Erholung der wirtschaftlichen Aktivität an. Demnach würde einem Nullwachstum des Jahres 1981 eine Zunahme um 2,0% bis 3,0% im Jahre 1982 folgen.

Die Konjunkturabschwächung der letzten Monate folgte dabei dem Muster der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem ersten Erdölpreisschock. Verschiedene Indikatoren, insbesondere eine Neuordnung der wirtschaftspolitischen Prioritäten in den wichtigsten Industrienationen, lassen allerdings eine ähnliche Erholungsphase wie nach dem ersten Erdölpreisschock (die Wachstumsraten betrug 1976 plus 4,6%, 1977 plus 4,4%) als wenig wahrscheinlich einstufen.

Die dieser Studie zugrunde liegenden Modellberechnungen basieren auf der letzten Prognose des Instituts für Höhere Studien.<sup>1)</sup> Diese zeichnet folgendes Bild der österreichischen Wirtschaft für die beiden Jahre 1982 und 1983:

- das reale Brutto-Inlandsprodukt könnte nach der Stagnation im Jahre 1981/1982 wiederum etwas zunehmen. Diese leichte Erholung dürfte primär auf eine expansivere Auslandsnachfrage und eine sich leicht erholende Inlandsnachfrage zurückzuführen sein.
- der reale private Konsum wird — auf Grund der bereits abgeschlossenen Lohnabkommen und der in der Zwischenzeit eingetretenen Steuerreform, die die Kaufkraft der Konsumenten stärken werden — 1982 wahrscheinlich leicht zunehmen. Ein nachlassender Preisauftrieb könnte diese schwachen expansiven Tendenzen noch verstärken.
- die realen Investitionen dürften weiterhin auf einem niedrigen Niveau verweilen. Die Beurteilung der Ausrüstungsinvestitionen fällt allerdings etwas günstiger aus als jene der Bauinvestitionen, die von restriktiven Budgets der öffentlichen Haushalte und weiterhin relativ hohen Zinsen gedrückt werden.
- die Exporte i.w.S. werden nicht zuletzt auf Grund der vorliegenden Information über die Auftragslage etwas günstiger beurteilt. Die realen Exporte i.w.S. könnten 1982 um 6,0% expandieren, die Warenexporte sogar um 7%. Trotz verhältnismäßig schwacher Zuwachsraten der realen Importe i.w.S. in der Größenordnung von 5% bis 6% tritt keine wesentliche Verbesserung der bereinigten Leistungsbilanz ein.
- die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, dürfte sich, sofern auf den internationalen Währungsmärkten keine stärkeren Störungen auftreten, abschwächen und 1982 eine gegenüber dem Vorjahr um 1% geringere Dynamik aufweisen.

### 2.2 Die Arbeitsmarktsituation

Die Arbeitsmarktsituation hat sich bereits in den letzten Monaten des Jahres 1981 zunehmend verschärft. Das Institut für Höhere Studien mußte deshalb im Dezember die Beschäftigtenprognose leicht nach unten revidieren und die Prognose der Arbeitslosenrate für 1982 auf 2,8% hinaufsetzen.

In der Zwischenzeit hat sich, nicht zuletzt auf Grund des harten Winters, die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Im Dezember 1981 stieg die Arbeitslosenrate über die 4%-Marke, im Jänner 1982 betrug sie bereits 5,4%. Eine regionale Aufschlüsselung dieser Zahlen ergibt ein deutlich unterschiedliches Bild der österreichischen Arbeitslosenstatistik (s. Tabellen 1, 2). Im Dezember 1981 wiesen die Bundesländer Burgenland, Kärnten und Steiermark sowie Oberösterreich die höchsten Werte auf, während die niedrigsten Raten in Vorarlberg, Salzburg und Wien registriert werden konnten. Die im Dezember noch relativ günstig erscheinende Lage auf dem Wiener Arbeitsmarkt hat sich jedoch im Jänner spürbar verschlechtert. Ein Drittel der zusätzlichen Arbeitslosen gegenüber Ende Dezember des Vorjahres entfielen auf die Bundeshauptstadt und führten zu einem starken Ansteigen der Arbeitslosenrate für dieses Bun-

<sup>1)</sup> Christl, J., Pichelmann, K., Maurer, J., Munduch, G., Neusser, K., Schmoranz, I. Prognose der österreichischen Wirtschaft 1981/1983. Institutsarbeit Nr. 158, Dezember 1981.

desland. Im längerfristigen Trend weisen die Bundesländer Burgenland, Steiermark, Kärnten und Oberösterreich überdurchschnittliche Arbeitslosenraten auf, deutlich geringere Arbeitslosenraten werden in Vorarlberg, Salzburg und mit Einschränkungen in Wien registriert. Zu diesen Zahlen wäre allerdings hinzuzufügen, daß ein Teil der Wien betreffenden Arbeitslosenzahlen den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland zugerechnet werden müssen und dort die Zahlen nach oben verzerren.

International lag Österreich mit einer Arbeitslosenrate von 2,4% im Jahr 1981 im unteren Drittel der westlichen Industrienationen (s. Tabelle 3). Die großen Industrieländer wiesen 1981 eine gewichtete Arbeitslosenrate von 6,5% auf. Mit 10,5% führt Großbritannien diese Gruppe an, gefolgt von Italien mit 8,2%, den Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich mit je 7,5% und Deutschland mit 5,0%. Lediglich Japan weist mit 2,2% eine geringfügig niedrigere Rate als Österreich auf. Nach Schätzungen der OECD wird sich 1982 die internationale Situation auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschlechtern. Die Rate der beschäftigungslosen unselbständig Erwerbstätigen könnte abermals um einen %-Punkt steigen.

	Wien	Nieder- österreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Oberöster- reich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Insgesamt
1961	1,6	3,2	10,3	3,1	4,8	3,4	0,6	2,5	0,6	2,7
1962	1,4	3,2	10,0	3,4	5,0	3,1	0,7	2,3	0,5	2,7
1963	1,6	3,6	9,9	3,7	5,5	3,5	0,7	2,4	0,5	2,9
1964	1,6	3,0	8,6	3,4	5,0	3,4	0,7	2,4	0,5	2,7
1965	1,7	2,9	8,0	3,1	5,2	3,5	0,7	2,4	0,5	2,7
1966	1,7	2,6	7,0	2,7	4,6	3,6	0,7	2,1	0,5	2,5
1967	1,6	2,8	8,2	3,0	4,5	3,3	0,7	2,1	0,6	2,7
1968	1,4	2,8	8,3	3,3	5,6	3,0	0,7	2,6	0,7	2,9
1969	1,2	2,5	8,0	3,2	5,6	2,3	0,6	2,4	0,6	2,8
1970	0,9	2,0	6,5	2,6	4,6	1,8	0,5	2,0	0,6	2,4
1971	0,8	1,7	5,0	1,9	3,6	1,6	0,4	1,6	0,5	2,1
1972	0,8	1,4	3,8	1,6	3,1	1,5	0,4	1,5	0,5	1,9
1973	0,7	1,3	3,5	1,2	2,7	1,3	0,4	1,5	0,5	1,6
1974	0,8	1,4	3,1	1,4	3,1	1,5	0,5	1,7	0,7	1,5
1975	1,2	2,2	4,3	2,5	4,6	2,3	0,7	2,4	1,3	2,0
1976	1,3	2,1	4,0	2,5	5,0	2,3	0,7	2,3	0,8	2,0
1977	1,1	1,8	3,1	2,3	4,9	2,0	0,6	2,3	0,7	1,8
1978	1,4	2,0	3,1	2,7	5,2	2,5	0,7	2,5	0,5	2,1
1979	1,5	2,0	3,0	2,5	4,8	2,6	0,7	2,2	0,5	2,0
1980	1,5	1,8	3,4	2,2	4,7	2,5	0,6	2,0	0,5	1,9
1981	2,1	2,4	4,2	2,9	5,1	3,5	0,8	2,2	0,7	2,4

Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosenrate in Österreich 1961—1981.

	Wien	Nieder- österreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Oberöster- reich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Insgesamt
Jänner	2,2	3,9	11,2	5,0	10,0	3,6	1,0	3,5	0,6	3,7
Februar	2,2	3,5	9,9	4,7	9,4	3,6	1,0	3,2	0,6	3,5
März	2,0	2,5	3,6	3,1	6,9	3,4	0,7	2,1	0,5	2,5
April	1,9	1,8	1,6	2,2	4,4	3,3	0,7	1,9	0,6	2,0
Mai	1,9	1,6	1,2	1,8	2,8	3,1	0,6	2,1	0,7	1,7
Juni	1,8	1,4	0,8	1,4	1,6	3,0	0,3	0,8	0,4	1,3
Juli	1,9	1,5	1,0	1,5	1,5	3,1	0,3	0,6	0,5	1,4
August	1,9	1,5	1,1	1,5	1,6	3,1	0,3	0,6	0,4	1,4
September	1,9	1,7	1,3	1,9	2,5	3,2	0,5	1,0	0,5	1,7
Oktober	2,1	2,1	2,1	2,7	4,9	3,5	1,1	3,2	1,3	2,4
November	2,4	3,0	4,8	3,7	7,0	4,0	1,4	4,4	1,6	3,2
Dezember	2,9	4,7	11,3	5,2	9,3	4,7	1,2	3,3	1,0	4,1

Tabelle 2: Entwicklung der Arbeitslosenrate in Österreich 1981.

## 1223 der Beilagen

165

	1979	1980	1981	1982
USA .....	5,8	7,2	7,5	9,0
Japan .....	2,1	2,0	2,2	2,2
BR Deutschland .....	3,8	3,4	5,0	6,0
Frankreich .....	6,0	6,3	7,5	8,5
Großbritannien .....	5,4	7,0	10,5	12,0
Italien .....	7,7	7,6	8,2	9,0
Kanada .....	7,5	7,5	7,5	8,2
Große Industrieländer .....	5,0	5,7	6,5	7,5
Niederlande .....	5,1	5,8	8,5	10,0
Schweden .....	2,1	1,9	2,5	3,0
Schweiz .....	0,4	0,2	0,5	0,5
Österreich .....	2,0	1,9	2,4	2,6
Kleine Industrieländer .....	5,9	6,5	7,8	8,4
OECD insgesamt .....	5,2	6,2	7,2	8,0
OECD Europa .....	5,5	7,0	8,7	9,7
EG <sup>1)</sup> .....	5,5	5,9	7,6	8,6
EFTA .....	2,3	2,0	2,4	2,7

Tabelle 3: Entwicklung der Arbeitslosenraten in ausgewählten OECD-Staaten.

<sup>1)</sup> Einschließlich Griechenland.

Quelle: OECD, EG, nationale und WIFO-Schätzungen.

### 3. Die Bauwirtschaft in Österreich

In den letzten Jahren hat sich die österreichische Bauwirtschaft unterdurchschnittlich entwickelt. Während die Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft in der Periode 1964/1980 jährlich um durchschnittlich 3,9% expandierte, verzeichnete die Bauwirtschaft lediglich ein Wachstum von 3,6% (reale Nettoproduktion). Dementsprechend fiel der reale Anteil des Beitrages des Bausektors zur Inlandsproduktion von 8,6% auf 7,9%.

Entscheidend für die Beschäftigungswirkung einer zusätzlichen Milliarde Schilling Nachfrage für die Bauwirtschaft ist die Arbeitsproduktivität. Hierbei ist zwischen der durchschnittlichen und marginalen Arbeitsproduktivität zu unterscheiden. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität ist definiert als:

#### Produktionsergebnis in Milliarden Schilling (real oder nominell)

Arbeitsleistung (gemessen in Beschäftigungszahlen oder geleisteten Stunden)

Der Wert dieses Quotienten gibt das durchschnittliche Produktionsergebnis pro Beschäftigten oder pro unselbständig Tätigen an. Die folgenden Tabellen 4 und 5 vermitteln einen Überblick über die Arbeitsproduktivität ausgewählter Sektoren. Die Definition der Produktivität erfolgt einerseits bezogen auf die Brutto- bzw. Nettoproduktion, andererseits auf reale oder nominelle Größen. Die Tabellen zeigen auf, daß die Bauwirtschaft nahe an den gesamtösterreichischen Durchschnitt heranreicht. Die Produktivität bezogen auf die reale Nettoproduktion (Wertschöpfung) beläuft sich demnach auf 230 329 S, die der gesamten österreichischen Wirtschaft auf 251 217 S. Der jährliche durchschnittliche Anstieg belief sich seit 1964 auf 3,6% für die Bauwirtschaft, und 3,9% für die Gesamtwirtschaft. Für die nominelle Wertschöpfung sind die diesbezüglichen Werte 306 405 S für die Bauwirtschaft bzw. 304 292 S für die Gesamtwirtschaft, in Wachstumsraten sind dies 9,4% bzw. 9,6%. Bezogen auf den Bruttoproduktionswert betrug 1980 die nominelle Arbeitsproduktivität 511 335 S bzw. die reale 394 110 S. Dies bedeutet, daß auch bei diesem Indikator die Bauwirtschaft im Mittelfeld der Wirtschaftssektoren rangiert.

Neben der durchschnittlichen Produktivität ist für diese Studie besonders das marginale Produktivitätsergebnis von Interesse. Es bestimmt sich durch den Quotienten:

#### Änderung des Produktionsergebnisses in Milliarden Schilling (real oder nominell)

Änderung der Arbeitsleistung (gemessen in Beschäftigungszahlen oder geleisteten Stunden)

Das marginale Produktivitätsmaß zeigt an, um wieviel das Produktionsergebnis pro zusätzlichen Beschäftigten steigt.

Sektor	nominell				real				Durchschn. Ver- änd. 1964/80	
	1964	1970	1975	1980	1964	1970	1975	1980	nominell	real
01 Land- und Forstwirtschaft ..	34,9	57,6	93,9	148,1	49,5	73,0	100,0	135,0	9,5	6,5
02 Bergbau .....	77,8	127,4	223,5	320,6	131,5	184,8	224,0	273,7	9,3	4,7
03 Nahrungs- u. Genußmittel ..	94,4	168,6	233,4	338,7	145,5	209,5	258,5	371,3	8,3	5,1
04 Textil u. Bekleidung .....	50,4	81,9	115,3	174,0	72,7	105,0	124,9	153,5	8,1	4,8
05 Holz .....	56,2	104,5	160,1	205,8	86,4	131,3	148,8	179,2	8,4	4,7
06 Papier .....	80,7	119,7	191,7	293,1	137,2	172,0	196,6	258,0	8,4	4,0
07 Chemie (ohne Erdöl) .....	119,4	168,4	237,2	354,1	115,7	172,6	226,6	317,2	7,0	6,5
08 Erdöl .....	357,5	668,6	1 248,0	1 544,2	817,4	1 393,2	1 313,9	1 256,2	9,6	2,7
09 Nicht-Metall-Mineralien ...	97,9	165,5	228,6	334,4	126,7	193,9	235,7	301,0	8,0	5,6
10 Grundmetalle .....	93,2	185,9	209,5	276,7	163,6	238,7	208,9	254,9	7,0	2,8
11 Metallverarbeitung .....	63,3	115,9	172,2	281,4	111,6	166,0	185,8	243,0	9,8	5,0
12 Energie und Wasser .....	225,5	353,9	586,1	989,9	388,6	545,7	656,9	844,0	9,7	5,0
13 Bauwesen .....	73,3	120,9	213,8	306,4	131,5	181,8	217,8	230,3	9,4	3,6
14 Handel .....	97,5	154,9	221,5	310,2	157,4	199,7	236,3	256,7	7,5	3,1
15 Gastgewerbe .....	52,5	84,2	145,7	208,0	134,4	146,5	153,0	148,9	9,0	0,6
16 Verkehr .....	68,9	113,3	165,4	269,2	98,5	141,5	175,6	232,0	8,9	5,5
17 Vermögensverwaltung .....	119,9	225,9	368,0	565,6	300,0	380,5	390,7	444,6	10,2	2,5
18 Sonstige Dienste .....	73,8	139,7	251,3	387,3	194,3	228,5	284,9	299,2	10,9	2,7
19 Öffentlicher Dienst .....	62,3	100,0	161,0	225,0	172,5	181,4	172,6	183,4	8,4	0,4

Tabelle 4: Entwicklung der Nettoproduktion pro Beschäftigten, in 1 000 S, 1964/80.

Sektor	nominell				real				Durchschn. Ver- änd. 1964/80	
	1964	1970	1975	1980	1964	1970	1975	1980	nominell	real
01 Land- und Forstwirtschaft ..	47,6	81,5	136,2	222,3	75,0	111,5	144,8	198,7	10,1	6,3
02 Bergbau .....	123,8	214,4	431,4	657,6	253,9	367,9	444,7	542,0	11,0	4,9
03 Nahrungs- u. Genußmittel ..	305,0	484,4	747,7	1 136,7	476,0	662,6	802,7	1 008,1	8,6	4,8
04 Textil u. Bekleidung .....	129,8	207,1	303,9	448,5	174,8	262,0	312,7	384,4	8,1	5,1
05 Holz .....	144,5	263,1	388,3	576,5	221,2	332,4	379,4	459,6	9,0	4,7
06 Papier .....	180,2	277,5	470,3	742,3	292,9	418,8	476,1	623,5	9,3	4,8
07 Chemie (ohne Erdöl) .....	285,7	445,7	707,0	1 125,0	373,7	549,4	696,5	961,5	8,9	6,1
08 Erdöl .....	657,5	1 372,1	3 942,0	6 814,5	2 217,9	3 881,9	4 039,8	4 266,2	15,7	4,2
09 Nicht-Metall-Mineralien ...	174,9	311,1	497,8	761,7	279,8	437,7	519,2	638,8	9,6	5,3
10 Grundmetalle .....	306,6	494,7	652,9	898,5	519,8	712,7	650,9	778,7	7,0	2,6
11 Metallverarbeitung .....	154,8	270,2	436,0	687,8	275,7	410,4	459,0	596,2	5,2	4,9
12 Energie und Wasser .....	316,7	498,6	875,8	2 147,8	552,7	776,6	975,1	1 669,0	12,7	7,2
13 Bauwesen .....	123,9	205,1	360,7	511,3	233,0	310,4	378,9	394,1	9,3	3,3
14 Handel .....	503,6	743,0	1 188,7	1 690,7	834,7	1 061,0	1 275,8	1 435,3	7,9	3,4
15 Gastgewerbe .....	140,2	197,2	296,2	400,9	279,5	305,1	316,8	310,9	6,8	0,7
16 Verkehr .....	108,9	179,8	272,0	530,0	166,2	231,1	287,9	438,8	10,3	6,3
17 Vermögensverwaltung .....	181,0	329,8	520,1	793,5	440,8	540,3	551,0	629,5	9,7	2,3
18 Sonstige Dienste .....	107,6	200,0	353,7	550,4	273,0	323,0	398,8	422,3	10,7	2,8
19 Öffentlicher Dienst .....	101,8	158,2	264,2	369,9	284,3	288,7	286,5	299,2	8,4	0,3

Tabelle 5: Entwicklung der Bruttonproduktion pro Beschäftigten, in 1 000 S, 1964/80.

Der inverse Quotient der Arbeitsproduktivität ist der Arbeitskoeffizient. Er gibt an, wieviel Beschäftigte pro Produktionsmenge im Produktionsprozeß eingesetzt werden. Die folgende Tabelle 6 zeigt die diesbezüglichen Werte der einzelnen Sektoren für das Jahr 1980 auf. Demnach liegt die Bauwirtschaft mit einer Beschäftigung von 1 900 Personen pro Milliarde Schilling Bruttonproduktionswert (nominell) hinter den Sektoren Land- und Forstwirtschaft, dem öffentlichen Sektor, Textil und Bekleidung und dem Gastgewerbe im Spitzenfeld. Ein Nachfrageimpuls, der diesen Sektoren zugeleitet wird, sollte somit — vorerst unabhängig von anderen Erwägungen — relativ große positive Arbeitsmarkteffekte generieren.

## 1223 der Beilagen

167

Sektor	bezogen auf Nettoproduktion		bezogen auf Bruttoproduktion	
	nominell	real	nominell	real
01 Land- und Forstwirtschaft .....	6,8	7,4	4,5	5,0
02 Bergbau .....	3,1	3,7	1,5	1,8
03 Nahrungs- u. Genußmittel .....	3,0	3,1	0,9	1,0
04 Textil u. Bekleidung .....	5,8	6,5	2,2	2,6
05 Holz .....	4,9	5,6	1,7	2,1
06 Papier .....	3,4	3,9	1,4	1,6
07 Chemie (ohne Erdöl) .....	2,8	3,2	0,9	1,0
08 Erdöl .....	0,7	0,8	0,2	0,2
09 Nicht-Metall-Mineralien .....	3,0	3,3	1,3	1,6
10 Grundmetalle .....	3,6	3,9	1,1	1,3
11 Metallverarbeitung .....	3,6	4,1	1,5	1,7
12 Energie und Wasser .....	1,0	1,2	0,5	0,6
13 Bauwesen .....	3,3	4,3	1,9	2,5
14 Handel .....	3,2	3,9	0,6	0,7
15 Gastgewerbe .....	4,8	6,7	2,5	3,2
16 Verkehr .....	3,7	4,3	1,9	2,3
17 Vermögensverwaltung .....	1,8	2,3	1,2	1,6
18 Sonstige Dienste .....	2,6	3,3	1,8	2,4
19 Öffentlicher Dienst .....	4,5	5,5	2,7	3,3

Tabelle 6: Durchschnittliche Anzahl Beschäftigter pro Milliarde Schilling Produktion in 1 000 Personen, 1980.

Bislang wurde der Bausektor als eine homogene Einheit betrachtet. Für eine tiefergehendere Beurteilung scheint jedoch eine detailliertere Analyse notwendig zu sein. Der Bausektor besteht aus verschiedenen Segmenten, und zwar dem Hoch- und Tiefbau und dem Baunebengewerbe, welches wiederum in die Sektoren Ausbau- und Bauhilfsgewerbe und Bauinstallationen untergliedert werden kann.

In der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegebenen Baustatistik ist eine weitere, tiefergehende Aufgliederung des Bausektors enthalten. Demnach werden acht Bausparten unterschieden; der Wohnhaus- und Siedlungsbau, der sonstige Hochbau, welcher unter anderem Amts- und Verwaltungsgebäude umfaßt, der landwirtschaftliche Nutzbau, der Straßen- und Straßentunnelbau, der Brückenbau, der Kraftwerks- und Kraftwerksstellenbau, der sonstige Tiefbau und als letzte Sparte, die Adaptierung worunter Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten sowie selbständige Abbruchsarbeiten subsummiert werden.

Der Bauproduktionswert der einzelnen Sparten ist in der folgenden Tabelle 7 wiedergegeben. Tabelle 8 zeigt den Produktionswert pro Beschäftigten auf. Der ausgewiesene Wert für die Gesamtgruppe von 566 000 S für 1980 ist mit jenen 511 335 S zu vergleichen, die für das gesamte Bauwesen bereits angeführt wurden. Innerhalb dieser Gruppe ist jedoch eine stark ausgeprägte Inhomogenität zu verzeichnen. So schwankt der Bauproduktionswert pro Beschäftigten zwischen 1 234 Millionen Schilling (im Brückenbau, Industrie) und 361 000 S (für Adaptierungen, Baugewerbe). Übersetzt in Beschäftigungszahlen bedeutet dies zirka 800 Beschäftigte pro Milliarde Schilling im Brückenbau bzw. 2 770 Beschäftigte pro Milliarde Schilling für Adaptierungsaufträge an das Gewerbe.

Die angeführten Beschäftigungswerte sind Durchschnittswerte des Jahres 1980. Sie dürfen nicht in die Richtung interpretiert werden, daß eine Milliarde Schilling zusätzliches Auftragsvolumen auch zusätzlich 800 bzw. 2 770 Beschäftigte bedeuten. Es sind dabei verschiedene Faktoren zu beachten, auf die später noch einzugehen sein wird. Vorweg sei jedoch ein Faktor kurz angesprochen, der sicherlich für die zusätzlichen Beschäftigungseffekte eine nicht unerhebliche Rolle spielt. In der Baustatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes wird eine Teilung der Beschäftigten in Angestellte und Arbeiter vorgenommen. Demnach werden zirka 11% der unselbständig Erwerbstätigen des Bausektors der Angestelltenkategorie zugezählt, die verbleibenden 89% sind Arbeiter. Es kann unterstellt werden, daß die Beschäftigungselastizität bei den Angestellten sehr gering ausfällt, dh. daß eine Ausweitung der Nachfrage zu keiner bzw. keiner wesentlichen Ausweitung der Beschäftigung in dieser Kategorie führt.

168

## 1223 der Beilagen

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau .....	10 373	10 918	11 156	11 888	11 514
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau) .....	13 994	17 496	18 130	19 277	21 263
Teilsumme Hochbau .....	24 367	28 414	29 286	31 165	32 777
Straßenbau .....	8 799	9 805	9 770	10 694	11 231
Brückenbau .....	1 778	2 210	2 864	3 724	3 435
Kraftwerksbau .....	2 383	2 037	2 131	2 044	2 121
Sonstiger Tiefbau .....	9 328	10 764	12 093	12 678	13 163
Teilsumme Tiefbau .....	22 287	24 816	26 857	29 140	29 949
Adaptierungen .....	3 775	4 117	4 582	4 726	4 725
<b>Insgesamt .....</b>	<b>50 430</b>	<b>57 347</b>	<b>60 725</b>	<b>65 031</b>	<b>67 451</b>

Tabelle 7a: Bauproduktionswert nach Bausparten (Hoch- und Tiefbau) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau .....	3 179	2 996	3 249	3 224	3 548
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau) .....	4 507	5 715	6 648	6 824	7 637
Teilsumme Hochbau .....	7 686	8 711	9 897	10 048	11 185
Straßenbau .....	6 414	6 906	6 688	7 435	7 402
Brückenbau .....	1 161	1 576	2 229	2 684	2 413
Kraftwerksbau .....	2 233	1 896	2 029	1 958	1 942
Sonstiger Tiefbau .....	3 641	4 176	4 915	4 940	4 544
Teilsumme Tiefbau .....	13 450	14 554	15 861	17 018	16 300
Adaptierungen .....	136	159	257	340	310
<b>Insgesamt .....</b>	<b>21 272</b>	<b>23 424</b>	<b>26 014</b>	<b>27 406</b>	<b>27 796</b>

Tabelle 7b: Bauproduktionswert nach Bausparten (Bauindustrie) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau .....	7 194	7 922	7 907	8 664	7 966
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau) .....	9 487	11 781	11 482	12 453	13 626
Teilsumme Hochbau .....	16 681	19 703	19 389	21 117	21 592
Straßenbau .....	2 385	2 899	3 082	3 258	3 829
Brückenbau .....	617	634	635	1 040	1 022
Kraftwerksbau .....	150	141	102	85	179
Sonstiger Tiefbau .....	5 686	6 588	7 178	7 738	8 619
Teilsumme Tiefbau .....	8 838	10 262	10 997	12 122	13 649
Adaptierungen .....	3 639	3 958	4 325	4 386	4 415
<b>Insgesamt .....</b>	<b>29 158</b>	<b>33 922</b>	<b>34 711</b>	<b>37 625</b>	<b>39 656</b>

Tabelle 7c: Bauproduktionswert nach Bausparten (Baugewerbe) in 1 000 S, 1976—1980.

Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

## 1223 der Beilagen

169

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau .....	343	375	391	422	486
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau) .....	349	395	421	451	508
Teilsumme Hochbau .....	346	387	409	440	500
Straßenbau .....	672	717	761	881	995
Brückenbau .....	527	657	740	801	931
Kraftwerksbau .....	694	651	699	786	777
Sonstiger Tiefbau .....	449	468	515	559	564
Teilsumme Tiefbau .....	548	574	621	693	730
Adaptierungen .....	268	303	315	355	372
<b>Insgesamt .....</b>	<b>403</b>	<b>441</b>	<b>469</b>	<b>515</b>	<b>566</b>

Tabelle 8 a: Bauproduktionswert pro Beschäftigten nach Bausparten (Hoch- und Tiefbau), in 1 000 S, 1976—1980.  
Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau .....	577	609	665	683	794
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau) .....	508	571	662	764	833
Teilsumme Hochbau .....	534	583	663	736	820
Straßenbau .....	717	761	826	939	995
Brückenbau .....	668	819	872	995	1 234
Kraftwerksbau .....	719	673	719	810	800
Sonstiger Tiefbau .....	624	627	687	724	767
Teilsumme Tiefbau .....	685	711	769	857	918
Adaptierungen .....	359	449	630	598	653
<b>Insgesamt .....</b>	<b>618</b>	<b>655</b>	<b>723</b>	<b>804</b>	<b>872</b>

Tabelle 8 b: Bauproduktionswert pro Beschäftigten nach Bausparten (Bauindustrie), in 1 000 S, 1976—1980.  
Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Bausparte	1976	1977	1978	1979	1980
Wohnhaus- u. Siedlungsbau .....	291	327	334	370	415
Sonstiger Hochbau (einschl. landwirtschaftl. Nutzbau) .....	303	344	348	369	417
Teilsumme Hochbau .....	298	337	342	369	416
Straßenbau .....	577	630	650	773	995
Brückenbau .....	377	441	484	534	590
Kraftwerksbau .....	457	453	455	462	595
Sonstiger Tiefbau .....	380	403	439	488	495
Teilsumme Tiefbau .....	420	452	486	546	586
Adaptierungen .....	266	299	306	344	361
<b>Insgesamt .....</b>	<b>321</b>	<b>359</b>	<b>371</b>	<b>408</b>	<b>454</b>

Tabelle 8 c: Bauproduktionswert pro Beschäftigten nach Bausparten (Baugewerbe) in 1 000 S, 1976—1980.  
Quelle: Baustatistik 1980 des ÖSTZA.

Schließlich sei noch ein internationaler Vergleich angeführt. In der politischen Diskussion wird bisweilen das Argument angeführt, daß das Bauwesen in Österreich zu große Kapazitäten aufweise. Ein internationaler Vergleich zeigt diesbezüglich drei markante Ergebnisse auf. Erstens, der reale Anteil des Bausektors in den einzelnen Wirtschaften zeigt nahezu einhellig abnehmende Tendenzen. Zweitens, diese abnehmende Tendenz ist in Österreich schwächer ausgeprägt als in vergleichbaren Wirtschaften und letztlich drittens, mit Ausnahme von Japan weist Österreich den größten realen Anteil des Bausektors an der Gesamtwirtschaft auf (s. Abbildung 1).

Dieser internationale Vergleich zeigt somit, daß sich Österreich in bezug auf die Baubranche von der internationalen Entwicklung abgekoppelt hat. Daß dieses Zurückbleiben mit zu dem günstigen Ergebnis des österreichischen Arbeitsmarktes in der Vergangenheit geführt hat, kann nicht schlüssig bewiesen werden, ist allerdings als plausibel anzunehmen. Die wirtschaftliche Situation der öffentlichen Haushalte läßt andererseits erwarten, daß in den kommenden Jahren die österreichische Bauwirtschaft den Schrumpfungprozeß der anderen Industrienationen nachvollziehen könnte. Inwieweit daraus negative Beschäftigungseffekte abzuleiten sind, hängt allerdings stark von der Neustrukturierung des Bausektors ab.

#### 4. Beschäftigungswirkung von Bauinvestitionen

##### 4.1 Direkte Datenauswertung

Im folgenden wird anhand der historischen Entwicklung die Frage diskutiert, welche Beschäftigungseffekte von zusätzlichen Bauinvestitionen im Ausmaß von (nominell) 1 Milliarde Schilling ausgehend im Jahre 1982 zu erwarten sind. Es wird unterstellt, daß die zusätzlichen Bauinvestitionen zur Gänze und ausschließlich dem Bausektor zugute kommen.

Zunächst soll ein Blick auf die Tabelle 6 die Abschätzung der direkten Effekte eines Nachfrageschubes in der oben zitierten Größenordnung erleichtern. Die Tabelle zeigt, daß die Bauwirtschaft zu den arbeitsintensiveren Sektoren der österreichischen Wirtschaft zählt und daß die Arbeitsintensität in der Periode 1971/1980 abgenommen hat. Es wurde bereits angeführt, daß diese Zahlen zur Schätzung von Beschäftigungseffekten nicht herangezogen werden können, da sie den durchschnittlichen Arbeitseinsatz wiedergeben, für die gegenständliche Fragestellung jedoch nicht der durchschnittliche, sondern der marginale dh. der zusätzlich zu erwartende Beschäftigungszuwachs pro Milliarde Schilling entscheidend ist. Dieser marginale Effekt wird in den Tabellen 9 und 10 aufgezeigt. Daraus erkennt man, daß im Durchschnitt der Jahre 1971/1980 eine zusätzliche reale Wertschöpfung von 1 Milliarde Schilling von einem Zuwachs der unselbständig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft von 1 800 und in der Bauwirtschaft von 1 280 begleitet war. Wird dieses Resultat zur Abschätzung des Beschäftigungseffektes einer zusätzlichen Milliarde Schilling Bauinvestitionen im Jahre 1982 herangezogen, so ergibt sich als erster Näherungswert ein direkter Beschäftigungseffekt von 390 Beschäftigten in der Bauwirtschaft.<sup>1)</sup>

Man erkennt sofort, daß diese Zahl erheblich von jener Schätzung abweicht, die sich auf Grund des oben aufgezeigten durchschnittlichen Beschäftigungseinsatzes ergeben würde, nämlich 1 300 Personen. Einschränkend muß hier jedoch festgestellt werden, daß erstens der Quotient von Beschäftigungszunahme zur Veränderung der Wertschöpfung in der Bauwirtschaft starken Schwankungen unterliegt und deshalb eine direkte Umsetzung der historischen Entwicklung mit großer Unsicherheit belegt ist, zweitens, daß implizit vorausgesetzt wurde, daß die Beschäftigung keinem längeren Anpassungsprozeß unterliegt, und drittens, daß hier lediglich die direkten Effekte auf die Bauwirtschaft aufgezeigt werden können, somit ohne Rückkoppelung mit anderen Sektoren bzw. dem Außenhandel. Um diese Einschränkungen ausschalten zu können, bedarf es komplexerer Methoden, wie sie die Regressionsanalyse bzw. Modellsimulationen darstellen.

##### 4.2 Regressionsanalyse

Von uns durchgeführte Einzelgleichungsschätzungen ergaben für die Gesamtwirtschaft eine auf die reale Wertschöpfung bezogene kurzfristige Beschäftigungselastizität von 0,15 und auf die Beschäftigten der Vorperiode bezogene Elastizität von 0,6. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung relativ träge auf Nachfrageänderungen reagiert. Eine Erhöhung des realen BIP zu Preisen 1976 um 0,668 Milliarden Schilling (= 1 Milliarde Schilling nominell im Jahre 1982), deflationiert mit dem Preisindex der Bauinvestition, hätte demnach eine Ausweitung der Beschäftigten im Jahre 1982 um lediglich 340 Personen, im folgenden Jahr um weitere 205 Personen zur Folge. Dieses Resultat ist für die Gesamtwirtschaft plausibel, nicht jedoch für die Bauwirtschaft. Isoliert durchgeführte Schätzungen für diesen Sektor bestätigen die Vermutung, daß die Beschäftigung in diesem Sektor erheblich schneller auf

<sup>1)</sup> Zur Umrechnung der Brutto- zur Nettoproduktion wurde das durchschnittliche Verhältnis der Änderung der realen Bruttoproduktion zur Änderung der realen Nettoproduktion verwendet.

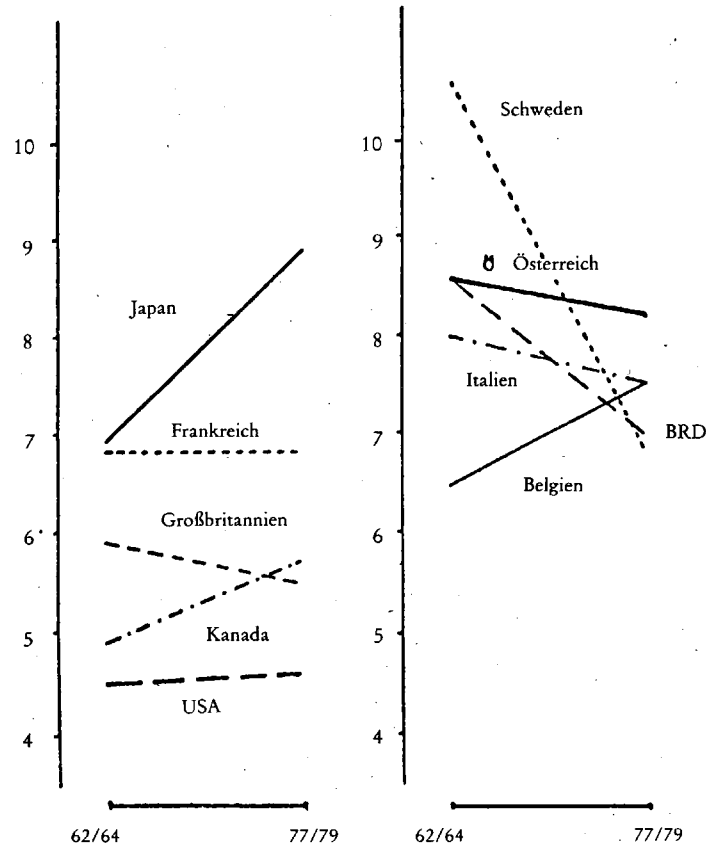


Abb. 1: Anteile des Bausektors am BIP, nominell, für ausgewählte Länder.  
Quelle: OECD, 1981.

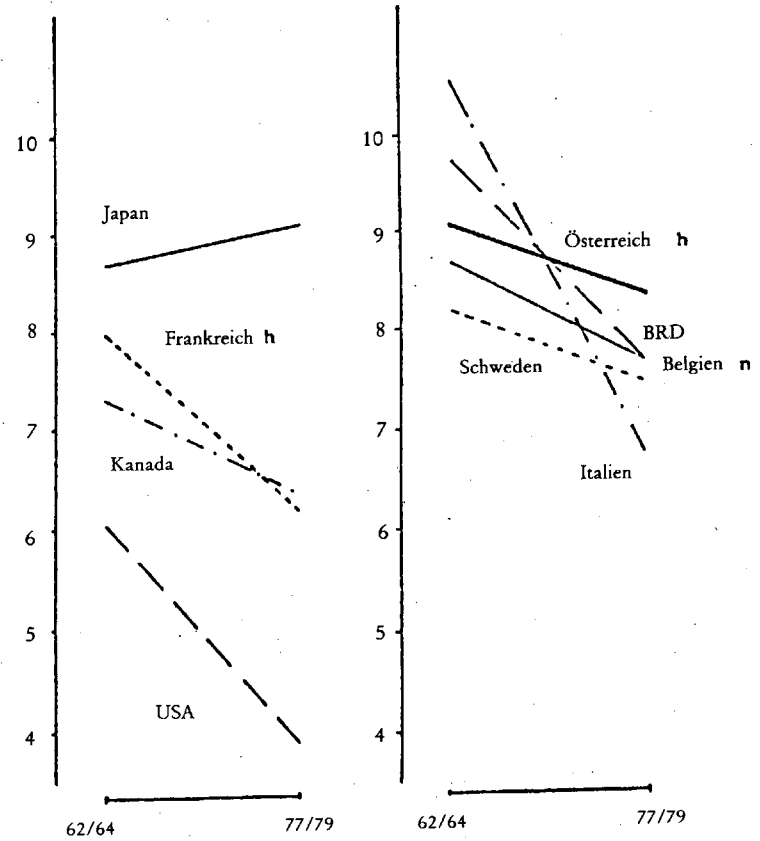


Abb. 2: Anteile des Bausektors am BIP, real, für ausgewählte Länder.  
Quelle: OECD, 1981.

Nachfrageänderungen reagiert und daß Anpassungsprozesse kaum länger als ein Jahr ablaufen. Die Schätzung der kurzfristigen Elastizität ist mit 0,29 entsprechend höher, der Beschäftigungseffekt — induziert durch eine zusätzliche Nachfrage von 1 Milliarde Schilling im Sektor Bauwirtschaft — beträgt nunmehr 460 Personen.

Auch für diese Analyse gilt die bereits oben angeführte Einschränkung, daß Rückkopplungseffekte auf andere Sektoren bzw. den Außenhandel außer acht bleiben. Im folgenden wird deshalb versucht, mit Hilfe von Modellsimulationen die gesamtwirtschaftlichen Verflechtungen zu berücksichtigen, um neben den direkten Effekten auch die indirekten Effekte abschätzen zu können.

#### 4.3 Die Modellsimulationen

Zwei Modelle wurden für unsere Simulationen herangezogen; das den vierteljährlichen Prognosen zugrunde liegende Modell LIMA/82 B, welches speziell die nachfrageseitige Interaktionen der österreichischen Wirtschaft abbildet und das Mehrsektoren- oder Input-Output-Modell MUSEM A 81, dessen Schwergewicht auf der produktionsseitigen Verflechtung liegt.

Zuwachs in Mrd. S	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
BIP, real	12,7	23,5	13,6	20,0	27,8	34,8	29,2	37,3	31,2	26,4	-2,5	31,7	31,6	3,8	37,2	24,9
BIP, nom.	19,8	22,0	17,0	21,2	28,2	40,9	43,7	59,9	63,9	75,1	38,2	68,0	71,4	46,5	80,3	72,9
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Unselb. Beschäftigte	17,7	5,2	-27,0	-20,2	18,3	31,5	65,7	57,9	95,6	48,6	-0,5	29,4	51,3	20,6	16,0	15,0
Marg. Produktivität*)																
real	0,7	4,6	-0,5	-1,0	1,5	1,1	0,4	0,6	0,3	0,5	5,2	1,1	0,6	0,2	2,3	1,7
Marg. Produktivität*)																
nominell	1,1	4,2	-0,6	-1,1	1,5	1,3	0,7	1,0	0,7	1,5	-79,1	2,3	1,4	2,3	5,0	4,9
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Beschäftigung, pro Mrd. S, real	1,4	0,2	-2,0	-1,0	0,7	0,9	2,2	1,6	3,1	1,8	0,2	0,9	1,6	5,4	0,4	0,6
Beschäftigung pro Mrd. S, nom.	0,9	0,2	-1,6	-1,0	0,7	0,8	1,5	1,0	1,5	0,7	-	0,4	0,7	0,4	0,2	0,2

Tabelle 9: Marginale Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Gesamtwirtschaft 1965—1980.

Quelle: Eigene Berechnungen.

\*) Zusätzliche Produktion pro unselbständig Erwerbstätigen in 1 000 S.

Zuwachs in Mrd. S	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Beitrag zum BIP, real	1,4	3,7	1,4	1,5	1,3	1,9	5,4	3,4	3,0	2,0	-0,8	0,2	2,2	-0,7	1,4	-0,7
Beitrag zum BIP, nom.	3,4	2,5	1,0	0,9	0,2	3,2	6,2	9,0	1,7	6,7	3,7	1,2	7,1	3,7	6,5	5,2
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Unselb. Beschäftigte	4,5	6,3	-6,1	-10,9	-2,1	-2,4	6,7	10,9	12,5	-3,0	-8,3	-1,9	6,0	-0,5	-3,2	-4,9
Marg. Produktivität*)																
real	0,3	0,6	-0,2	-0,1	-0,6	-0,8	0,8	0,3	0,2	-0,7	0,1	-0,1	0,4	1,5	-0,4	0,2
Marg. Produktivität*)																
nominell	0,8	0,4	-0,2	-0,1	-0,1	-1,4	0,9	0,8	0,1	-2,2	-0,4	-0,6	1,2	-8,2	-2,0	-1,1
Zuwachs in 1 000 Pers.																
Beschäftigung, pro Mrd. S, real	3,3	1,7	-4,4	-7,5	-1,6	1,2	1,2	3,2	4,2	-1,5	10,3	-12,4	2,7	0,7	-2,3	6,7
Beschäftigung pro Mrd. S, nom.	1,3	2,5	-6,2	-12,7	-11,9	-0,7	1,1	1,2	7,5	0,5	-2,3	-1,6	0,8	-0,1	-0,5	-1,0

Tabelle 10: Marginale Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Gesamtwirtschaft 1965—1980.

\*) Zusätzliche Produktion pro unselbständig Erwerbstätigen in 1 000 S.

## 1223 der Beilagen

173

## 4.3.1 Simulationen mit dem Modell LIMA/82 B

Den Modellberechnungen liegt die Annahme von zusätzlichen Bauinvestitionen im Ausmaß von 1 Milliarde Schilling (das sind real 0,668 Milliarden Schilling) im Jahre 1982 zugrunde. Die Simulationen wurden in zwei Varianten erstellt; Variante 1 geht davon aus, daß die durch den Nachfrageschub ausgelöste Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität zu keiner Ausweitung der Importe führt, mit anderen Worten, daß die Importe in absoluten Größen konstant bleiben. Variante 2 berücksichtigt hingegen auch Effekte auf die Importe, welche in ihrer Größenordnung durch die marginale Importneigung der Gesamtwirtschaft bestimmt sind. Die Rechtfertigung der Durchrechnung beider Varianten liegt im Aufzeigen von Extremwerten, da davon ausgegangen werden kann, daß die Importneigung eines Nachfrageschubes über die Bauinvestitionen relativ gering ist und nicht dem Durchschnittswert entspricht.

Weiters ist bei den Berechnungen zu berücksichtigen, daß

- der Bausektor, wie bereits oben angeführt, eine von der Gesamtwirtschaft merklich abweichende Beschäftigungsdynamik aufweist, und
- sich der Nachfrageschub bei den Bauinvestitionen zum Unterschied von den aggregierten Investitionen nicht in die nächste Periode fortpflanzt.

	1. Jahr	Variante 1 2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	Variante 2 2. Jahr	3. Jahr
Brutto-Inlandsprodukt, real . . . . .	1,067	0,080	0,139	0,412	0,129	0,053
Privater Konsum, real . . . . .	0,109	0,123	0,156	0,038	0,058	0,071
Ausrüstungsinvestitionen, real . . . . .	0,157	0,005	0,012	0,062	0,017	0,004
Lagerinvestitionen, real . . . . .	0,120	-0,054	0,021	-0,046	-0,010	-0,013
Importe, real . . . . .	—	—	—	0,437	-0,663	0,007
Beschäftigte <sup>1)</sup> . . . . .	1,027	0,075	0,130	0,397	0,127	0,050

Tabelle 11: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines Nachfrageimpulses in Höhe von 1 Mrd. S. Bauinvestitionen, nominell für das Jahr 1982.  
Ergebnisse der Simulationen mit dem Modell LIMA 82/B, in absoluten Differenzen, in Mrd. S.

<sup>1)</sup> in 1 000 Personen

Diesen Voraussetzungen wurden insofern Rechnung getragen, als die Gleichung für die realen Bauinvestitionen exogenisiert und die Beschäftigungsgleichung durch eine dem Bausektor adäquatere Gleichung ersetzt wurde.

Die Ergebnisse beider Varianten sind als Extremwerte zu interpretieren. In Variante 1 führt der Ausschluß von Importreaktionen zu einem Multiplikator von 1,6, das bedeutet, daß neben dem Primäreffekt in Höhe von 1 Milliarde Schilling zusätzliche Sekundäreffekte in der Größenordnung von 0,6 Milliarden Schilling induziert werden. Der ausgewiesene Beschäftigungszuwachs von 1 027 Personen ist als obere Grenze zu betrachten, da davon ausgegangen werden kann, daß Rückkopplungseffekte zusätzliche Importe induzieren müßten, die wiederum den Beschäftigungseffekt der ursprünglichen Milliarde Schilling reduzieren würden. Analog hierzu ist die Variante 2 mit einem Multiplikator von 0,62 und einem Beschäftigungszuwachs von 400 Personen als Untergrenze zu interpretieren, da der direkte Anstieg der Wertschöpfung nicht voll dem Importsog ausgesetzt sein sollte. Die Effekte sind in den folgenden beiden Jahren erwartungsgemäß relativ gering.

Um das Intervall des wahrscheinlichen Effektes weiter einzuengen, wird ausgehend von Variante 1 angenommen, daß der Erstrundeneffekt keine ausländischen Vorleistungen erfordert, jedoch die Folgeeffekte Importe im üblichen Ausmaß induzieren. Unter diesen Annahmen beläuft sich der Beschäftigungseffekt im ersten Jahr auf 880 Personen, entsprechend ist für die folgenden beiden Jahre das ausgewiesene Resultat der Variante 1 zu verringern.

## 4.3.2 Simulationen mit dem Modell MUSEM A81

Um eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen des Modells LIMA/82B zu gewährleisten, wurden für die Berechnungen mit dem Modell MUSEM A81 die Bauinvestitionen ebenfalls exogenisiert und die Importe wiederum in zwei Varianten durchgerechnet.

Die Ergebnisse weisen beim Modell MUSEM A81 für die erste Variante (d.h. den exogenisierten Importen) einen Multiplikator von 1,3 aus, der Beschäftigungseffekt beträgt 825 zusätzlich Beschäftigte im ersten Jahr, 65 und 60 Personen in den jeweiligen Folgejahren.

Bei der Variante 2 reduziert sich der Multiplikator auf 0,76. Dies führt zu einer Ausweitung der Beschäftigten um 555 Personen im ersten Jahr und 60 bzw. 55 Beschäftigten in den beiden folgenden Jahren.

Das Modell MUSEM A81 erlaubt zusätzlich die sektoralen Beschäftigungszuwächse abzuschätzen. Hier zeigt sich, daß bei der Variante 1 knapp 45% der zusätzlichen Beschäftigten auf den Sektor Bauwesen und 35% der Beschäftigten im Sektor Metallverarbeitung anfallen. 4% bis 6% entfallen auf die Sektoren Chemie (ohne Erdöl), Nichtmetall-Mineralien und den öffentlichen Dienst. Die verbleibenden 5% entfallen auf die übrigen Sektoren. Bei der Variante 2 sieht das Bild nur geringfügig anders aus. Hier entfallen 58% der zusätzlich 555 Beschäftigten auf den Sektor Bauwesen, 35% auf den Sektor Metallverarbeitung und je 3% auf die Sektoren Nichtmetall-Mineralien und den öffentlichen Dienst.

### 5. Gegenüberstellung und Bewertung der Ergebnisse

Zwei markante Unterschiede lassen sich aus den berichteten Modellsimulationen aufzeigen. Erstens, die zum Teil aus der Charakteristik der Modelle ableitbaren unterschiedlichen Anpassungsprozesse und zweitens, als Detailergebnis, die unterschiedliche Reaktion bei den Lagerinvestitionen.

Bei der Variante 1 resultiert aus dem Modell LIMA ein Multiplikator von 1,6, aus dem Modell MUSEM ein solcher von 1,3. Der Unterschied liegt hier nahezu ausschließlich in der Differenz der unterschiedlichen Reaktion der Lagerinvestitionen. Während das Modell LIMA eine reale Ausweitung bei den Lagerinvestitionen von 0,12 Milliarden Schilling anzeigt, weist das Modell MUSEM auf Grund der Modellierung mit einem konstanten Lagerkoeffizienten eine nicht signifikante Ausweitung aus. Der Großteil der unterschiedlichen Beschäftigungswirkung ist auf diese Differenz bei den Lagern zurückzuführen.

Bei der Variante 2 (endogene Importe) sind die Unterschiede deutlicher. Der Multiplikator beim Modell LIMA im ersten Jahr beträgt 0,62, beim Modell MUSEM hingegen 0,76. Die Beschäftigungseffekte für die ersten drei Jahre betragen 397, 127 und 50 beim erstgenannten Modell und 555, 60 und 55 Personen beim letztgenannten Modell.

Zusammenfassend können wir somit festhalten, daß die Beschäftigungswirkung einer zusätzlichen Milliarde Schilling nomineller Bauinvestitionen bei der Variante 1 (exogene d.h. gleichbleibende Importe) in der Größenordnung zwischen 1 000 und 1 200 Beschäftigten und bei der Variante 2 (endogene Importe) in der Größenordnung zwischen 560 und 670 zusätzlichen Beschäftigten liegen dürfte. Die spezielle Charakteristik der Bauinvestitionen legt den Schluß nahe, daß die Beschäftigungswirkung sich eher an der oberen Grenze orientieren dürfte, sodaß realistischer Weise von einer Ausweitung der Beschäftigten um 900 bis 1 100 Personen ausgegangen werden kann.

	1. Jahr	Variante 1 2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	Variante 2 2. Jahr	3. Jahr
Brutto-Inlandsprodukt, real . . . . .	0,866	0,080	0,010	0,510	0,050	—
Privater Konsum, real . . . . .	0,091	—	—	0,070	—	—
Ausrüstungsinvestitionen, real . . . . .	0,108	—	—	0,065	—	—
Lagerinvestitionen, real . . . . .	—	—	—	—	—	—
Importe, real . . . . .	—	—	—	0,291	—	—
Beschäftigte <sup>1)</sup> . . . . .	0,825	0,065	0,060	0,555	0,060	0,055

Tabelle 12: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines Nachfrageimpulses in Höhe von 1 Mrd. S. Bauinvestitionen, nominell für das Jahr 1982.  
Ergebnisse der Simulationen mit dem Modell MUSEM A 81, in absoluten Differenzen, in Mrd. S.

<sup>1)</sup> in 1 000 Personen

## 1223 der Beilagen

175

	Baugewerbe	Bauindustrie	Insgesamt
Wohnhaus- und Siedlungsbau .....	1 360	710	1 165
Sonstiger Hochbau .....	1 360	680	1 115
Teilsomme Hochbau .....	1 360	690	1 132
Straßenbau .....	570	570	568
Brückenbau .....	960	460	610
Kraftwerksbau .....	950	710	730
Sonstiger Tiefbau .....	1 140	740	1 000
Teilsomme Tiefbau .....	965	620	775
Adaptierungen .....	1 570	870	1 521
<b>Insgesamt</b> .....	<b>1 245</b>	<b>650</b>	<b>1 000</b>

Tabelle 13: Beschäftigungseffekt pro Mrd. S. Bauinvestitionen in den einzelnen Bausparten.

Die ausgewiesenen Werte sind insofern Durchschnittswerte, als sie den gewogenen Durchschnitt der Beschäftigungswirkung der einzelnen Bausparten darstellen. Diese kann innerhalb der einzelnen Bausparten auf Grund der unterschiedlichen Relation zwischen den Vorleistungen und dem Endprodukt der direkten Effekte nur annähernd abgeschätzt werden. Tabelle 13 soll die diesbezügliche Hintergrundinformation liefern. Die Basis bildet hier die Beschäftigungswirkung einer durchschnittlichen Milliarde Schilling Bauinvestitionen, die hier mit 1 000 angegeben ist. Würde diese Milliarde Schilling in das Baugewerbe fließen, so wären daraus zusätzlich 1 245, würden sie in die Bauindustrie zukommen, so wären zusätzlich 650 Beschäftigte zu erwarten. Der größte Beschäftigungseffekt ergibt sich, wie es aus der Tabelle abzuleiten ist, wenn eine zusätzliche Milliarde Schilling für Adaptierungen in das Baugewerbe gelenkt wird, während der geringste Effekt bei Ausgaben für den Brückenbau eintritt. Diese Beurteilung, und das soll hier besonders unterstrichen werden, bezieht sich ausschließlich auf Beschäftigungseffekte und läßt mögliche andere wirtschaftliche Kriterien außer acht. Allein durch das Aufzeigen der Spanne von 460 bis 1 570 soll jedoch ersichtlich gemacht werden, daß der durchschnittliche Beschäftigungswert nur wenig Aussagekraft besitzt, vielmehr die Kenntnis des begünstigten Bauträgers notwendig ist, um einigermaßen gesicherte Aussagen tätigen zu können.

## GUTACHTEN

„Die Finanzierungskosten des Österreichischen Konferenzentrums“  
erstattet dem Unterausschuß des besonderen Ausschusses zur Vorbehandlung des  
Volksbegehrens über ein Bundesgesetz  
betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City (Konferenzzen-  
trum-Einsparungsgesetz).

Wien, 23. Juli 1982

Reinhold Wessely

**1. Grundlagen der Finanzierung**

Auf Grund des IAKW Finanzierungsgesetzes 1972 und der 2. IAKW-Finanzierungsgesetz-  
Novelle 1979 sind festgelegt:

1.1. Die Baukosten (zum Baubeginn 1980/81 hochgerechnet) mit .....	5 000 Mio. S.
1.2. Die Finanzierungskosten mit .....	2 500 Mio. S.
insgesamt also .....	7 500 Mio. S.

Auf Grund der oben angeführten Gesetze verpflichtet sich die Republik für den festgelegten Gesamt-  
ausgabenrahmen der IAKW AG zu haften und jährliche Zuschüsse zur Abdeckung der Verpflichtungen  
zu leisten, bis sämtliche Kreditverbindlichkeiten getilgt sind.

Für die Berechnung der Finanzierungskosten muß davon ausgegangen werden, daß sie mit den Bau-  
ausgaben entstehen, weil die IAKW AG Kredite aufnehmen muß, und daß die Kredite für die Baukosten  
in einem 10-Jahres-Tilgungsplan, der nicht genauer ausgeführt ist, getilgt werden müssen. (Auf die Proble-  
matik, ob die Baukosten hochgerechnet per 1980/81 zum Zeitpunkt 1982/83 noch realistisch sind, wird  
hier nicht eingegangen.) Die Berechnung der Finanzierungskosten wird also so vorgenommen, daß sie in  
einer gesamthaften Betrachtung die Entstehung (Kreditaufnahme und Kredittilgungen), nicht jedoch die  
Zahlungsvereinbarungen zwischen der Republik Österreich und der IAKW AG berücksichtigen.

**2. Grundlegende Annahmen.****2.1. Bauzeit.**

Auf Grund der vorliegenden Informationen muß, wie auch im Gesetz vorgezeichnet, mit  
einer Bauzeit von 3 bis 4 Jahren gerechnet werden. In dieser Zeit wird die angenommene Bau-  
summe von 5 000 Millionen Schilling nach Baufortschritt zugezählt. Die Zinsen für die sol-  
cherarts in Anspruch genommenen Kredite können entweder regelmäßig bezahlt werden oder  
werden am Ende der Bauperiode dem Gesamtfinanzierungsbetrag des dann aufzunehmenden  
Kredites zugeschlagen.

**2.2 Tilgungsablauf.**

Im Gesetz sind 10 Jahre Tilgungszeit vorgesehen. Nähere Ausführungen sind nicht getroffen.  
Für das national und international verfügbare Instrumentarium an Finanzierungen gibt es fol-  
gende Möglichkeiten:

2.2.1. Amortisables Darlehen, das in Pauschalraten regelmäßige Tilgungen von Kapital und  
Zinsen vorsieht.

2.2.2. Kredite und Anleihen sehen Kapitaltilgungen und zusätzliche regelmäßige Zinsenzah-  
lungen des jeweils aushaftenden Kreditbetrages vor.

2.2.3. Um die Tilgungslasten zeitlich nach rückwärts zu verschieben, ist es üblich, Tilgungs-  
freijahre zu gewähren, in denen nur die Zinsen, noch nicht das Kapital getilgt werden.

**2.3. Zinshöhe.**

Das nationale und internationale Zinsniveau befindet sich derzeit auf einem hohen Niveau,  
für das unter anderem auch der große Finanzierungsbedarf der Öffentlichen Hand maßgeb-  
lich ist. Indikationen, bezogen auf die Republik Österreich, sind:

2.3.1. Die zuletzt aufgelegte Investitionsanleihe 1982 der Republik Österreich zeigte eine  
Anlegerrendite von 9,88/9,83%, was Emissionskosten (Finanzierungskosten) von über  
10% bedeutet.

2.3.2. Für die Direktfinanzierung der Republik Österreich durch den österreichischen  
Kreditapparat wurden nach einer bestimmten Zinssatzformel errechnete Zinsen von  
derzeit 11,15% p. a. vorgeschlagen.

## 1223 der Beilagen

177

## 2.3.3. Die Durchschnittsverzinsung der Staatsschuld stieg in den letzten Jahren wie folgt an:

1979	1980	1981	1982 (geschätzt)
6,7%	6,9%	7,7%	9,1%

(Quelle: Bundeshaushalt 1982, Übersicht 18 als Anhang zur Budgetrede).

Die Gesamtentwicklung der österreichischen Zinssätze ist in der Anlage 1 wiedergegeben.

## 2.3.4. Die internationale Entwicklung verhält sich ähnlich:

	Internationale Bond Yields (Secondary Market)				
	Ende 1978	Ende 1979	Ende 1980	Ende 1981	April 1982
\$ (Regierungen) .....	9,12	10,66	11,83	13,59	13,59
DM (Europäische Firmen) .....	6,84	7,55	8,79	9,36	8,38
sfrs (US-Firmen) .....	5,70	6,61	7,27	7,30	7,40

(Quelle: Morgan Guaranty, World Financial Markets).

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß sich alle Annahmen auf das stark gestiegene Zinsniveau stützen müssen, auch wenn voraussichtlich die noch nicht veröffentlichten Budgetvorausschau (1982—1986) des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bereits von einer leichten Senkung des Zinsniveaus ausgehen.

Es wurden daher drei repräsentative Zinssätze gewählt, die nicht nur Annahmen einer Zinssatzentwicklung, sondern auch verschiedene (Währungs-)Märkte berücksichtigen:

- 8%: DM/sfrs Komponente
- 10%: öS Komponente
- 12%: US-\$ Komponente

Die Modelle berücksichtigen verschiedene Arten der Bauzinsenverrechnung und der Tilgung wie vorher ausgeführt.

## 3. Die Berechnung der einzelnen Modelle

## 3.1. Modell 31/41

Bauzinsen werden bezahlt; am Ende der Bauphase wird ein Tilgungsdarlehen aufgenommen, das regelmäßig getilgt wird.

## 3.2. Modell 31/42

Bauzinsen werden bezahlt; am Ende der Bauphase wird ein Tilgungsdarlehen aufgenommen, das erst nach 4 tilgungsfreien Jahren regelmäßig getilgt wird.

## 3.3. Modell 32/41

Die Bauzinsen werden nicht bezahlt, sondern am Ende der Bauphase in ein Tilgungsdarlehen übergeführt, das regelmäßig getilgt wird.

## 3.4. Modell 32/42

Die Bauzinsen werden nicht bezahlt, sondern am Ende der Bauphase in ein Tilgungsdarlehen übergeführt, das erst nach 4 tilgungsfreien Jahren regelmäßig getilgt wird.

(Anlage 2)

Die Zusammenstellung dieser Kosten ergibt folgendes Bild.

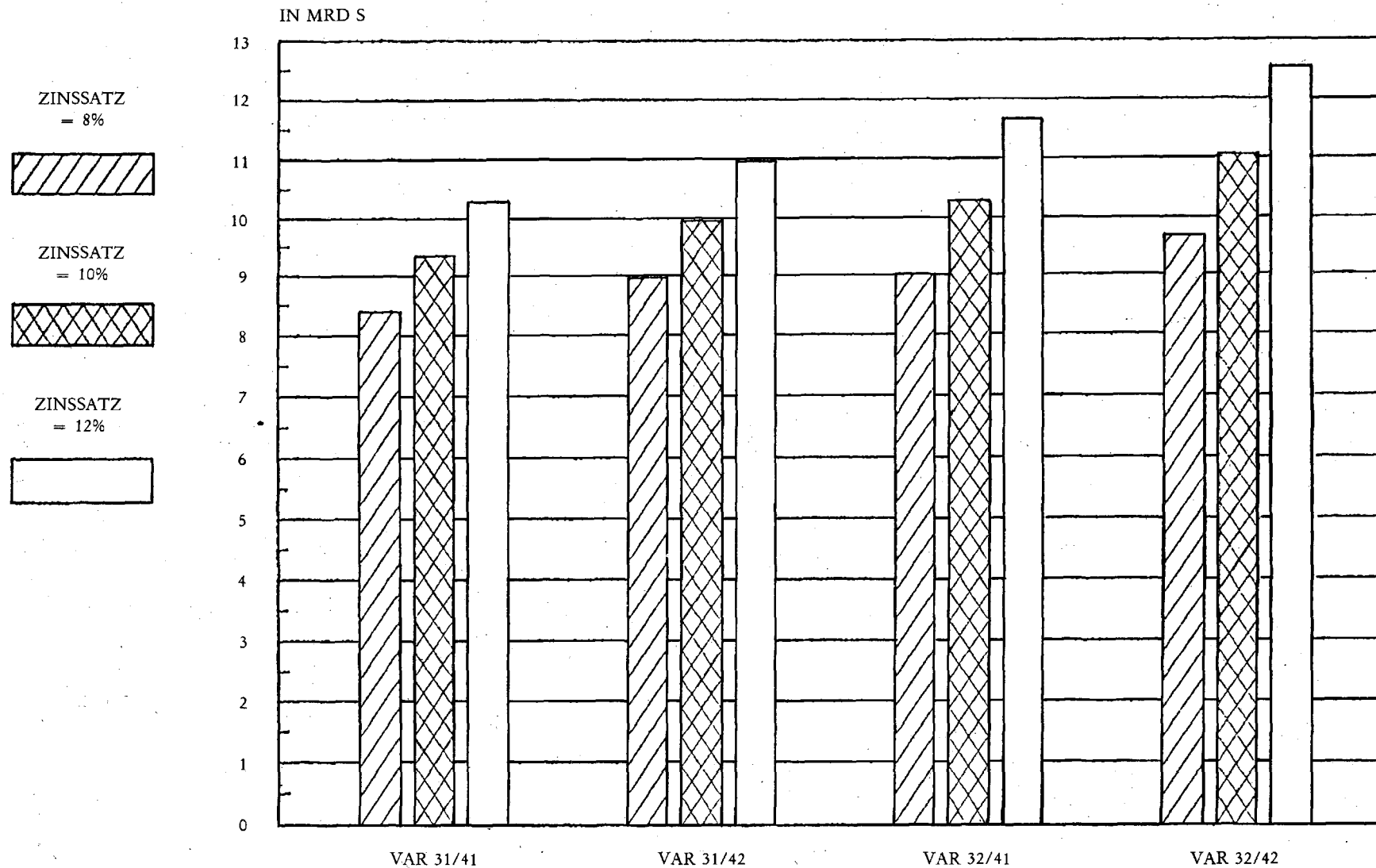
## Gesamtkosten — Konferenzzentrum

VARIANTEN (in Milliarden)	ZINSSATZ		
	8%	10%	12%
VAR 31/41			
Bauzinsen bezahlt/10 Jahre Tilgungsdarlehen ..	8 411	9 337	10 289
VAR 31/42			
Bauzinsen bezahlt/4 + 6 Jahre Kredit .....	8 960	9 951	10 940
VAR 32/41			
Bauzinsen nicht bezahlt/10 Jahre Tilgungsdar- lehen .....	8 989	10 274	11 684
VAR 32/42			
Bauzinsen nicht bezahlt/4 + 6 Jahre Kredit ....	9 654	11 047	12 542

### GESAMTKOSTEN – KONFERENZZENTRUM

178

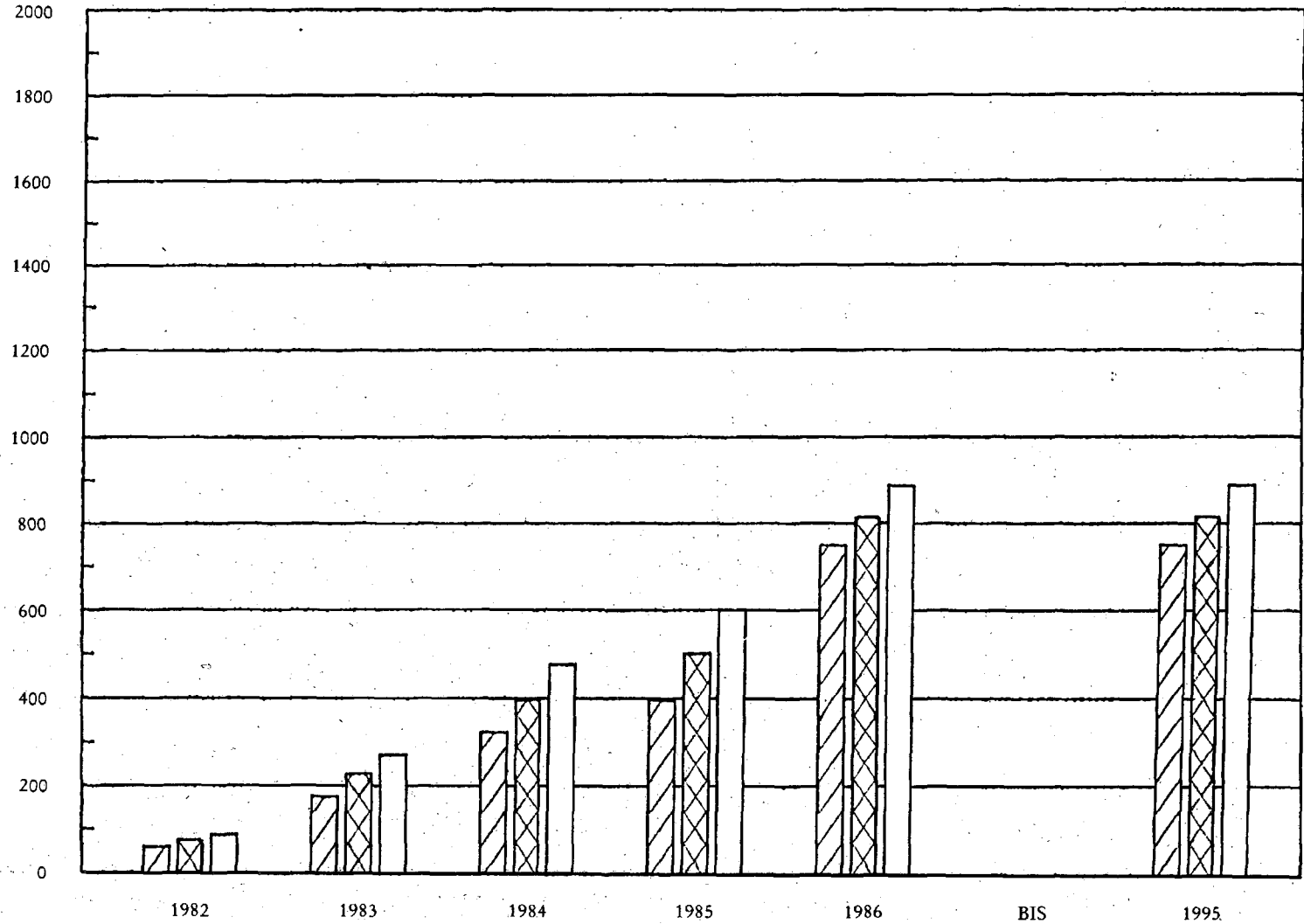
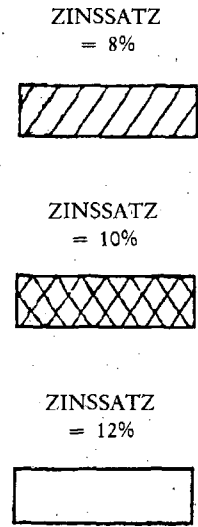
1223 der Beilagen



# BUDGETBELASTUNG — KONFERENZZENTRUM

IN MIO S

82–85 ZINSENZAHLUNG, 86–95 PAUSCHALRATE



VARIANTE 31/41

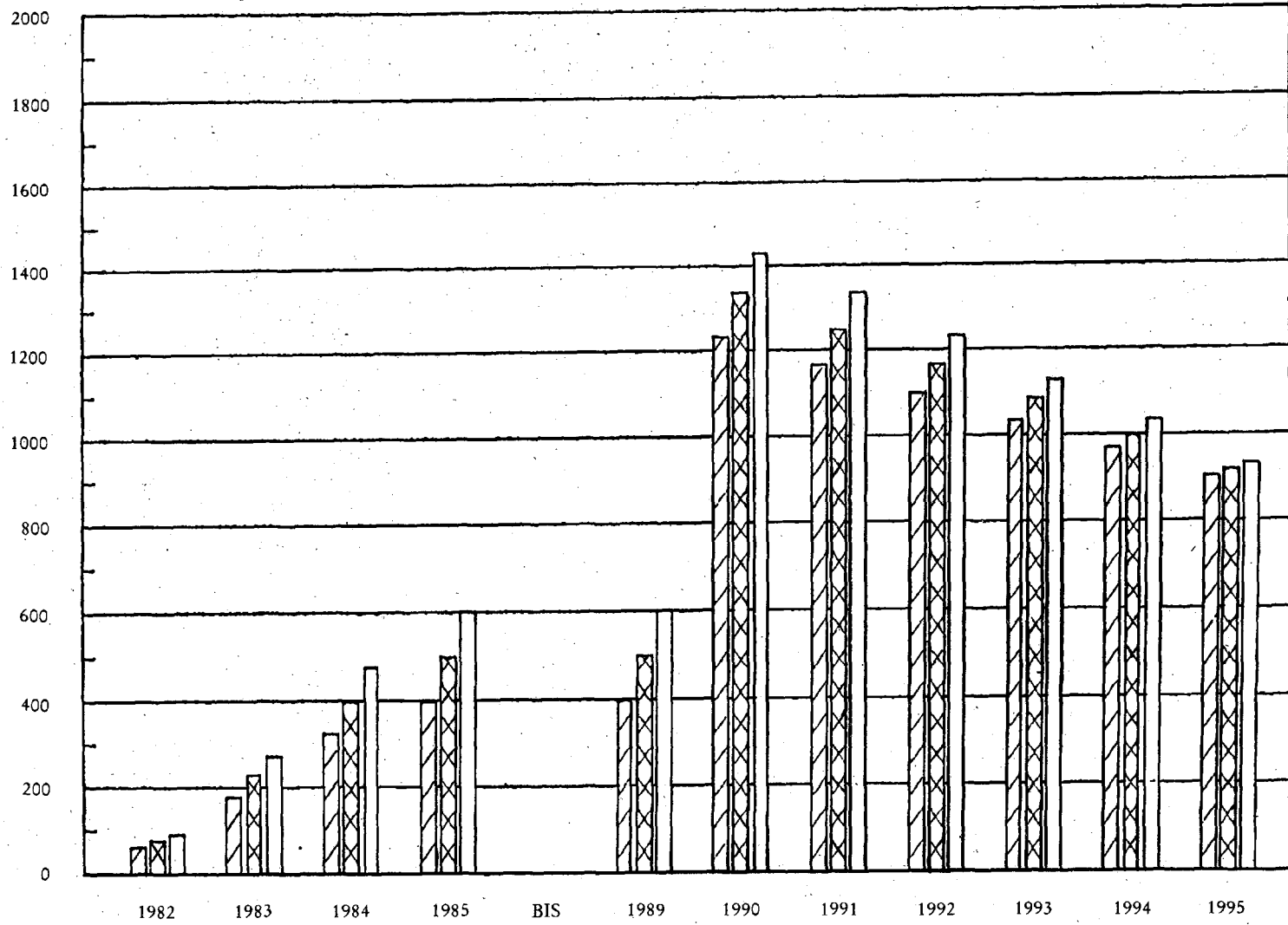
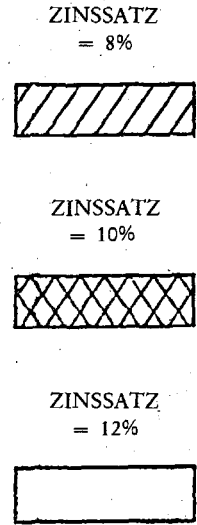
1223 der Beilagen

179

### BUDGETBELASTUNG — KONFERENZZENTRUM

IN MIO S

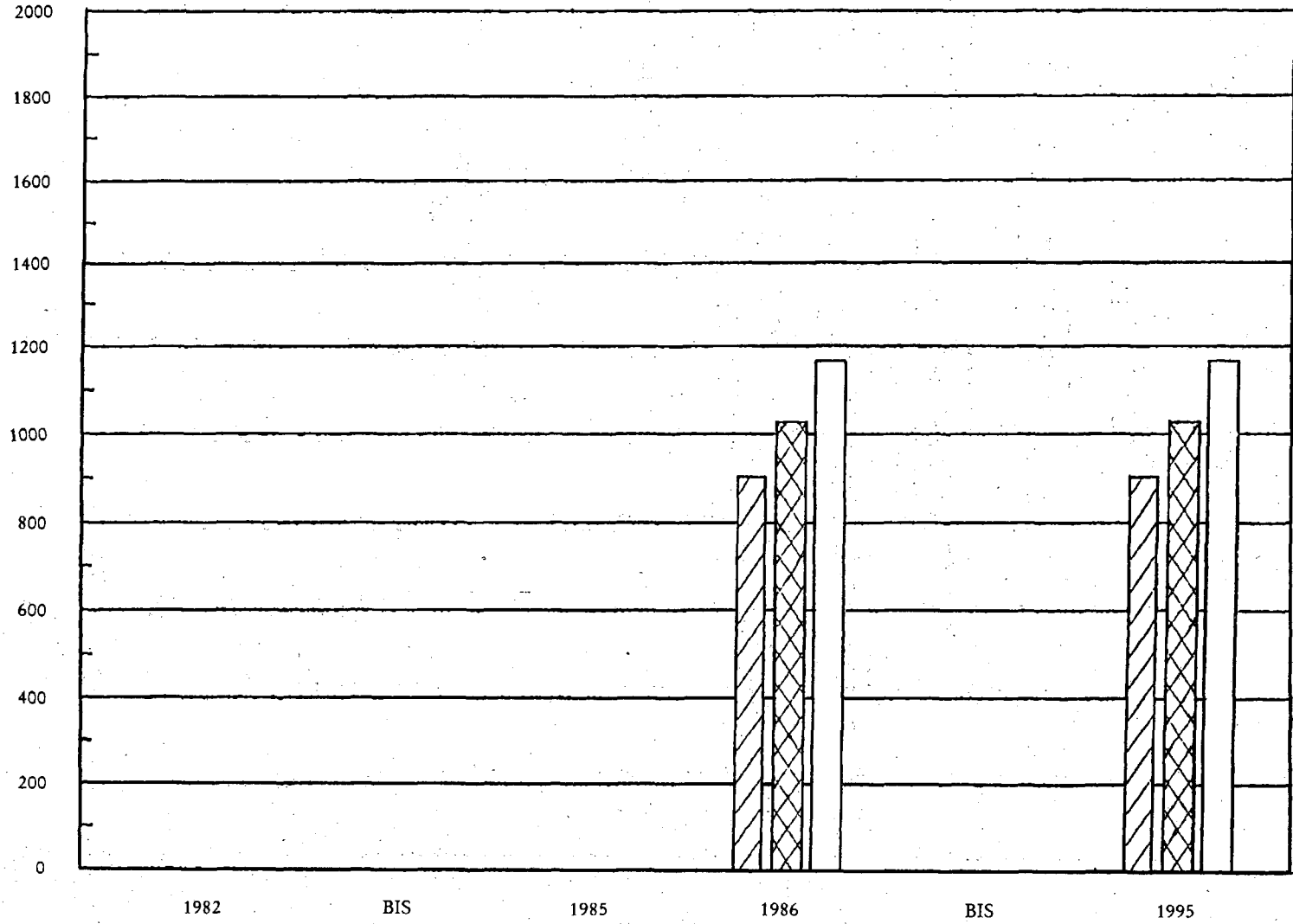
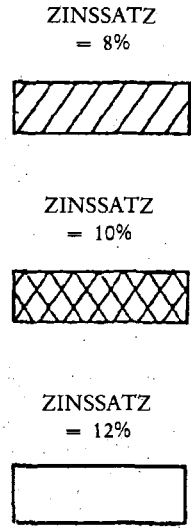
82—85 ZINSENZAHLUNG, 86—95 4 JAHRE TLGFR



VARIANTE 31/42

# BUDGETBELASTUNG — KONFERENZZENTRUM

IN MIO S 82—85 ZINSEN KUMUL., 86—95 PAUSCHALRATE

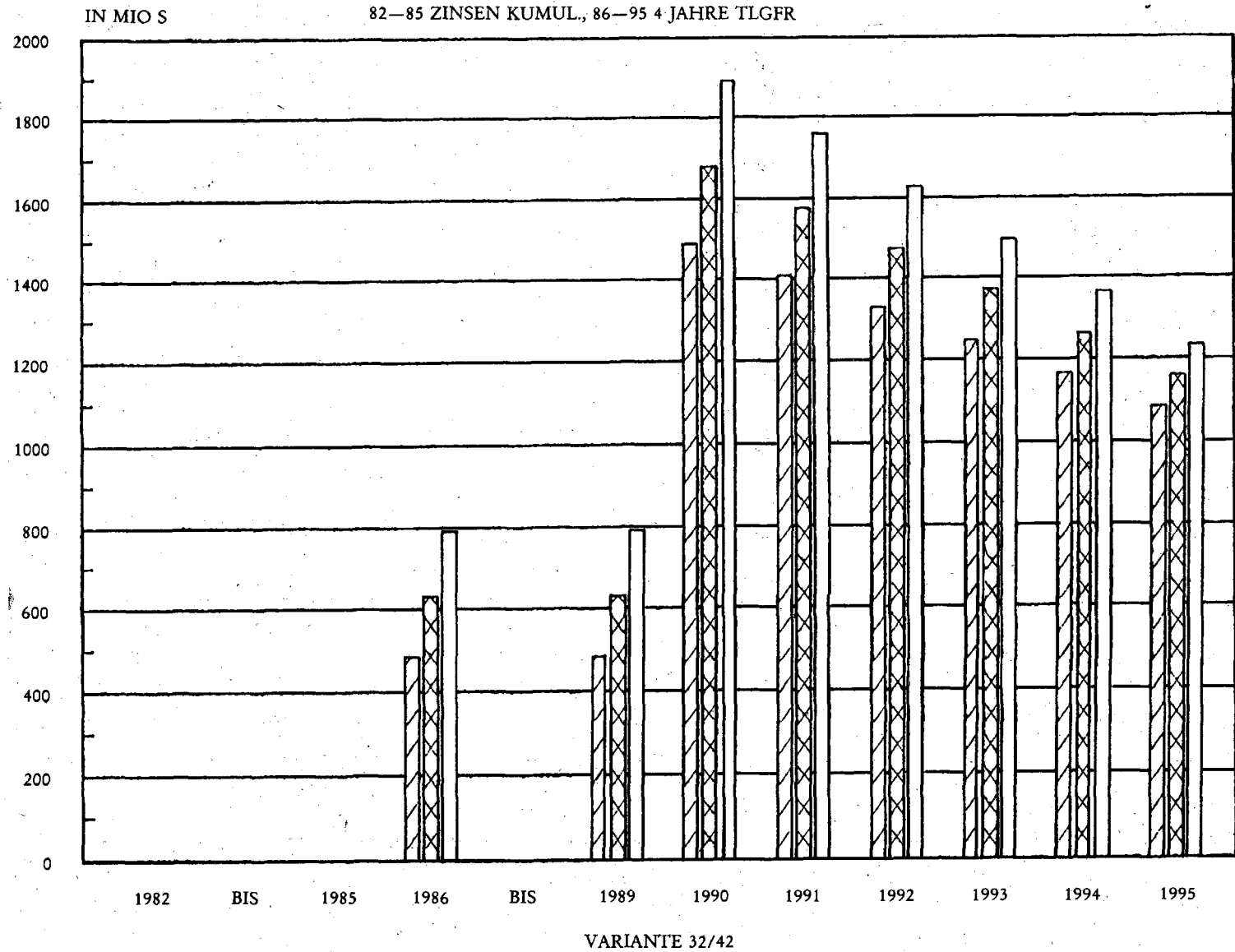


VARIANTE 32/41

1223 der Beilagen

181

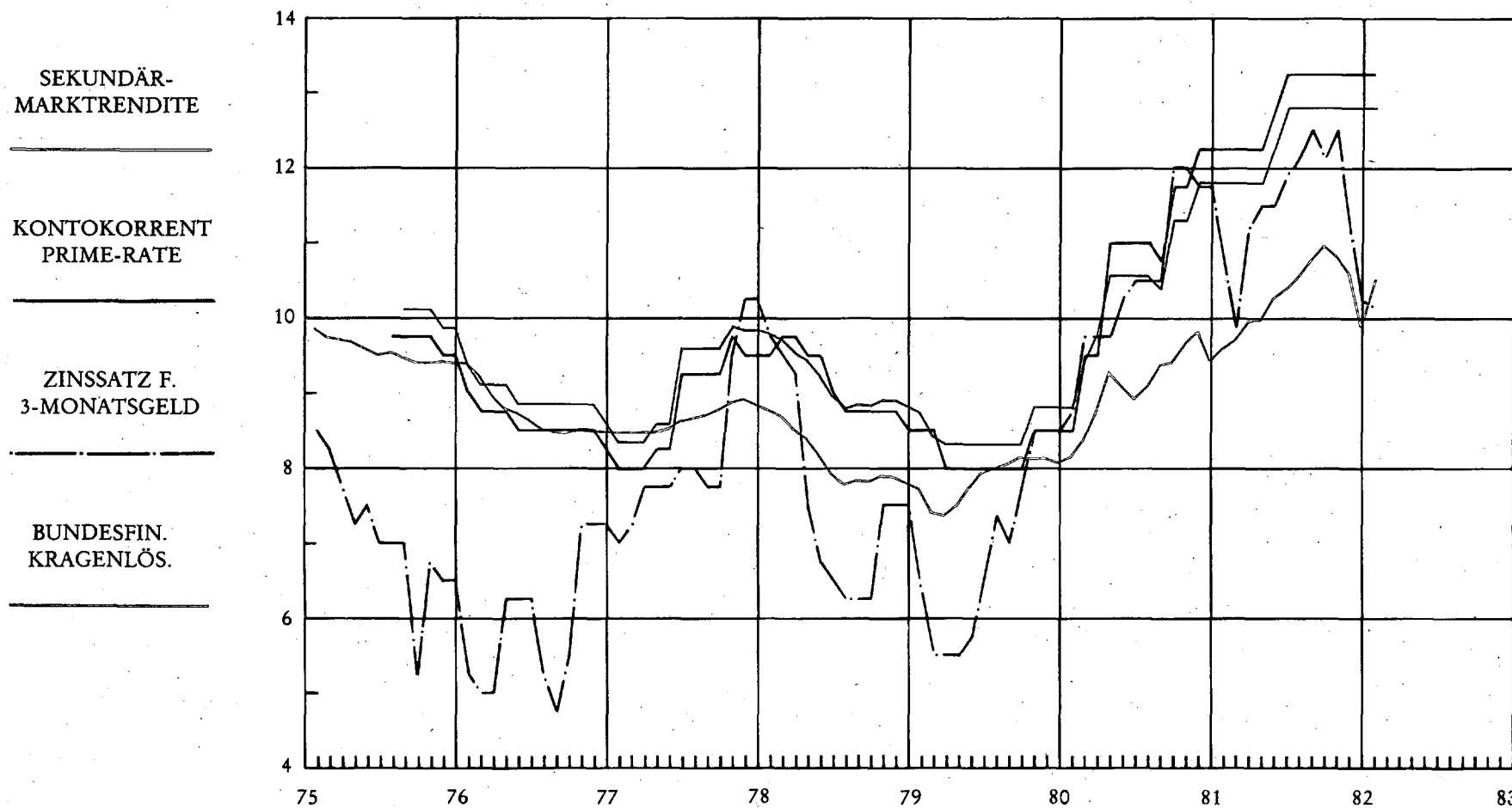
### BUDGETBELASTUNG — KONFERENZZENTRUM



# ZINSSÄTZE

Anlage 1

OE 750 — FINANZPLANUNG



1223 der Beilagen

183

184

## 1223 der Beilagen

## Anlage 2

		82	83	84	85	$\Sigma$	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95
31/41	8%	60	180	320	400	960/5 000	745	745	745	745	745	745	745	745	745	745
	10%	75	225	400	500	1 200/5 000	814	814	814	814	814	814	814	814	814	814
	12%	90	270	480	600	1 440/5 000	885	885	885	885	885	885	885	885	885	885
31/42	8%	60	180	320	400	960/5 000	400	400	400	400	1 233	1 166	1 100	1 033	966	902
	10%	75	225	400	500	1 200/5 000	500	500	500	500	1 333	1 250	1 166	1 083	1 000	919
	12%	90	270	480	600	1 440/5 000	600	600	600	600	1 433	1 333	1 233	1 133	1 033	933
32/41	8%	—	—	—	—	6 032	899	899	899	899	899	899	899	899	899	899
	10%	—	—	—	—	6 313	1 027	1 027	1 027	1 027	1 027	1 027	1 027	1 027	1 027	1 027
	12%	—	—	—	—	6 602	1 168	1 168	1 168	1 168	1 168	1 168	1 168	1 168	1 168	1 168
32/42	8%	—	—	—	—	6 032	483	483	483	483	1 488	1 407	1 327	1 246	1 166	1 088
	10%	—	—	—	—	6 313	631	631	631	631	1 683	1 578	1 473	1 368	1 263	1 158
	12%	—	—	—	—	6 602	792	792	792	792	1 892	1 760	1 628	1 496	1 364	1 234

1223 der Beilagen

185

Beilage D

**Fremdenverkehrsverband für Wien**  
Kinderspitalgasse 5, A-1095 Wien

Der Präsident:

Wien, 29. 5. 1981

Die Fremdenverkehrskommission für Wien hat beschlossen, den Mitgliedern der Landesregierung das  
**Wiener Fremdenverkehrskonzept 1980/81**

vorzulegen. Dieses Konzept wurde von ihr auf Grund der Beratungen zum und beim „Wiener Fremdenverkehrstag 1980“, der am 26. November 1980 im Rathaus stattgefunden hat, verabschiedet.

Ich verbinde die Vorlage des Konzepts mit meinem besten Dank für das bisherige Interesse an den Belangen des Wiener Fremdenverkehrs und bitte Sie auch weiterhin um Ihr Engagement für eine erfolgreiche Fremdenverkehrspolitik unserer Stadt.

Die scharfe internationale Konkurrenz, in der Wien, touristisch gesehen, bisher erfolgreich war, erfordert einen noch intensiveren Einsatz aller Beteiligten. Hierbei kommt den Organen des Landes Wien — als den verfassungsmäßigen Trägern der Fremdenverkehrskompetenz — größte Bedeutung zu. Das Fremdenverkehrskonzept soll hier sinnvolle Entscheidungshilfen bieten.

Mit besten Empfehlungen

XXXXXXXXXXXXXXXXXX

Die vorgesehene Verschiebung des Baues des Konferenzzentrums im Donaupark — die wegen der ansonsten enormen weiterlaufenden Kosten doch wohl de facto als Aufgabe des Projektes betrachtet werden muß — bringt nun die Gefahr mit sich, daß damit das Raumproblem für Kongresse in nächster Zeit überhaupt nicht behandelt wird. Die Wiener Fremdenverkehrskommission macht daher mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß eine baldige Erweiterung und Modernisierung der Kongreßkapazitäten in Wien mit Unterstützung durch den Bund, wie in anderen österreichischen Städten, vordringlich ist, wenn Wien in der scharfen internationalen Konkurrenz keine Nachteile erwachsen sollen.

**Vorliegende realistische und wesentlich kostengünstigere Alternativprojekte** in hervorragender innerstädtischer Lage sollen daher nach Ansicht der Wiener Fremdenverkehrskommission von den beteiligten Institutionen so bald wie möglich geprüft und der Realisierung ein Teil der ursprünglich für das Konferenzzentrum im Donaupark vorgesehenen Budgetmittel gewidmet werden. Insbesondere wäre — im Hinblick darauf, daß eine Sanierung des Messepalastes auf jeden Fall unumgänglich ist — im Sinne der Anregung des **Bautenministers** das Projekt zu prüfen, den **Messepalast** zu einem Österreichischen Kongreß-, Veranstaltungs- und Ausstellungszentrum auszugestalten.

Auszug aus

TOURIST 81/Okttober — Seite 23

... Fremdenverkehrsjahr aller Zeiten war. Im gleichen Zeitraum hat Rom etwa 500 000 Nächtigungen — oder 10 Prozent — verloren.“

**4. Haben Sie Ihre Marketingziele geändert?**

**Krebs:** „Nein, Nach wie vor stehen die Verlängerung der Aufenthaltsdauer und die weitere Belebung der off season ganz oben. Hier hilft uns im übrigen sehr das Zilk'sche Kulturreisort.“

**5. Ihr „ceterum censeo“ ist die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung des Städtetourismus. Bekommen Sie jetzt genug vom Kuchen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung?**

**Krebs:** „Wenn man eine Woche gehungert hat, ist ein Stück Kuchen noch kein Ausgleich. Unser Nachholbedarf ist erheblich. Daß sich in Österreich nicht weniger als ein Viertel aller Gäste in gewerblichen Betrieben allein in den Landeshauptstädten und Wien aufhält, ist ein Faktum, das entsprechend honoriert werden muß.“

**6. Sie hatten sich mehrfach für eine aktivere und mehr den Tourismus berücksichtigende österreichische Luftverkehrspolitik stark gemacht. Ist das vorbei?**

**Krebs:** „Keineswegs. Unsere Bemühungen setzen sich jetzt auf einer anderen Ebene fort — die Zeit ständig steigender Treibstoffkosten ist für unsere Anliegen allerdings nicht gerade günstig. Ich fürchte, daß hier vieles nicht wieder gutzumachen ist.“

**7. Auch Ihre Gegner anerkennen, daß Sie Erfolge haben. Wie stellen Sie das an?**

**Krebs:** „Ich habe exzellente, mitverantwortliche Mitarbeiter. Sie sind motiviert durch eine Teamarbeit, in der ich mich als primus inter pares verstehe und nicht als alles wissender Anschaffer. Ich genieße das Vertrauen einer Präsidentin, die Persönlichkeit genug ist, uns arbeiten zu lassen und für uns da ist, wenn es nottut, und eine Fremdenverkehrskommission, in der alle an sich sehr heterogenen Kräfte an einem Strang ziehen und immer Konsens gefunden wird.“

**8. Diese Fremdenverkehrskommission hat sich in einem Beschluß gegen den Bau des Österreichischen Konferenzzentrums jenseits der Donau ausgesprochen. Jetzt verlangt die ÖVP eine Volksabstimmung darüber. Wie stehen Sie dazu?**

**Krebs:** „Das muß ich ein bißchen korrigieren: die Fremdenverkehrskommission hat im Gegenteil die Notwendigkeit größerer Konferenzfacilities zur weiteren Entwicklung der Kongreßstadt Wien betont — übrigens einstimmig — und auf mögliche Alternativen hingewiesen, zB. einen Ausbau des Messepalastes zu einem österreichischen Konferenz-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum, um eine Alles- oder Nichts-Entscheidung zu vermeiden. Wenn schon gewaltige jährliche Betriebszuschüsse von Seiten der öffentlichen Hand, dann wenigstens nicht für eine weitere europäische Dutzendkongreßmaschine, sondern für ein in Lage und Ausstattung konkurrenzfähiges und vermarktbares „wienerisches“ Produkt. Wenn aber die notwendige Erweiterung des Angebotes an Kongreßräumlichkeiten verhindert wird — und ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, daß der immer wieder in die Diskussion gebrachte Ausbau der Hofburg keine Alternative darstellt —, dann werden die Initiatoren der Volksabstimmung dies zu verantworten haben.“

**9. Wenn Sie ein paar (erfüllbare) Wünsche frei hätten — welche wären das?**

**Krebs:** „Nach wie vor: eine sehr wesentlich bessere interkontinentale Anbindung Wiens im Luftverkehr; eine Geschäftspolitik des national carriers, die nicht vorrangig durch Gewinnmaximierung determiniert ist; ein Überdenken derjenigen Steuern, die vor allem diese Branche betreffen, damit nicht irgendwann einmal das Huhn geschlachtet wird, das in Wien die 4-Milliarden-Schilling-Goldeier legt; mehr Verständnis für den Tourismus bei einer Reihe kultureller Einrichtungen des Bundes — aber in unserem Fremdenverkehrskonzept sind diese Wünsche ohnedies aufgelistet nachzulesen.“

1223 der Beilagen

187

Beilage E

Wien, 1982 09 07  
Ing. Aufh./R

## KOSTENSCHÄTZUNG

### MULTIFUNKTIONALES ZENTRUM MESSEPALAST

- Preisniveau: 1982  
 Preisgestaltung: Die Preise sind Schätzpreise auf Grund von Vergleichswerten ähnlicher Bauvorhaben und beinhalten die schlüsselfertige Herstellung der Bauwerke.  
 In den Kosten nicht enthalten sind:
1. Lohn- und Preisänderungen ab Oktober 1982
  2. Finanzierungskosten
  3. Versicherungsprämien, soweit diese den Bauherrn betreffen
  4. Willensänderungen und Unvorhergesehenes
  5. Bauvorbereitungskosten und Behördenabgaben
  6. Umsatzsteuer

Die Nutzfläche des Messepalastes im derzeitigen Nutzungszustand beläuft sich auf ca. 29 000 m<sup>2</sup>.

Die Renovierung der Substanz wurde auf ca. 400 Millionen Schilling geschätzt. Gemäß einer Studie über den Ausbau als multifunktionales Zentrum erhöht sich die Nutzfläche auf ca. 41 000 m<sup>2</sup>, was im wesentlichen durch Überdachung bzw. teilweiser Unterkellerung des großen Innenhofes erreicht wird.

#### I. UMBAU- U. AUSBAU DER BESTEHENDEN SUBSTANZ, DIE RENOVIERUNG MIT EINGESCHLOSSENEN:

29 000 m<sup>2</sup> Nfl. à 20 000 S ..... 580 000 000 S

#### II. HOFÜBERDACHUNG:

Der große Innenhof ist ca. 148 m lang und 57 m breit.

Das ergibt eine Fläche von ca. 8 400 m<sup>2</sup>.

In der Studie ist an eine Unterkellerung im Ausmaß von ca. 4 000 m<sup>2</sup> gedacht. Es werden in diesem Geschoß die Haustechnikräume, Sessel und Tisch- und sonstige Depots, Presserräume, Serviceräume, Sanitäre Anlagen, Pausenräume, Foyer vom Verbindungsgang zur Hofburg usw. untergebracht.

##### Kostenerfassung:

1. Kellergeschoß	
ca. 4 000 m <sup>2</sup> Nutzfläche im Kellergeschoß samt Konferenzsaaldecke mit Belag à ca. 22 000 S/m <sup>2</sup> Nfl. ....	88 000 000 S
ca. 4 400 m <sup>2</sup> Restfläche, beinhaltend stat. Unterbau, Fußbodenaufbau samt div. Einbauten incl. Belag à ca. 7 500 S/m <sup>2</sup> .....	33 000 000 S
2. Tragende Stahlkonstruktionen mit verglaster Überdachung, welche zu 50% zu öffnen ist.	
Verglasung mit Infrastop	
ca. 8 500 m <sup>2</sup> à ca. 15 000 S/m <sup>2</sup> Grundfl. ....	130 000 000 S
	ca. 251 000 000 S
Heizung, Be- u. Entlüftung .....	ca. 40 000 000 S
	ca. 291 000 000 S
Mobile Einrichtung ca. 10% .....	ca. 29 000 000 S
Baukosten Hofüberdachung .....	ca. 320 000 000 S
	ca. 640 000 000 S

Die Mehrkosten für eine vollklimatisierte Ausführung dieser Halle belaufen sich auf ca. 45 Millionen Schilling wodurch sich die Baukosten auf ca. 365 Millionen Schilling erhöhen.

188

1223 der Beilagen

**III. VERBINDUNGSTUNNEL**

In der Studie ausgelegt für je einen Fahrsteig pro Verbindungsrichtung. Es ist eine Röhre mit einem Innendurchmesser von ca. 5 m angenommen, ca. 600 m lang.

Dieser Tunnel führt entlang des Kunsthistorischen Museums und könnte durch einen Stichgang zum Naturhistorischen Museum erweitert werden. Er unterfährt U-Bahn und Messepalastgarage.

**Kostenerfassung:**

Rohbau incl. der Anschlußbauten .....	ca. 220 000 000 S
Fahrsteige .....	ca. 70 000 000 S
Ausbau, Beleuchtung, Belüftung .....	ca. 50 000 000 S
<hr/>	
samt sonst. techn. Einrichtungen	
Baukosten Verbindungstunnel .....	ca. 340 000 000 S
<hr/> <hr/>	

**ZUSAMMENFASSUNG**

I. Renovierung und Umbau der best. Substanz .....	580 000 000 S
II. Hofüberdachung .....	320 000 000 S
<hr/>	
zusammen ...	900 000 000 S
III. Verbindungstunnel .....	340 000 000 S
<hr/>	

Baukosten incl. Verbindungstunnel 1 240 000 000 S

Zieht man davon die für die Renovierung der Substanz bereits geschätzten 400 Millionen Schilling ab, so verbleiben Mehrkosten für die Schaffung dieses multifunktionalen Zentrums incl. Verbindungstunnel in der Höhe von 840 000 000 S.

1223 der Beilagen

189

Beilage F

EINE BEDARFS- UND ERTRAGSSTUDIE FÜR EIN NEUES HOTEL IN DER  
UNO-CITY WIEN

ERSTELLT FÜR

DAS  
ÖSTERREICHISCHE VERKEHRSBÜRO GES.M.B.H

DURCH

**Glattal Management**

POSTFACH 1068, 8058 ZÜRICH

JUNI/JULI 1977

**VIII. GEDANKEN ZUR ORGANISATION UND FÜHRUNG**

Wie wir unter Kapitel IV. schon ausgesprochen haben, kann es sich Österreich einfach nicht leisten, hier neben repräsentativen und eindrucksvollen UNO-Gebäuden, neben dem Österreichischen Konferenzzentrum, einen billigen Hotelkasten hinzustellen.

Auf der anderen Seite hat uns die Marktanalyse gezeigt, daß die Zimmerpreise den finanziellen Möglichkeiten einer spezifischen Kundschaft angepaßt sein müssen. Soweit wie möglich haben wir darauf im Beherbergungskonzept und in der Preispolitik Rücksicht genommen und kommen notgedrungen auf ein Brutto-Betriebsergebnis, welches bei 77% Belegung und 76% der Gesamteinkünfte aus der Zimmervermietung eigentlich höher liegen müßte.

Das Resultat dieser unvereinbaren Gegebenheiten wird sein, daß das Hotel wahrscheinlich mit einem ziemlich hohen A-fond-perdu-Zuschuß des Bundes und/oder Kredite zu Zinsfüßen, die normalerweise nicht erhältlich sind, erstellt werden muß.

Dem ist dagegenzuhalten, daß das Hotel immerhin seine Betriebskosten deckt und über 17 Millionen Schilling (Wert 1977) zur Deckung seiner Zinslast und Abschreibungen erwirtschaftet, was vom Kongreß-Zentrum — übrigens richtigerweise — nicht nur nicht erwartet wird — sein Betrieb kostet pro Jahr nochmals zwischen 0,34 Millionen Dollar und 1,4 Millionen Dollar (A. D. Little/Austroplan Seite 7).

Ein Wort vielleicht noch zu dieser Studie in Sachen Catering. Die Studie empfiehlt:

190

1223 der Beilagen

Ing. Mag. rer. soc. oec. Dr. Walter A. Ender  
An den  
Unterausschuß des besonderen Ausschusses zur  
Vorbehandlung des

Beilage G

Volksbegehrens über ein Bundesgesetz betreffend die Einsparung des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz) (1183 der Beilagen)

Zu meiner Expertenaussage vom 7. September 1982, um 11 Uhr, im Lokal IV  
reiche ich auf besonderen Wunsch meine Aussage in schriftlicher Form nach:

### KONFERENZTOURISMUS — NACHFRAGESITUATION

Der Konferenztourismus ist das jüngste und liebste Kind des Fremdenverkehrs.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat der Kongreßreiseverkehr, der aus definitorischer Sicht zum Geschäftsreiseverkehr zählt, aus den hochindustrialisierten Volkswirtschaften seine stärksten Impulse erhalten.

In den letzten Jahren ist die Vermischung von Geschäft und Vergnügen bei Konferenzen immer stärker zu beobachten.

Der Kongreßreisende zählt zu den wirtschaftlich interessantesten Nachfragegruppen im Fremdenverkehr.

### GEOGRAPHISCHE VERTEILUNG VON INTERNATIONALEN MEETINGS/KONTINENTE

1977/78/79/80/81/82

	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Africa .....	133	129	119	152	143	75
America .....	778	754	793	816	851	612
Asia .....	377	429	479	500	563	382
Australasia .....	63	59	70	90	62	173
Europe .....	2 376	2 392	2 884	3 254	2 983	1 750
Total	3 727	3 763	4 345	4 812	4 602	3 022

### INTERPRETATION

Die von Prof. Ejler Alkjaer, Universität Kopenhagen, vorausgesagte Spitze der Kongreßveranstaltungen (Marktsättigung) zu Ende der 70er Jahre, ist tatsächlich eingetroffen (siehe Tabelle).

Spätestens seit 1981 und jetzt 1982, zeigt das deutliche Zurückgehen der Veranstaltungsanzahl weltweit, daß bestehende Konferenzzentren mit geringerer Auslastung zu rechnen haben, neu zu erbauende Konferenzzentren einen heiß umkämpften Markt antreffen werden, auf dem sie schwer reüssieren können.

### KONGRESSVERANSTALTUNGEN IM JAHRE 1981

Für das Jahr 1981 wurden dem UAI 6 000 Kongreßveranstaltungen avisiert; tatsächlich abgehalten wurden nur 4 602 (siehe Tabelle).

Die 4 602 internationalen Meetings hatten in Prozenten aufgeschlüsselt, folgende Teilnehmerzahlen:

	Teilnehmerzahl/Kongreß	Prozentsatz
unter	100	22,00%
	100— 500	52,00%
	500— 1 000	13,00%
	1 000— 2 000	8,00%
	2 000— 3 000	2,30%
	3 000— 5 000	1,70%
	5 000— 7 000	0,50%
über	7 000—10 000	0,20%
	10 000	0,70%

## 1223 der Beilagen

191

**Wichtigstes Ergebnis:**

1981 sind 95% der internationalen Meetings mit einer Teilnehmerzahl von maximal 2 000 Teilnehmern über die Bühne gegangen.

**Kernaussage:**

Diese Teilnehmeranzahlverteilung ist über die letzten zehn Jahre nahezu unverändert zu beobachten.

Der Trend zu internationalen Meetings mit kleineren Teilnehmerzahlen wird immer stärker.

**ERKLÄRUNG ZUM ZAHLENMATERIAL**

Die UNION OF INTERNATIONAL ASSOCIATIONS in Brüssel hat seit 33 Jahren für ihre Mitglieder die Aufgabe übernommen, statistische Studien über die internationalen Meetings anzustellen und jährlich zu veröffentlichen.

Die Statistiken beruhen auf Informationen, die von UAI-Congress Department gesammelt und unter Beachtung sehr strenger Kriterien ausgewählt wurden; nur diese ermöglichen international einen sinnvollen Vergleich.

Meetings, die Berücksichtigung finden, sind solche, die von den internationalen Organisationen veranstaltet und/oder gefördert werden und im „Jahrbuch der Internationalen Organisationen“ und im „Jahreskalender Internationaler Kongresse“ aufscheinen, wie Tagungen ihrer Vorstandsorgane, Kongresse, Versammlungen, Symposien, regionale Sitzungen, eingeteilt nach verschiedenen Ländern, als auch einige nationale Meetings mit internationaler Beteiligung, die von nationalen Zweigen der internationalen Vereinigungen organisiert werden.

Ausgenommen von den UAI-Ziffern sind:

Rein nationale Meetings, wie solche mit ausgesprochen religiösem, didaktischem, politischem, wirtschaftlichem, sportlichem Charakter, wie auch religiöse Versammlungen, Kurse, Parteikonferenzen, Messen, Verkaufsveranstaltungen, Wettbewerbe usw.

Weiters sind Meetings mit streng limitierter Teilnehmerzahl, wie Präsidien, Expertengruppen usw. auch ausgenommen, denn die meisten davon werden auf Regierungsebene abgehalten und finden hauptsächlich in den Hauptsitzen der großen IGO's (Int. Governmental Organisations) in New York, Genf, Rom, Brüssel, Wien, statt.

**KONFERENZ-STÄDTE**

Wichtigste Städte, in denen ein Minimum von 30 internationalen Meetings veranstaltet wurde:

1. London .....	292	13. Helsinki .....	50
Paris .....	292	Singapore .....	50
2. Geneva .....	140	14. Washington .....	46
3. Brussels .....	112	15. Liège .....	44
4. Vienna .....	97	16. Jérusalem .....	41
5. Rome .....	85	17. Hong Kong .....	40
6. Berlin West .....	75	18. Seoul .....	38
New York .....	75	19. San Francisco ...	35
7. Strasbourg .....	63	20. Madrid .....	32
8. Manila .....	62	Montreal .....	32
9. Copenhagen ....	58	21. Mexico City .....	31
10. Tokyo .....	55	22. Budapest .....	30
11. Bangkok .....	53	Chicago .....	30
12. Amsterdam .....	51	Stockholm .....	30

192

1223 der Beilagen

## KONFERENZ-LÄNDER

Wichtigste Länder, in denen ein Minimum von 50 internationalen Meetings 1981 veranstaltet wurden:

1. UK .....	545	10. Netherlands .....	102
USA .....	545	11. Denmark .....	92
2. France .....	528	12. Japan .....	85
3. Germany Fed. Rep. + Berlin West .....	252	13. Spain .....	73
4. Switzerland .....	224	14. Czechoslovakia ..	70
5. Italy .....	217	15. Thailand .....	68
6. Belgium .....	203	16. Philippines .....	66
7. Austria .....	149	17. Finland .....	62
8. Canada .....	110	18. Sweden .....	56
9. Israel .....	104	19. Hungary .....	54
		20. Singapore .....	50

## SITUATION AM KONGRESS-MARKT

Um Konferenzen mit großen Teilnehmerzahlen (über 4 000) bewerben sich ca. 200 Kongreßorte auf der ganzen Welt.

Allein in den USA sind 120 Mehrzweckzentren in Betrieb, die jeweils Kongresse mit bis zu 12 000 Teilnehmern verkraften können.

Weltweit sind derzeit rund 500 Kongreßzentren und Mehrzweckhallen in Bau und bis 1985 fertig.

Im Beobachtungszeitraum der letzten fünf Jahre finden durchschnittlich 25 Kongresse pro Jahr mit über 6 000 Teilnehmern statt. Davon sind fünf Dauerveranstaltungen in den USA, um die restlichen 20 Kongresse bewerben sich 200 Kongreßorte auf der ganzen Welt.

Durch die immer größer werdende Abhängigkeit der UNO von den Mitgliedstaaten der Dritten Welt werden auch Großkongresse der UNO hauptsächlich in diesen Regionen veranstaltet:

Kongreßzentrum Abidjan/Elfenbeinküste .....	5 000 Plätze
Kongreßzentrum Kenia/Nairobi .....	5 000 Plätze
Kongreßzentrum Manila/Philippinen .....	5 000 Plätze
Kongreßzentrum Mexico .....	2 × 10 000 Plätze

Interessant zu beobachten ist in jüngster Zeit, daß neue Kongreßzentren

- nicht mehr in Randlagen zu Hauptstädten,
- in überschaubarer Größe und
- mehrzweckgeeignet,

geplant und gebaut werden.

Beispiele: Frankfurt — Alte Oper  
London — Barbican-Center  
Malta — Kreuzritter-Burg

Diese Kultur- und Kongreßzentren jüngsten Eröffnungsdatums zeigen den neuen Trend im Kongreßtourismus, die Tagungsräumlichkeiten im Zentrum und im Zusammenhang mit bestehenden touristischen Attraktivfaktoren zu errichten.

Unbedingt notwendig für den Bau von Kongreßgebäuden ist die Anwendung von Cost-benefit-Analysen, denn die großen Kongreßzentren „bilanzieren üblicherweise im Minus“:

- Das Kongreßzentrum in Den Haag/Niederlande, ist seit 1967 defizitär.
- Für das Internationale Kongreßzentrum Berlin werden für 1981 230 Millionen Abgang erwartet.
- Für das Barbican-Center in London sind 390 Millionen Abgang im ersten Betriebsjahr prognostiziert.
- Das Mehrzweckzentrum Wembley ist seit Bestehen defizitär.
- Selbst das kleine Kongreßzentrum Innsbruck hat einen Mindestabgang von 6 Millionen pro Jahr.

Für die nächsten Jahre sind immer mehr Veranstaltungen zu erwarten, bei denen Gastronomie und Kongreßpräsentation kombiniert werden.

## 1223 der Beilagen

193

Dieser Trend ist besonders auch bei Firmentagungen größerer Art zu beobachten, da dort die Veranstalter daran interessiert sind, alle ihre Teilnehmer g e m e i n s a m indoktrinieren und motivieren zu können.

Erwiesenermaßen geht dies am besten bei Festbanketts, wo Ansprachen der Geschäftsleitung, kombiniert mit Shows und Attraktionen, die Teilnehmer begeistern sollen.

## VORSCHLAG ZUR SITUATION IN WIEN

Für die Wiener Fremdenverkehrswirtschaft wäre es äußerst interessant, den Messepalast als Kultur-, Veranstaltungs- und Kongreßzentrum zusätzlich zu den bestehenden Tagungsräumlichkeiten zu erhalten bzw. auszubauen.

Der Messepalast würde sich als touristische Attraktion hervorragend eignen. Die gesamte Infrastruktur ist vorhanden; dem Kongreßteilnehmer wird ohne Schwierigkeit das geboten, was unsere Stadt international auszeichnet.

Durch die Öffnung des Messepalastes hin zum 7. Bezirk würde die derzeitige Barriere (Messepalast) fallen und das mit viel Geld revitalisierte Gebiet „Spittelberg“ direkt in den 1. Bezirk eingebunden.

Eine unterirdische Verbindung mit der Hofburg könnte als willkommene Ausstellungsfläche, unseren Museen zur Verfügung gestellt, die Möglichkeit bieten, eingelagerte bzw. nicht zur Schau gestellte Kunstwerke der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren; (Stock)

Damit wären die beiden Veranstaltungsorte zu einem einheitlichen Ganzen verbunden — CITY-CONGRESS-WIEN —, ein mehrdimensionales international schwer überbietbares Angebot auf dem Kongreßmarkt.

## CONCLUSIO

Der Bau eines neuen Kongreßzentrums für hohe Teilnehmerzahlen in Wien scheint nach nüchterner Interpretation des vorliegenden — international gesicherten — Zahlenmaterials

- Tendenz zu weniger internationalen Kongreßveranstaltungen,
- Trend in Richtung niedriger Teilnehmerzahlen,
- wachsende Konkurrenz durch immer neue Kongreßzentren,
- Marktsättigung bei modernen Konferenzzentren ohne touristische Attraktivitätsfaktoren, wirtschaftlich nicht vertretbar.

Optimal für Wien wäre ein Ausbau des Messepalastes als Fremdenverkehrs-, Kultur- und Veranstaltungszentrum, welches in Verbindung mit dem Hofburg-Kongreß-Zentrum und einem schlagkräftigen Management ein weltweit einzigartiges und daher unschlagbares

## KONGRESS-ANGEBOT

darstellen könnte.

Wien, 10. September 1982

Dr. W. ENDER

194

1223 der Beilagen

Beilage H

## DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

GZ. 72 9110/22-I/7/82

Österr. Konferenzzentrum

Anfragen der Abg. Dkfm. DDr. KÖNIG  
und BERGMANN Nr. 629/M und 630/MHerrn  
Präsidenten des  
Nationalrates

W i e n

Mit Schreiben Zl. 72 9110/19-I/7/82 ist im Anschluß an die Fragestunde der 110. Sitzung des Nationalrates am 1. April 1982 zu den oben angeführten Anfragen ergänzend Stellung genommen worden. Hierbei ist die im Zusammenhang mit der Anfrage des Abgeordneten Bergmann, Nr. 630/M, gestellte Frage nach der Zahl der Konferenzen mit mehr als 6 000 Teilnehmern noch offen geblieben, da hierüber erst verlässliche Daten eingeholt werden sollten.

Nach einer zwischenweilig beschafften Auskunft der Union des Associations International, Brüssel, haben in den letzten Jahren Kongresse mit Teilnehmerzahlen von 6 000 aufwärts wie folgt stattgefunden:

Jahr	Zahl der Kongresse
1976	24
1977	23
1978	19
1979	21
1980	12
1981	18

1982 04 30

Der Bundesminister:

Salcher